



26. September 1930

HERMAN KRANOLD · NUN ERST RECHT KON- TINENTALPOLITIK!

MAN muß, wie die Wahlen ausgefallen sind, wegen der Zukunft der deutschen Außenpolitik das Schlimmste fürchten. Zunächst sind die Parteien, die sich in irgendeiner Form gegen den Krieg als ultima ratio der deutschen Außenpolitik ausgesprochen haben, im neuen Reichstag nur noch mit einer schwachen Mehrheit vertreten. Die Zahl der Anhänger gewaltsamer Methoden ist außerordentlich stark gewachsen. Daß die sogenannten Kommunisten von einer dauernden Befriedung der nichtbolschewistischen Welt, entsprechend den Bedürfnissen des Moskauer Imperialismus, nichts wissen wollen, ist bekannt. Auch die Stellung der Nationalsozialisten ist vollkommen klar. Ihre ganze Agitation tobt unter dem Schlachtgesang: »Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.« Und wer da glaubt, das sei nur eine ihrer vielen Spekulationen auf das Gemüt des wahlberechtigten Spießbürgers gewesen, dem hat Paul Joseph Goebbels am Tag nach der Wahl sofort jede derartige Illusion verscheucht. Er ließ sich von dem Berliner Korrespondenten des Popolo d'Italia ausführlich interviewen und sagte ihm über die Außenpolitik seiner Partei dieses:

»Unser Ziel ist die Annullierung des Youngplans, des Versailler Vertrags mit allen seinen Folgen und die Zerstörung der Kriegsschuldfrage. Wir hoffen sehnlichst das Aussehen Europas mit einer zielbewußten Annäherungs- und Bündnispolitik mit den Gegnern Frankreichs ändern zu können. Mit Italien verbindet uns das Schicksal um so mehr, als Frankreich alles tut, um die Existenzmöglichkeit unserer beiden Völker zu schmälern, die in ihren engen Grenzen ersticken.«

Daß die Deutschnationalen in der selben Richtung arbeiten, ist bekannt. Hoffen Adolf Hitler und die Seinen, weil sie dem Fascismus die Vorliebe für Gewalttaten und gewisse äußerliche Gesten nachmachen, am Feuerchen der französisch-italienischen Gegensätze die Bettelsuppe des Revanchekrieges um die Eroberung Elsaß-Lothringens kochen zu können, so setzen, wie man aus vielen Äußerungen Alfred Hugenbergs weiß, die Deutschnationalen ihre Hoffnung auf den französisch-englischen Gegensatz; wie sie während des Kriegs so erheblich beigesteuert haben zu jener blöden Publizistik, die unter der Parole "Gott strafe England!" belgisches, französisches und polnisches Land annektieren wollte, so sind sie heute bereit sich jederzeit als Kontinentaldegen Englands gegen Frankreich gebrauchen zu lassen. Bei den Zerfallsprodukten der Deutschnationalen Volkspartei sieht es nicht besser aus; nur

daß sie, statt auf Frankreich selbst, mit Vorliebe auf Frankreichs Bundesgenossen Polen losschlagen. Während des Wahlkampfes hielt der Volkskonservative Gottfried Reinhold Treviranus Drohreden gegen Polen; was er auf politischem Gebiet sündigte, das exerzieren seine Freunde auf wirtschaftlichem Gebiet, wobei sie in ihrem Verlangen die abgetretenen Ostgebiete zurückzugewinnen total vergessen, daß sie und ihre nächsten politischen Freunde sich ja jene Gebiete riesiger Überschüsse an Kartoffeln, Roggen und Schweinen wiederholen wollen, vor deren Hinüberschwappen nach Deutschland sie die ostdeutsche Landwirtschaft seit Jahren mit allen Mitteln des Wirtschaftskrieges zu schützen trachten.

Das Ergebnis dieses Überblicks ist um so betrüblicher, als die Parteien, die sich grundsätzlich zu Verständigung bekennen, über diesen, für sich genommen ja recht platonischen, Grundsatz hinaus über positive, eindeutig gerichtete außenpolitische Vorschläge, Forderungen, Programme nicht verfügen oder doch uns solche wenigstens nicht verraten. In der Hauptsache geht ihre Empfehlung dahin den französisch-englischen Gegensatz, die französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten usw. zu beobachten und von Zeit zu Zeit die Vereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschland von englischen Gnaden zu erflehen. Da sie grundsätzlich ebenfalls antifranzösisch orientiert sind, so bleibt ihnen auch gar nichts anderes übrig als untätig der außenpolitischen Entwicklung zuzuschauen und den Gang der Dinge mit vielen mehr oder weniger schönen Reden, wenn auch nicht immer preisend, zu begleiten. Wer zum Beispiel in einer, mit solcher Ernsthaftigkeit und Intelligenz gemachten Zeitung wie der Frankfurter Zeitung die Behandlung der Briandschen Vorschläge für die Organisation des Europäischen Kontinents verfolgt hat, der weiß, was gemeint ist. Man hörte die ganze Redaktion sowohl in Frankfurt als auch in Berlin aufatmen, man sah Rudolf Kircher und die anderen Herrgötter in Great Britain förmlich freudenrot werden, als es sich herausstellte, daß, in Befolgung geschickter englischer Pressetips, die ganze Erörterung der Briandschen Vorschläge auf das tote Gleis des Streits geschoben wurde, ob erst die politische oder erst die wirtschaftliche Einigung Europas hergestellt werden müsse. Solche toten Gleise sind uns Sozialisten gut bekannt. Es gibt ein Stadium der Erörterung über den Weg zum Sozialismus, in dem sich mit ziemlicher Sicherheit jeder arglose Disputant plötzlich vor die Gretchenfrage gestellt sieht, ob er dafür sei erst die Menschen so zu erziehen, daß sie den seelischen Aufgaben einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gewachsen seien, oder ob er vielmehr dafür eintrete erst durch Herstellung einer sozialistischen Gesellschaft jene Erziehungseinrichtungen und Erzieher zu schaffen, die diese Aufgabe in Angriff nehmen können. Auch in der Frage des besten Wegs zu europäischer Einigkeit ist die Antwort natürlich ganz klar: Es muß beides gleichzeitig in Angriff genommen werden. Das ist der Standpunkt, den Briand selbst in seiner Denkschrift eingenommen hat, wenn er auch freilich, wohl mit Recht, für den Augenblick der Außenpolitik einen gewissen Primat zuspricht. So hat man ihn aber in Deutschland wie in England nicht verstehen wollen; gerade die so verständigungsfreundliche Regierung Deutschlands, die durch Julius Curtius das Erbe Gustav Stresemanns verwalten läßt, hat sich dazu hergegeben den von England gewünschten Riegel den französischen Bestrebungen vorzuschieben. Viel weniger ist dies durch den Wortlaut der Ausführungen des Reichsaußenministers in Genf geschehen als vielmehr dadurch, daß er mit keinem Wort jenem ostpoli-

tischen Bestandteil der Wahlpropaganda der Parteien vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten widersprochen hat, die mit Ausnahme weniger, in ihren Parteien einflußloser Personen sich auf die Formel geeinigt hatten, von einem Ostlocarno könne keine Rede sein.¹

DIESE ganze Entwicklung der Dinge ist um so bedenklicher, als die Weltwirtschaftskrise Europa mit ganz besonderer Wucht ertast und dadurch auch wirtschaftlich die Neigung der einzelnen europäischen Länder noch verstärkt hat sich auf Kosten der anderen zu retten. Eine riesige Welle von Arbeitslosigkeit überflutet heute alle Industrieländer. Ein erbitterter Kampf um den Absatz im Ausland hat begonnen, Dumping ist heute guter Ton im internationalen Wirtschaftsleben, und namentlich Europa kommt dabei schwer in die Klemme; denn es ist besonders schwer vorbelastet. Unser Kontinent bezahlt eine riesige militärische Rüstung, und die zollpolitische Aufrüstung aller seiner 28 Staaten gegen alle hat zur Bildung einer großen Anzahl neuer Industriebetriebe geführt, deren Produktionskapazität weit über den Rahmen des innern Markts hinausgeht, die deshalb zur vollen Ausnutzung der Anlagen durch rücksichtslose Forcierung der Ausfuhr, sei es auch zu gänzlich unmöglichen Preisen, zu kommen und die Verluste im Auslandsabsatz durch monopolistische Preisüberhöhungen auf den inneren Märkten wiederhereinzubringen suchen. Das gelingt ihnen auch in jenen, verhältnismäßig schnell vorübergehenden und kurzen, Zeiten der Hochkonjunktur in der Weltwirtschaft, in denen die überseeischen Agrarländer sich um die industriellen Erzeugnisse Europas reißen. Aber eben nur vorübergehend. Der Normalzustand sieht anders aus, er hat mit der jetzigen Krise verdächtige Ähnlichkeit. Allerdings fällt diese in eine Zeit besonderer Erschwernisse. Die dauernden Kriege in China, die schweren Unruhen in Indien, der Zusammenbruch des Preisniveaus für die tropischen Rohstoffe und Nahrungsmittel, die Getreidekrise in Canada, Argentinien und Australien haben die Aufnahmefähigkeit dieser Gebiete für die Einfuhr von industriellen Fertigerzeugnissen halbiert; die auch dort daraus sich ergebenden Störungen des Kapitalmarkts und die Mittelknappheit bei der Öffentlichen Hand in solchen Ländern führen zu einer weitgehenden Verlangsamung jener Kapitalanlegungen, die im wesentlichen aus Fertigerzeugnissen der europäischen, Produktions- und Transportmittel herstellenden Ausführindustrien bestehen. Infolgedessen liegen (nicht zum erstenmal seit dem Kriegsende) die Eisenindustrie aller Grade der Materialverarbeitung, der Kohlenbergbau, die Elektroindustrie, die Chemische und die Textilindustrie, um nur einige zu nennen, in Europa schwer darnieder. Es ist mindestens zweifelhaft, ob nicht in diesen Industrien Europas ein großer Teil der Produktionsanlagen überhaupt wird abgeschrieben werden müssen. Auf dem europäischen Arbeitsmarkt wird ja, auf längere Zeit gesehen, wahrscheinlich der rapide fortschreitende Rückgang der Bevölkerungszunahme eine gewisse Entlastung bringen, wenn man auch darauf wegen der damit verbundenen Stagnation des innern Markts keine allzu großen Hoffnungen setzen darf. Solange aber die Wirtschaftspolitik der 28 kontinentaleuropäischen Regierungen darauf aus-

1) Eine rühmliche Ausnahme hiervon macht ein Aufsatz *Reventlows Grenzrevision?*, in unserm Breslauer Parteiblatt, der Volkswacht, vom 17. September 1930, der außerordentlich geschickt und eindrucksvoll die süße Gewohnheit des Spielens mit dem Gedanken einer "friedlichen" Änderung der deutschen Ostgrenze auf Kosten Polens kennzeichnet. Die Gerechtigkeit gebietet übrigens zu sagen, daß dieser Artikel in diesem Blatt keine einmalige Erscheinung ist sondern seine seit Jahren klar eingehaltene Linie wiedergibt. Wie viele Parteiblätter dieser Art mag es aber im Bereich der deutschen Sozialdemokratie sonst noch geben?

geht womöglich in jedem einzelnen Land auf Kosten der anderen die Produktionskapazität der Industrie zu erweitern, so lange ist zu befürchten, daß die europäische Wirtschaft eines Tags in einer Wüste unbeschäftigter Fabriken, verrostender Schienenwege und ersoffener Bergwerke zugrunde geht. Die Hochflut nur ausnahmsweise und vorübergehend einigermaßen voll beschäftigter Industrieanlagen Europas gleicht nur zu fatal der Flut des wegen seines Salzgehalts nicht trinkbaren Meerwassers, auf dem der Schiffbrüchige in seinem Kahn jämmerlich verdursten muß.

Es gab in den letzten Jahren Ansätze zu einer Entwicklung, die die Hoffnung aufkommen ließen, daß die Dinge sich allmählich auf eine bessere Bahn begäben. Hierhin gehörte einmal der Umstand, daß die europäische Landwirtschaft infolge günstiger weltwirtschaftlicher Verhältnisse eine Zeitlang zu gedeihen und eine Zunahme ihrer Kaufkraft zu erleben schien. Ferner gehörte hierhin die zeitweilige stärkere politische und wirtschaftliche Befriedung des Kontinents, die die Wirtschaft dazu ermutigte sich die Anfänge europäischer Organisation zu schaffen. Insofern ist es nämlich richtig, daß auch die wirtschaftliche Einigung Europas nur auf Grund der politischen entwickelt werden kann, als zu solchen wirtschaftlichen Bündnissen das Vertrauen notwendig ist, daß die beteiligten Länder nicht demnächst wieder in Krieg mit einander geraten, werde er nun mit Soldaten oder mit Zöllnern geführt. Die deutliche deutsch-französische Annäherung seit Ende 1923, die in dem Vertrag von Locarno und in der Räumung der besetzten deutschen Gebiete gipfelte, schuf zeitweilig eine solche Atmosphäre des Vertrauens auf dem europäischen Festland; es gab Zeiten, da man diesseits und jenseits unserer Ostgrenzen mit dem Gedanken auch eines Ostlocarnos sich allmählich zu befreunden schien. Auf wichtigsten Gebieten der Wirtschaft sind in jenen Jahren europäische Industriebündnisse entstanden, die auf Regelung der industriellen Entwicklung Europas und auf Einstellung des selbstmörderischen Wettbewerbs der europäischen Industrien hinwirkten. Ich nenne von solchen Organisationen nur den Kalibund und den Eisenbund².

Seit dem Beginn der Verhandlungen über die Revision des Dawesplans hat sich die Atmosphäre in Europa schrittweise wesentlich verschlechtert. Wie hier oft gezeigt wurde, hat das in der Hauptsache seinen Grund darin, daß Deutschland sich bei diesen Verhandlungen von der Linie der Verständigung mit Frankreich abdrängen ließ und sein Heil wieder, wie in den dunkelsten Tagen vor und nach dem Krieg, aus der Hand des Angelsachsentums zu empfangen hoffte. Diese Verschlechterung der außenpolitischen Lage traf mit der Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage zusammen. Die Lage auf dem Weltagrarmarkt wurde kritisch, weil auch auf ihm alle die Betriebe zum Tragen kamen, die in der Zeit knapper Versorgung des Weltmarkts und hoher Preise ohne jede Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Markts entwickelt waren. Das zeigte sich bei den Nahrungsmitteln wie bei den Rohstoffen. Für den besten canadischen Weizen konnte der Pool 1927-1928 dem Farmer 1½ Dollars pro Bushel bezahlen; heute ist der canadische Farmer froh, wenn er aus dieser Ernte 80 Cents pro Bushel, also ungefähr die Hälfte des damaligen Preises, löst. Kakao, Kaffee, tropische Fettrohstoffe, Holz sind im

2) Siehe hierzu *Kaliski* Der Eisenpakt, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 599 und folgende, sowie, neben zahlreichen anderen Artikeln in dieser Zeitschrift, *Kranold* Die europäischen Stahlbundsverhandlungen, Ein neues deutsch-französisches Kaliabkommen, Eisenbund und Irma, im Argentinischen Tageblatt vom 1. Januar, 14. Juni und 25. August 1925.

Preis völlig zusammengebrochen, der Baumwollpreis ist niedrig, und Kautschuk kostet heute $\frac{1}{20}$ dessen, was er vor einigen Jahren auf der Höhe der Valorisation durch das Stevensonsystem gekostet hat. Genau wie der deutsche Bauer nicht davon abzubringen ist bei hohen Preisen für Schweine so viel Ferkel wie möglich zur Mast anzusetzen, so daß sich der totale Zusammenbruch der Schweinepreise mit mathematischer Sicherheit 11 Monate lang voraussagen läßt, genau so erweiterten die amerikanischen Farmer ihre Ackerflächen, vermehrten sie ihre Mährescher, pflanzten die Plantagenbesitzer Brasiliens und die Bauern der Goldküste und Nigeriens, die schwarz- und die weißgefärbten Pflanzler der Südstaaten in den Vereinigten Staaten von Amerika einen Kaffeebaum, einen Kakaotrauch, einen Baumwollstrauch um den andern, vermehrte der kleinste malaiische Bauer wie der größte Plantagenbesitzer Hinterindiens und der südostasiatischen Inselwelt seinen Wald an Kautschukbäumen ohne jede Kenntnis und Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten drauflos, so daß heute die Flut der Produkte die höchsten Zollgrenzen überschwemmt, alle Valorisationseinrichtungen niederreißt und der riesigen Genossenschaftsorganisation der Weizenfarmer in Manitoba, Saskatchewan und Alberta, der gewaltigsten Bauerngenossenschaft, die die Welt bisher gesehen hat, den Todesstoß zu geben droht. Es fehlt nicht mehr viel, daß der deutsche Roggenpreis nur noch aus der Summe aus Zoll und Frachtkosten der ausländischen Konkurrenz besteht. Diese Woge der Weltaagrarkrise ist nun in Europa mit dem zunehmenden außenpolitischen Unbehagen zusammengeprallt. Dieses Zusammentreffen erklärt erst die Heftigkeit, mit der sich aus der Marktverschlechterung ein verschärfter Anreiz ergeben hat in panischem Gedränge um die Ausfuhr den Nebenmann schonungslos niederzut trampeln, und die Schnelligkeit, mit der das Vertrauen auf längern Frieden in Europa zusammengebrochen ist. Eine der bedauerlichsten Wirkungen ist der Zusammenbruch der Europäischen Rohstahlgemeinschaft, der sich, nach langsam beginnendem, dann immer schneller fortschreitendem Abbröckeln, nun schließlich eingestellt hat.³



SOLCHEN Verfallserscheinungen gegenüber ist es an der Zeit auf die grundlegenden Wahrheiten mit allem Ernst wieder hinzuweisen und mit vollem Nachdruck von neuem auszusprechen, daß nur eine Wiederherstellung des außenpolitischen Vertrauens und eine Wiederherstellung und Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich die Barrikaden forträumen kann, die augenblicklich auf dem Weg zur Einigung Kontinentaleuropas aufgeworfen sind. Sicherlich könnte der deutschen Kapitalnot am besten abgeholfen werden, wenn ohne Zwischenschaltung vertuernder Bankinstanzen in anderen Ländern (Holland, Schweiz) und mit langfristiger Festlegung recht viel anlagefähiges französisches Überschußkapital leihweise nach Deutschland wandern könnte. Es muß aber beachtet

3) Siehe *Rechberg* Was wird aus der Rohstahlgemeinschaft?, in der *Vossischen Zeitung* vom 4. September 1930. Dieser Aufsatz schildert den Gang der Tragödie der Rohstahlgemeinschaft im ganzen zutreffend und weist mit Recht auch darauf hin, daß zwischen der Steigerung der außenpolitischen Unsicherheit in Europa und dem Zusammenbruch des Eisenbunds ein direkter und enger ursächlicher Zusammenhang besteht. Wenn freilich *Rechberg* in diesem Zusammenhang glaubt nicht nur der deutschen sondern auch der französischen Schwerindustrie vorwerfen zu müssen, daß sie törichterweise durch Finanzierung der Gegner der Verständigungspolitik ihrer eigenen Organisation das Wasser abgegraben habe, so muß demgegenüber gesagt werden, daß es vorläufig an Beweismaterial für diesen Vorwurf nach der französischen Seite hin fehlt; und an Stelle eines Beweises kann ein bloßer Analogieschluß von der Torheit der deutschen Industriekapitäne auf diejenige der französischen nicht zugelassen werden.

werden, daß in dieser Sache nicht die französische, sondern die deutsche Wirtschaft sich in der schwierigeren Lage befindet. Frankreich hat durchaus die Wahl, ob es nach Deutschland oder nach anderen Ländern hin Kapital-export treiben, ob es lang- oder kurzfristig sein Geld im Ausland anlegen will; denn gerade heute und noch auf lange Zeit hinaus wird es an lohnender Nachfrage nach Anlagekapitalien in der Weltwirtschaft nicht fehlen, und man wird sich in anderen Ländern wegen der Modalitäten dieser Anlagegeschäfte künftig ebensowenig zieren wie bisher. Frankreich ist, wie aus vielen Nachrichten hervorgeht, durchaus bereit seine Kapitalien zu erheblichem Teil in Deutschland anzulegen. Naturgemäß können aber die Verwalter dieser französischen Spargelder ihrer Verantwortung für die Sicherheit solcher Anlagen nur genügen, wenn politisch wie wirtschaftlich das deutsch-französische Verhältnis so ist, daß weder ein abermaliger Krieg zwischen Deutschland und Frankreich noch die Großzüchtung einer die französische Industrie auf dem Weltmarkt hemmungslos unterbietenden deutschen Konkurrenz droht. Die beinahe schon lächerliche Tragödie des deutschen Kapitalmangels und des französischen Kapitalüberflusses zeigt uns, wie selbstmörderisch die Haltung der deutschen Franzosengegner ist, wenn sie Kredite aus Frankreich ablehnen, weil sie die Franzosen fürchten, besonders, wenn sie Geschenke bringen. Hier ist der Zusammenhang zwischen der verfehlten außenpolitischen Orientierung und der daraus entspringenden Wirtschaftsnot unmittelbar erkennbar. Die Hilfe liegt in der Änderung der Außenpolitik, in der Ersetzung der im stillen geführten Fehde durch offene Zusammenarbeit.

Das Ziel für eine solche deutsch-französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet muß sein die Grundlagen für eine europäische Wirtschaftseinigung zu schaffen. Freilich muß man sich dabei darüber klar sein, in welcher Art und Weise man sich die wirtschaftliche Einheit Europas denkt. Dabei muß vorausgeschickt werden, daß eine Europäische Zollunion unmöglich ist, wenn man mit der Propaganda für eine solche gleichzeitig eine Propaganda für die Abschaffung der Zölle in Europa überhaupt verbindet. Unter der Losung "Die Zölle nieder!" ist eine Europäische Zollunion nicht zu begründen⁴. Nur muß man sich darüber klar sein, daß die Höhe der euro-

4) Siehe *Grotkopp Die Zölle nieder!* /Berlin 1930/. Der Inhalt dieses Buchs kommt in seinen aktuellen Teilen gerade darauf hinaus, daß auf die Bildung eines europäischen Zollverbands verzichtet werden soll, daß vielmehr der etappenweise fortschreitende, dem Ziel nach zur völligen Zolllosigkeit führende Zollabbau das eigentliche Verbandsmerkmal dieser Zollunion ohne Zoll sein soll. Den Europäischen Zollverein rühmt Grotkopp zwar, weil er einen Kollektivvertrag der europäischen Staaten vorgeschlagen hat, wonach zwischen den dem Vertrag angeschlossenen Staaten die Zollsätze organisch ermäßigt und dergestalt nach einigen Jahrzehnten die Zollgrenzen zwischen diesen Staaten beseitigt werden. Offensichtlich kommt aber dieser Vorschlag des Europäischen Zollvereins auf etwas ganz anderes hinaus als auf das, was Grotkopp selbst empfiehlt: nämlich darauf, daß das aus diesem Kollektivvertrag entstehende Kollektivgebilde nach außen hin schutzzöllnerisch sein kann, während gerade Grotkopp die Zölle Europas nach außen hin abschaffen will. Nach seiner Meinung »darf man . . . keineswegs aus der Not eine Tugend machen [das heißt sich damit abfinden, wenn etwa dem Europäischen Zollverband nur Staaten des europäischen Festlands beitreten sollten] und die Schaffung eines starken und autarken Europas als Selbstzweck hinstellen. . . Vielmehr muß dieses neue Europa zum Bannerträger einer allgemeinen Politik des Freihandels werden.« Rührend ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß Grotkopp den »jungen, noch relativ unentwickelten, eine Industrialisierung anstrebenden überseeischen und gegebenenfalls auch europäischen Agrarstaaten« das Recht zubilligt »durch politische Eingriffe ihre wirtschaftliche Entwicklung zu fördern . . . Bedeutet doch eine sich in mäßigen Grenzen haltende Industrialisierung dieser jungen Länder für die Industriestaaten der [europäischen] Union ein sich mit der Reichstumsentwicklung der jungen Staaten ständig hebendes Exportgeschäft.« Diesem Geist entspricht es auch, daß nach Grotkopp Europa, wenn es die Europäische Zollunion schaffen will, »auch den amerikanischen Lebensstil wird übernehmen müssen; dann wird an Stelle der meistens überschätzten europäischen Kultur die mit Unrecht so geschmähte amerikanische "Kulturlosigkeit" treten«. Beruhigend versichert der Verfasser zum Schluß, daß »diese europäische Kultur immer nur eine Angelegenheit einer dünnen Oberschicht gewesen« sei, während ihm freilich doch der Mut fehlt zu behaupten, daß die Kultur in Amerika den breiten Massen ungeschmälert zugute komme.

päischen Zölle für Industrieerzeugnisse natürlich auch im Fall der Begründung eines Zollbunds des Europäischen Kontinents nach keiner Seite hin unveränderlich feststehen muß. Es läßt sich denken, daß jener Teil dieser Zollmauern niedergelegt wird, der heute schon nicht dem Schutz der europäischen industriellen Erzeugung gegen den überseeischen Exportindustrialismus dient sondern Kampfmittel der Zwergindustrialismen der europäischen Kontinentalländer gegen einander ist. Immerhin wird man auch da mit einer gewissen Vorsicht vorgehen müssen; denn die Stilllegung eines Teils der halbbeschäftigten industriellen Unternehmungen in Europa zugunsten voller Beschäftigung der übrigen kann nur dann ohne schwere soziale Zuckungen vor sich gehen, wenn die entsprechenden Umsiedlungen von Arbeitern, sei es auch quer über die politischen Grenzen auf unserm Festland hinweg, in gleichem Schritt erfolgen. Es wird also für die Zeit des Werdens der europäischen Wirtschaftseinheit notwendig sein die Binnenzölle innerhalb des europäischen Industriegebiets in Einzelfällen noch aufrechtzuerhalten, ebenso wie nicht ohne weiteres auf die reinen Fiskalzölle wird verzichtet werden können. Schließlich bedarf die Landwirtschaft zum Beispiel des deutschen Ostens wohl noch für längere Zeit eines Zollschatzes auch gegen den Wettbewerb einzelner europäischer Agrarausfuhrgebiete. Im ganzen zwar ist das Gebiet des künftigen Vereinigten Europäischen Kontinents agrarisch ein Zuschußgebiet. Wenn man aber die deutsche Produktion von Eiern, Butter und Käse sofort ungeschützt dem Wettbewerb der Dänen und Holländer preisgibt, so bedeutet das, daß man Landwirte nicht umsiedeln kann, ohne ihnen zunächst einmal den Boden zu nehmen, den sie bisher bearbeitet haben, daß man den deutschen Osten, statt vorwärts zur bäuerlichen Intensivierung, rückwärts zur latifundistischen Extensivierung der Landwirtschaft zwingen würde. In anderen Fällen dürften derartige Zwischenzölle erniedrigt oder überhaupt beseitigt werden können, wenn nämlich bei jenen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion die Rettung überhaupt nicht von Zollmaßnahmen erwartet werden kann. Solange der bisherige Zyklus der Schweinepreise aufrechterhalten wird⁵, so lange hilft auch der Zollschatz, ja das Verbot der Einfuhr ausländischer Schweine nichts; und solange die Rentabilität des Kartoffelbaus nur darauf beruht, daß die Holzspirituserzeugung in der Hauptsache verboten wird, so lange wird das Damoklesschwert der Überproduktion an Kartoffeln über dem deutschen Osten hängen, mag auf Kartoffeln auch ein noch so hoher Zoll liegen, mag die Kartoffeleinfuhr aus Polen auch noch so entschieden verboten werden. Ebensowenig wie für die Industrie kann also für die Landwirtschaft künftig der sofortige Übergang zum innereuropäischen Freihandel generell empfohlen oder perhorresziert werden. Anzustreben sind eine Individualisierung und eine Organisation der Produktion selbst, die Binnenzölle allmählich überflüssig machen.

Gerade der Kali- und der Eisenbund können in dieser Hinsicht Anregungen geben. Der Kalibund hat heute praktisch noch ein Weltmonopol. Er konnte deshalb die Absatzgebiete aufteilen und unter Zuhilfenahme seiner festen Organisation dadurch die Produktion kontingentieren. Ähnlich konnte der Eisenbund die Produktion kontingentieren und gegenseitige Grenzverletzungen

5) Siehe hierzu namentlich *Honau Die Prognose der Schweinepreise*, 3. Auflage /Berlin 1930/ und die von Baade zusammen mit dem Zeichner Abeking herausgegebene *Schweinefibel*, mit dem Untertitel *Was jeder Bauer vor dem Decken seiner Sauen bedenken muß* /Berlin 1929/; siehe hierzu auch die *Rundschau Landwirtschaft*, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 89, 1930 I Seite 198 und folgende.

durch Strafabgaben an eine gemeinschaftliche Ausgleichskasse bekämpfen. Der heutige Organisationsgrad der meisten Industriezweige in den meisten Ländern unseres Kontinents würde Ähnliches ohne weiteres ermöglichen. Auch die Gesamtorganisationen der europäischen Landwirtschaft, wenn es solche auf wirtschaftlichem Gebiet gäbe, könnten zu einer genossenschaftlich angeordneten und durchgeführten Kontingentierung der Produktion, zu einer Aufteilung der innereuropäischen Absatzgebiete und in den agrarischen Überschußzeugnissen Europas zu einer genossenschaftlich organisierten Manipulation des Überschußabsatzes kommen⁶. Freilich setzt alles das eine sehr eifrige, dem Ziel europäischer Einigung unverrückbar zugewandte Arbeit voraus; aber schon die ersten Schritte auf diesem Weg brächten unmittelbar fühlbare Erfolge, und deshalb wäre es leichter auf diesem Weg fortzuschreiten, bis zur Erreichung des Ziels, als es jetzt scheint sich zu entschließen ihn überhaupt einzuschlagen.



UF ein besonders wichtiges Gebiet muß hier noch hingewiesen werden, auf dem die deutsch-französische Zusammenarbeit sich baldigst und mit sogleich fühlbarem Nutzen entfallen kann: die kolonialisatorische Betätigung der Völker des kontinentalen Europas im tropischen und subtropischen Afrika⁷. Manche Anzeichen lassen erkennen, daß man nach wie vor einer solchen Arbeit in Frankreich nicht abgeneigt ist. Allerdings kann man kaum erwarten, daß die Franzosen sich begeistert bemühen deutsche Menschen in größerer Anzahl in ihrem Kolonialreich arbeiten zu lassen, solange alle die Jugend, die dafür in Frage käme, in Deutschland nationalsozialistisch wählt, schmäht und prügelt. Denn was soll der Franzose von dem Einströmen solcher Menschen in französische Kolonien oder Machtgebiete erwarten als mehr oder weniger plumpe, darum aber nicht weniger gefährliche Putsche gegen die französische Staatshoheit in diesen Territorien? Trotzdem wird sich auch auf diesem Gebiet allmählich vieles bessern, der Anlaß zum Mißtrauen schwinden und damit auch das Mißtrauen selbst abnehmen, wenn nur erst einmal mit dieser Arbeit überhaupt begonnen und dadurch eine gewisse gegenseitige Gewöhnung und Anpassung an einander herbeigeführt wird. Die gegebene Form ist dafür das Anknüpfen an den nach dem Neuen Plan noch verbliebenen Rest der Sachlieferungen. Will doch Frankreich einen wesentlichen Teil der ihm zufließenden Reparationsleistungen zur systematischen Entwicklung der produktiven Kräfte seines Kolonialreichs benutzen. Ja, man geht in Frankreich noch weiter. Aus dem Überfluß Frankreichs an Kapitalien zieht man die Folgerung, daß dieser dazu auffordert deutsch-französisches Zusammen-

6) Über das Muster des canadischen Weizenpools und gleichzeitig auch über die sich aus seiner Geschichte ergebenden Lehren, über die Schwächen der dort bisher befolgten Politik des Verzichts auf jede mengenmäßige Bestimmung der Weizenproduktion unterrichtet hauptsächlich folgende Literatur: *Irwin The Canadian Wheat Pool /Winnipeg 1929/*, *Patton Co-operative Achievements of Canadian Grain Growers/Winnipeg 1929/*, *Booth Co-operative Marketing of Grain in Western Canada /Washington 1928/* sowie schließlich *Newman The History and Present Status of Wheat Production in Canada /Ottawa 1928/*. Über den Gedanken internationalen Zusammenwirkens der Agrarproduzenten zur Stützung der Preise und Regelung der Produktion sehr gut der Aufsatz des verdienten schweizerischen Agrarpolitikers *Laur Die Krise in der Weltlandwirtschaft*, in der Zeitschrift der Landwirtschaftskammer für Niederschlesien 1930 Seite 1028, 1061 und folgende.

7) Siehe zum folgenden, neben der in der Rundschau Außenkolonisation der Sozialistischen Monatshefte fortlaufend angezeigten Literatur über Frankreichs Kolonialreich, die neueste Darstellung des überseeischen Frankreichs durch den Professor an der Katholischen Universität zum Heiligen Herzen in Rom *Bettanini Lineamenti di storia della colonizzazione francese /Mailand 1930/*; sie behandelt zwar die wirtschaftlichen Fragen kürzer, läßt aber trotzdem die gewaltigen Möglichkeiten des überseeischen Frankreichs deutlich erkennen, und ihre Anerkennung für Frankreichs Leistung wiegt, in Ansehung dessen, daß der Verfasser Italiener ist, um so schwerer.

wirken in Übersee zu organisieren und so die beiden Völker einander verstehen zu lehren. In einem sehr beachtenswerten Wirtschaftsbericht der Neuen Berliner Zeitung vom 5. September 1930 heißt es hierüber:

»Einen der interessantesten Versuche die gegenwärtig noch gesunde, bald vielleicht gefährliche Situation [auf dem überfüllten französischen Kapitalmarkt] zu überwinden stellt die Gründung einer Deutsch-Französischen Kolonialgesellschaft unter dem Protektorat des französischen Kolonialministeriums dar. Als vor einem Jahre das Geld international, vor allem aber in Deutschland, noch außerordentlich teuer war, stand Frankreich bereits im Zeichen niedriger Zinssätze. Damals wurde von einer bekannten Berliner Bankfirma . . . und einem französischen Bankgeschäft der Plan gefaßt den doppelten Überfluß Frankreichs an billigen Krediten und an kolonialen Rohstoffen nutzbar zu machen. Französische Banken wollten den Import von Rohstoffen aus französischen Kolonien nach Deutschland zu günstigen Bedingungen finanzieren. Im Laufe der Verhandlungen ergab sich, daß in den Kolonien . . . die Nachfrage nach deutscher Qualitätsware unverändert groß ist. Die Gesellschaft, die nunmehr unter dem Namen Socofral (Société Coloniale Franco-Allemande) ins Leben gerufen ist, wird durch die Vermittlung der französischen Behörden Afrika von Marokko bis Madagaskar mit deutschen Waren beliefern und die Rohstoffgebiete des Schwarzen Erdteils für die verarbeitende Industrie Deutschlands nutzbar machen. Damit bekommt diese Gesellschaft eine hervorragende wirtschaftspolitische Bedeutung. Die Socofral . . . erfüllt ein wichtiges Erfordernis wirtschaftlicher Kolonialpolitik, die Schaffung der Rohstoffbasis und die Erschließung von Absatzgebieten für deutsche Produkte. Man verrät nicht das Vaterland, wenn man getrost ausspricht, daß die Wirtschaftskolonie gegenüber der politischen den Vorzug der Risikolosigkeit genießt, besonders, wenn sie, wie in unserm Falle, sogar das Kapital aus Frankreich bezieht.«⁸

Es ist also nicht vages Prophezeien aus dem Kaffeesatz, wenn in den Sozialistischen Monatsheften die Möglichkeit klein anfangender, aber allmählich zu Größerm führender deutsch-französischer Zusammenarbeit auch auf kolonialem Gebiet immer wieder betont wird, sondern nur getreue Wiedergabe des Wirklichen. Und nun bedenke man, wie nötig gerade dem deutschen Volk etwas gründlichere und reichlichere Fühlung mit der Denkweise des schaffenden Weltbürgertums wäre. Ein großer Teil des hoffnungslos mit der Stange im Nebel herumfahrenden "Radikalismus" in Deutschland erklärt sich nur aus der trostlosen binnenländischen Enge des deutschen Lebens. Ein erheblicher Teil unserer Jugend, die jetzt im vermeintlichen Radikalismus nutzlos versackt, fände unter normalen Verhältnissen in Übersee ein Tätigkeitsfeld, das der mit intellektuellem und technischem Nachwuchs übersättigte Fetzen europäischen Kontinentallands zwischen unseren Grenzen eben nur einer allzu kleinen Zahl zu bieten vermag. Welche abenteuerliche Ahnungslosigkeit der Vorstellungen vom Gang der Dinge in der großen Welt hat diese Jugend geistig entstellt! Sie sieht nur unsere Angelegenheiten, nur unsern Kleinram, sie hält die deutschen Nationalsozialisten für eine große Bewegung, weil ihr Geschrei zwischen unseren engen und starren 4 Wänden so laut gellt. Was draußen vorgeht: daß Wirtschaft und Gesellschaft ganzer Kontinente sich umformen, daß neue Mächte im Wirtschafts- und Geistesleben aufsteigen, für die das so viel gerühmte deutsche Geistesleben sehr wenig bedeutet, vielleicht nur ein ziemlich unverständliches und im übrigen wenig anziehendes Feuilletonistengetue, und daß das Vaterland Europa, das diese

8) Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei zu dem letzten Satz, so weltmännisch er in seinem Zynismus auch klingt, doch Einspruch angemeldet. Solche Erwägungen, die von der Meinung ausgehen, Frankreichs Unglück könnte unser Glück sein oder doch wenigstens uns unberührt lassen, sind Reste jener alten Denkweise des europäischen Zwergnationalismus, die uns in das Unglück von 1914 bis 1930 hineingeführt und bis heute noch darin erhalten hat. Demgegenüber sollte sich doch endlich die Überzeugung Bahn brechen, daß das Unglück der anderen Völker unseres Kontinents auch das unsrige ist.

Wenden wir uns nun den Parteien zu, die keine Siege zu verzeichnen haben, so fällt der Blick zunächst auf das Zentrum. Als Führerin der Regierungskoalition hat es eine Niederlage erlitten, als Partei hat es sich gut behauptet. Das Zentrum hat seine Stimmen von 3,7 auf 4,1 Millionen erhöhen können, aber es bleibt damit noch hinter dem Zuwachs der Wahlbeteiligung zurück, und sein Anteil sinkt von 11,9 auf 11,7 % der abgegebenen Stimmen. Seine Mandatszahl ist, obwohl es 6 Reichstagsitze zu seinem alten Bestand hinzugewann, von 12,6 auf 11,8 % gesunken. Um 3 Mandate gestärkt kehrt allerdings der bayrische Flügel des politischen Katholizismus aus dem Wahlkampf zurück. Die Bayerische Volkspartei ist im neuen Reichstag auch relativ ein wenig stärker als im alten. Ihre Mandatszahl ist von 3,2 auf 3,3 % gestiegen. Nimmt man beide Gruppen zusammen, so kann man sagen, daß der politische Katholizismus am 14. September keine bemerkbare Einbuße erlitten hat, obwohl oder vielleicht auch weil er in der Agitation seine Stoßkraft einseitig gegen die Sozialdemokratie und ihre Regierungsmethoden im Reich richtete. Wesentlich schlechter als der politische Katholizismus (Zentrum und Bayerische Volkspartei) hat sich die Wirtschaftspartei gegenüber der nationalsozialistischen Flut behaupten können. Sie wird im neuen Reichstag in der selben Stärke wie im alten vertreten sein; ihre Mandatszahl ist aber von 4,7 auf 4,0 % zusammengeschrumpft. Gut geschlagen hat sich auch der Christlichsoziale Volksdienst, das evangelische Zentrum, das dem Kabinett Brüning 14 Stimmen zur Verfügung stellen kann, womit bewiesen ist, daß die Kirchen in der Politik immer noch eine nicht zu unterschätzende Macht darstellen. Alle übrigen Koalitionsparteien sind von der nationalsozialistischen Brandung arg beschädigt worden. Sie kehren absolut und noch mehr relativ geschwächt aus dem Wahlkampf zurück.

Was die Oppositionsparteien vom 18. Juli betrifft, so hat von ihnen nur eine Partei, die Sozialdemokratie, eine Einbuße erlitten, womit die These widerlegt ist, daß Opposition einer Partei immer Erfolg bringe. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat den Verlust der Sozialdemokratie als »unerheblich« bezeichnet. Ganz stimmt das nicht. Im alten Reichstag entfielen von 100 Mandaten 31,3 auf die Sozialdemokratie, im neuen sind von 100 Mandaten nur 25 sozialdemokratisch. Man hat berechnet, daß angesichts der stärkern Wahlbeteiligung am 14. September (82 %) die Sozialdemokratie zur Aufrechterhaltung ihrer relativen Stärke 180 Mandate hätte erhalten müssen. Aber ihre Fraktion weist nur 143 Mann auf, 10 weniger als im alten Reichstag.

BETONT werden muß, daß man sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung der Parteien kein zutreffendes Bild von ihrer politischen Stärke machen kann. Die Sozialdemokratie hatte im alten Reichstag nur 31,3 % der Mandate inne, ihr stand also eine Zweidrittelmehrheit gegenüber, und trotzdem war es, wegen der Zerklüftung der Parteien rechts von ihr, nicht möglich ohne sie eine stabile Regierung zu errichten. Wie die Dinge in dieser Beziehung im neuen Reichstag liegen, darüber hat sich der Reichsminister des Innern Joseph Wirth kurz nach der Wahl, am 16. September, im Berliner Rundfunk nach einem Bericht des Sozialdemokratischen Pressedienstes wie folgt geäußert:

»Parteiarithmetik zu treiben und Koalitionsgespräche zu führen wäre gänzlich unzeitgemäß. Der Radikalismus hat eine Schlacht gewonnen, aber die Regierung behauptet das Schlachtfeld. Sie bleibt im Amte und überprüft das Geschehen vom staatlichen Standpunkt aus. Sie wird dem Reichstag Gesetzesvorlagen zuleiten, so daß die Opposition Gelegenheit hat die Frage zu beantworten: Wie denkt ihr euch

die Dinge? Hinter der Regierung steht eine Minderheit von 209 Abgeordneten; die Mehrheit erfordert 289 Stimmen. Es fehlen also der Regierung 80 Stimmen. Die Opposition ohne Sozialdemokraten verfügt über 226 Mandatsträger. Es genügt also nicht eine bloße Neutralität der Sozialdemokratie, um die Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung zu verhindern. Ein Teil der Sozialdemokraten müßte für das Reichskabinett Brüning stimmen. Ich spreche nicht nur aufrichtig sondern mehr als deutlich. Der Begriff der Großen Koalition, gestern noch lebend, hat heute seinen Inhalt verloren. Sozialdemokraten, Zentrum, Staatspartei und Volkspartei verfügen über 261, mit den Bauern über 286 Stimmen. Mit der Wirtschaftspartei würde sie über eine knappe Mehrheit von 309 Stimmen verfügen. Aber je weniger über eine solche Koalition gesprochen wird, um so besser ist es. Die Regierung wird, das hat die heutige Kabinettsitzung bewiesen, mit einem klaren sachlichen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Programm vor den Reichstag treten. Dann mögen sich die Kräfte der reinen Negation von der politischen Gemeinschaft der Zusammenarbeit scheiden. Mit ihnen, den Nationalsozialisten und Kommunisten, geht nach einer Erklärung Hugenberg mit 41 Mann Gefolgschaft Hand in Hand. Da das Reichstagsdrittel 192 Stimmen beträgt, können verfassungändernde Gesetze also nicht verabschiedet werden. Der Gedanke eines Ermächtigungsgesetzes ist also zerronnen. Man hat von einer Rechtsfront gesprochen, das ist reine Theorie. Deutschnationale, Nationalsozialisten, Landbund, Konservative, Wirtschaftspartei und Volkspartei verfügen über 244 Stimmen, das ist eine Minderheit. Daß die Bayerische Volkspartei und das Zentrum einer solchen Rechtskoalition beitreten, ist politisch undiskutierbar. Wie paradox es auch klingen mag: Die Regierung Brüning führt, und sie wird weiter führen . . . Sie wird dem Parlament die politische Linie nationaler, streng durchdachter und durchgeführter Sachlichkeit vorlegen.«

Aus dieser Rede Wirths, die zunächst Koalitionsgespräche mit der Sozialdemokratie entschieden ablehnt, läßt sich unschwer der Wunsch herauslesen, die Sozialdemokratie möge sich spalten, damit ihr rechter Flügel für Brüning stimmen könne. So ist Wirths Rede auch vom Vorwärts aufgefaßt worden, der zu dessen Worten, »ein Teil der Sozialdemokraten müßte für das Reichskabinett Brüning stimmen«, bemerkt, das sei doch wohl »nur mathematisch und nicht politisch gemeint«; die »einige und geschlossene Sozialdemokratie« sei »das stärkste Aktivum, das die Republik aufzuweisen« habe. Diese Antwort des Vorwärts scheint die Abneigung des Zentrums gegen Koalitionsgespräche mit der Sozialdemokratie, die es schon während des Wahlkampfes gegenüber Otto Brauns, Rudolf Breitscheids und Paul Löbes Fragen bekundete, nicht abgeschwächt zu haben. Das ergibt sich aus dem Interview Wirths mit dem Berichterstatter der Information Financière, das der Sozialdemokratische Pressedienst am 19. September in folgenden Worten wiedergab: »Reichsinnenminister Doktor Wirth versichert in einem Interview mit dem Berichterstatter der Information Financière, daß an eine Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht gedacht werden könne. Die Reichsregierung, fuhr Wirth fort, werde in der nächsten Woche die nötigen Entscheidungen über die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme treffen. Von diesen Entscheidungen werde die Richtung der künftigen Politik im neuen Reichstag abhängen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob Brüning entschlossen sei mit der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen einzutreten, antwortete Wirth, wie der Berichterstatter bemerkt, mit einem Lächeln und einer ausweichenden Handbewegung.«

Das Lächeln Joseph Wirths und seine ausweichende Handbewegung erklären sich leicht daraus, daß das Reichskabinett Brüning sich selbst auf der parlamentarischen Ebene recht sicher fühlt, weil die Taktik der Nationalsozialisten keineswegs auf einen baldigen Sturz dieses Kabinetts gerichtet zu sein scheint. Die nationalsozialistischen Führer erklären jetzt überall in überfüllten Massenversammlungen, daß sie sich nicht darum reißen in die Regierung einzutreten. Sie könnten ruhig abwarten, bis das Zentrum sie rufe. Dann allerdings würden sie das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium verlangen. Eine solche abwartende Haltung der nationalsozia-

listischen Reichstagsfraktion setzt natürlich voraus, daß sie das Reichskabinett Brüning einstweilen tolerieren. Es scheint, daß das Kabinett mit einer solchen taktischen Haltung der Nationalsozialisten auch rechnet. Wirths Rede im Berliner Rundfunk erweckt den Eindruck, daß das Zentrum auch von der Sozialdemokratie eine Tolerierung erwartet. Ihr gegenüber fühlt sich Brüning nach dem 14. September besonders stark, weil das Zentrum in der Lage ist in Preußen jederzeit eine Regierungskrise hervorzurufen, ohne deshalb seine Machtposition wesentlich zu schwächen. Die Zentrumsführer haben in den letzten Tagen hinreichend deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ohne Bedenken das preußische Kabinett Otto Braun stürzen und damit Neuwahlen in Preußen erzwingen würden, wenn sich im Reichstag der 18. Juli wiederholen sollte. Nicht übersehen werden darf, daß die Organe der Koalitionsparteien, die sich um das Zentrum scharen, jetzt jeden Tag darauf hinweisen, daß die Weimarer Koalition in Preußen bei Neuwahlen keine Mehrheit mehr erringen werde und leicht durch eine mehr nach rechts gerichtete Koalition ersetzt werden könne. Sieht man von der Staatspartei ab, so wäre allen anderen Koalitionsparteien ein Auftrumpfen des Zentrums in Preußen gegen die Sozialdemokratie willkommen. Lehrreich ist in dieser Beziehung ein am 19. September gegebener Bericht der volksparteilichen Provinzpresse aus Berlin, der das »Spiel mit Preußen« wie folgt darstellt:

»Die preußische Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei hat den Versuch gemacht die Entwicklung nun auch in Preußen vorwärtszutreiben, indem sie den Antrag auf Auflösung des Landtags stellte. Es ist zunächst nur eine Demonstration, denn eine Mehrheit für einen solchen Antrag ist nicht zu denken, solange das Zentrum getreu zur Sozialdemokratie hält. Die große Furcht der Sozialdemokraten ist aber offenbar, daß der Augenblick kommen kann, wo das Zentrum nicht mehr mitmacht. Der Schlüssel zum Verständnis der entgegenkommenden Haltung der Sozialdemokratie im Reich liegt ebenfalls darin, daß Otto Braun für sein Ministerium fürchtet und deshalb den Konflikt mit dem Zentrum im Reich abbauen möchte. Man sieht ja deutlich die verschiedenen Strömungen, die in der Sozialdemokratie gegeneinanderlaufen. Auf der einen Seite Reichstagspräsident Löbe, der erhebliche Machtansprüche anmeldet, auf der andern Seite Braun, der im Reich billig akkordieren will, um die Herrschaft in Preußen zu behaupten. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes keineswegs so inhaltlos wie das zunächst anmutet. Das Bekenntnis, daß die Sozialdemokratie nicht den Nationalsozialisten und den Kommunisten das Feld überlassen will, bedeutet mittelbar ein neues Angebot an die Reichsregierung, und der unmittelbar darauf folgende Nachsatz, daß sie Rückkehr zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung und Abkehr von dem Spiel mit der Diktatur verlangt, zeigt deutlich die Sorgen, die im sozialdemokratischen Lager bestehen, daß Herr Doktor Brüning seinen Weg weitergehen und die Parteien im Reichstag vor die Zwangslage stellen will entweder dem Programm der Regierung ohne irgendwelche Konzessionen zuzustimmen oder durch die Ablehnung das Parlament selbst auszuschalten.«

Besonders beachtlich an dieser Äußerung sind die Worte von den verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie: »Auf der einen Seite Reichstagspräsident Löbe, der erhebliche Machtansprüche anmeldet, auf der andern Seite Braun, der im Reich billig akkordieren will, um die Herrschaft in Preußen zu behaupten.« Das Akkordieren, von dem hier gesprochen wird, hat jedenfalls mit der Errichtung einer nach rechts erweiterten Großen Koalition nichts mehr zu tun. Es wird sich dabei wohl um die Tolerierung des Reichskabinetts Brüning durch die Sozialdemokratie handeln. Jedenfalls ist mit der Anmeldung von Machtansprüchen nach dem 14. September nicht mehr viel zu erreichen. Es ist auch ein großer Irrtum anzunehmen, daß Hitler sich so verhalten wird wie es die Sozialdemokratie wünscht. Seine Taktik unterscheidet scharf zwischen Reichstag und Reichsregierung. Hitler

wird gewiß nichts unterlassen, um das Ansehen des Reichstags herabzusetzen. Die Meldung, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten entgegen dem preußischen Parteiuniformverbot im Reichstag in Hitler- und Rotfrontuniform erscheinen werden, gibt bereits einen Vorgeschmack von den kommenden Dingen. Schärfster Kampf gegen den Parlamentarismus, aber Tolerierung Brüning's und Schiele's: das scheint Hitlers taktische Richtlinie zu sein. Die Nationalsozialisten haben auch nichts dagegen, wenn der Reichstag sich selbst ausschaltet. Schon jetzt ist klar zu ersehen, daß Hitler einer Hugenbergparole das Kabinett Brüning zu stürzen oder eine neue Reichstagsauflösung zu provozieren nicht folgen wird. »Wir Nationalsozialisten«, so verkündet er, »sind eine sozialrevolutionäre, die Deutschnationalen dagegen eine sozialreaktionäre Partei, und dieser Gegensatz bleibt unverrückbar bestehen. Deshalb ist eine Fraktionsgemeinschaft absolut undiskutabel.« Hitler wird Hugenberg jedenfalls so lange nicht folgen, als keine Erweiterung der Regierungskoalition nach links stattfindet. Die Abstimmung vom 18. Juli wird sich im neuen Reichstag kaum wiederholen. Was die Weimarer Koalition anlangt, so weiß Hitler, daß diese nach 1 Jahr in Hessen, nach 2 Jahren in Preußen ohnehin durch Neuwahlen ein Ende findet. Von der Hitlerpartei droht dem Minderheitskabinett Brüning wohl kaum eine Gefahr, solange es klar, bestimmt und entschieden gegen die Sozialdemokratie regiert. Andererseits reichen im neuen Reichstag die sozialdemokratischen Stimmen im Verein mit denen der Kommunistischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr aus die Regierung zu stürzen, wenn die Nationalsozialisten nicht mitmachen. So erklärt es sich, daß Joseph Wirth Koalitionsgespräche mit der Sozialdemokratie »mit einem Lächeln und einer ausweichenden Handbewegung« vorerst ablehnen kann.



INZWISCHEN rückt die Finanznot, die durch die Beamteninflation und durch die Besoldungsordnung von 1927 über das unglückliche deutsche Volk verhängt worden ist, wieder in den Vordergrund. »In Berlin schwirren Zahlen herum«, so meldet die Provinzpresse, »die das neue Defizit des Reichshaushalts auf 1 Milliarde und darüber schätzen.« Der Reichsfinanzminister Dietrich spricht vor dem Hauptausschuß des Reichsverbands der Deutschen Industrie in »strengster Vertraulichkeit« über die Reichsfinanzen. Vertraulich wird die Finanzlage eines Landes regelmäßig dann behandelt, wenn sie kritisch geworden ist. Sieht man das Reichsbahndefizit als einen Teil des Reichsdefizits an, so wird man mit einem neuen Fehlbetrag von 1 Milliarde rechnen müssen. Die Defizite der Länder und Gemeinden werden hinter dieser Zahl nicht weit zurückbleiben. Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem neuesten Vierteljahrsbericht endlich auch einmal die Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen in seine Untersuchungen einbezogen. Das Berliner Tageblatt schrieb hierüber am 5. September:

»Nach den Ziffern der nunmehr ziemlich weit geförderten Finanzstatistik nimmt der öffentliche Haushalt (Reich, Länder und Gemeinden zusammen) bei einem Finanzbedarf von rund 21 Milliarden (im Jahre 1928) etwa 30 % des Volkseinkommens auf. Unter Einschluß der Ausgaben von Reichsbahn, Reichspost, öffentlichen Betrieben und Körperschaften aller Art (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Kirchen) wird über die Hälfte des Volkseinkommens von öffentlichen Stellen kontrolliert. Der Konjunkturverlauf in der Volkswirtschaft ist mit der öffentlichen Finanzwirtschaft in einem viel stärkeren Maße wechselseitig verknüpft als es in der Vorkriegszeit der Fall war, wo nur rund 16 beziehungsweise rund 30 % des Volkseinkommens von den öffentlichen Körperschaften aufgenommen beziehungs-

weise kontrolliert wurden. Im weitem erörtert der Bericht die konjunkturelle Bewegung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmeposten. Dabei wird festgestellt, daß die Gesamtsumme der öffentlichen Gehälter und Renten etwa 15 Milliarden beträgt (ohne die Arbeitslosenrenten).«

Man beachte wohl: Schon 1928, als noch alle Fabrikschlote rauchten, hatten die öffentlichen Stellen sich das deutsche Volk derart tributpflichtig gemacht, daß »über die Hälfte des Volkseinkommens« an ihre Kassen abgeliefert werden mußte. Seitdem hat eine gewaltige Schrumpfung des Volkseinkommens (15 bis 20 %) durch Arbeitslosigkeit stattgefunden. Auf der andern Seite sind die öffentlichen Ausgaben weiter gesteigert worden. Man wird deshalb kaum fehlgehen, wenn man sagt, daß heute 60 % des Volkseinkommens von den öffentlichen Stellen an sich gezogen und durch Beamteninflation und Gehaltssteigerungen zumeist unproduktiv aufgezehrt werden. (Es ist fraglich, ob in Rußland, wo bei der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Bevölkerung (80 %) die Eigenversorgung durch Ackerbau, Viehzucht und Hausgewerbe immer noch eine große Rolle spielt, wirklich schon 60 % des Volkseinkommens in öffentliche Kassen fließen, wenn man den Anteil dieser Eigenversorgung am russischen Volkseinkommen in Rechnung stellt.) Diese 60 %, die die öffentlichen Stellen für sich beanspruchen, um die grauenhafte Beamteninflation und die unmögliche Besoldungsordnung von 1927 aufrechtzuerhalten, sind die stürmisch quellenden Wasser, die kraftvoll die Mühlen der Nationalsozialisten und der Kommunistischen Partei treiben. Sie bringen die große Gleichgewichtstörung, die den politischen Berggrutsch vom 14. September bewirkt hat, sie sind das politische Gift, das fiebererregend in den Adern des deutschen Volkes kreist.

Man ist jetzt bemüht alle Schuld auf die Weltwirtschaftskrise abzuladen. Es sei deshalb erlaubt darauf hinzuweisen, daß Frankreich 2 Millionen ausländischer Arbeitskräfte beschäftigt, obwohl es den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ebenso ausgesetzt ist wie Deutschland, während wir in diesem Winter sicher 4 Millionen Arbeitslose zählen werden. Jede Politik, die davon absieht die seit 1918 begonnene Beamteninflation und die Besoldungsordnung von 1927 zu beseitigen, wird Deutschland in immer tieferes Elend führen, gleichviel, ob sie sich diktatorisch oder parlamentarisch gibt. Das ist die Lehre, die von den Verantwortlichen aus dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 gezogen werden mußte. Jedes Regierungssystem verträgt gewiß eine Zeitlang eine Überbelastung. Ist jedoch eine gewisse Grenze dieser Überbelastung erreicht, so genügt schon die Hinzufügung einiger Hundertmillionen, um plötzlich das ganze System zum Einsturz zu bringen. Man denke an das Frankreich von 1789 und an das Deutschland vom November 1918. Deutschland hat diesen Gefahrenpunkt wieder erreicht. Erfolgt auch jetzt keine Umkehr, so gehen wir schlimmen Tagen entgegen.

JULIUS KALISKI · WAS SOLLEN WIR ALSO TUN?

EIN Recht auf Enttäuschung gibt es in der Politik ebensowenig wie im Leben des einzelnen. Was man Enttäuschung nennt, ist im Grunde nur Verteidigung gegen den berechtigten Vorwurf falscher Beurteilung von Dingen und Kräften, also ein Nichteingestehen des eigenen Fehlurteils. Bei dieser Art der innerlich brüchigen Rechthaberei verbaut man sich den Weg zur Erkenntnis der Fehlerquellen und damit die Möglichkeit das Kampffeld klar zu überblicken.

Was während des Wahlkampfes diesmal von der Sozialdemokratie geleistet worden ist, kann sich wohl sehen lassen. Nichts wäre weniger gerechtfertigt als der Vorwurf unzureichender Agitation. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat alle propagandistischen Mittel angewandt, nicht zuletzt auch die moderner Technik. Film, Auto und Flugzeug wurden in den Dienst gestellt und fanden als Zeichen moderner Arbeit der in gut ausgebauten Organisationen zusammengefaßten Massen gebührende Anerkennung. Und trotzdem dieses Wahlergebnis? Erheblich schneller als in früheren Wahljahren konnten diesmal die Wahlergebnisse vollständig veröffentlicht werden, und sie riefen schon in der Wahlnacht eine Umwertung aller parteipolitischen Wertungen hervor. Die 107 nationalsozialistischen Mandate wurden zu ebenso vielen Enttäuschungen in allen Parteilagern, am intensivsten vielleicht in dem der Mittelparteien, die sich berufen glaubten das Erbe der Deutschnationalen Volkspartei anzutreten. Unter der Leitung Alfred Hugenburgs wollen die Deutschnationalen sich und andere glauben machen, daß der Sieg der Nationalsozialisten im Grunde ihr Sieg sei, und ihre Bruderparteien, die sich von ihnen abgespalten hatten, und die zuerst von dem nationalsozialistischen Aufbruch betäubt schienen, fingen später an sich der gleichen Taktik zu befleißigen.

Außer der vortrefflichen technischen Leistung der sozialdemokratischen Organisation in der Wahlschlacht zeigte auch die politische Führung eine neue Note, deren Bedeutung anerkannt werden muß. Wo war es in Deutschland sonst erhört, daß schon während der Wahl bei agitatorischer Höchstspannung ein Führer der größten Partei an den einstigen Regierungspartner und jetzigen Träger der Regierung die offene Frage richtete, wie er sich die Führung der Staatsgeschäfte nach den Wahlen denke? Preußens Ministerpräsident Otto Braun hat dies getan, zweifellos unter Billigung der Gesamtvertretung der Sozialdemokratischen Partei. Er hat diese Frage wiederholt und von dem Reichskanzler Heinrich Brüning eine ausweichende, aber nichtsdestoweniger durchaus unzweideutige Antwort erhalten. In den ersten Tagen nach den Wahlen schien man allerorten den Sinn dieser Antwort überhört oder vergessen zu haben, denn überall begann man die politische und parlamentarische Zukunft in mathematischen Berechnungen zu suchen, in Zahlenzusammenstellungen über Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit einer Links- oder Rechtskoalition, über Regierungsfähigkeit dieser oder jener Partei, schließlich über geheime und geheimste Absichten parlamentarischer Manövrierkünste. Nach einer Woche dieser wenig fruchtbaren Übungen setzte sich die Erkenntnis durch, daß Brüning dem Plenum des neuen Reichstags die Entscheidung über das Schicksal der von der Regierung unter Deckung durch den § 48 der Verfassung verordneten Gesetze und der weiter neu einzubringenden Entwürfe überlasse. Damit steht die auf einen Monat vertagte Einberufung des neuen Reichstags keineswegs im Widerspruch. Denn man muß als gewiß annehmen, daß in der Zwischenzeit Verhandlungen über eine Neubildung der Regierung ohnehin keine Aussicht auf Erfolg hätten. Es kann sich also nur darum handeln Klarheit über die Lösung der Aufgaben zu gewinnen, vor die der Reichstag sich gestellt sehen wird. Hier ist es, neben der Finanzreform und der mit ihr untrennbar zusammenhängenden Beseitigung der Beamteninflation, vor allem wieder das Ringen der Landwirtschaft um ihre Existenz, das zur Entscheidung drängt. Und damit ist auch der Mittelpunkt alles wirtschaftspolitischen Tuns gegeben.

Vielleicht noch schlimmer als in früheren Epochen werden die in der Außenpolitik zu entscheidenden Lebensfragen der Nation zum Objekt innenpolitischer Kämpfe, parteipolitischer Schachzüge gemacht. Über die Folgen dieses hemmungslosen Treibens bedarf es hier keiner Betrachtungen. Schon im Wahlkampf begann zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten, die nicht mehr Kommunismus im Leib haben als die Nationalsozialisten Sozialismus, der Streit um die Priorität der Forderung die Zahlungen aus den Reparationsverpflichtungen sofort einzustellen und gleichzeitig die in Betracht kommenden Verträge aufzuheben. Die Kommunistische Partei hat sich denn auch beeilt die Einbringung eines entsprechenden Antrags anzukündigen, und in einer ganzen Reihe von Blättern wird prompt berechnet, daß die Parteien, die Gegner des Youngplans sind, im neuen Reichstag über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Es sind dies, wir zitieren, Nationalsozialisten mit 107, Kommunisten mit 76, Deutschnationale mit 41, Wirtschaftspartei mit 23, Bayerische Volkspartei mit 19, Deutsches Landvolk und Württembergischer Landbund mit 21, Christlichsoziale mit 14, Deutsche Bauernpartei mit 6, Konservative und Hannoveraner mit 8 Mandaten; insgesamt 315 Stimmen. Zwar sind Reichsrat und Regierung Faktoren, deren Gewicht zurzeit nicht geringer ist als die Stimmenmehrheit des Reichstags. Aber das Spiel beginnt. Blätter der Rechten und Linken sind mit Meldungen gepflastert, daß "man" in Amerika mit der Einstellung von Zahlungen aus dem Youngplan rechne. Daran reihen sich nicht weniger charakteristische Meldungen aus England, als deren Krönung die in der Deutschen Tageszeitung am 19. September wiedergegebene Äußerung des Daily Herald verzeichnet sei: »Auf Grund des Ergebnisses der Reichstagswahlen rechnet der Daily Herald mit einer Zunahme des Widerstandes in Deutschland gegen den Tributplan. Wenn auch die Mehrheit des neuen Reichstages noch für volle Durchführung des Planes sei, so könne man doch nirgends in Deutschland irgendwelche Begeisterung dafür feststellen. Auch in Briefen deutscher Sozialdemokraten werde die Frage angeschnitten, warum man Frankreich noch Gelder zahlen solle, wenn es diese für neue Rüstungen verwende. Es sei nicht leicht diese Frage zu beantworten. Man müsse sich in England darüber klar sein, daß nicht nur die Millionen Anhänger der Rechtsparteien und der Kommunisten den Ruf "Nieder mit dem Youngplan!" erhoben hätten, mit ihnen stimmten in diesem Punkt vielmehr noch weitere Millionen von Wählern der anderen Parteien überein.«

Aufmunterungen, deren Reihe beliebig fortgesetzt werden kann, als Ergänzung zu der Beteuerung der Nationalsozialisten, daß Deutschland überall dort zu finden sein werde, wo Gegner Frankreichs stehen. In der Presse der Rechten, der die Nationalsozialisten in Wirklichkeit gründlich auf die Nerven fallen, werden die schlimmsten außenpolitischen Sinnlosigkeiten als willkommene Gelegenheit genommen durch Spezialhetze gegen Frankreich ein einigendes Band mit ihnen zu markieren. Schließlich mündet das in die Darlegung, Frankreichs Politik habe den unerfreulichen Ausgang der deutschen Wahl verschuldet. Dabei findet man bereitwillige Unterstützung bürgerlicher Linksblätter, und in der sozialdemokratischen Presse sucht man vergeblich die notwendige entschiedene Abwehr solcher Behauptung.

Nicht aus Sehnsucht nach Polemik und noch weniger aus der Genugtuung recht behalten zu haben, sondern um durch Klarlegung eines Sachverhalts den Weg zu Neuem zu öffnen, muß die Feststellung erfolgen, daß die aggressive Politik der Sozialdemokratie gegen Frankreich in den ersten 4 Jahren nach dem Zusammenbruch die Voraussetzungen für die Entfaltung

eines dem deutschen Interesse zuwiderlaufenden Nationalismus geschaffen hat. Nur im Schatten der sozialdemokratischen Außenpolitik konnte der antieuropäische Geist gedeihen, der vom Stahlhelm bis zu den Nationalsozialisten alles vermeintlich nationale Denken beherrscht. Daher hätte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der ihre Gegner, überzeugt, aber fälschlich, oder unwahrhaftig, glauben nachsagen zu können, daß sie die Verständigung mit Frankreich hegte und pflegte, zur Selbsterhaltung der Nation jetzt die erhöhte Pflicht diese ihr als üble Nachrede zugeschriebene Politik mit allen ihren Kräften wahrzumachen. Unterlassungen werden nur ihr und dem Reich schaden. Das aber schwer, so schwer, daß auch die weitesttragenden Vorstellungen davon übertroffen werden würden. Für die Kommunistische Partei Deutschlands wird die Front gegen Frankreich von Moskau diktiert, wie vor und während des Ruhrkriegs. Die neuen Wähler, die ihr bei dieser Wahl zufielen, haben aber mit Moskau und bolschewistischer Politik kaum etwas oder gar nichts zu tun, sie kommen aus den Reihen verärgerter oder an der Partei irrewerdender Sozialdemokraten. Bei allem Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei sind ihre Wählermassen ebensowenig eine in sich geschlossene, durch gemeinsame Forderungen und Ziele verbundene Gemeinschaft wie die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Diese besteht, entgegen ihrem Namen, nur zu allerkleinstem Teil aus Arbeitern. In ihr ballt sich vielmehr, neben der Jugend der Mittelklassen, alles zusammen, was wirtschaftlich hoffnungslos in die Welt blickt, sich in seiner Existenz untergraben und gesellschaftlich zurückgesetzt fühlt. Zur letzten Gruppe gehören namentlich auch Kreise der Pensionsberechtigten, denen die Republik mehr gab als sie geben konnte und durfte, und die aus gerade dadurch gesteigertem Geltungsbedürfnis den Antirepublikanern zuströmten. Ihre Parteielite glaubt nur an Gewalt und liebt die Gewalttätigkeit, Zugmittel, die hierzulande nicht zu unterschätzen sind. Vor 10 Monaten, am 27. November 1929, schrieb hier Ludwig Quessel:

»Die Geisteslage, aus der das Bestreben erwächst alle Mittel, die den zermalmenden Steuerdruck, der gewaltige Armeen von Arbeitslosen erzeugt, vermindern könnten, zur Aufrechterhaltung der Besoldungsneureglung zu verwenden und darüber hinaus die Gesamtsteuermasse noch zu vermehren, ist durchaus ähnlich dem Geisteszustand, in dem sich die deutsche Regierung im August 1923 befand ... Der Verlauf des sozialen Geschehens zeigt, wie sehr selbst die deutschen Schwarzseher sich immer noch trügerischem Optimismus hingeeben haben ... Still und geräuschlos wächst so eine Riesenarmee unglücklicher, von ihren Arbeitsplätzen vertriebener Menschen heran, bei denen die Hoffnung, daß eine Umkehr, ein Umschwung zum Bessern ohne Gewalt eintreten könnte, mehr und mehr erlischt. Darin liegt die Gefahr der Zeit, die durch keine schönfärberischen Zeitungsartikel, aber auch durch keine Polizeigewalt aus der Welt geschafft werden kann.«

Auf dem Schuldkonto aller Parteien, die seit dem Zusammenbruch vom November 1918 an der Regierung des Deutschen Reichs teilhatten, stehen die Wählermillionen der Nationalsozialisten. Nur durch positive Leistungen in der Politik und Wirtschaft des Reichs kann es verringert werden.

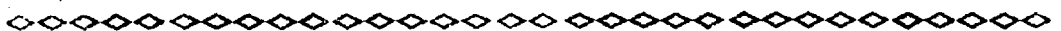
Was die Deutschnationale Volkspartei zerriß, läßt sich auch durch den Umstand nicht verschleiern, daß die Landvolkpartei weit hinter ihrer Erwartung zurückblieb, denn das Geschick der Deutschnationalen war die Vorrangstellung der Hugenberg'schen Parteipolitik gegenüber den Bedürfnissen der Landwirtschaft. Hierin liegt der Ursprung allen Zwistes und aller Trennung. Die Konservative Partei der Vorkriegszeit war, was man immer gegen sie zu sagen hatte, agrarpolitisch zuverlässig. Mit der Preisgabe dieser Zuver-

lässigkeit entwickelte sich der Konflikt, der mit Treugelöbnissen landwirtschaftlicher Gruppen für Hugenberg nicht zum Verschwinden gebracht werden wird. Hierin offenbaren sich aber auch die Notwendigkeiten einer aufbauenden Politik im Reich, ohne die eine aktive Mitwirkung an der Führung der Staatsgeschäfte verschlossen bleiben muß.

Was also hat zu geschehen? Ohne Verzug sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Produktionssicherung unserer Landwirtschaft zu treffen. Nachdem man jetzt mit einer unzulänglichen Methode der Roggenstützung aufgehört hat, ist die Bahn einer allgemeinen Stützung der Agrarwirtschaft auf Grund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen für umfassende Aktionen frei geworden, zu denen sich die Sozialdemokratische Partei in ihrem Agrarprogramm grundsätzlich bekannt hat. Noch liegt in ihrer Hand die Entscheidung über einen von ihr mitgetragenen Aufbau der landwirtschaftlichen Produktion, der nicht unterlassen, auch nicht aufgeschoben werden darf, und im Grunde die Entscheidung über das politische Bestimmungsrecht im Reich. Auf der Rechten besteht über diesen Zusammenhang volle Klarheit, wie die von vielen Blättern übernommenen folgenden Äußerungen der Landwirtschaftlichen Wochenschau erkennen lassen:

»Es ist bekannt, daß sich unter den Vorlagen, die das Reichskabinettt für den Zusammentritt des Reichstages vorbereitet, unter anderen auch wichtige Gesetzentwürfe des Reichsernährungsministeriums befinden werden. Die Opposition eines großen Teils der ländlichen Wählerschaft gegen Schiele beziehungsweise gegen seine Partei ist lediglich auf allgemeine politische und parteipolitische Überlegungen zurückzuführen und findet ihren weiteren Grund darin, daß die Agrarpolitik Schieles seit dem Frühjahr nur gegen manche Widerstände aus der Koalition heraus durchgesetzt werden konnte. Die angespannte politische Situation verträgt es aber einfach nicht, daß Schiele gezwungen wird sein Programm im Reichskabinettt lediglich mit der Türklinke in der Hand durchzusetzen. Das Kabinettt wird sich darüber klar sein, daß die Agrarpolitik einer der entscheidenden Punkte ist. Wenn in politischen Kreisen vielfach davon gesprochen wird eine Koalition der gegenwärtigen Regierungsparteien unter Einbeziehung der Sozialdemokraten zu bilden, so wird dabei übersehen, daß in den entscheidenden landwirtschaftlichen Fragen eine sachliche Einigung mit der Sozialdemokratie nicht zu erzielen ist. Zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in einem Kabinettt kann Schiele schon darum nicht bereit sein, weil er dann die Vertrauensgrundlage im Lande verlieren würde, also auch sein Einfluß im Kabinettt schwinden müßte. So bleibt zur besten Sicherung der Agrarpolitik Schieles zunächst der Weg einer sachlichen Einigung mit der Rechtsopposition, wobei von deutschnationaler Seite Schwierigkeiten nicht zu erwarten sein sollten. Die Nationalsozialisten, die ihren Wahlsieg ja stark auch gerade den ländlichen Stimmen verdanken, hätten jetzt zu beweisen, daß sie auch zu einer nüchternen sachlichen Arbeit bereit und fähig sind.«

Als der preußische Ministerpräsident die erwähnte und politisch hoch zu bewertende Anfrage an den Reichskanzler richtete, war seine Absicht bei dem Angebot verantwortlicher Mitarbeit wohl die Grundlagen einer neuen Koalition zu schaffen. Jetzt hat eine so geartete Konversation ihren Sinn verloren. Zur Verhandlung stehen allein die sachlichen Notwendigkeiten, von denen man rückhaltlos Kenntnis nehmen muß, um nicht wieder zu den berüchtigten Enttäuschungen zu gelangen. Deshalb sei kurz und eindeutig gesagt: Wer der Landwirtschaft gibt, was sie zur Wiedererlangung ihrer Produktionskraft und Rentabilität braucht, wird dem Land die Gesundung bringen und die Reichspolitik führen. Die historische Stunde erfordert von der Sozialdemokratie, in Wahrung und Wahrnehmung aller Interessen der Arbeiterklasse, aktive Entscheidung durch Erfüllung dieser Notwendigkeit.



WALTHER PAHL · DER RUN ZUM NATIONALSOZIALISMUS



JETZT, nachdem fast 2 Wochen seit dem Wahlsonntag verstrichen sind, der die Sensation des alle überraschenden Sprungs der Nationalsozialisten von 12 auf 107 Abgeordnete und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in die Stellung der zweitstärksten Partei des Reichs brachte, gilt es den Ursachen des in solchem Ausmaß von niemandem, auch von ihr selbst nicht, erwarteten, gänzlich unorganischen Wachstums dieser Partei mit aller Gründlichkeit nachzugehen.

Unter der Parole "Tod dem Marxismus!" versuchte der Nationalsozialismus in diesem Wahlkampf gerade in die Reihen der sozialistischen Arbeiter vorzustoßen. Der Schlag, von dem man am meisten erwartete, ist daneben gegangen. Freilich haben die Nationalsozialisten auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeiterstimmen erhalten. Aber gerade nicht solche aus dem "marxistischen" Lager, das heißt dem sozialistisch geschulten Großteil, dem eigentlichen Massiv der deutschen Arbeiterklasse. Hier haben die Nationalsozialisten fast gar nichts geholt. Die Sozialdemokratie hat zwar viele wandernde Stimmen verloren, aber ihren festen Bestand hat sie zu halten vermocht. Und die sie verließen, gingen zur Kommunistischen Partei, die, nach ihrem eigenen Bewußtsein jedenfalls, auch auf dem Boden des Marxismus steht. Vergeblich hat man also gegen die marxistische Front den Hauptteil der Kräfte eingesetzt. Ihren ungeheuren Wahlerfolg verdanken die Nationalsozialisten in der Hauptsache dem Zustrom aus den Reihen der bürgerlich-mittelständischen Jugend, der Mittelschichten und vor allem der Nichtwähler, die diesmal unter dem Druck der Wirtschaftskrise zur Urne gegangen sind. Die Sieger dürften ihres Siegs nicht froh werden. Sie ernten nicht, was sie säten. Sie wollten eine Herrschicht heranzüchten und haben nun das "Stimmvieh" bekommen, für das sie im Wahlkampf immer wieder die abfälligsten Worte fanden. Keineswegs haben nun die Nationalsozialisten das Kunststück fertiggebracht die Massen der hin und her flutenden, politisch heimatlosen und teilnahmlösen Nichtwähler zu einer politischen Entscheidung zu zwingen. Gerade weil der Nationalsozialismus nicht an ein politisches Gewissen appellierte, sind ihm die Nichtwählermassen in hellen Scharen zugelaufen. Die Entscheidung der Nichtwähler für den Nationalsozialismus war eine Entscheidung *gegen* eine klare politische Linie. Als einzige Partei verzichtete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in diesem Wahlkampf auf eine eindeutige politische Parole. Die Nichtwähler, die heute nationalsozialistisch gewählt haben, bleiben Schwemmsand, den morgen die Flut wieder ins Meer zurückträgt.

Keine der vorhandenen Parteien kann sich eine politische Verantwortungslosigkeit wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gestatten. Keine, mit Ausnahme vielleicht nur der Kommunistischen Partei, ist deswegen imstande, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, in absehbarer Zeit die Nichtwählermassen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufzusaugen. Nur durch zähe Arbeit wird es gelingen wenigstens einen Teil dieser Wähler zur politisch verantwortlichen Haltung und Entscheidung zu erziehen. Im übrigen aber kann man nur hoffen, daß es den vereinten Anstrengungen gelingt von den unpolitischen Nichtwählermassen den Druck der

Wirtschaftskrise zu nehmen. Dann sinken sie wieder in die politische Teilnahmslosigkeit zurück, aus der sie erst der seine Zielrichtung kennende Wille der Sozialdemokratischen Partei erwecken wird, die ihre Aufgabe nicht darin sieht "Treibholz" einzufangen sondern ein Staatsvolk heranzubilden.

Die Situation ist für uns nicht ungünstig. Die Nichtwähler, die am 14. September 1930 nationalsozialistisch gewählt haben, und der große Teil ihrer übrigen Anhänger gehören in der Hauptsache den Mittelschichten an, dem Kleinbürgertum, den Angestellten, den Beamten, den Kleingewerbetreibenden: Schichten also, die durch ihre soziale Lage einerseits mit dem Proletariat verbunden, andererseits aber von ihm durch ständische Bindungen getrennt sind. Es ist sehr charakteristisch, wie die Berliner Nationalsozialisten den Sieg feierten. Einer, der sie beobachtete, gab folgende Schilderung: »Unten im Parkett nicht Stuhlreihen sondern Tische, ebenfalls mit Hakenkreuzfähnchen geschmückt. Um sie herum die Familien. Ja, wirklich, Familien, kleinbürgerliche und gutbürgerliche Leute. Mit Kind und Kegel sind sie gekommen, die kleinen Mädchen in weißen Kleidchen mit Schleifen im Haar, die Jungens in Kieler Anzügen, auch Mutter hat sich fein gemacht. Und so sitzt man denn bei Kaffee, Kuchen und Bier (der Ausschank von Spirituosen ist zum Glück verboten) und trinkt und singt und sieht hinauf auf die große Leinwand, auf der von 9 Uhr ab die Wahlergebnisse erscheinen ... Ich war viele Stunden im Sportpalast, unten im Parkett und oben auf den Rängen, aber mein Auge entdeckte nirgends einen Arbeiter, nirgends einen Proletarier. Wohl aber sah ich sehr viele 20- bis 30jährige junge Leute, Handlungsangestellte, Bureauvorsteher, Studenten. Sie alle mit Freundinnen, Schwestern, Verwandten. Kein Zweifel: In Berlin (und sicherlich auch in anderen Großstädten des Reichs) hat die Angestelltenschaft im weitesten Sinne sich für die Nationalsozialisten entschieden. Die junge Angestelltenschaft, versteht sich, die Kategorie derjenigen, die 150 bis 250 Mark monatlich verdienen. Sicherlich auch viele, die nichts mehr verdienen, die abgebaut sind.«¹

Es handelt sich bei den nationalsozialistischen Wählern vom 14. September, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum guten Teil um jene Schichten, die Alexander Schifrin in einem sehr instruktiven Aufsatz kürzlich die »sozialen Reserven« der Sozialdemokratie nannte, und deren Eroberung für eine Partei notwendig ist, die die politische Führung der Nation erkämpfen will². Schifrin stellt sie den »politischen Reserven« gegenüber, den proletarischen Massen also, die heute noch in gegnerischen Organisationen, vor allem in der Kommunistischen Partei und in der Zentrumspartei, stehen, und deren Gewinnung ebenfalls notwendig ist, wenn die Sozialdemokratie die politische Einheit des Proletariats darstellen will. Den Schwierigkeiten, die sich für uns aus der Notwendigkeit ergeben gleichzeitig den Kampf um die Eroberung beider Reservegruppen aufzunehmen, soll hier nicht nachgegangen werden. Ich glaube jedoch, daß die Spannung innerhalb der gespalteten Proletariermassen sich durch die Expansion der Sozialdemokratischen Partei nach der Seite der nichtproletarischen sozialen Reserven keineswegs zu verstärken braucht. Der Wettlauf mit "kommunistischen" Parolen bringt uns keinen für sozialdemokratische Aufbaupolitik brauchbaren Arbeiter näher. Die Mittelschichten gewinnen wir auf der andern Seite nicht dadurch, daß

1) Siehe *Berliner Zeitung am Mittag* vom 15. September 1930: Die Siegesfeier im Sportpalast.

2) Siehe *Schifrin* Der Kampf um die kommunistischen Arbeiter, in der *Gesellschaft* 1930 II Seite 127 und folgende.

wir ihnen "staatsmännisch" kommen. Die Expansionsversuche nach beiden Richtungen machen heute gerade deswegen so geringe Fortschritte, weil wir uns nach rechts und links mit einem andern Gesicht (hier Panzerkreuzer, dort Kinderspeisung) zu präsentieren bemühen. Beide Seiten sind darum mißtrauisch. Man verdächtigt uns, daß wir hinter Masken unser wahres Gesicht verbergen. Staatsmännisches Verantwortungsbewußtsein und sozialistischer Radikalismus schließen sich nicht aus, wenn die Bewegung nur im ganzen von geistiger Zielsicherheit getragen ist. Klare, eindeutige Parolen, klare, eindeutige Ziele und Aktionen sind notwendig.

Wie kaum in einem andern Wahlkampf vorher haben sich diesmal die bürgerlichen und Mittelparteien bemüht die großen Massen der unentschiedenen Mittelschichten an sich zu binden. Dieser Versuch ist gänzlich gescheitert. Das Vertrauen der Mittelschichten zu den bürgerlichen Parteien hat einen gewaltigen Stoß erhalten. Schon einmal durchbrach ein Teil des Mittelstands die Front der alten bürgerlichen Parteien: als er sich zur Wirtschaftspartei zusammenfand, für die die Staatspolitik nur noch Dekoration reiner Interessentenpolitik ist. Radikaler Verzicht auf deutschnationale Illusionspolitik führte zu ihrer Gründung. Im letzten Jahr haben auch diejenigen Standesvertreter, die noch in der Deutschnationalen Volkspartei verblieben waren, dem illusionären Reaktionspolitiker Alfred Hugenberg weitere Gefolgschaft versagt. Martin Schiele versuchte für das Landvolk den selben Weg einzuschlagen, den die Gastwirte und Fleischermeister in der Wirtschaftspartei gegangen sind. Der Versuch kam vorerst zu spät. Die Unzufriedenheit des Landvolks mit den alten bürgerlichen Parteien war zu groß geworden. Die wachsende Notlage, das durch die vorzeitige Reichstagsauflösung überstürzte Tempo der Neugruppierung führten zu politischem Desinteressement: Große Teile des verbitterten Landvolks wählten nationalsozialistisch. In noch viel stärkerem Maß ist der Versuch Gottfried Reinhold Treviranus' durch die Gründung der Konservativen Volkspartei vor allem geistige Mittelschichten unter der Fahne eines neuen Konservatismus auf der bürgerlichen Rechten zu sammeln gescheitert. Auch hier war es für diese Wahl zu spät. Auch auf diesen neuen Wegen ließ sich das Mißtrauen der Mittelschichten gegen eine kapitalistische Rechte nicht mehr beseitigen. Selbst die Wirtschaftspartei hat ja, wie das Wahlergebnis zeigt, an Anziehungskraft verloren. Sie ist, relativ gesehen, in ihrer Entwicklung zurückgegangen: im Mai 1928 erhielt sie etwa 4,6 % aller Stimmen, jetzt nur noch etwa 3,9 %. Die Nationalsozialisten haben vorerst alles aufgesogen. Das bedeutet zunächst: Der dumpfe Groll hat über die politische Einsicht gesiegt. Das bedeutet aber weiter: Die Mittelschichten sind heute viel stärker als früher von antikapitalistischer Stimmung erfaßt. Die Aufstiegchancen sind für den Mittelstand immer geringer geworden. Die dem Großkapital nahestehenden Führer der bürgerlichen Parteien konnten in den ersten Jahren nach dem Novemberumsturz wesentliche Teile der Mittelschichten dadurch gewinnen, daß sie den kleinen und mittleren Besitzern, den selbständigen Handwerkern, den Kleingewerbetreibenden klarzumachen verstanden, ihre Lebensfähigkeit sei am ehesten gesichert, wenn sie mit dem Großbesitz zusammengingen. Besitz ist Besitz, sagte der große dem kleinen Besitzer, Feind unseres Besitzes ist der Sozialismus; also Einheitsfront gegen den besitzfeindlichen Marxismus! Diese Front ist heute weitgehend zerbrochen. Inflation, Rationalisierung, Wirtschaftskrise, Konzernkapitalismus haben die Mittelschichten immer ärmer gemacht. Die wirtschaftliche Ab-

hängigkeit der "Selbständigen" ist immer größer geworden. Dem sparenden Mittelstand, dem Handwerker, dem Kaufmann, dem Angestellten wurde immer mehr bewußt, daß der Riß durch die Besitzfronten mitten hindurchgeht. Der Sparer beginnt zu erkennen, daß er mehr am Risiko als am Gewinn der großkapitalistischen Unternehmung beteiligt wird, der er sein Geld anvertraut hat. Der Handwerker beginnt zu erkennen, daß sein Feind nicht der "sozialistische" Regiebetrieb sondern der großkapitalistische Konzern ist, der Kleingewerbetreibende beginnt zu erkennen, daß sein Feind nicht im Konsumverein sondern im Warenhaus sitzt. Ich sage: Er *beginnt* zu erkennen. Die antikapitalistische Stimmung ist noch durchaus dumpf und ungeklärt, sie vermag sich noch nicht zu sozialistischer Gesinnung zu verdichten. Man ist noch nicht zur letzten Klarheit vorgedrungen und glaubt deshalb dem Agitator, der da schreit: Die Juden sind schuldig. Man verfällt dem antisemitischen Nationalsozialismus. Man kann und will noch nicht erkennen, daß die wachsende Verarmung dem ökonomischen Konkurrenzkampf entspringt. Man will noch nicht an den Klassenkampf glauben, den man gegen die Industrie und die Banken führt, und verdrängt seine Unsicherheit deshalb durch den Glauben an einen Rassenkampf.

Die unverbindlichen Formeln des Nationalsozialismus haben angezogen. Die Mittelschichten hängen noch zu sehr am Alten, spüren aber auch schon dumpf die historische Wahrheit des Neuen, das der Sozialismus bringt. Die Gedankenwelt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei scheint Altes und Neues, Nationales und Sozialistisches zu verbinden. Je nach der Situation verändert man die Akzente. Heute betont man den »sozialrevolutionären« Charakter der Partei, morgen legt man den Ton ausschließlich auf das Nationale. Die Nationalsozialisten sind nicht *gegen* das Privateigentum, aber auch nicht *für* das Privateigentum. Als Redner der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei den Nationalsozialisten im Wahlkampf vorwarfen, sie seien gegen das Privateigentum, antworteten sie: sie seien nicht gegen das Eigentum sondern nur gegen die Dividenden von 15 %. Der Feindschaft gegen das Großkapital verdanken die Nationalsozialisten ihren Zulauf aus den kleinkapitalistischen Mittelschichten. Mit der immer wieder stark betonten unklaren Scheidung zwischen schaffendem und raffendem Kapital scheint der Nationalsozialismus für die kleinkapitalistischen Schichten die erlösende, weil so leicht eingehende Formel gefunden zu haben.

Vorläufig. Der Antikapitalismus der Nationalsozialisten besitzt keine Aktionskraft. Er ist innerlich hohl und verlogen. Aber er entspricht dem Gedankenkreis der am Kapitalismus vorerst nur irregewordenen Mittelschichten. Große Teile der Mittelschichten sind heute dem Kapitalismus entfremdet. Politisch ging man zwar noch weiter nach rechts, aber andererseits zeigte man sich dem Kompromiß mit dem Sozialismus geneigt. Durch ihre Entscheidung für die Nationalsozialisten sind die Mittelschichten uns politisch noch ferner gerückt, sie nähern sich aber unserer ökonomischen Erkenntnis. Und darauf kommt es entscheidend an. Die Zeit für einen zielklaren Vorstoß in das Lager der Mittelschichten ist günstig. Die Sozialdemokratie hat nun die ungeheure Aufgabe die antikapitalistischen Kräfte des Nationalsozialismus für den echten antikapitalistischen Aufbau, den Sozialismus, zu mobilisieren. Wir müssen rechtzeitig die hier vorliegenden erzieherischen Aufgaben erkennen. Wir müssen jetzt zeigen, daß mit einer antikapitalistischen Stimmung nichts getan ist, daß sie sich zu antikapitalistischer Gesinnung verdichten muß.

Wir werden eine gewaltige Arbeit leisten müssen, eine Erziehungs-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit größten Maßes und stärkster innerster Überzeugungskraft. Es genügt nicht, ja es ist falsch darauf zu warten, bis der Proletarisierung des Mittelstands im Zug des kapitalistischen Mechanismus die "entsprechende" Veränderung der Ideologie folgt. Schon bei dem proletarisierten Mittelstand ist das Standesbewußtsein nicht bloß eine Ressentimentideologie. Der kleine "selbständige" Handwerker hat auch dann, wenn er viel weniger verdient als Massen von besitzlosen proletarischen Arbeitern, kein proletarisches Klassenbewußtsein. Jedenfalls hat das proletarische Klassenbewußtsein für ihn keine wirkliche Lebenskraft. Wir dürfen nicht darauf warten, daß diese Schichten die "Notwendigkeit" der "Entwicklung" endlich begreifen lernen. Wir müssen ganz bewußt der Tatsache Rechnung tragen, daß ein großer Teil der ökonomisch proletarisierten Mittelschichten kein proletarisches Klassenbewußtsein besitzt. Der proletarisierte Handwerker ist noch kein Proletarier. Das besitzlose Proletariat war und ist ein Stoßtrupp der sozialistischen Bewegung, sein proletarisches Klassenbewußtsein besitzt für die proletarisierten Mittelschichten keine geistige Lebenskraft.

Darüber hinaus ist es aber auch verkehrt auf eine restlose ökonomische Proletarisierung der Mittelschichten zu rechnen. Eine Gewinnung der Mittelschichten für die antikapitalistische Gesinnung des Sozialismus ist nur möglich, wenn wir sie als besondere Schichten in unsere Bewegung einzufügen verstehen. Wir müssen die Besonderheit ihrer Zwitterstellung, den Eigenwert dieser Mittelposition ganz bewußt anerkennen. Das haben wir bisher nicht in genügender Weise getan. Jedenfalls haben wir es nicht glaubhaft zu machen verstanden, daß die Sozialdemokratische Partei insofern auch eine Partei der Mittelschichten ist, als sie deren besondere Lebensinteressen wirksam zu verteidigen vermag. Der Mittelstand steht *zwischen* Kapital und Arbeit. Er gehört keiner dieser Fronten ganz an. Positive Stellungnahme zu den Mittelschichten ist notwendig. Wir dürfen sie nicht als Anhängsel des Proletariats ansehen sondern als in sich konsolidierte soziale Gruppen mit eigenen Lebensformen und Wertvorstellungen. Niemals werden wir auch an das Landvolk herankommen, wenn wir uns der Landbevölkerung gegenüber nicht endlich in ganz positivem Sinn umstellen. Das heißt, wir müssen aus wirklicher Überzeugung eine wirklich agrarische Produzentenpolitik treiben. Wir müssen über den Verbraucherstandpunkt hinaus. Auch sind jene geistigen Schranken niederzureißen, die es vielen mit uns Sympathisierenden so schwer machen sich für uns zu entscheiden. Dazu gehört auch unsere Haltung in religiös-weltanschaulichen Fragen. Heute glaubt man uns auf dem Land noch nicht einmal, daß wir es mit dem Grundsatz, Religion sei Privatsache, wirklich ernst meinen. Auch religiöse "Toleranz" genügt nicht, soweit sie nur ein anderer Ausdruck für faktische Indifferenz ist. An ihre Stelle muß positives Verständnis treten. Im Wahlkampf erwiderte mir ein Bauer: »Für uns ist eben Religion nicht Privatsache sondern Herzenssache.« Ein Widerspruch? Die aus antikapitalistischer Stimmung erzeugte Entscheidung der Mittelschichten für den Nationalsozialismus muß uns ein Anlaß zu ernstester Selbstprüfung sein, zur Intensivierung unseres geistigen Lebens.

Das Wahlergebnis hat uns noch ein anderes wichtiges Problem zur Lösung aufgegeben, das mit dem eben behandelten in mehr oder weniger engem Zusammenhang steht. Der Nationalsozialismus hat am 14. September nicht nur große Teile unserer sozialen Reserven aufgefangen, er hat auch in großem

Ausmaß junge Menschen an sich zu reißen vermocht. Der Wahlnachwuchs (alljährlich wachsen rund 1,2 Millionen der jungen Generation in die Stimm-berechtigung hinein) erblickt in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Partei der Jugend. Der dringliche Appell der neuen Rechtsgruppen an die junge Generation hat nichts genützt, und der der Staatspartei kam vorerst zu spät. In hellen Scharen hat sich die bürgerlich-mittelständische Jugend vor allem gegen die Parteien ihrer Väter, gegen ihre Traditionsbeladenheit, ihre Unbeweglichkeit und Ideenlosigkeit entschieden. Schon längst wußte man von der antikapitalistischen Haltung dieser Söhne. Ihr Aktivismus fand aber noch kein Ziel. Ihre Entscheidung für den Nationalsozialismus ist nicht aus innerer Freiheit geboren. Sie war ein vorläufiger Ausweg, eine Stellungnahme aus Unsicherheit. Gerade, weil der antikapitalistische Aktivismus der Nationalsozialisten kompromißlos-radikal und ziellos ist, entschied man sich für ihn. Es hat wenig gefruchtet, daß die Deutsche Staatspartei jeden 2. Kandidaten der jungen Generation entnahm. Der Glaube an die wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten im Kapitalismus, zu dem sich die Staatspartei grundsätzlich bekennt, ist bei der mittelständisch-bürgerlichen Jugend erschüttert. Daher hat auch die Vielzahl der jugendlichen Kandidaten sie diesmal nicht angezogen. (Man sollte auch anderswo daraus die Lehre ziehen, daß Verjüngung noch nicht Erneuerung bedeutet.) Das Bündnis der Staatspartei mit dem Jungdeutschen Orden konnte sich in der Kürze der Zeit nicht auswirken. Die wirklich nationale Gesinnung der Jungdeutschen, die gerade aus deutschem Gefühl heraus den Weg zur Zusammenarbeit mit dem französischen Nachbarn sucht, erlag diesmal dem brutalern Nationalismus der Nationalsozialisten. Wir wollen aber nicht übersehen, daß ihr positives Nationalgefühl immerhin ein Aktivum für die Zukunft des deutschen Volkes darstellt, während der Nationalhaß der Nationalsozialisten rückwärts gerichtet, daher geistig und politisch unfruchtbar ist.

Ein Aktivismus der kapitalistischen Rechten und Mitte ist für junge Menschen heute ohne lebendigen Inhalt. Die bürgerlichen Parteien haben auch mit Hilfe der von ihnen in den letzten Jahren so außerordentlich geförderten Jungbewegungen (Jungkonservative, Jungdemokraten usw.) den Generationenbruch nicht zu überbrücken vermocht. Die bürgerlich-mittelständische Jugend ist von antikapitalistischer Aktivität erfaßt, aber sie weiß noch nicht, wohin. Deshalb wählte sie nationalsozialistisch. Indessen darf nicht verkannt werden, daß die Entscheidung der Jungwähler für den Nationalsozialismus im allgemeinen aus einer ganz andern Haltung erwachsen ist als die der kleinbürgerlichen Alt- und Nichtwähler. Im Gegensatz zu den Vätern haben die Söhne eine politische Entscheidung gesucht. Sie sind zu einem Teil innerlich wirklich überzeugte Parteigänger im Sinn des Parteiprogramms, eindeutig gegen den Parlamentarismus, gegen die Republik.

Die Sozialdemokratische Partei hat am 14. September ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien die schon von jeher schmale Basis ihres jugendlichen Nachwuchses erweitern können. Ihr Appell an die Gehirne mußte bei einer Jugend erfolglos sein, die an ihrer Gesinnung und an ihrer Vitalität gepackt sein will. Jugendlischen Zuwachs hat wahrscheinlich die Kommunistische Partei aus der proletarischen Jugend erhalten. Proletarischer Nachwuchs hat sogar zu einem Teil nationalsozialistisch gewählt. Im übrigen aber besteht der Kern der Jugendtruppen des Nationalsozialismus aus mittelständisch-bürgerlicher Jugend, aus Angestellten, aus Studenten.

Geradezu schwindelhaft sind die Erfolge der Nationalsozialisten bei der Studentenschaft. Sie gehört mit zu dem aktivsten Kern der nationalsozialistischen Bewegung. Die tieferen Ursachen der Entscheidung der Jugend für den Nationalsozialismus sind gerade bei dieser Gruppe, die hier beispielhaft herangezogen sei, nicht schwer zu erkennen. Soziales Minderwertigkeitsgefühl sucht man durch nationalsozialistischen "Radikalismus" zu verdrängen. Unsere Hochschulen sind überfüllt. Wir haben heute 60 % mehr Studenten als vor dem Krieg. So zeigt eine von objektiver Seite aufgestellte Statistik im ärztlichen Studium 4000 Studierende im 1. Semester, dem ein Jahresbedarf an Medizinerinnen von 1500 gegenübersteht. Bei den Philologen erwartet man im Jahr 1934 ein Überangebot von 13 800. Ganz ähnlich ist die Lage bei einer ganzen Reihe anderer akademischer Berufe. Gertrud Bäumer sagt in der Frankfurter Zeitung vom 17. August 1930 mit Recht: »Eine solche Heranbildung von unverwertbaren Akademikern ist geradezu eine hohe Schule von revolutionärem Radikalismus; denn das schlechthin einzige geistige Ventil ist ja doch die Politik, und ihre einzige Chance, daß sie in einem "Dritten Reich" sich an die Stelle derer setzen werden, die ihnen im normalen Ablauf der Auslese zuvorgekommen sind.«

Indessen läßt sich der Run der bürgerlichen Jugend zu den Nationalsozialisten aus der Verringerung der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten nicht ganz erklären. Auch schon vor dem Krieg stieß der Wille der Jugend zu sozialem Aufstieg auf starke Grenzen, war die Chance durch eine akademische Berufsausrüstung "reich zu werden" gering. Aber dafür gab die Wehrverfassung in der Vorkriegszeit die Möglichkeit sich auch als "Bürgerlicher" durch die Erwerbung des Reserveoffiziersgrads als Glied der feudalen Herrschicht zu fühlen, in deren Händen die Macht lag. Durch die Angliederung an das Militär erhielt die bürgerliche Schicht einen sozialen Nimbus, der ihr Standesbewußtsein zum Elitebewußtsein steigerte. Die republikanische Wehrverfassung hat der bürgerlichen Jugend heute die Möglichkeit genommen durch die Erwerbung militärischer Grade in die Illusion zu flüchten die Herrschaft über die Nation auszuüben. Der Nationalsozialismus mit seiner der preußischen Armee nachgebildeten Rangorganisation, mit seinen Sturm- und Stoßtruppen stellt eine Ersatzarmee dar. Er versucht das spezifische Standesbewußtsein der bürgerlichen Mittelschicht wieder zu fundieren, indem er ihren Söhnen die Chance gibt militärische Grade zu erwerben. Das "politische Soldatentum" des Nationalsozialismus übt zweifellos eine große Anziehungskraft auf das junge Bürgertum aus. Darüber hinaus ist es der radikale Aktivismus dieser Partei, der sie zu der Partei der bürgerlichen Jugend macht. Und hier wird der eigentliche Grund dafür erkennbar, daß es den alten Parteien und auch der Sozialdemokratie nicht gelingt sich die massenhaften Jugendreserven zu erschließen. Der aktivistische Wille der bürgerlich-mittelständischen Jugend ist keineswegs ziellos. Dennoch vermochte die Sozialdemokratie bisher nicht wesentliche Teile dieser Jugendreserven an sich zu ziehen, obwohl sie seit Jahrzehnten die Vorkämpferin gerade des Ideals ist, dem die Jugend in ihrem dunklen Drang zustrebt. Die Mißgunst der Verhältnisse kann hier wenig erklären. Hier kann die Ursache nur in einem Versagen unserer selbst liegen. Der Wille der jungen Generation sieht keine Möglichkeit mit Hilfe einer Partei zum Ziel durchzustoßen, die im sachlichen Tageskampf auf parlamentarischem Weg das Bestehende nicht zertrümmern sondern bessern will. Die Jugend ist antiparlamentarisch, weil sie aktivistisch

ist. Der Parlamentarismus erscheint ihr als das gerade Gegenteil von Aktivität. Im besondern macht man ihm den Vorwurf, daß er die Bildung echten Führertums verhindere, daß er die Politik zu einer Angelegenheit von Routiniers und Bürokraten mache. Solche Kritik identifiziert den funktionsunfähigen deutschen Parlamentarismus mit dem Parlamentarismus und der Demokratie überhaupt und ist deshalb diktatorisch. Wenn wir die Jugendreserven der Demokratie zurückgewinnen wollen, wenn die Sozialdemokratie den Willen der Jugend für den sozialistischen Aufbau mobilisieren will, dann muß sie heute alles daran setzen den Parlamentarismus funktionsfähig zu machen. Der diktatorische Wille der Jungen läßt sich nur bannen, wenn die parlamentarische Demokratie beweist, daß sie jugendlichem Aktivismus einen lebendigen Inhalt und ein hinreißendes Ziel zu geben vermag. Wir haben heute zwar die Gehirne, aber nicht die Herzen für die Demokratie gewonnen.

Die Hauptaufgaben sind: Reform der politischen Willensbildung von unten her und Reform der Führerauslese. Das Listenwahlrecht sichert weder wahrhaft demokratische Willensbildung noch wahrhaft demokratische Führerauslese. Das heutige Wahlrecht ist undemokratisch. Die Liste entrechtet den Wähler, sie fördert die Interessentenpolitik und Parteizersplitterung, sie zerreißt das Band zwischen dem Wähler und dem Gewählten³. Eine Partei wie die Sozialdemokratie, die heute das einzige Bollwerk der Demokratie darstellt, hat als erste die Pflicht für eine grundlegende Reform des Wahlrechts zu sorgen, die die Voraussetzung für eine Aktivierung der Demokratie ist. Die Verständnislosigkeit, die man heute bei uns dieser zentralen Reformaufgabe entgegenbringt, ist erschütternd. Das Anwachsen der nationalsozialistischen Flut ist ein Warnungssignal. Heran an die Wahlreform, ehe es zu spät ist! Nur durch eine wirkliche Wahlreform (nicht durch die bereits angekündigte Pfschkur am Listensystem) können wir hoffen uns die Jugendreserven zu erschließen, die am 14. September nationalsozialistisch wählten.

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß das Parlament verjüngt wird. Es kommt darauf an, daß es erneuert wird. Auch durch junge Kandidaten läßt sich die Jugend nicht für die undemokratische Liste gewinnen. Immerhin ist es ein starkes Zeichen politischer Instinkttlosigkeit, wenn Wilhelm Dittmann ausgerechnet 3 Tage vor der Wahl im Vorwärts es als einen besondern Vorzug unserer Partei allen anderen gegenüber hinstellte, daß sich unter der sozialdemokratischen Fraktion des letzten Reichstags noch 31 Abgeordnete des Kriegs- und Vorkriegsreichstags befanden, während alle anderen Fraktionen zusammen nur noch 22 Abgeordnete aus der Kriegszeit in ihren Reihen zählten. Und das soll ein Beweis dafür sein, daß der Sozialdemokratie eine generationsmäßige Erneuerung ihres Fraktionsbestands gelungen ist. Das ist eher ein Beweis für Traditionsbeladenheit und Unbeweglichkeit. Auch die Sozialdemokratie besitzt heute zu wenig Schlagkraft, um den Generationenbruch in der deutschen Politik zu überbrücken.

Ich rede nicht der Jugend das Wort (ihr wird schon längst zu viel nach dem Mund geredet), aber einer Betätigung der Besten in der Bewegung. Auf den Kommandohöhen der Bewegung fehlen uns Menschen, die die neue, gänzlich gewandelte Situation erkannt haben, die, mit harter Entschlossenheit ausgestattet und von leidenschaftlicher Überzeugungskraft getrieben, zu zeigen

3) Siehe Pahl Politische Willensbildung und Parlamentsreform, in den Sozialistischen Monatsheften 1929 I Seite 292 und folgende.

vermögen, daß "Exponenten einer Machtgruppe" keine Marionetten der Bürokratie zu sein brauchen. Nichts kompromittiert gerade in den Augen der jungen Generation das parlamentarische System stärker als Unzulänglichkeiten in der Führungsschicht dieses Systems. Wir haben in den letzten Jahren Menschen in den öffentlichen Dienst, in diese vorderste Front des gesellschaftlichen Machtkampfs geschickt, denen es an Festigkeit des Charakters mangelte⁴. Mehr denn je muß die Parteiorganisation dem einzelnen Mitglied zum Bewußtsein bringen, daß Sozialist sein eine Würde bedeutet, eine Ehre, die nicht durch das Parteibuch sondern im täglichen Dienst an der Bewegung, durch sittliche und charakterliche Bewährung erworben wird.

Alles kommt jetzt darauf an der Jugend zu beweisen, daß antikapitalistischer Wille sozialistischer Wille werden muß, wenn er zum Ziel durchstoßen will. Zeigen wir der Jugend, daß unsere Partei kein Verein ist, daß sie die politische Form einer großen Volksbewegung ist, deren Hochziele des Einsatzes der besten Kräfte einer lebendigen gläubigen Jugend wert sind. Kommen wir der Jugend nicht mit den Milchmädchenrechnungen über große oder kleine Koalitionen. Zeigen wir ihr stärker als bisher unsere Bewegungskziele auf, zeigen wir ihr, daß wir als einzige Partei wirklich mit der Zukunft im Bund stehen. Setzen wir den Radikalismus des Aufbaus gegen den Radikalismus der Zerstörung. Mobilisieren wir die jungen Kräfte vor allem für die Erziehung und Bildung des sozialistischen Menschen. Und vor allem: Arbeiten wir die große konstruktive Idee des Weltsozialismus heraus, die der neuen Generation ein Menschheitsziel zeigt, dem gegenüber die nationalistische Ideologie der Nationalsozialisten in ihrer geistigen Enge offenbar wird. Dann kann die Entscheidung der Jugend nicht zweifelhaft sein.

Der Wahlausgang hat uns vor große und ganz neue Aufgaben gestellt. Zur Mutlosigkeit besteht kein Anlaß. Die Jugend ist auf dem Weg zum Sozialismus. Wir müssen uns der bedeutenden Stunde gewachsen zeigen und ohne sentimentale Rücksichten die neue Situation zu meistern verstehen.

RICHARD KLEINEIBST · DEUTSCHLANDS RHODUS

MIT der Annahme des Youngplans war von den deutschen Schriftgelehrten der Primat der Innenpolitik verkündet worden. Die Entwicklung gab ihnen scheinbar recht. Aus innenpolitischen Gründen stürzte das Kabinett Hermann Müller, an innenpolitischen Problemen scheiterte die parlamentarische Arbeit des Kabinetts Heinrich Brüning. Und dann kam der Wahlkampf, und bald verschob sich die Situation, außenpolitische Probleme wurden, mehr oder minder künstlich, in den Vordergrund gedrängt. Als das Resultat da war, als die Nationalsozialisten mit 107 Mandaten als Sieger hervorgegangen waren, daneben die Kommunistische Partei deren 76 erhalten hatte, begann das große Rätselraten, wie dieser Berggrutsch gekommen sein könnte. Man merkte, daß der Boden unterwühlt war, daß das politische Gebäude der Republik wankte. Die wirtschaftliche Not, die man zur Erklärung herbeizog, erklärt vieles, sie ist gewiß eine ganz wesentliche Ursache jenes Einbruchs. Ein Blick in die Auslandspresse, gleichgültig welchen Landes, beweist jedoch, daß die anderen Völker das Ergebnis dieser Wahl als Kursänderung in der

4) Siehe Pahl Bessere Auswahl tut not, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 53 und folgende.

Außenpolitik deuten. Und es ist vergeblich, wenn die Presse der bürgerlichen Mittelparteien nunmehr dem Ausland versichert, daß die Außenpolitik bei diesen Wahlen keine oder nur eine geringe Rolle gespielt habe. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache, und maßgebende Politiker sprachen sie auch und sprechen sie heute noch. Zur Hälfte wohl verdanken die Nationalsozialisten ihren Aufstieg einer allgemeinen Geisteshaltung in Deutschland, die sie lediglich in extremer Form vertreten. Sie pflücken heute die Früchte, die in den langen und schweren Jahren der Nachkriegszeit seit Beginn des Waffenstillstands ausgesät worden sind.

Als Vertreter der Reichsregierung, wenn auch nicht als bestallter, so doch nach der Lesart angeblich Unterrichteter als präsumtiver Reichsaußenminister, propagierte der Minister für die ehemals besetzten Gebiete, Gottfried Reinhold Treviranus, die Revision des Versailler Vertrags, der Youngabmachungen; er forderte die Grenzregulierung im Osten, und es schien, als ob er mit Krieg drohe. Daß er einige Tage später sich selbst interpretierte und dann wiederum seine Interpretation von neuem auslegte, erinnerte das Ausland nur an die Vorkriegszeiten, an die wilhelminische Epoche, die in der "deutschen Seele" fester "verankert" schien als irgendetwas anderes. Kam hinzu, daß von berufener Seite eine klare Desavouierung überhaupt nicht erfolgte, daß erst viele Tage später Heinrich Brüning lediglich feststellte, die Außenpolitik würde vom Kabinett gemacht. Wenn er sich in dem Gedanken, der Wahlkampf könnte durch klare Abwendung von dieser Abenteuerpolitik geschädigt werden, zurückhielt, so hatte um so klarer der Spiritus rector des Zentrums, Ludwig Kaas, die nationalistische Zuverlässigkeit der maßgebenden Partei der Regierung unterstrichen. Seine Rede in Hildesheim, veröffentlicht in der Germania am 26. August, hat in der deutschen Presse (soll man sagen: begreiflicher- oder unbegreiflicherweise?) nicht die Beachtung gefunden, die sie in der Tat verdient. Einige Zitate mögen das beweisen:

»Ein Nationalsozialist erklärt mir hier schriftlich, er könne nur solche wählen, die nicht verzichten. Wo hat die Zentrumspartei auf irgendeinen Punkt verzichtet auf außenpolitischem Gebiet? Im langsamen Aufbau Befreiungspolitik führen, statt sie sofort zu zerschellen, ist das Verzicht oder Klugheit? ... Meine Haltung gegenüber Youngplan und Dawesplan sollte jedem, der die Dinge kennt, zeigen, daß die deutsche Zentrumspartei nicht daran denkt dem Verzichtgedanken in ihrem grundsätzlichen Außenprogramm einen Platz einzuräumen ... Die Zentrumspartei verzichtet auf nichts, aber sie kämpft mit deutschem Recht, mit rechtlichen Mitteln, trotzdem sie weiß, wie schwer der Kampf ist.«

Und Kaas, der dazu auffordert, man möge ihm nachweisen, daß er »nicht stets auf dem Boden des echten, reinen Nationalismus gestanden habe«, bekundet weiterhin mit Eindeutigkeit diesen »echten, reinen Nationalismus« so, daß wohl auch der nationalsozialistische Frager befriedigt sein konnte: »Wir haben nicht dem Youngplan zugestimmt, weil uns sein Inhalt bedenklich [soll wohl heißen: unbedenklich?] erschien, sondern die Notlage unseres Volkes hat uns das Ja aufgedrängt. Sollten sich derartige Situationen in der Zukunft wiederholen? Darüber sind wir uns klar, daß kein Deutscher sich mit dem Youngplan abfindet, und der Revisionsgedanke vor unser aller Augen steht.«

Kann es wundernehmen, daß Ernst Scholz nicht anders sprach als Treviranus, von der »Wunde im Osten« so gut wie von der Bekämpfung der »Kriegsschuldflüge«, daß der General Hans von Seeckt als neuer politischer Führer der Partei Stresemanns sich für »Volksgemeinschaft« gegen den »Feind jenseits der Grenzen« einsetzte, daß beinahe in jeder Wahlrede die "Tributfron" als die Ursache allen Übels herhalten mußte?

Alle bürgerlichen Parteien fürchteten im Rückstand zu bleiben, wenn sie nicht mindestens sich zur "Revision" bekannten. Charakteristisch, daß der Pariser Berichterstatler der Vossischen Zeitung, nachdem er selbst sein redlich Teil dazu beigetragen hatte die Illusion eines für die Regulierung der deutsch-polnischen Grenze bereits mürben Frankreichs in Deutschland zu fördern, sich zwar kurz vor dem Wahltermin am 11. September bemüßigt fühlte vor der »unverantwortlichen Leichtfertigkeit« in der Behandlung außenpolitischer Fragen zu warnen, aber nicht vor der Sache an sich sondern nur vor den »Methoden«. »Nicht die Forderung nach einer Revision der deutschen Ostgrenze ist es«, so weiß er zu berichten, »die in Frankreich und anderwärts erschreckt hat, sondern der Wechsel der außenpolitischen Methoden, den die Reden der Treviranus und selbst einiger links von ihm stehender Politiker anzukündigen schienen.« Man wüßte in Paris, »daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Grenze, die ihm der Friedensvertrag im Osten aufgezwungen hat, nicht als endgültig betrachtet und deshalb niemals aufhören wird die Wiedergutmachung des Deutschland angetanen Unrechts zu verlangen«, und »daß die deutsche Politik die Ostfrage bei der ersten sich bietenden Gelegenheit aufrollen würde«. Der Artikel 19 der Völkerbundssatzung böte dafür die Möglichkeit. (An dieser Stelle sei gleich auf einen ganz ausgezeichneten Artikel Ludwig Bauers im Tagebuch vom 20. September 1930 verwiesen, der diesem Märchen vom Artikel 19, den im Friedensvertrag nachzulesen unsere betriebsamen Außenpolitiker wohl kaum Zeit finden, den Garaus macht. Bauer bezeichnet die Berufung auf diesen Artikel als »vollkommen lächerlich und widersinnig.«) Noch betrüblicher ist es, wenn der Pariser Korrespondent der Neuen Leipziger Zeitung, der in bemerkens- und dankenswerter Weise sich immer wieder energisch für die deutsch-französische Einigung eingesetzt und durch die Klarheit seines Urteils ausgezeichnet hat, zwar davor warnt »immer von neuem die Revisionswünsche zu formulieren«, aber hinzusetzt: »die sich im Prinzip für jeden Deutschen von selbst verstehen«. Wie ja das Moralische sich immer von selbst versteht. Was hilft es, wenn an einer andern Stelle auf die »mancherlei Möglichkeiten« verwiesen wird, die im Rahmen eines geeinigten Europas gegeben sind, nachdem vorher, den deutschen Nationalismus unterstützend, von der »geographisch-politischen Unmöglichkeit des polnischen Korridors« gesprochen, und dieser, an der Hand des viel zitierten und viel mißbrauchten Buchs René Martels, als ein auch den Franzosen wohlbekanntes »Unding und Ärgernis« dargestellt wird? Für sozialistische Bereiniger im Osten sei hier gleich angemerkt, daß der Robotnik, das Organ der polnischen Sozialdemokratie, keinen Zweifel darüber läßt, daß in der Frage des Korridors das polnische Volk so einig und geschlossen ist wie vielleicht in keiner andern Frage. Der Robotnik beklagt es, daß in Deutschland »die Stimmen der pazifistischen und vernünftigen Auffassungen immer leiser werden, während sich zu gleicher Zeit jene des Nationalismus und des Hasses verstärkten«. Und er fährt dann fort: »Es ist notwendig, daß alle Friedensanhänger es wissen: Polen und im besondern das Polen der Bauern und Arbeiter wird es nie gestatten, daß es um seinen freien Zugang zum Meer gebracht wird... Polen, seines freien Ausgangs zur Welt beraubt, würde sich in der Lage eines Menschen befinden, der leben und arbeiten will, aber durch einen Strick um den Hals am Atmen gehindert werden würde.«

Man kann in der Foersterschen Halbmonatsschrift Die Zeit mehr über die Korridordiskussion nachlesen und auch die gleiche Meinungsäußerung aus dem Mund des linksstehenden polnischen Sozialisten Niedzialkowski finden.

Der ganze Wahlkampf war von dem Getöse außenpolitischer Forderungen erfüllt. »Frankreich kann den Hals nicht vollbekommen«, wie es das reaktionäre Zwickauer Tageblatt formulierte, dem, das sei rühmend hervorhoben, das Sächsische Volksblatt in sachlicher und unwiderlegbarer Weise mit der Feststellung antwortete, daß die öffentliche Schuldenlast in Frankreich erheblich größer als in Deutschland ist, nach diesen Angaben nämlich rund 75 Milliarden Goldmark beträgt, während die öffentliche Schuldenlast in Deutschland einschließlich der Reparationsschuld sich auf nur 50 Milliarden belaufe. Erfreulich auch ist es, daß in dem vom Parteivorstand herausgegebenen Wahlmaterial nachgewiesen wird, daß die »Siegerstaaten« erheblich schwerere Lasten zu tragen haben als Deutschland, daß zum Beispiel die Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung in Frankreich 209, in Deutschland nur 200 Goldmark ausmacht. Daß die Sünden von Jahren und Monaten in Wochen freilich nicht gutgemacht werden können, und daß solche Einsichten, wie nachzuweisen sein wird, nicht von Dauer sind, ist das Betrübliche. Man hat anscheinend nichts gelernt und alles vergessen, man hat vor allem nicht begriffen, daß dieser Krieg einen Abschluß für die europäische Geschichte bedeuten muß oder das Ende Europas bedeutet. Es ist ein schlagender Beweis für den Konservatismus der deutschen Außenpolitik, daß sie sich an Plänen festsaugt, die zu hegen vor 30 Jahren vielleicht noch entschuldbar war, die aber heute ein Anachronismus schlimmster Sorte sind. Man ist erschüttert, wenn man in den eben zur Veröffentlichung gelangenden Memoiren Fürst Bülow's liest, daß im Jahr 1899 der damalige Kolonialminister Englands Bülow auseinandersetzte, »sein Ideal wäre ein Zusammengehen zwischen England, Amerika und Deutschland, diese Gruppierung würde die Welt beherrschen, sie würde das barbarische Rußland in seine Schranken zurückweisen und das turbulente Frankreich zur Ruhe zwingen«. Dieses »Ideal« hat eine höchst unfröhliche Resurrektion nach dem Krieg gefeiert. Man sieht es neu emportauchen aus dem Ozean von Blut und Schmutz, den der Krieg hinterlassen hat. Deutschland hat, im Gegensatz zum »turbulenten« Frankreich, aus diesem Unglück nicht die Konsequenz gezogen. Dagegen hat das, von amerikanomanen Deutschen als konservativ angesprochene Frankreich (das, nach der Modeterminologie von gestern, »statisch« sein soll, im Gegensatz zum »dynamischen« Deutschland) mit ausreichender Klarheit begriffen, daß die Zeit der Nationalstaaten vorbei ist, daß die ganze technische und ökonomische Entwicklung die Grenzen verschoben, geweitet hat, und daß die Frage der Vorherrschaft in Europa längst durch das Problem der Zusammenfassung des Kontinents in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zurückgedrängt wird. Das Mißverständnis, das über die Haltung Frankreichs in Deutschland herrscht, ist grotesk. Man imputiert, im Einvernehmen mit den angelsächsischen Mächten und von ihnen inspiriert, dem ganz anders gesinnten und zielgerichteten westlichen Nachbarn sinnleere Hegemonieabsichten und sieht in dem Europaplan Briands eine hinterhältige Falle. Nichts hat sich daran geändert, daß man alles Heil von England und Amerika erwartet. Ängstlich mahnt W. H. Edwards, in der Vossischen Zeitung vom 11. September 1930, die Engländer nicht zu verstimmen, indem man ihnen »friedenstörende Absichten in einer entlegenen Ecke Asiens« nachweise, und genau die gleiche Mahnung richtet der gegenwärtige Londoner Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes an die sozialdemokratische Presse. Dagegen ist es der gesamten deutschen Presse unverwehrt ihrem Jubel

darüber laut Ausdruck zu geben, daß Briand bereits verzichtet hätte seinen Europaplan in Genf überhaupt zur Diskussion zu stellen; gehört es doch zum guten Ton in der deutschen Presse, nachdem die Ente schnell gestorben war, die Niederlage des französischen Außenministers im Duell mit Henderson festzustellen, obwohl der Daily Herald diesen Teil der Verhandlungen als »Briands Triumph in Genf« betitelte, und schließlich die Überweisung an ein besonderes Europakomitee als ein »Begräbnis 1. Klasse« von den Hitlerblättern bis zu sozialdemokratischen in Leichenschmausstimmung zu feiern. Nur keine Bindungen, nur alles offen lassen: das ist die Gesinnung, aus der dieser Freudenquell entspringt. Man fühlt sich schon ganz angelsächsisch, wenn man so, wie man glaubt, alle Türen zu jeder Improvisation offen läßt. »Dieser angelsächsischen Art, der Nichtbindung bis zum letzten Augenblick, dankt indessen die Menschheit schon den vorläufig letzten Weltkrieg, und das sollte doch genügen«, so schreibt an der zitierten Stelle Ludwig Bauer.

Revision war das Feldgeschrei, Revision bleibt es. Und dabei rechnet man (man muß schon sagen: ausgerechnet) mit der Hilfe Englands und Amerikas. Es zeigt das ganze Unverständnis für "außenpolitische Belange", daß man die contradictio "Revision des Youngplans mit Unterstützung Amerikas" nicht sieht. Oder wenn man, wie die Vossische Zeitung am 8. August unter der großen Schlagzeile Gegen Deutschlands Zahlungen die Meldung aus London veröffentlicht, daß die Vereinigung der britischen Elektrizitätsindustrie die »Abschaffung der deutschen Tributzahlungen« vorschlägt, weil, ja weil, wie die Unterzeile lautet, »Reparationen Englands Industrie zerstören«, und den (von der Deutschen Tageszeitung gemeldeten) Passus ausläßt, daß die Lage in Deutschland durch die Beseitigung der Sachlieferungen erschwert werde. Das steht in der selben Zeitung, die am 22. August den Klagebericht ihres Korrespondenten aus London über die »Manöver der Konkurrenz« veröffentlichte, die durch Alarmmeldungen von der »revolutionären Reife« Deutschlands »Kredit- und Absatzfähigkeit der deutschen Industrie in einem besonders kritischen Zeitpunkt zu untergraben« suchen. Und an der gleichen Stelle heißt es unter anderm noch:

»Deutschlands Kunden sollen durch den englischen Nachrichtenapparat davon überzeugt werden, daß es keinen Zweck habe mit deutschen Werken oder Händlern langfristige Abkommen zu treffen, da Deutschland zwar zurzeit das preiswerteste Angebot mache, niemand aber wissen könne, wer in Deutschland in einigen Wochen erfüllungsfähig oder erfüllungsbereit sein werde.«

Keine Angst, solche Erkenntnis ist nicht von Dauer. Man bleibt dabei, es müsse revidiert werden, man bleibt dabei, Frankreich könne verzichten, weil, wie der Zwischenrufer der Vossischen Zeitung am 17. September schmerzlich ausruft, es unerträglich für den deutschen Staatsbürger sei »nicht nur die Bedürfnisse des eigenen Staats aufbringen zu müssen sondern darüber hinaus noch Millionen für fremde Staaten zu zahlen«: womit aber offensichtlich nicht der Kriegsgewinner und Schuldeneintreiber Amerika gemeint ist (an den man sich in Deutschland nie mit einer Forderung heranwagt), sondern Frankreich, das den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete bezahlt haben will. Frankreich hat den Hals voll: das ist des deutschen Zeitungslesers Glaubensbekenntnis. Zwar bekommt man aus England derbe Nasenstüßer. Es bemerken zum Beispiel die Times auf die Rundfunkrede Joseph Wirths, nach dem Bericht des Londoner Korrespondenten des Sozialdemokratischen Pressedienstes vom 18. September 1930, »es sei die irreführende, von Hugenberg

und den Nationalsozialisten verbreitete Idee, alle deutschen Krankheiten seien auf die Reparationslasten zurückzuführen«, und »Deutschland würde sogar besser dastehen, wenn es mit seinen Finanzen besser umgegangen wäre«. Doch das ändert nichts an der Überzeugung, daß es möglich sei die eigentliche Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung zu sistieren, wenn man sich nur mit England und Amerika gut stelle. Dafür wäre man auch bereit die Sachlieferungen, deren Durchführung in hohem Maß die deutsche Wirtschaft beleben könnte, aber den Engländern nach wie vor ein Dorn im Auge ist, jetzt schon ganz einzustellen.

Man begreift es in Deutschland noch immer nicht, daß mit einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung in den europäischen Lebensraum ohne weiteres eine Erleichterung unserer Schuldenlast, der Reparationszahlung, verbunden ist. Eine Verschiebung von Grenzen könnte die natürlichen Lebensbedingungen des Kontinents nicht ändern. Sie würde nur den Boden, den Raum anders verteilen, aber nicht die Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsteilung schaffen, die notwendiges Erfordernis für das Gedeihen, für den Aufbau aller Staaten in Europa ist. Und während das übrige Europa angesichts der Ansprüche auf Annullierung des Versailler Vertrags, auf Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse, so als ob kein Krieg gewesen wäre, sich enger zusammenfindet, sogar Italien, unbeschadet der Lobeserhebungen der fascistischen Presse über den Sieg Hitlers, den Weg der Verständigung in Frankreich zu ebnen versucht, Deutschland aber mehr und mehr in die vorausgesehene Isolierung "hineinschlittert", erleben wir das Schauspiel (und damit sind wir wieder da angelangt, wo wir während der Wahl hielten), daß von der deutschen Presse das Ausland (gemeint ist wiederum nur Frankreich) für den innenpolitischen Erdrutsch verantwortlich gemacht, daß es allen Ernstes aufgefordert wird den Schaden zu reparieren. Wäre es nur die Presse einer Richtung, die so schreibt, man könnte es als eine partielle Sinnesverwirrung unbeachtet lassen. Aber es ist *die* deutsche Meinung, die sich solchen Selbsttäuschungen hingibt. Es ist der Sozialdemokratische Pressedienst, der unter der Überschrift Das Gebot der Stunde es für richtig hält die ganze Serie der Ansprüche aufzuzählen, die das »tributpflichtige Deutschland« an »das Ausland« (lies: Frankreich) rechtens zu machen hat. Zwischen dem, was man aus dem einen, und dem, was man aus dem andern innenpolitischen Lager an außenpolitischen Formulierungen hört, bestehen nur Unterschiede der Tonart, nicht der Melodie. Die Kreuzzeitung stellt am 11. September aufatmend, den englischen Widerstand begrüßend, fest, daß »dem in politischer Hinsicht unmöglichen Briandschen Plan die Hauptgiftzähne ausgebrochen« seien, »und für den Augenblick wenigstens die Gefahr gebannt« scheine. Ganz genau so urteilt die Deutsche Allgemeine Zeitung über die »lebensgefährliche Initiative des mächtigsten europäischen Staates«, sie fordert »zur Gegenoffensive« auf. Es ist ein Glück, daß das Frankreich Briands, das friedliebende, und das ist das größere Frankreich, in der Tat eine »unerhörte politische Intensität und Ausdauer« (wir zitieren die eben erwähnte Deutsche Allgemeine Zeitung) im Festhalten an dem für richtig und lebensnotwendig erkannten Plan zeigt. So schreibt, in klugem Verständnis, der Temps am 18. September, daß der Exkurs des deutschen Außenministers in Genf mehr an Deutschland gerichtet sei als an die Zuhörer, daß die Minderheitenfrage bei jeder Gelegenheit aufgerollt werde, weil Deutschland seinen Einfluß in Genf so zu stärken hoffe. Aber das gleiche Blatt weist

doch auch die »Freimütigkeit« des Reichsaußenministers zurück, wenn er von den »Enttäuschungen« gesprochen, die Deutschland hätte erleben müssen, und hält dem entgegen, was alles gerade Deutschland durch die Politik des Friedens gewonnen habe. Ja, es spricht auch von der mangelnden moralischen Abrüstung in Deutschland und, wie der Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes am 16. September zitiert, von einem »Vertrauensmißbrauch«, den das deutsche Volk jetzt durch seine Begünstigung der Gegner der Republik, der Demokratie und des Friedens begangen habe.

Das alles bedeutet: Deutschland steht vor einer wahrscheinlich endgültigen Entscheidung. Ob es sich an Europa anschließen, also mit Frankreich zusammenarbeiten will, oder ob es isoliert mit dem Phantom russischer, angelsächsischer oder italienischer Hilfe im Rücken weiter verhindern will, daß die Fehler und Härten des Friedensvertrags beseitigt, daß in Europa Sicherheit für jeden Staat in ähnlicher Weise geschaffen wird, wie sie heute jedem Staatsbürger selbstverständlich ist. Es gibt keinen andern Weg. Nicht um Weltgeltung geht es sondern um die Existenzfrage. »Ça va bien, pourvu que ça dure«, soll die Mutter Napoléons gesagt haben. Es kann nicht lange mehr dauern. Auch mit dem Vorschlag der "Regionalverträge" wird Deutschland weder den Anschluß erreichen noch eine Vormachtstellung in Europa begründen. Es sei denn, es hilft vorher mit die notwendigen Friedensgarantien zu schaffen. Der Nationalsozialismus ist nicht nur eine innenpolitische Frage. Er würde einen großen Teil seines Einflusses einbüßen, wenn die Mehrheit der Deutschen den Schritt vom Nationalismus zum Europäertum wagte. Genf ist für uns Rhodus. Unser Platz ist in der europäischen Gemeinschaft.

BALTHASAR WEINGARTZ · AUF DEM WEG ZUM BRITISCHEN IMPERIUM

SEIT der Entstehung der Labour Party verlor der Trade-Unions-Kongreß an Bedeutung, weil die großen nationalen Probleme dem Kongreß der Labour Party überlassen blieben. Dennoch kam es zwischen den beiden Körperschaften niemals zu offenkundigen Reibereien, da die Exekutive der Partei von allem Anfang an Gewicht darauf legte im engsten Einvernehmen mit dem Generalrat der Gewerkschaften zu handeln, zu welchem Zweck ein Joint Committee ins Leben trat, das alle großen Aktionen vorbereitet, ein einheitliches Vorgehen ermöglicht. Daß der Trade-Unions-Kongreß dieses Jahres von der allgemeinen Praxis abwich und, wie das bei dem Problem des Empire Free Trade der Fall war, aus eigenem Ermessen vorging, blieb nicht unbemerkt, um so mehr, als es sich in diesem Fall um eine Entscheidung von weitesttragender Bedeutung handelte. Es soll freilich nicht verschwiegen werden, daß die Trade-Unions-Kongresse von 1924 bis 1927 durch ihr Liebäugeln mit den Bolschewisten gewisse Komplikationen schufen. Der neueste Vorstoß ist aber viel bedeutungsvoller, da es sich hier um keine "exterritoriale" Angelegenheit handelt sondern um die zukünftige Gestaltung des Britischen Weltreichs.

Anfang des Jahres setzte der Generalrat einen Wirtschaftsausschuß zu dem Zweck ein das ganze Empireproblem zu untersuchen und das Resultat der Untersuchung in einem Bericht zusammenzufassen. Ehe noch der Bericht das Licht der Welt erblickte, erregte es Aufsehen, daß die Gewerkschaften

sich überhaupt mit diesem Problem befaßten. Hieraus glaubte man schließen zu können, daß der Kreuzzug der Presselords Beaverbrook und Rothermere sogar im Gewerkschaftslager nicht ohne merkbare Folgen geblieben sei. In der Tat, noch ehe der Bericht offiziell veröffentlicht wurde, konnte Lord Beaverbrook am 28. Mai ein Exposé aus ihm in seinem Daily Express geben. Und am 29. Mai schrieb er unter dem Titel Die Gewerkschaftsbombe:

»Die Gewerkschaftsbombe, das heißt das Memorandum des Wirtschaftsausschusses des Generalrats der Gewerkschaften, das sich dafür ausspricht auf der demnächst stattfindenden Reichskonferenz für den Empirefreihandel einzutreten, erzeugte in sozialistischen Kreisen Unruhe und Verwirrung. Sowohl die Regierung als auch die Führer der Sozialisten erlebten kritische Stunden. Zwischen den beiden Exekutiven fanden eilige Besprechungen statt. Den Führern der Gewerkschaftsbewegung erklärte man rund heraus, es wäre unendlich das Memorandum in seiner jetzigen Form anzunehmen, es erschwere die Stellung der Regierung... Die Mitglieder des Ausschusses waren aber bereit für ihre im Memorandum gezogenen Schlußfolgerungen einzustehen, das für seine Ziele die Worte »wirtschaftsimperiale Einheit« wählte, anstatt sich an das viel einfachere Wort Empirefreihandel zu halten.«

Eins erzielte jedoch Lord Beaverbrook durch die vorzeitige Veröffentlichung des Berichts: Es wurde beschlossen das Memorandum zur weitem Erläuterung an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Am 24. Juni wurde das Memorandum in seiner ursprünglichen Form mit einem Anhang veröffentlicht, in dem es unter anderm heißt:

»Der Klarheit halber sei darauf hingewiesen, daß die Frage des Schutzzolls im Memorandum nicht aufgerollt wurde, es wurde darüber gar nicht debattiert. Die Propaganda für Empire Free Trade hatte auf die Beratungen des Ausschusses keinerlei Einfluß.«

Das in seiner Kürze auffallende Memorandum geht klaren und einwandfreien sowie wissenschaftlichen Begründungen aus dem Weg. Ohne sich für eine Form des Schutzzolls zu erklären, lehnt es den liberalen Freihandel ab. Das ist bedeutungsvoll. Es berechtigt zu der Schlußfolgerung, daß die Gewerkschaften dem alten liberalen Dogma des Freihandels den Todesstoß versetzt, den Weg für den Schutzzoll freigemacht haben. Zum erstenmal wird hier von verantwortlicher Stelle der englischen Arbeiterbewegung dem Empiregedanken das Wort geredet, und zwar in einer Form, die zum Nachdenken zwingt. Hier entstehen plötzlich neue Grundlagen für den Gang des Weltgeschehens. Der New Leader hat durchaus nicht unrecht, wenn er am 12. September unter dem Titel Blinde Führer der Blinden also argumentiert:

»Trotz seiner geradezu auffallend ausweichenden Sprache scheint sich das Dokument für ein in sich abgeschlossenes Empire auszusprechen in einer Welt, die in 3 oder 4 abgeschlossenen ökonomischen Machtsphären organisiert ist: Amerika, eine europäische Konföderation, eine Form von Sowjetgruppierung, die zweifellos auch asiatische Länder in sich schließt. Das so geartete Britische Empire würde, wie im Memorandum verschiedentlich hervorgehoben wird, den Schutzzoll grundsätzlich nicht ausschließen. Während die Autoren des Dokuments beteuerten, die darin gezogenen Schlußfolgerungen ständen in keinem Zusammenhang mit dem Empire-Free-Trade-Kreuzzug, behauptet die Beaverbrookpresse nicht mit Unrecht, daß »beide Ideen der gleichen Wurzel« entspringen. Das Memorandum macht einen Strich durch die bisherige Denkungsart der internationalen Arbeiterbewegung. Die notwendig zu ziehende Folgerung ist die Verwerfung der ökonomischen Weltorganisation, wie sie Genf und dem Internationalen Arbeitsamt vorschwebt, dann aber auch eine Abkehr von den Bestrebungen einer internationalen Organisation, wie sie der Internationale Gewerkschaftsbund vertritt. In seiner logischen Schlußfolgerung bedeutet das Memorandum, daß das Empire sich mit einem Schutzzollwall umgibt, was zu einem neuen Krieg führen kann. Die Grundlage einer solchen Empirekonstellation wird die sein, daß die farbige Rasse auch fürderhin von der weißen unterjocht wird, was wiederum schwere Konflikte nach sich ziehen muß.«

Darüber herrscht kein Zweifel: Die nun einmal bestehende Weltlage zwingt England zur Verwerfung seiner bisher gehegten Ideologien (die mit der Praxis ohnehin längst nicht mehr übereinstimmen). Die Freihandelsdoktrin, die den Liberalismus in der Periode von 1902 bis 1914 zu neuer Blüte trieb, endete in der Weltkatastrophe. Wer wollte leugnen, daß die Freihandelsdoktrin unter den Trümmern des Weltkriegs unrettbar verloren ging? Die Tendenzen des Memorandums, noch mehr aber die in ihm gezeigten Entwicklungsmöglichkeiten mögen den althergebrachten, aus dem ruhig dahindösenden 19. Jahrhundert stammenden Ideologien höchst peinlich sein, es gliche jedoch einer Vogelstraußpolitik, wollte man nicht verstehen, daß das von den englischen Gewerkschaftsführern entworfene Memorandum sich an der Zukunftsvorstellung des Vereinigten Europäischen Kontinents orientiert, dem nun das Britische Imperium entgegengestellt wird. Die britischen Gewerkschaftsführer lassen durchblicken, England habe in einem Kontinentaleuropa keinen Platz und müsse sich als ein in sich abgeschlossenes Commonwealth oder eine Völkerbundorganisation konsolidieren.

In dieser Richtung bewegte sich auch die vom Generalrat auf dem Kongreß inszenierte Debatte über das Memorandum. Ernest Bevin, führender Mann im Generalrat, hatte die Aufgabe den aufhorchenden Kongreßteilnehmern auseinanderzusetzen, daß das Problem des Freihandels oder Schutzzolls nicht das Entscheidende sei. Wichtiger sei zunächst das Problem eines geeinten Empires. Sei dieses nur mit Hilfe des Schutzzolls zusammenzukitten, nun, so dürfe man auch vor diesem Mittel nicht zurückschrecken.

Leicht fiel es den in der liberalen Freihandelsdoktrin erzogenen Delegierten sicherlich nicht sich in diesem neuen Kurs zurechtzufinden, und die Verteidiger des Memorandums hatten Mühe und Not es schmackhaft aufzutischen. In seiner Präsidialadresse erklärte John Beard, im absoluten Sinn könne man sich heute weder für Freihandel noch für Schutzzoll erklären, da beide Methoden kein sicheres Mittel zur Beseitigung der herrschenden Arbeitslosigkeit seien. Er erkläre sich für eine geregelte Produktionsweise. Ohne sich eindeutig mit diesem Problem zu befassen, meinte der Kongreßpräsident, es gäbe verschiedene Wege und Methoden, um einmal zu einer geregelten Produktion zu kommen, zum andern aber auch ein einigendes Bindeglied zwischen den Nationen zu finden:

»Wir werden die vorzutragenden Argumente zugunsten des Schutzzolls mit der selben Unparteilichkeit prüfen, wie wir auch die Argumente für den Freihandel prüfen werden. Wir können und dürfen uns nicht an doktrinäre Ideen klammern, die das reale Leben außerhalb der Betrachtungen lassen.«

Alle diese Andeutungen und Darlegungen ließen an Klarheit zu wünschen übrig. In einem Leitartikel über die Bedeutung des Kongresses schrieb der Manchester Guardian am 5. September in seiner Wochenausgabe:

»Die Aussprache auf dem Trade-Unions-Kongreß beseitigte manche Zweifel, die durch die Veröffentlichung des Empireberichts zuerst entstanden waren. Seine Annahme wurde nur durch die eingeengte Form gesichert, mit der Ernest Bevin als Hauptredner des Generalrats ihn interpretierte. Der Kongreß weigerte sich den Bericht als eine neue Deklaration imperialer Politik zu betrachten, eine Interpretation, die mangels gegebener Erläuterung bestimmt hätte gezogen werden müssen. Man befreundete sich mit ihm nur wegen des positiven Vorschlags zur Schaffung einer Wirtschaftskonferenz für das Empire sowie eines Empiresekretariats. Um den im Bericht verborgenen Block des Wirtschaftsimperiums kümmerte man sich nicht.«
Und doch weiß alle Welt: Ohne Zollmauer ist die Idee nicht zu verwirklichen.

Um das zu begreifen, braucht man sich nur die Ideen ins Gedächtnis zurückzurufen, die einst, am Anfang des Jahrhunderts, Joseph Chamberlain propagierte. Durch die neueste Stellung der Gewerkschaften feiert der Chamberlain'sche Gedanke seine Wiederauferstehung. Aber auch die Idee des kontinental-europäischen Zusammenschlusses erhält dadurch einen neuen gewichtigen Stützpunkt. Das ist es doch gerade, wofür die Sozialistischen Monatshefte schon lange vor dem Krieg eintraten. Sie erblickten in dem, was Chamberlain wollte, auch ein Mittel den zwischen Deutschland und England bestehenden Spannungen einen Ausweg zu öffnen. Freilich nicht durch Teilung der Weltherrschaft zwischen Deutschen und Angelsachsen, die Chamberlain, wie Bülow ihn auffaßte, vorgeschlagen haben soll, sondern im europäischen Sinn: Ein organisiertes britisches Wirtschaftsimperium könnte auf die Balance-of-power-Politik verzichten, brauchte sich nicht dem Zusammenschluß Europas in den Weg zu stellen. Hätte damals die Entwicklung diese Richtung genommen, vielleicht wäre der Weltenlauf ein anderer gewesen als er es seit 1914 war.

Wie die Dinge in England liegen, geht der Weg zum Schutzzoll dort unaufhaltsam weiter. Wohl fühlt sich die Arbeiterpartei noch recht unsicher auf diesem Weg. Der Sozialist Philip Snowden versuchte als strenger Hüter über die liberale Laissez-faire-Doktrin zu wachen; es gibt aber kein Halten. Und im liberalen Lager selbst kriselt es gewaltig. Der bekannte liberale Volkswirtschaftler E. D. Simon, Mitglied des von James Ramsay MacDonald eingesetzten Vorläufigen Wirtschaftsrats, hat der Regierung den Plan unterbreitet zur Stützung des Erwerbslosenfonds eine 10prozentige Einfuhrsteuer auf bestimmte Fertigwaren zu erheben. Die Labour Party fordert zur Unterbindung der Einfuhr aller unter menschenunwürdigen Verhältnissen im Ausland hergestellten Waren die Erhebung eines Schutzzolls. John T. Brownlie, Sekretär des Verbands der Maschinenbauer, der kürzlich in den Ruhestand trat, erklärte am 6. Mai in einer Ausschußsitzung seines Verbands:

»Und wenn ich auch von den Hohepriestern der Labour Party als Ketzer verschrien werde, so wage ich doch zu behaupten, daß wir ohne Schutzzoll keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erringen können.«

Aufsehen erregte vor einiger Zeit die Pressenachricht, vor Abfassung des Empirememorandums hätten Besprechungen zwischen Vertretern des Generalrats der Gewerkschaften und der Föderation der Britischen Industrien stattgefunden. Der Generalrat dementierte diese Mitteilung. Die offizielle Monatsschrift des Joint Committee der Gewerkschaften und der Labour Party, das Labour Magazine, schreibt im September in ihrer Monatsrundschau: »Es kursierte die Behauptung, das Memorandum sei das Ergebnis von Besprechungen zwischen dem Generalrat und der Föderation der Britischen Industrien. Nach dieser Version war sogar ursprünglich beabsichtigt einen gemeinsamen Bericht herauszugeben: ein Vorhaben, daß durch die vorzeitige Veröffentlichung des Berichts vereitelt wurde. Der Generalrat hat diese Vermutungen dementiert. In Wirklichkeit war das Dokument schon geschrieben, als die Besprechungen mit der Föderation der Britischen Industrien begannen. Letztgenannte Organisation hatte überhaupt keine Kenntnis von der Existenz des Dokuments; von seinem Inhalt erfuhr sie erst, als es vom Generalrat sanktioniert und veröffentlicht war. Die Besprechungen mit der Föderation der Britischen Industrien beschränkten sich auf Fragen der imperialen Einheit sowie auf ökonomische Probleme. Der Versuch dem Memorandum den Schein des Geheimnisvollen anzuhängen ist unsinnig, da doch im Anhang dargelegt wird, daß seine Entstehung sich aus den Vorschlägen zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, dem Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbunds sowie dem Wirtschaftsprogramm des Internationalen Arbeitsamts und der bevorstehenden Reichskonferenz erkläre.«

Vorschläge zu einem geeinten Empire sind schon in den bekannten Mond-Turner-Pronunciamentos enthalten. Neu ist freilich für England oder mindestens für die englische Arbeitervertretung die Erkenntnis, daß die Welt sich in großen Wirtschaftskomplexen zu organisieren im Begriff ist. In dem Briandschen Memorandum sieht man schon die Umrisse des werdenden Kontinentaleuropas. Und wenn man es auch vorläufig noch mit allen Kräften am Entstehen zu hindern gedenkt, und der Labourminister Arthur Henderson in Genf Aristide Briand einzukreisen oder zu ermatten sucht, so ist man sich doch auch in England, und gerade dort, dunkel dessen bewußt, daß es kein zweites Sankt Helena gibt, um den Weg der europäischen Völker nach Europa dauernd zu versperren. Daher wendet man im englischen Volk nun seine Blicke auf das British Empire, und in seiner Ausgestaltung zum einheitlichen Wirtschaftsorganismus erkennt man die Zukunft Englands.

WALTHER MAAS · BALTISCHER BLOCK UND KONTINENTALEUROPA



BERALL hört man jetzt vom Zusammenschluß. Man spricht von einem Panbalkanischen, einem Allnordischen, einem Baltischen Block. Wofern solche regionalen Zusammenschlüsse Vorstufen zu einem kontinentaleuropäischen Zusammenschluß sein wollen, sind sie begrüßenswert. Häufig aber sind sie als Gegenkräfte gegen ein alleuropäisches Zusammenwirken gedacht. Merkwürdig, daß dann meist ihre Ursprungsspuren nach London weisen. Als das Russische Reich in Trümmer ging, entstanden an seinem Rand unter deutschem Waffenschutz die baltischen Staaten Finnland, Estland, Lettland, Litauen. Die Völker, die sie bewohnten, waren Jahrhunderte hindurch vom Zarismus unterdrückt, politisch vergewaltigt. So entstand bei ihnen eine starke Scheu vor einem wie immer gestalteten Rußland, auf das als Hinterland sie aber ihre geographische Lage und die Bedingungen der Wirtschaft hinweisen. Sie waren für eine Antirußlandfront zu haben, und zu einer solchen rief sie England auf, das sich in Riga wie in Reval fest eingenistet hat und die Ostsee zu einem britischen Meer machen will, um so das Russische Reich der Zukunft, mit dessen Wiedererstarben unter einem demokratischen Föderativsystem es rechnet, von der Küste abzuschneiden.

Aber noch eine andere Macht suchte die baltischen Staaten zu einem Kampfblock zu vereinen, dessen Spitze sich zunächst gegen Rußland kehren sollte. Das war Polen. Die Republik Polen erhielt 1920 im Frieden von Riga weite Gebiete, in denen das Polentum in zahlenmäßig schwacher, aber sozial bevorrechteter Position einer breiten weiß- und kleinrussischen Bauernmehrheit gegenübersteht. Diese Bauern gravitieren zu ihren Stammesbrüdern in Rußland. Auch das von Rumänien eroberte Bessarabien enthält kleinrussische, zur Ukraine neigende Elemente. Hier liegt die Wurzel des polnisch-rumänischen Militärbündnisses. Polen wollte die gesamte europäische Grenze Rußlands militärisch kontrollieren können. In Estland, Lettland, zum Teil auch Finnland fanden die polnischen Aufforderungen öfter bereitwillige Zustimmung. Wenn nicht gerade England aus Konjunkturgründen eine andere Tonart wünschte. Dann war man in Riga und Reval für Polen taub. Seit der Unterzeichnung des sogenannten Litwinowprotokolls zum Kelloggspakt sind die antirussischen Schärpen etwas in den Hintergrund getreten.

Ein Staat war da, der das polnische Streben stets durchkreuzte: Litauen. Der Streitpunkt ist territorialer Natur: Beide Staaten erheben Anspruch auf Wilna. Diese Stadt ist vor allem jüdisch, dann liegt sie im weißrussischen Sprachgebiet, hat polnische Beamte und Intellektuelle, der litauische Prozentsatz schwankt je nach Angabe zwischen 2 und höchstens 5. Nach dem Nationalitätenprinzip gehört Wilna nicht zu Litauen. Aber das Wilnaer Gebiet, Polens Korridor zur Düna, trennt Litauen von Rußland, und daher unterstützten die Bolschewisten die litauischen Ansprüche. Auch gewisse deutsche Kreise ermunterten aus Polengegnerschaft die Litauer. In Ostpreußen fürchtet man, daß ein polnisch-litauisches Zusammengehen die "Insel" Ostpreußen von allen Landseiten polnischen Einflüssen aussetzen würde. Litauen fürchtet Polen politisch und kulturell. Es gibt mehr denn 10mal so viel Polen als Litauer, die polnische Sprache ist unter Litauern stark verbreitet, früher haben sich die litauischen Oberschichten weitgehend polonisiert, eine Öffnung der Grenzen würde eine schnell wirkende Durchdringung bewirken, gegen die Litauen kein Schutzmittel weiß. Einige Litauer suchten sich auf Deutschland zu stützen, aber man kann dort nur schlecht eine scharfe Politik gegen die deutschen Memelländer treiben und gleichzeitig bei Deutschland Hilfe gegen Polen suchen. Die Iswestija schrieb, daß die neuerliche scharfe Politik in Memel eine Schwächung der Stellung Litauens gegenüber Polen bedeute. Der Temps erklärte am 5. August, die deutschen Nationalisten könnten nicht gut Litauen auf Polen hetzen und ihm gleichzeitig Memel wegnehmen wollen. Der litauische Professor Herbaczewski, ein bekannter Polenfreund, forderte in Musy Vilnius zur Versöhnung mit Polen auf, »um Memel zu retten«. Andererseits haben schon öfter Ausländer den Hafen von Memel Polen angeboten, als Ersatz für Danzig. Anfang August meldeten polnische Zeitungen, englische Kreise hätten Polen diesen Tausch vorgeschlagen, und ein polnisches Regierungsparteiblatt hieß ihn gut, während die nationaldemokratische Presse dagegen auftrat und auf die Rechte Polens in Danzig unter keinen Umständen verzichten will. Die Vossische Zeitung berichtete am 8. August über geheime Verhandlungen zwischen Polen und Litauen in der Wilnafrage. Litauen solle die territorialen Ansprüche auf Wilna preisgeben und dort nur eine kulturelle Autonomie der litauischen Bevölkerung (in ganz Polen 73 000) unter Aufsicht einer Völkerbundskommission verlangt haben. Die Initiative zu diesen Verhandlungen wäre vom Vatikan ausgegangen. Die Frankfurter Zeitung forderte am 7. August die Reichsregierung auf die Memelfrage auf der Septembertagung des Völkerbundsrats nicht zu behandeln, da dies Litauen Polen in die Arme treiben würde. (Tatsächlich wurde sie dort nicht behandelt.) Die Zeitung der Litauischen Volkspartei Lietuvos Zinios schrieb: Die Orientierung Litauens muß westeuropäisch sein, und sein Widerstand gegen die Bolschewisten und Kreuzritter gerichtet, die Litauer müssen gemeinsam mit Lettland, Estland und Polen kämpfen. Das zeigt schon die andere Seite des Baltischen Blocks. Die Russische Gefahr sollte die baltischen Staaten bewegen sich unter das polnische Oberkommando zu begeben, dann könnte man sie auch gegen deutsche Einflüsse verwenden.

Es scheint wirklich, als gewönne diese Seite des Baltenblockproblems an Aktualität. Der estnische Staatspräsident Otto Strandmann besuchte Polen genau an dem Tag, da 10 Jahre verflossen waren, daß der polnische General Haller die Ostsee für Polen erreicht hatte. Und die Gegenvisite des polnischen Staatspräsidenten Ignacy Moscicki erfolgte über See von Gdingen

aus, begleitet von der polnischen Kriegsflotte. Strandmann hatte in Wilna Aufenthalt genommen und Reden gehalten: eine deutliche Demonstration nach Litauen hin. Die Germania berichtete am 29. Juli von polnisch-estnischen militärischen und politischen Abmachungen, die ihre Spitze sowohl gegen Rußland wie gegen Deutschland richteten, gegen das Estland im Augenblick wegen der Erhöhung der deutschen Agrarzölle besonders aufgebracht sei. Diese deutschen Agrarzölle sind auch ein Hauptwerbemittel für die Pläne einer Abwehrfront der ost- und südosteuropäischen Agrarstaaten, die deutlich als Gegenmine gegen die (von gewissen Seiten jetzt mit penetrantem Eifer betriebene) Umbiegung der Briandschen Europainitiative in eine Art Mitteleuropa aufgestellt wurden. Interessant ist, daß, während die deutschen Nationalisten Briands Pläne für ein schlaues Unterfangen zur Verewigung der Versailler Grenzen erklären, man sie in Polen als Mittel ansieht, durch das Deutschland die polnischen Westgrenzen unterminieren wolle. Warschau sucht und findet Verbindungen nach Italien und Ungarn. Zaleski war in beiden Ländern, und die ungarischen und italienischen Minister waren in Polen. Charles Dewey, der amerikanische Finanzberater in Polen, wurde bemüht ein Programm auszuarbeiten, wie Polen an Stelle Deutschlands in Osteuropa ein industrielles Expansionsfeld finden könne. Bald wird die Bahn Constanza-Gdingen kommen: der polnische Traum vom Meer zum Meer.

Der Baltische Block wäre zunächst gegen Rußland gerichtet, gewiß. Aber er soll auch Polens Stellung in der Ostsee stützen, er soll den Korridor verteidigen. Die Lage wird durch einen Artikel eines der höchsten lettischen Generale beleuchtet, nach dem Lettland im Fall eines polnisch-russischen Konflikts nicht neutral bleiben könne, da ein siegreiches Polen, dem Lettland nicht beigestanden habe, eine Bedrohung der Selbständigkeit Lettlands darstelle. Wer hätte aber in Wahrheit einen Vorteil von dem Baltenblock? Doch nur England, das überall hier sich festsetzt, einmal schon aus Gegenwartsinteressen, vor allem aber, wie oben angedeutet, mit Hinblick auf die Zukunft. Man weiß in England, daß die Staaten Finnland, Estland, Lettland wirtschaftlich dem russischen Raum angehören, daß einst auf dem Gesamtgebiet des ehemaligen Russischen Reichs ein Wirtschaftsorganismus entstehen wird, eins der großen Wirtschaftsimperien, in die sich die Welt später gliedern wird. Und durch Festsetzung in diesen Gebieten will man schon für die Zukunft arbeiten: nämlich die Herausbildung jenes Organismus wo nicht ganz unterbinden, so doch funktionell stören.

In Deutschland gibt es Leute, die sich mit Frankreich auf Kosten Polens einigen wollen. Lange Zeit galt es als politische Weisheit, daß die polnisch-französischen Beziehungen notgedrungen eine Schwächung Deutschlands im Auge haben müssen. Die neueste Spielart ist jetzt in Wilna aufgetaucht. Polnische Monarchisten schlagen dort Deutschland ein Zusammengehen mit Polen gegen Frankreich vor. Deutschland solle auf den Korridor verzichten, Polen würde ihm dann helfen Elsaß-Lothringen wiederzuerhalten. Man sieht, an Rezepten mangelt es nicht. Und nur das eine: daß sich Polen, Frankreich *und* Deutschland im eigenen Interesse und im Interesse Europas einigen müssen, wird nicht erwähnt. Einer deutsch-polnischen Befriedung steht die Korridorfrage im Weg, so hört man rings im Kreis. Gottfried Reinhold Treviranus, aktiver deutscher Minister, hielt eine Wahlrede über die deutschen Ostgrenzen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, trotz allen

späteren Auslegungen. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau erklärte auf den Protest Zaleskis, daß die Rede des Reichsministers weder die Grundlagen der deutsch-polnischen Beziehungen ändere noch mit den geltenden Verträgen unvereinbar sei. Es sei unmöglich zu glauben, daß der Minister Treviranus mit seiner Rede den Eindruck habe erwecken wollen, als ob Deutschland an eine gewaltsame Änderung der deutsch-polnischen Grenzen denke. Daß die deutsche Außenpolitik eine Revision der deutsch-polnischen Grenze auf friedlichem Weg erstrebe, sei bekannt; jede deutsche Regierung habe die gleiche Auffassung vertreten und nie darüber einen Zweifel aufkommen lassen. Das ist richtig. Es muß jedoch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Gedanke einer Abtretung Pommerellens von keinem einzigen Polen gebilligt wird. Wie stellt man sich eigentlich die friedliche Grenzänderung vor? War die Stellung der polnischen Sozialdemokraten vielleicht noch nicht klar genug, so hat der letzte Artikel Ad. Stanczyks keinen Zweifel mehr gelassen: Die polnischen Sozialisten würden keinen Angriff auf Polens freien Zugang zur See zulassen und bis zum letzten Mann kämpfen, um Pommerellen zu verteidigen.

Das Korridorproblem ist eines der heikelsten Europas. Trotzdem wollen wir hier einige Feststellungen wagen. Deutschland verlangt den Korridor zurück: 1. als widerrechtlich abgetrenntes deutsches Land, 2. als Landbrücke nach Ostpreußen, die das Reich unbedingt brauche, da sonst die Verkehrsschwierigkeiten Ostpreußens ins ungeheure wüchsen. Polen erklärt demgegenüber, der Korridor hätte schon 1910 eine nichtdeutsche Mehrheit in der Bevölkerung gehabt, und sie wäre seit der Abwanderung der Deutschen auf 80 % gestiegen; ethnisch sei Pommerellen nicht deutsch. (Man kann dem zustimmen, wenn man die Kaschuben als Polen rechnet und glaubt, daß jeder, der polnisch spricht, lieber in Polen als in Deutschland leben will; welche Annahme indes 1919 falsch war, wie die Abstimmungen wenige Kilometer östlich des Korridors bei den Masuren zeigten; heute ist im Korridor freilich die polnische Staatsgesinnung gewachsen.) Weiter erklärt Polen, das Verkehrsbedürfnis Ostpreußens würde genügend berücksichtigt. Dies hat allerdings auch die Reichsbahndirektion Königsberg anerkannt; sie schrieb schon 1923, für den Durchgangsverkehr sei Ostpreußen keine Enklave mehr. Die Reichsbahn hat die Brücke über das polnische Durchgangsgebiet geschlagen. Seit mehr denn Jahresfrist vollzieht sich der Durchgangsverkehr reibungslos und für die Verkehrtreibenden genau so, als ob die deutsche Bahn selbst den Betrieb auf den polnischen Durchgangsstrecken führte. Die Polen weisen dann noch auf diese Verkehrszahlen hin:

Jahr	Verkehr (beladene Waggons pro Tag und je 1 Kilometer Bahnstrecke)	
	in der Nord-Süd-Richtung: Polen zur See und umgekehrt	in der West-Ost-Richtung: Reich-Ostpreußen und umgekehrt
1924	1158	1162
1925	1603	1416
1926	3104	1401
1927	3378	1772
1928	4168	1702
1929	4540	1895

Also benutze Polen den Korridor stärker als Deutschland, er sei für den 30-Millionen-Staat Polen wichtiger als für die 2-Millionen-Provinz Ostpreußen.

Man kennt die Anekdote: Als Friedrich Wilhelm III eine Prozeßrede des einen Anwalts angehört hatte, sagte er: Der Kerl hat recht. Dann sprach der andere Advokat, und der König rief: Der Kerl hat aber auch recht. Just so ist's mit dem Korridor. Beide Parteien bringen allerlei gute Argumente vor. Die bisher übliche Staatssouveränitätspolitik kann hier keine Lösung finden. Eine bloße Rückgliederung würde außer dauernden polnischen Aufständen sicherlich neue Grenzziehungsschäden bringen; über die alten bestehen in Deutschland treffliche Darstellungen. Kurz, so geht es nicht. Ein Vereinigter Europäischer Kontinent würde die Sache bereinigen. Aber vielleicht ist es bis dahin trotz aller Elementarntwendigkeit noch weit. So schaffe man hier ein Kondominium, ein Gebiet gemeinsamer Verwaltung. Polen und Deutsche sollen hier gleiche Rechte haben, die Eisenbahn soll den Interessen beider Völker und Staaten dienen, privatrechtliche Streitigkeiten sollen nach dem Wunsch der Parteien entweder nach deutschem oder nach polnischem Recht (vorläufig sind beide noch einander sehr ähnlich) entschieden werden usw. Durch unglückliche Reden ist das freilich nicht zu erreichen. Der Reichsminister Treviranus hat seinem eigenen Programm einen Bärendienst erwiesen. Überall in Polen finden gewaltige Protestaktionen statt, eine neue Welle des Deutschenhasses ist ausgelöst worden. Massenversammlungen verlangen strategische Sicherungen der polnischen Westgrenzen, Vertreibung der Optanten, Parzellierung des deutschen Großgrundbesitzes, Revision des deutschen Schulwesens und Auflösung der "unnötigen" deutschen Schulen, dauernde Aufsicht über die deutschen Organisationen. Und vielleicht haben die deutsche Korridorkampagne gewesen, die die Regierungsumbildung in Polen zur Folge gehabt hätte, so daß jetzt der Marschall Pilsudski selbst energisch ans Werk gehen werde. Energieen von Marschällen pflegen aber der Befriedigung der Völker nicht zum Vorteil zu gereichen. Der Kurjer Poznanski stellt es als Aufgabe Polens hin in Europa eine antideutsche Front zu schaffen. Ja, vereinigt euch nur zum gemeinsamen Untergangskampf! Ruft dann den untergehenden Deutschen zu: Seht, wir krepieren noch besser!

Nicht Baltischer Block, nicht antideutsche Front, sondern Kontinentaleuropa muß die Losung sein. Aber die Weichsel hat viel Wasser. Und jene Sorte vermeintlicher Patrioten hat einen Horizont, der schon zu eng gewesen wäre, als man Amerika gerade entdeckte. Heute, da es die Welt zu beherrschen anfängt, da regen sich große Zeitungen auf, daß es irgendwo in Westpolen noch weiße Tafeln gibt, auf denen auf polnisch in schwarzer Schrift irgendetwas steht. Was ist da weiter dabei?, fragt der Leser. Ja, eben dies: Der Kurjer Poznanski hält jene Schilder für eine Manifestierung der preußischen Farben. Kein Witz, keine Übertreibung. In Westpolen sind die Wegweiser rot auf weiß (Farben Polens), obwohl es keine wetterbeständige rote Farbe gibt, und das jährliche Neustreichen ziemlich teuer kommt. Man glaube aber nicht, daß nur der jugendliche Nationalismus Polens so komische Blüten treibt. Der deutsche Nationalismus ist vom selben Ehrgeiz besessen. Die Deutsche Reichsbahn hat aus betriebstechnischen Gründen alle Bahnschranken weiß mit einigen roten Querbändern anstreichen lassen. Deutschnationale Abgeordnete brachten daraufhin im Landtag eine Interpellation ein, daß die Reichsbahn so die deutschen Bahnschranken den polnischen ähnlich gemacht habe und damit den polnischen Annexionsplänen Vorschub leiste. Sancta simplicitas, dein Name ist Nationalismus.

Der Nationalismus wird weder der polnischen noch der deutschen Nation die nationale Selbstbestimmung bringen. Nur bei wirtschaftlicher Integrierung kann nationale Differenzierung bestehen; denn die Herausbildung einer produktiven Eigenkultur jedes Volkes dient dann der Entfaltung der Kräfte des gesamten Wirtschaftsorganismus. Leben und Zukunft der deutschen wie der polnischen Nation werden am besten gesichert sein, wenn beide in Europa mit einander arbeiten.

PAUL KAMPFFMEYER · ERINNERUNGEN UND LEHREN NACH DER WAHLSCHLACHT 1930

NUN ist die Wahlschlacht geschlagen, und der geplante regierungsfähige Block der Mittelparteien zerschlagen. Die Deutschnationale Volkspartei Alfred Hugenburgs wollte durch die Begünstigung des Nationalsozialismus die politische und ökonomische Macht der Sozialdemokratie aus der Reichspolitik ausschalten; aber sie hat die Einschaltung dieser Macht objektiv zu einer politischen Notwendigkeit für Deutschland dadurch gemacht, daß sie der Regierung Heinrich Brüning die Potenz zur Fortführung der Außenpolitik mit ihren verbündeten Mittelparteilern nahm. Die Verständigung mit den europäischen Mächten ist aber die Grundlage für die ökonomische Fortentwicklung Deutschlands.

Greifen wir aus den Ergebnissen der Wahlen nur einige Zahlen heraus, die uns politisch und sozial von Bedeutung zu sein scheinen, oder die in uns Erinnerungen wecken, aus denen wir vielleicht einige politische Lehren schöpfen können. Am 14. September 1930 hat die Stimmenzahl der Nationalsozialisten einen geradezu riesenhaften Sprung nach vorwärts getan: von 809 771 auf 6 402 226 Stimmen. Sie verachtete sich also. Diese Tatsache verblüfft freilich weit weniger, wenn man sie ruhig prüft und entdeckt, daß die Nationalsozialisten einen großen Teil ihrer Stimmen von den Deutschnationalen bezogen haben, die ohnehin mit ihnen im Bund waren; ja, daß diese beiden Parteien zusammen jetzt fast genau den selben Teil aller gültigen Stimmen umfassen wie im Mai 1924, nur daß die Rollen unter einander vertauscht sind. Immerhin, ein solches Ereignis hat man in der politischen Geschichte Deutschlands noch nicht erlebt: den geradezu ungeheuren und ungeheuerlichen Aufstieg einer direkt auf den Umsturz abzielenden Partei, die alle Staatsverträge von 1919 an zerreißen, das Militär und die Polizei mit ihren Organisationen durchsetzen und alle ausführenden Köpfe der im letzten Dezennium beschlossenen Gesetze strangulieren will.

Als vor mehr denn einem halben Jahrhundert die gesetzlich kämpfende Sozialdemokratie durch den Wahlsieg des Jahres 1877 noch nicht $\frac{1}{2}$ Million Stimmen erhielt und von 351 670 auf 493 447 Stimmen emporschnellte, geriet das Bürgertum in eine nervös ängstliche und katzenjämmerliche Stimmung, und in den Regierungsstuben und Ministerkabinetten bereitete man schon ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vor. Die vielverbreitete Vorstellung, daß erst die Attentate des Jahres 1878 den ausnahmegesetzlichen Kurs gegen die Sozialdemokratie bewirkt hätten, wird durch die Akten der preußischen Regierung und der Berliner Polizei selbst widerlegt. Schon mindestens 4 Jahre vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes wurde durch die klassenkämpferisch gerichtete Rechtsprechung das gemeine Gesetz in ein Ausnahmegesetz

gegen die Sozialdemokratie verwandelt, und schon vor den Attentaten lagen in den Ministerkabinetten paragraphierte sozialistengesetzliche Vorschläge vor. Als sich nach harten Jahren ausnahmegesetzlicher Verfolgung die sozialdemokratische Stimmenzahl in der Februarwahl des Jahres 1890 verdoppelte, und die Sozialdemokratie mit 1 427 298 Stimmen die größte Partei Deutschlands wurde, riet Bismarck zu einem ausgesprochenen Kampfministerium und zu einer militärischen Lösung der Sozialdemokratischen Frage. In der Septemberwahl des Jahres 1930 hat sich die Stimmenzahl der Nationalsozialisten verachtfacht. Wir wecken hier die Erinnerung an jene Zeiten nicht etwa, um wieder einen Appetit nach ausnahmegesetzlichen und nur polizeilichen Maßnahmen gegen bestimmte uns unbequeme Parteirichtungen zu erregen, sondern nur, um zu zeigen, wie sich vor $\frac{1}{2}$ Jahrhundert oder vor 4 Jahrzehnten Staat und Gesellschaft schon gebärdeten, wenn eine sogenannte staatsgefährliche Partei einen unerwarteten Stimmenzuwachs aufzuweisen hatte.

Und nicht allein aus diesem Grund gedenken wir hier jener Zeiten. Sondern darum, weil sie eine geradezu gefühllose Dickhäuterei gegenüber den drängendsten Forderungen der innern Politik bewiesen. Der alte Obrigkeitsstaat gewährte den aufstrebenden, sich selbst disziplinierenden Massen kaum den bescheidensten Raum für die Wahrnehmung ihrer politischen und ökonomischen Interessen. Und die Vorfahren unserer Deutschnationalen sind die eifrigsten Förderer gesetzlicher Maßnahmen gegen eine kämpfende Partei gewesen. Kein Wunder, daß damals in dem Trommelfeuer polizeilicher Verfolgungen einigen gehetzten Sozialdemokraten der Moment gekommen zu sein schien den gesetzlich politischen Wahlkampf mit Gewaltaktionen zu vertauschen. Erst vor wenigen Wochen, am 24. August, beging die Sozialdemokratie die Halbjahrhundertfeier des Wydener Kongresses, der Johann Most und Wilhelm Hasselmann aus der Partei ausschloß und der nihilistischen Taktik eine grundsätzliche Absage erteilte. Der Wydener Kongreß beschloß die Beteiligung an den öffentlichen Wahlen und übertrug der in der Öffentlichkeit wirkenden Reichstagsfraktion die offizielle Parteivertretung. Aus dem bisher nur teilweise veröffentlichten handschriftlichen Protokoll des Wydener Kongresses verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß der im Sold der Polizei stehende Delegierte Heufelder (ich fand seinen Polizeibericht über den Wydener Kongreß in den Geheimakten des Berliner Polizeipräsidiums) die Parole der Mostianer "Keine Wahlbeteiligung!" mit der Ausrede zu verteidigen suchte, daß in Berlin »nicht die nötigen Gelder« für die Wahl »aufgebracht« würden. Aus dem schriftlichen Protokoll des Wydener Kongresses ist ersichtlich, daß die »gesetzlichen« Mittel aus dem Protokoll nur deshalb gestrichen wurden, weil, wie Wilhelm Hasenclever ausdrücklich hervorhob, es »seit Erlaß des Sozialistengesetzes unmöglich sei eine einzige Handlung im Sinne unseres Programms zu begehen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen«. »Ungesetzlich« betätigte sich die Sozialdemokratie nur im Hinblick auf die Verbote des Sozialistengesetzes. Auch Ignaz Auer ergriff zur Frage des Kampfs mit ungesetzlichen Mitteln in Wyden das Wort, und er führte nach dem handschriftlichen Protokoll gegen Friedrich Wilhelm Fritzsche aus: »Übrigens sei Fritzsche im Irrtum, wenn er sage, daß der betreffende Passus [gesetzliche Mittel] nur um der Spießbürger sowie der Polizei und Staatsanwaltschaft willen in das Programm aufgenommen sei. Man habe dabei die Meinung vieler Parteigenossen, daß sich tatsächlich auf dem gesetzlichen Wege unsere Sache durchsetzen lasse, berücksichtigt. Diese

Genossen habe man auf dem Vereinigungskongreß 1875 nicht vor den Kopf stoßen wollen.« Die Erinnerung an den Wydener Kongreß rief dann Ignaz Auer 2 Jahrzehnte später in einer von den Sozialistischen Monatsheften veranstalteten Versammlung in Berlin wach. Der Vortrag, den er am 30. Mai 1900 hielt, und der die Hörer mächtig ergriff, wurde dann unter dem Titel Von Gotha bis Wyden von dieser Zeitschrift als besondere Schrift herausgegeben. Und in ihm sagte Auer, die historische Bedeutung Wydens würdigend: »Dieser Wydener Parteitag, der alsbald von so vieler Romantik umspunnen wurde, hat dafür gesorgt, daß unsere aufgelösten Linien sich wieder zusammengeslossen haben, und wir namentlich auch wieder ein Parteiorgan erhielten. 56 Genossen waren auf diesem Parteitag erschienen; 53 von ihnen faßten die gemeinsamen Beschlüsse, darunter auch jenen, der sich gegen den allmählich zum Anarchismus ausartenden Mostianismus wandte.«

Unter dem Sozialistengesetz propagierte die Sozialdemokratie die geächtete sozialistische Idee mit hingebender Opferfreude und heroischem Mut. Aber sie suchte diese Idee nicht durch terroristische Mittel, nicht durch die Bedrohung ihrer Gegner mit Galgen und Zuchthaus zu verwirklichen. Es ist gar nicht auszudenken, welche Entwicklung die Demokratie in Deutschland genommen hätte, wenn auf dem Wydener Kongreß die Sozialdemokratie auf die Beteiligung an den Wahlen verzichtet hätte und zu einer konspirierenden Sekte verkrüppelt wäre. Die Sozialdemokratie benutzte das Wahlrecht zur Verbreitung ihrer Ideen, zur Heranziehung der Volksmassen an die Aufgaben des Staats, zur politischen Erziehung des Volks überhaupt. Die Sozialdemokratie entwickelte das Wahlrecht zu einer Waffe für die Erkämpfung ihrer drängenden politischen und sozialen Forderungen. Ein halbes Jahrhundert später mißbraucht eine Partei dieses Wahlrecht zur Bekämpfung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Das allgemeine Wahlrecht setzte die Arbeitermassen in Bewegung, und die ansteigenden sozialdemokratischen Wahlzahlen führten schließlich die staatliche Sozialgesetzgebung herbei. Und heute? Soll der Druck der sozialistischen Stimmen den Staat nicht aufrütteln? Soll er sich heute auf die herrschenden Klassen verlassen, verlassen etwa auf die Weisheit der »rechtsparteilichen Industriekapitäne«, denen Theodor Wolff noch am Wahlsonntag folgendes Schuldregister im Berliner Tageblatt aufgemacht hat? »Wenn man ihre Vergangenheit durchleuchten wollte, würde doch auch ein hübsches Sündenregister zusammenkommen. Angefangen von der Kriegszeit, in der Herr Helfferich, ihr Liebling und deutscher Reichsschatzsekretär, die schwerverdienende Kriegsindustrie mit Steuern verschonte und mit Hilfe der Verheißung, daß der Feind alles zahlen werde, dem Publikum die patriotischen Anleihen aufhalste, wodurch ein erheblicher Teil der deutschen Ersparnisse in Pulverdampf zerfloß. Alsdann ließe sich wohl von der Inflation sprechen, die unter einem Papiergeld druckenden, wiederum jede solide Steuerpolitik scheuenden, aus den Vertrauensmännern der Konzerne gebildeten Rechtskabinetts so hoch gedieh. Dann von der unbestreitbaren Tatsache, daß in der Periode neuer Scheinblüte viele Unternehmungen ihr Geld in pompösen Vergrößerungsbauten, im Ankauf luxuriöser Grundstücke, in einer leichtsinnigen Ausdehnungsspekulation verausgabte und so durch falsche Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten sehr wesentlich zu der Kapitalnot beigetragen haben, die sie heute bedrückt.« Diese Liste ist natürlich nicht vollständig.

Sie umfaßt nicht die schweren Sünden, die das Bankkapital durch die Kapitalverleihung an ganz unproduktive Luxusunternehmungen begangen hat, berührt nicht den von deutschen Kapitalmagnaten geleiteten Abfluß deutscher Kapitalien ins Ausland. Man darf den katastrophalen Niedergang der bürgerlichen Stimmen bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wohl auch so deuten, daß die großen Volksmassen kein Vertrauen mehr zu den Parteien der Industrie- und Bankkapitäne haben, kein Vertrauen zu der Möglichkeit eines erfolgreichen Aufbaus der Wirtschaft nach rein privatkapitalistischen Gesichtspunkten. Jedenfalls dürfen wir ein schnelles Eingreifen des Staats in die Nöte der Wirtschaft nach den aufreizenden Ergebnissen der Septemberwahl erwarten. Der Notschrei der Arbeitslosen klang deutlich genug aus dieser Wahl heraus.

Wenn vor der Wahl Morus in der Berliner Zeitung am Mittag von der sozialdemokratischen Massenpartei den Eindruck einer »Dampfwalze« erhielt, »gegen die kein Unkraut gewachsen ist«, so muß nach der Wahl dieser Eindruck leider etwas abgeschwächt werden. Gewiß, sie hat ihre Massenkraft auch diesmal wieder bewährt, obwohl sie in der Auswirkung dieser Kraft durch die Massenarbeitslosigkeit gehemmt wurde. Aber es hat für uns keinen Zweck die Schlappe der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl zu bemänteln. Eine Partei, die von dem idealen Zukunftsziel der Vergesellschaftung der Wirtschaft, der Überwindung der Klassengegensätze und der Beseitigung der Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form ganz erfüllt ist, erleidet schon eine Niederlage, wenn sie nur auf dem gleichen alten Fleck stehen bleibt und nicht erobernd, siegend in das Land der Zukunft vorstößt. Die Sozialdemokratie hat am 14. September 8 575 207 Stimmen auf sich vereinigt, sie hat, da sie im Mai 1928 9 151 059 Stimmen erhielt, über $\frac{1}{2}$ Million verloren. Und diese Zahl vergrößert sich noch, wenn man die allgemeine Erhöhung der Wählerzahl mit in Rechnung stellt. Die Stimmeneinbuße der Partei in den großen Städten und Industriebezirken ist besonders bemerkenswert. Im Wahlkreis Berlin verlor sie über 60 000 Stimmen, in den Wahlkreisen Westfalen Nord und Süd 90 000 Stimmen, in den Wahlkreisen Düsseldorf Ost und West über 54 000 Stimmen. An 1. Stelle steht jetzt die sogenannte Kommunistische Partei in den Wahlkreisen Berlin, Merseburg und Düsseldorf Ost. Aber der große Stimmenzuwachs fiel auch nicht dieser Partei zu. Sie steigerte wohl ihre Stimmenzahl um 1,3 Millionen und die Anzahl ihrer Mandate um 22, aber sie war nicht die eigentlich siegende und triumphierende Partei des 14. September. Im Wahlkreis Berlin verzehnfachte sich fast die Stimmenzahl der Nationalsozialisten, desgleichen in den Wahlkreisen Westfalen Nord und Süd und in Düsseldorf Ost; im Wahlkreis Breslau verdreißigfachte sie sich gar. Aus den Wahlzahlen gerade dieser Kreise können wir direkt den starken Zustrom proletarischer oder proletarisierter Massen, vornehmlich der Angestellten, aber auch eines (freilich nicht sehr großen) Teils der Arbeiter zur Nationalsozialistischen Partei messen. In Berlin wurden am Wedding, in der Hochburg des "Kommunismus", noch über 20 000 nationalsozialistische Stimmen neben 20 010 deutschnationalen Stimmen abgegeben; in dem proletarischen Kreis Friedrichshain hatten den Hauptgewinn die Nationalsozialisten, ihre Stimmen verzehnfachten sich fast, obwohl die der Kleinbürger in der Deutschnationalen Volkspartei und in der Wirtschaftspartei schon eigentlich angemessen zum Ausdruck kam.

Eine ganz exakte Untersuchung über die soziale Struktur der Wahlkreise und die Stimmenverhältnisse der politischen Parteien in diesen Kreisen dürfte ergeben, daß die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei in Deutschland ein millionenköpfiges Proletariat enthält. Wir müssen gestehen, daß wir an dieses durch unsere politische Aufklärungsarbeit nicht herangekommen sind. Man erobert die Herzen und Köpfe der Wähler nicht durch einige Wahlflugblätter, Wahldemonstrationen und Wahlfilme vor dem Wahlakt. Wir rufen zu den Wahlen ein oft noch politisch unerzogenes junges Volk.

Die kämpfende Generation in den Tagen des Wydener Kongresses war an der klassischen Broschürenliteratur der Sozialdemokratie aufgezogen worden. Mit allen Neuerscheinungen dieser Literatur stand sie durch die Geheimorganisationen in lebendigem Kontakt. Heute wird diese Broschürenliteratur nicht mehr recht gepflegt. Selbst das Arbeiterprogramm Lassalles dürfte in der jungen Arbeiterwählerschaft nicht mehr stark verbreitet sein. Vor dem Krieg erzeugte fast jedes größere Tagesereignis, jeder bedeutende politische Prozeß eine Massenbroschüre. Und durch diese Literatur lebte der tätige Parteigenosse in der politischen Geschichte. Heute spielen sich weltbewegende geschichtliche Prozesse ab, und sie finden selten einmal in einer Flugschrift einen kurzen zusammenfassenden Ausdruck. So gehen dem politisch interessierten Arbeiter viele historische Ereignisse verloren, die ihm erst richtig den Geist seiner Zeit erschließen könnten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in dem letzten Dezennium verhältnismäßig viel für die Fortbildung ihrer Funktionäre getan. Aber die politische Erziehung der Massen fand bisher in ihr nicht die richtige Pflege. Heute erstreckt sich die politische Auswirkung unserer Zeitungen noch nicht auf einen so großen Leserkreis, wie ihn die sozialdemokratische Presse vor dem Weltkrieg besaß. Aber die Tagespresse kann unmöglich die grundsätzliche oder geschichtsgestaltende Bedeutung eines politischen Ereignisses sofort würdigen. Dazu bedarf es oft erst einer besondern Darlegung in einer kleinen Schrift. Durch sie erst lernt der Arbeiter die bloßen Tagesereignisse von den geschichtlich bedeutungsvollen Phänomenen unterscheiden.

Die vielen Zuläufer, die eine marktschreierische, phrasenhafte Propaganda einer Ideologie ohne Idee und eines aus Haß blinden oder aus Demagogie aufgetakelten Nationalismus (in dem sich die "Kommunisten" fast noch mehr hervortaten als ihre nationalsozialistischen Brüder) bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 fand, dürften uns die Lehre eingeschärft haben, daß wir heute die Wähler, deren Wahlstimme in ganz anderer Weise als früher das Schicksal des deutschen Volks zu bestimmen hat, sehr gründlich politisch zu schulen haben, wenn sie sich als wirkliche Träger einer sozialistisch-politischen Menschheitsbewegung bewähren sollen.

ADOLF BEHNE . DAS PREUSSISCHE KRIEGERMAL

GANZ plötzlich, 12 Jahre sind seit Ende des Krieges um, betreibt die preußische Regierung mit höchster Eile das Kriegerehrenmal in Berlin. Bald soll es schon fertig sein. In Paris steht ein Gedächtnismal für die Toten des Kriegs seit langen Jahren, und wie man auch über die Formen denken mag, man hat dort einen guten und starken Gedanken gehabt (dem man auch in London folgte): das Grab des unbekanntenen Soldaten. Man hat dieses Grab als eine Mahnung

der Hatz des Tages entgegengestellt. Der Verkehr hat vor dem toten Soldaten auszuweichen. Tag für Tag stößt der Blick auf das unbequeme Mal, das im Weg steht. Was soll Berlin machen? Auch ein Grab des unbekanntes Soldaten? Dann empören sich die Herzen ob der Nachahmung eines "feindlichen" Gedankens. Es kommt ja bei Gedanken nicht darauf an, ob sie gut sind, sondern woher sie kommen. Aber kann man etwas Neues, Anderes, Eigenes machen, ohne einen neuen, andern, eigenen Gedanken? Man hatte ihn nicht. Und so wird aus dem Berliner Ehrenmal eine kunstgewerbliche Angelegenheit; die Bemühung von guten Architekten ändert daran nichts.

Die preußische Regierung geniert sich, daß in Berlin kein Ehrenmal existiert. Es ist peinlich prominenten Ausländern, die den unbekanntes deutschen Soldaten ehren wollen, sagen zu müssen: Wir haben zwar 1000 Regimentsdenkmäler im Land, aber kein Mal für die "Armee der Opfer". Man muß also anstandshalber auch so etwas machen, natürlich in guter Gegend. Und da kein starker Impuls treibt, kein Wille zu einem Bekenntnis, kein Zwang des Gewissens, sondern nur die Etikette, kam man auf den hausfraulichen Vorschlag zurück die berühmte Schinkelwache, die eben leer steht, nutzbar zu machen, und glücklich war man aus der unbequemen Situation heraus etwas schaffen zu müssen, was an die Gewissen rührt, und in der wohligeren Zone geschmackvoller Anpassung. Das Resultat wird: eine preußische Wachtparade, 2 Marmorgenerale vor der Front, mit leiser Totenklage in der Gösch.

Charakteristisch und enthüllend ist wie immer die Platzwahl. Nicht dem Verkehr und dem Blick der Passanten entgegen stellen wir das Mal sondern an den Rand des Verkehrs, der vorbeischiebend die Tore faktisch versperren wird. Nein, unser Mal ist nicht unbequem, es steht vernünftig abseits, man geht glatt ohne Zeitverlust vorbei. Einen Weg auf das Tor zu gibt es nicht. Man müßte ja unter Lebensgefahr die Linden an breiter Stelle durch parkende Automobile hindurch queren. Brav und polizeifromm steht das preußische Totenmal in einer langen Front mit Postamt, Café, Autoladen, Damenfriseur, Universität und Bombengeschäft.

Was sollten die Architekten machen? Sie konnten, an unmöglichem Platz, ohne bestimmende Idee, nur ein mehr oder minder geschmackvolles Nichts machen. Kunstgewerbe. Daß Ludwig Mies van der Rohe, Peter Behrens und Heinrich Tessenow das begabter gemacht haben als Erich Blunck und Carl Gruber, versteht sich; aber wohl haben sie sich bei dieser Aufgabe, die eine Aufgabe für den Schaufensterdekorateur ist, offenbar nicht gefühlt. Daß die Wahl der Regierung auf Tessenow fiel, ist zu begreifen: sein Entwurf ist, bei allem Respekt vor dem Architekten Tessenow, der leerste. Erbbegräbnis für Gyges. Feldgrauen ist der Eintritt verboten. Man nennt so etwas wehevoll. Erstaunlich finde ich, daß die starke Natur Hans Poelzig's trotz allen Hemmungen eine Form gefunden hat, in der doch nicht alles Grauen und Toben des Schützengrabens zum unverbindlichen Ornament abgeschliffen und poliert ist. Daß sein Entwurf durchfiel, obwohl er der einzige war, der den Bedingungen entsprach, sagt genug.

Die preußische Regierung will in das Kriegsmal keine Millionen stecken, sehr mit Recht, und die Idee eines Umbaus könnte sogar ausgezeichnet sein, wenn der Umbau ein Bekenntnis bedeutete. Auch das Zeughaus liegt am Rand des Verkehrs. Aber im Gegensatz zur Wache ist es immerhin ein markanter, in der Straße bestimmender und immer wieder von großen Mas-

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Will Könemann

Deutschland: Die anhaltende wirtschaftliche Depression und die noch ungelösten Aufgaben, die sich innenpolitisch nach dem Abschluß der Younggesetze ergaben, führten im Juni erneut zu einer Zuspitzung der seit Sprengung der Großen Koalition akuten innenpolitischen Krise. Das im April auf äußerst schmaler parlamentarischer Basis zustande gebrachte Deckungsprogramm der Regierung Brüning erwies sich trotz den optimistischen Prognosen des Finanzministers Paul Moldenhauer bald als ungenügend und wenig fundiert. Die konjunkturelle Empfindlichkeit wichtiger Steuerquellen führte zu Einnahmeausfällen, die das in Rechnung gestellte Maß erheblich überschritten und für das 1. Quartal des Etatjahrs 1930 bereits die Höhe von 150 Millionen Mark erreichten. Andererseits machte die ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen und Krisenunterstützten entsprechende Ausgaben-erhöhungen notwendig, die das Gleichgewicht des Reichshaushalts völlig zu zerstören drohten. Das von Moldenhauer vorgelegte Deckungsprogramm rechnete mit einem zusätzlichen Fehlbetrag von 446 Millionen Mark, zu dessen Deckung folgendes vorgeschlagen wurde: Ersparnisse im Reichshaushalt 60 Millionen Mark, Reichshilfe der Festbesoldeten 300, Ledigensteuer 40, Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer 46, zusammen 446 Millionen Mark. Diese Deckungsvorlagen stießen sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Reichsrat auf scharfen Widerstand; Moldenhauer hatte selbst durch die wiederholte, unbegründet optimistische Darstellung der Lage der Reichsfinanzen zur Untergrabung des ihm von bürgerlicher Seite zunächst in hohem Maß entgegengebrachten Vertrauens beigetragen. Als ihm aus seiner eigenen Fraktion heraus Schwierigkeiten gemacht wurden, zog er seine Vorlagen zurück und schied am 19. Juni aus seinem Amt. Der Reichskanzler trat in Verhandlungen mit dem demokratischen preußischen Finanzminister Hermann Höpker Aschoff wegen Übernahme des Reichsfinanzministeriums ein, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Auch der Reichswirtschaftsminister Hermann Robert Dietrich lehnte es zunächst ab die Erbschaft Moldenhauers anzutreten, fand sich aber schließlich, um der kri-

tischen Situation ein Ende zu machen, bereit das Wirtschaftsministerium mit dem Finanzministerium zu vertauschen. Am 28. Juni begründeten der Reichskanzler und der neue Finanzminister vor dem Reichsrat die nochmals umgearbeiteten Deckungsvorlagen. Der Fehlbetrag, der jetzt auf 485 Millionen Mark angewachsen war (174 Millionen aus der Arbeitslosenversicherung, 161 aus der Krisenfürsorge und 150 aus Einnahmeausfällen), sollte folgendermaßen gedeckt werden: Ersparnisse im Haushaltsplan 1930 135 Millionen Mark, Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes 135, Ledigensteuer 110, einmaliger 5prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer 1929 von Einkommen über 8000 Mark 58, Fristenverkürzung bei der Zigarettensteuer 48, zusammen 486 Millionen Mark. Hierbei waren der Ertrag aus der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 1 % und eine Leistungseinsparung von 115 Millionen Mark bereits eingerechnet. Für die Einsparungen im Etat verlangte die Regierung eine Ermächtigung Art und Höhe der Streichungen im einzelnen nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Demgegenüber beantragte die Sozialdemokratische Partei Streichungen in einer Gesamthöhe von 225 Millionen Mark, davon allein 110 Millionen beim Wehretat. Die Deutsche Volkspartei verlangte Etatabstriche in Höhe von 260 Millionen, davon 135 Millionen durch Kürzung der Länderüberweisungen; zum Ausgleich sollte den Gemeinden die Erhebung einer "Bürgerabgabe" gestattet sein; weitere 100 Millionen Mark sollten durch eine Besteuerung der öffentlichen Betriebe gewonnen werden. Die Vorlage der Regierung wurde am 12. Juli in ihren wesentlichsten Bestimmungen vom Steuerausschuß des Reichstags abgelehnt. Die Regierung erklärte daraufhin, daß sie an deren weiterer Beratung im Ausschuß kein Interesse habe, und brachte sie vor das Plenum. Innerhalb der Regierungsparteien hatten inzwischen schwere Interessenkämpfe um die Gestaltung des Deckungsprogramms stattgefunden, deren Ergebnis ein Initiativantrag dieser Parteien war, in den neben der Regierungsvorlage auch die von der Deutschen Volkspartei geforderte Kopfsteuer aufgenommen war. Während der Plenarverhandlungen wurde von Zentrumsseite her versucht mit der Sozialdemokratie in Verhandlungen einzutreten. Dieser Versuch scheiterte in sei-

nen ersten Anfängen, da die Regierungsparteien die sozialdemokratische Forderung auf die Bürgerabgabe zu verzichten für unannehmbar erklärten. Am 16. Juli wurde die Regierungsvorlage in 2. Lesung vom Reichstag mit 256 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Daraufhin wurden am 16. Juli durch Notverordnungen des Reichspräsidenten das vom Reichstag abgelehnte Deckungsprogramm, ferner die Bürgerabgabe und die Zulassung einer Gemeindegetränksteuer in Kraft gesetzt (siehe dazu hier den Artikel Quessels Zur Auflösung und Neuwahl des Reichstags, 1930 II Seite 742 und folgende). Am gleichen Tag brachten die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und Mißtrauensanträge gegen die Regierung ein. Am 18. Juli wurde abgestimmt. Nach Zurückziehung der Mißtrauensanträge aus taktischen Gründen wurde der sozialdemokratische Aufhebungsantrag mit 236 gegen 222 Stimmen angenommen. Hierauf löste der Reichskanzler den Reichstag auf. Die Notverordnungen wurden noch am Tag der Reichstagsauflösung außer Kraft gesetzt, jedoch hatte der Reichspräsident zugleich mit der Auflösungsorder an die Regierung das Ersuchen gerichtet ihm »Vorschläge zu unterbreiten, die im Rahmen des Artikels 48 die Sanierung der öffentlichen Finanzen und damit die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sicherstellen«. Die neuen Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung wurden am 27. Juli im Reichsgesetzblatt verkündet. Diese beschränkten sich nicht darauf lediglich die für den Ausgleich der Reichsfinanzen für erforderlich gehaltenen Deckungsmöglichkeiten zu beschaffen, sondern sie setzten auch den vom Parlament nicht erledigten Haushaltsplan für 1930, das Osthilfegesetz, die Änderungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und der Reichsversorgung sowie Bestimmungen zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen in Kraft. Der Haushaltsplan berücksichtigt die vom Reichstag in 2. Lesung beschlossenen Änderungen an dem ursprünglichen Entwurf der Regierung und soll vorbehaltlich einer vom neuen Reichstag vorzunehmenden Feststellung gelten. Das Defizit belief sich auf 760 Millionen und soll folgendermaßen gedeckt werden: Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung 269 Millionen Mark, Reichshilfe, Einkommensteuerzuschlag und Ledigensteuer 274, Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer 48, Gesamtersparungen im Etat 1930 134, Verrin-

gerung der Fehlbeträge 1929 35, zusammen 760 Millionen Mark. Der Haushalt balanciert rechnungsmäßig in Einnahme und Ausgabe mit 12 079,1 Millionen Mark, wovon 520,3 Millionen an Einnahmen und Ausgaben auf den Außerordentlichen Etat entfallen. Die Höhe der von ihr geplanten Einsparungen hat die Regierung im einzelnen nicht bekanntgegeben. Einer sozialdemokratischen Meldung, daß am Wehretat, der eine Höhe von 710,2 Millionen Mark erreicht, nur 15 Millionen Mark gestrichen werden sollen, wurde nicht widersprochen.

Deutschland: Die Reichstagswahlen vom Reichstagswahlen' 14. September hatten das folgende Gesamtergebnis:

Partei	Stimmen (in je 1000)	Mandate
Sozialdemokratische Partei	8 575,2	143 (- 10)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	6 402,2	107 (+95)
Kommunistische Partei	4 588,5	76 (+22)
Zentrum	4 129,0	68 (+ 6)
Deutschnationale Volkspartei ¹	2 461,2	41 (-34)
Deutsche Volkspartei	1 658,1 ⁵	30 (-15)
Wirtschaftspartei	1 379,4	23 (± 0)
Deutsche Staatspartei ²	1 322,7	20 (- 5)
Bayerische Volkspartei	1 058,8	19 (+ 3)
Deutsches Landvolk ³	1 105,2	18 (+ 9)
Christlichsozialer Volksdienst	869,5	14
Deutsche Bauernpartei	339,2	6 (- 2)
Konservative Volkspartei	319,9	5
Landbund ⁴	193,9	3 (± 0)
Deutschhannoversche Partei	144,2	3 (+ 1)
Volksrechtspartei	271,9	0 (- 2)
Zersplittert	135,5	0
Zusammen	34 954,3	576 (+85)

1) Bei Auflösung des Reichstags zählte die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei noch 63 Abgeordnete. Davon stimmten 25 der Gruppe um Westarp und Schiele, entgegen Hugenberg, für die Regierung. Die nicht mehr der Fraktion angehörenden Abgeordneten (9 Volkskonservative Vereinigung, 4 Christlichsozialer Volksdienst) hatten sich mit den 9 Abgeordneten der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei zur Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

2) 1928: Deutsche Demokratische Partei.

3) 1928: Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei.

4) Nur in Württemberg.

5) Einschließlich der angeschlossenen Christlichsozialen Volksgemeinschaft (81,6).

Der Ausgang der Wahlen bot in seiner Tendenz keine Überraschung, wohl aber in dem Ausmaß der Umgruppierungen. Er brachte die weitere Zersplitterung und Schwächung der sogenannten bürgerlichen Mittelparteien außer dem Zentrum. Ein Phänomen in der deutschen Parteigeschichte und gleichzeitig ein Kennzeichen der gegenwärtigen Situation

stellt das Anwachsen der Nationalsozialisten dar, die in 2 Jahren ihre Wählerstimmen verachtfachten und zur zweitstärksten Partei des Reichstags aufstiegen. Demgegenüber zeigt die Zunahme der Kommunistischen Partei eine stetigere Note, wenn auch selbstverständlich ihr Erfolg zum übergroßen Teil auf die wirtschaftliche Notlage zurückzuführen ist. Daß der Gewinn dieser beiden Parteien weit größer ist als der Verlust aller anderen, erklärt sich aus der höhern Beteiligungsziffer. Die Zahl der gültigen Stimmen ist um zirka 4,2 Millionen höher als bei der letzten Wahl, die Beteiligung erreichte mit etwa 82 % eine seit der Nationalwahl 1919 nicht mehr ausgewiesene Höhe. Die Sozialdemokratie hat eine Einbuße von zirka 580 000 Stimmen und 10 Mandaten erlitten. Ihr Anteil an der Gesamtstimmzahl ist von 29,8 % auf 24,5 % gesunken. Der Rückbildungsprozeß der Deutschnationalen Volkspartei in die 1919 zusammengeschlossenen Einzelgruppen ist mit dieser Wahl keineswegs beendet, wenn er infolge der Beherrschung fast des gesamten Partei- und Propagandaapparats der alten Partei durch Hugenberg auch zunächst unterbrochen scheint. Die Landbundgruppe Schieles, die bereits über eine eigene feste Organisation verfügte, konnte 18 Mandate erringen, während die völlig freischwebende und ihrer agrarischen Grundlage entkleidete Konservative Volkspartei 'Treviranus' nur dem von ihr voll ausgenutzten Listensystem 5 Mandate verdankt. Beachtenswert ist der Erfolg der Christlichsozialen Gruppe, die bereits bei einzelnen Landtagswahlen und bei den Kommunalwahlen mit eigenen Listen hervorgetreten war. Das Stagnieren der Wirtschaftspartei zeigt vielleicht, daß eng begrenzte wirtschaftliche Interessengruppen aus dem Raum politischer Gestaltung mehr und mehr verschwinden werden. Dafür spricht auch, daß eine Anzahl alter und neugebildeter Splittergruppen keine Mandate erhalten hat.

Preußen Die am 23. Mai durch Obstruktion aller Oppositionsparteien verhinderte Schlußabstimmung über den Haushaltsplan wurde am 25. Juni wiederholt. Es ergab sich eine Mehrheit von 230 Stimmen der Regierungsparteien und der Christlichsozialen Gruppe gegen 8 Stimmen der Welfen, Aufwertler und einiger fraktionslosen "Kommunisten". Die übrigen Parteien, unter ihnen auch die Deutsche Volkspartei, beharrten in der Obstruktion. Die Grundsteuernotverordnung

wurde mit 221 gegen 54 Stimmen gebilligt. Am 27. Juni wurde der preußische Finanzausgleich um ein weiteres Jahr verlängert. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die allmähliche Beseitigung der relativen Garantie verlangt. Der Schullastenausgleich wurde mit dem Ziel einer Entlastung der kleineren Gemeinden neu geregelt. Ferner wurde ein von den Regierungsparteien eingebrachtes Schulgeldgesetz mit 192 gegen 38 Stimmen angenommen.

Am 15. Juli richtete der Reichspräsident an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun ein Schreiben, in dem er die bereits zugesagte Teilnahme an den preußischen Befreiungsfeiern im Rheinland von der Aufhebung des am 9. Oktober 1929 von der preußischen Regierung ausgesprochenen Verbots des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen abhängig machte. Der für dieses Schreiben gewählte Zeitpunkt höchster politischer Spannung im Reich ließ mit Recht vermuten, daß über den unmittelbaren Anlaß hinaus bestimmte Kreise in der Reichsregierung sich davon politische Rückwirkungen im Reich versprachen. Der in dem Brief des Reichspräsidenten ausgesprochene Vorwurf, das Verbot des Stahlhelms sei unberechtigt und laufe dem Gesetz zuwider, mußte um so mehr befremden, als das Verbot in vollem Einvernehmen mit der damaligen Reichsregierung verhängt worden war, und inzwischen eingeleitete Verhandlungen mit dem Stahlhelm auf ausdrücklichen Wunsch der jetzigen Reichsregierung abgebrochen worden waren. Um den Konflikt nicht noch weiter zu verschärfen, hob die preußische Regierung das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen am 17. Juli auf, nachdem der Stahlhelm eine Erklärung abgegeben hatte, daß eine militärische Betätigung seiner Mitglieder im Bund verboten sei. Der Reichspräsident zog daraufhin seine Absage zurück. Eine weitere Rückwirkung der Ereignisse im Reich auf Preußen ergab sich aus der wahlpolitischen Situation, die eine scharfe Frontstellung der Sozialdemokratie gegen den Reichskanzler und seine Partei bedingte. Am 29. Juli drohten der Führer des Zentrums, Ludwig Kaas, und der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion die preußische Koalition zu lösen, wenn die Sozialdemokratie nicht zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Kampfesart und ihrer politischen Arbeitsmethoden komme. Die Sozialdemokratie erklärte, daß sie sich in der Führung ihres Wahlkampfes im Reich nicht von Rücksichten auf die an sich wünschens-

werte Aufrechterhaltung der Koalition in Preußen bestimmen lassen könnte. Da die Situation in Preußen insofern von der im Reich abweicht, als in Preußen die Umbildungen im Lager der bürgerlichen Parteien noch nicht praktisch geworden sind, ist eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse in Preußen ohne Neuwahl kaum zu ermöglichen.

Sachsen Am 22. Juni fanden die Neuwahlen für den am 22. Mai aufgelösten Sächsischen Landtag statt. Sie hatten dies Ergebnis:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratische Partei	871 327	32 (—1)
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	376 724	14 (+9)
Kommunistische Partei	355 552	13 (+1)
Wirtschaftspartei	276 702	10 (—1)
Deutsche Volkspartei	227 319	8 (—5)
Deutschnationale Volkspartei	124 300	5 (—3)
Sächsisches Landvolk	120 497	5 (±0)
Deutsche Demokratische Partei	83 671	3 (—1)
Christlichsozialer Volksdienst	57 408	2
Volksrechtspartei	44 142	2 (—1)
Volksnationale Reichsvereinigung	39 351	2
Altsozialisten	19 147	0 (—2)
Kommunistische Opposition	14 827	0 (±0)
Zusammen	2 611 117	96 (±0)

2 Feststellungen lassen sich nach diesem Ergebnis machen: Der proletarische Sektor ist unerschüttert geblieben, innerhalb des bürgerlichen zeigt sich eine starke Verlagerung zum äußersten rechten Flügel. Die bürgerliche Mitte hat durch das erstmalige Auftreten der Volksnationalen Reichsvereinigung, der neugebildeten Staatspartei im Reich entsprechend, sogar an Stimmen zugenommen. Der Einbruch der Nationalsozialisten beschränkt sich also, abgesehen von der kaum feststellbaren zwischenparteilichen Fluktuation, auf die Rechtsparteien.

Die Versuche der Regierungsneubildung sind sämtlich gescheitert, da für die Wahl eines Ministerpräsidenten verfassungsmäßig die Hälfte der Stimmen erforderlich ist. Keine der versuchten Parteienkombinationen aber verfügt über 48 Stimmen. Eine Regierungsbildung mit Einschluß der Nationalsozialisten, die für sich nach thüringischem Vorbild das Innenministerium verlangen, scheiterte bisher am Widerstand der Demokraten und Volksnationalen. Die einzig mögliche Mehrheit von den Sozialdemokraten bis zur Volkspartei stößt auf den erbitterten Widerstand der Volkspartei und der

Wirtschaftspartei. Bisher führt also die alte Regierung die Geschäfte weiter. Jedenfalls beweist das sächsische Beispiel erneut, daß der Länderparlamentarismus in seiner heutigen Form unhaltbar und zu einer Groteske geworden ist.

Bayern Dieses Urteil wird auch durch die Entwicklung in Bayern bestätigt. Die Gegensätze innerhalb der Regierungskoalition (Bayerische Volkspartei, Deutschnationale, Bauernbund) über die Deckungsvorlagen des Finanzministers Heinrich Schmelzle zum Ausgleich des Haushaltsdefizits sind nicht überbrückt worden. Der Hauptbestandteil dieser Deckungsvorlagen war die Schlachtsteuer, die am 15. Juli durch eine Mehrheit aus Opposition und Bauernbund abgelehnt wurde. Gleichzeitig zog der Bauernbund seinen bisherigen Vertreter in der Regierung, den Landwirtschaftsminister Anton Fehr zurück, dessen Funktionen dem Innenminister Rudolf Stützel übertragen wurden. Der Versuch die Schlachtsteuer durch Notverordnung einzuführen scheiterte, da der Landtag am 20. August einen sozialdemokratischen Antrag auf Nichterhebung der Steuer annahm. Nach dieser Abstimmung erklärte die Regierung Held ihren Rücktritt, der Finanzminister schied aus der Regierung aus. Mit der Führung der Geschäfte dieses Ministeriums wurde der Staatsrat Hermann von Deybeck betraut.

Bayern leidet seit Jahren an einer chronischen Finanzkrise. Die Staatsausgaben steigen, und mit ihnen wächst von Jahr zu Jahr das Defizit. Allein die Personal-lasten sind seit 1924 von zirka 174 auf zirka 289 Millionen Mark im Jahr 1930 gestiegen, die Versorgungslasten in der selben Zeit von 36 auf 73 Millionen. Alle Versuche der Heldschen "Staatsvereinfachung" sind in den Anfängen stecken geblieben. Auch bei der letzten Etatsberatung wurden darauf hinzielende Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Andererseits bestritt die Regierung Held ihr Programm zu einem großen Teil mit der Forderung der Integrität des bayrischen Staats. Schmelzle war ein geradezu fanatischer Verfechter der Eigenstaatlichkeit, er plante sogar die Schaffung einer eigenen bayrischen Finanzverwaltung. Seine 3jährigen hartnäckigen Versuche um eine Ausbalancierung des Etats waren ein Musterbeispiel für den Einsatz wertvoller Kräfte an falscher Stelle. Die Erhaltung eines Übermaßes bayrischer "Eigenart" auf allen Gebieten der Verwaltung erfordert kostspielige Opfer,

denen die eigenen Parteien die Berechtigung absprechen. Die wirtschaftliche und finanzielle Not in Reich und Ländern wird auch hier die Entwicklung weitertreiben und zur Überwindung eines im Formalistischen erstarrenden Scheinföderalismus führen, zugunsten einer nach materiellen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten gegliederten Reichseinheit.

Die Bayrische Volkspartei erklärte nach dem Rücktritt der Regierung, sie überlasse es der Opposition eine neue Regierung zu bilden. Eine Koalition ohne direkte oder indirekte Beteiligung der Bayerischen Volkspartei, die im Landtag über 46 von insgesamt 128 Stimmen verfügt, ist jedoch praktisch nicht möglich. Die Situation wird dadurch kompliziert, daß es an einem rechtsgültigen Wahlgesetz fehlt, Neuwahlen vor der Schaffung eines solchen also nicht stattfinden können. Vorläufig werden die Geschäfte von dem bisherigen Kabinett weitergeführt.

England

In England fanden wiederum 2 Nachwahlen für das Unterhaus statt, die durch den Rückgang der Labourstimmen und das erstmalige Auftreten eines Kandidaten der neuen Empirepartei Lord Beaverbrooks symptomatische Bedeutung hatten. In Shettleston /Schottland/, dem Wahlkreis des verstorbenen John Wheatley, siegte der Kandidat der Arbeiterpartei MacGovern mit 10 699 Stimmen (gegen 19 594 bei den Generalwahlen) über den konservativen Kandidaten, der 10 303 (gegen 12 870) Stimmen erhielt. Der Rückgang der Labourstimmen ist zum Teil auf die stärkere Propaganda der Kommunistischen Partei zurückzuführen, deren Kandidat Saklatvala 1549 Stimmen erhielt. In dem konservativen Wahlkreis Bromley konnten die Konservativen ihr bisheriges Mandat behaupten, erlitten jedoch durch das Auftreten des Kandidaten der Empirepartei schwere Einbuße. Die Stimmverteilung war folgende: Konservative 12 782 (1928 25 449), Liberale 11 176 (18 372), Arbeiterpartei 5942 (10 105), Empirepartei 9483 (0). Die Empirepartei hat beschlossen bei allen künftigen Nachwahlen gegen den offiziellen Kandidaten der Konservativen einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Angesichts dieser drohenden Zersplitterung der Stimmen bei mehreren Kandidaten ist es bemerkenswert, daß das Ullswaterkomitee, das im Auftrag der Regierung die verschiedenen Wahlsysteme, besonders die Proportionalwahl, auf ihre Eignung für englische Verhältnisse prü-

fen sollte, zu keinem Mehrheitsbeschluß gelangen konnte. Konservative und Arbeiterpartei setzen den von den Liberalen getragenen Reformbestrebungen starken Widerstand entgegen.

Finland:

Nach langjähriger, verhältnismäßig ruhiger und stetiger Entwicklung ist Finnland durch das Auftreten der sogenannten Lappobewegung in eine schwere innere Krise gestürzt worden. Die Ursachen dieser Bewegung liegen einmal in dem außerordentlich scharfen Gegensatz, der in Finnland zwischen Bürgertum und Kommunistischer Partei besteht und nur aus den Ereignissen der finnländischen Freiheitskämpfe 1917-1918 zu erklären ist, und andererseits in einer antiparlamentarischen Stimmung gewisser Kreise des Bauerntums. Die Träger der Bewegung sind fanatisch pietistisch gesinnte Geistliche und Bauern in der Provinz Österbotten, nach der Stadt Lepua trägt sie ihren Namen. Religiös bestimmt ist vornehmlich der Kampf gegen die Kommunistische Partei, deren restlose Vernichtung im politischen und öffentlichen Leben durch Ausnahme Gesetze sie fordert. Daneben wird eine weitgehende, unverkennbar antidemokratische Parlaments- und Wahlreform verlangt. Das Parlament hat bereits eine Reihe dieser Ausnahme Gesetze (Einschränkung der Pressefreiheit) und Maßnahmen (Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten) gebilligt. Die Regierung Kallio trat Anfang Juli zurück, und es wurde eine neue, ausgesprochen rechts gerichtete, mit den Lappoleuten einiggehende Regierung unter dem Senator Svinhufvud gebildet. In den ersten Julitagen unternahmen die Lappoanhänger einen Marsch nach Helsingfors. Ihre Führer, der Bauer Kosola und der Probst Kares, konnten einen vollständigen kampflösen Sieg der Bewegung feststellen. Aus dem religiösen Kreuzzug war inzwischen, ohne Zweifel durch den Einfluß reaktionärer politischer Kreise, eine politische Aktion geworden, mit deutlicher Frontstellung auch gegen die Sozialdemokratie und das liberale Bürgertum. In schwedischen Kreisen Finnlands fürchtet man das Umschlagen der Lappobewegung in eine neue Welle des finnischvölkischen Nationalismus. Am 15. Juli wurde der Reichstag aufgelöst, und die Neuwahl auf den 1. Oktober festgesetzt. Ende Juli erschien ein Aufruf zur Bildung einer bürgerlichen Einheitsfront und zur Bekämpfung auch der Sozialdemokratie. Seitdem ist die zustimmende oder doch abwartende Hal-

tung weiter Kreise des liberalen Bürgertums einer gewissen Ernüchterung gewichen. Gewaltakte gegen angesehene politische Persönlichkeiten, so die Verschleppung des sozialdemokratischen Reichstagsvizepräsidenten Hakkila, haben dazu beigetragen.

Im Reichstag waren bisher 6 Parteien vertreten: die konservative Finnische Sammlungspartei (28 Mandate), die Agrarpartei (60), die Schwedische Volkspartei (23), die demokratische Finnische Fortschrittspartei (7), die Sozialdemokratische Partei (59), die Kommunistische Kleinbauern- und Arbeiterpartei (23). Die Sammlungspartei und der überwiegende Teil der Agrarpartei stehen hinter der Lappobewegung, die letztgenannte jedoch mit starken Vorbehalten. Die Stellung der übrigen bürgerlichen Parteien zu den Bürgerblockbestrebungen ist uneinheitlich und in sich gespalten. Ob eine verfassungsändernde Mehrheit zur Durchführung aller vorliegenden Ausnahmegesetze zustande kommen wird, ist sehr zweifelhaft, zumal auch im letzten Reichstag eine Reihe bürgerlicher Abgeordneter mit den Sozialdemokraten gegen die Vorlagen gestimmt hat.

Totenliste

In seiner Heimatstadt Karlsruhe starb am 2. August *Ludwig Haas*, im Alter von 56 Jahren. Er war seit 1912 Mitglied des Reichstags und einer der bekanntesten und geschätztesten demokratischen Politiker. Seine warme Art warb ihm weit über die Reihen seiner Partei hinaus Freunde. Er war bereits vor dem Krieg ein Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung und nahm an den Kongressen zu Bern und Basel teil. Seit 1915 war Haas, nachdem er ein Jahr an der Front gewesen war, in der Warschauer Zivilverwaltung mit der Bearbeitung der jüdischen Angelegenheiten in Polen beauftragt. Während der Umsturzperiode gehörte er der badischen Volksregierung als Innenminister an. Er widmete sich dann wieder der Reichspolitik und war eines der aktivsten Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion und einer der Gründer der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft. Der letzte preußische Kriegsminister und der erste Chef der Heeresleitung im Reich *Walther Reinhardt* starb Anfang August in Berlin, im Alter von 59 Jahren. Er legte den Grundstein für die Organisation der Reichswehr, mußte aber im Zusammenhang mit dem Lüttwitzputsch sein Amt aufgeben und schied 1927 aus dem aktiven Dienst aus.

Kurze Chronik Das Reichsministerium, das Reichskommissariat und die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete sind durch Verordnung des Reichspräsidenten zum 30. September aufgelöst worden. Der bisherige Reichsminister für die besetzten Gebiete gehört dem Kabinett weiterhin als Minister ohne Portefeuille an. ◊ Das Reichsgericht erklärte die sogenannten Haßgebete des thüringischen Ministers Frick sowie das thüringische Ermächtigungsgesetz für verfassungswidrig. Da die thüringische Regierung sich weigerte die ihr gezahlten Vorschüsse in Höhe von 650 000 Mark zurückzuerstatten, ordnete der Reichsinnenminister die Kürzung der auf Thüringen entfallenden Überweisungssteuern um diesen Betrag an. ◊ In Schweden wurde in der Ersten Kammer des Reichstags das Agrarhilfsprogramm der Regierung Lindeman von einer Mehrheit der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt. Die Regierung Lindeman, die sich auf die Rechtsparteien stützte, trat daraufhin zurück. Nachdem die Sozialdemokraten abgelehnt hatten, wurde der Führer der Freisinnigen Carl Gustaf Ekman, der bereits von 1926 bis 1928 Ministerpräsident war, mit der Neubildung der Regierung beauftragt. In dem am 7. Juni ernannten Kabinett hat Ekman außer der Ministerpräsidentenschaft das Verteidigungsministerium übernommen. Außenminister wurde S. G. F. Ramel, der von 1923 bis 1925 schwedischer Gesandter in Berlin war. Der wichtige Posten des Sozialministers wurde dem Fraktionsführer Axel Sam Larsson übertragen, der sich bisher besonders der Frage der Revision der Alkoholgesetzgebung gewidmet hat. Der Landwirtschaftsminister B. O. von Stockenström ist als Vorkämpfer des Vermahlungszwangs bekannt. Das neue Kabinett ist eine Minderheitsregierung und besteht ausschließlich aus Mitgliedern der Freisinnigen Partei. Hauptpunkte des Regierungsprogramms sind die Durchführung der vom vorigen Ministerium begonnenen Agrarreform, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Reorganisation des Verteidigungswesens. ◊ Die der Insel *Malta* 1921 gewährte Verfassung mit beschränktem Selbstverwaltungsrecht wurde auf unbestimmte Zeit aufgehoben. Malta ist nunmehr wieder britische Kronkolonie. ◊ Durch die Gründung einer Partei der Freien Republik trat in der *Türkei* die Auseinandersetzung zwischen dem Staatspräsidenten Mustafa Kemal und dem Mini-

sterpräsidenten Ismet in ein neues Stadium. Bisher bestand in der Nationalversammlung nur die von Ismet geführte Republikanische Volkspartei. Die neue Partei wurde unter dem stillschweigenden Einverständnis Mustafa Kemals von dem bisherigen türkischen Botschafter in Paris, dem 1925 von Ismet gestürzten ehemaligen Ministerpräsidenten Fethi, gegründet. 60 Abgeordnete der Volkspartei schlossen sich ihr sofort an. Sie verlangt eine Abkehr von der Wirtschaftspolitik Ismets und eine Reihe liberaler politischer Freiheiten sowie Annäherung der Türkei an Europa.

Literatur Die Schrift *Hans Kelsens Vom Wesen und Wert der Demokratie* ist in völliger

Umgestaltung neu erschienen /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Sie gehört zu den anregendsten Darstellungen der Problematik der Demokratie und des Parlamentarismus, auch und gerade für denjenigen, der die Kelsenschen Prinzipien über das Wesen des Staats ablehnt. Seine polemischen Auslassungen über das Wesen der berufständischen Organisationen führen nicht weiter. Die im letzten Jahrzehnt an der Entwicklung des Parteiwesens und der Rolle der Parteien in der Demokratie geübte Kritik wird von Kelsen mit Recht zurückgewiesen. ◊ Der ehemalige österreichische Bundeskanzler *Ignaz Seipel* gibt in seinem Buch *Der Kampf um die österreichische Verfassung* /Wien, Wilhelm Braumüller/ weit mehr als nur eine Übersicht der letzten Verfassungskämpfe im Herbst 1929. Er greift auf die Verfassungsreformpläne in der alten Donaumonarchie zurück, die immer nur Pläne blieben, bis der Staat an der Starrheit überlebter Formen zerbrach. Weiter wird die Schaffung der jetzigen österreichischen Verfassung durch die konstituierende Nationalversammlung eingehend dargestellt. Erst im letzten Teil des Buchs findet man die Materialien zu den nach Seipels Meinung keineswegs abgeschlossenen Kämpfen um die Neugestaltung der Verfassung, darunter die Vorlage des Bundeskanzlers Johann Schober und Auszüge aus den Reden der bedeutendsten Politiker. Das Buch gibt in seiner Gesamtheit so etwas wie eine Seipelsche Staatslehre, zeigt auch sein Ziel: die Stellung der Sozialdemokratie durch organisatorische Änderungen des Staatsaufbaus zu untergraben. In einem Anhang sind die bekannten Reden Seipels, die er vor Münchener und Tübinger Studenten hielt, neben anderen vereinigt.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Internationale Nach dem Friedensvertrag verpflichtet sich jeder Mitgliedsstaat der Internationalen Arbeitsorganisation dem Internationalen Arbeitsamt einen Bericht über die Durchführung der von ihm ratifizierten Übereinkommen vorzulegen. Ein besonderer Ausschuß, dem hervorragende Sachverständige aus verschiedenen Ländern mit gründlichen praktischen und theoretischen Kenntnissen des internationalen Sozialschutzes und Sozialrechts angehören, prüft diese Berichte, nimmt in der Regel zu ihnen Stellung; diese Stellungnahme wird den offiziellen Berichten als Anhang beigegeben. Im April dieses Jahres fand die 14. Tagung dieser Kommission statt, auf der allein 287 Berichte geprüft wurden. Die Anzahl der Berichte wächst natürlich mit der der angenommenen Übereinkommen und Ratifikationen. In einem jüngsten Bericht stellt die Kontrollkommission der Durchführung internationaler Übereinkommen fest, daß sie sich dem Wortlaut der Vereinbarungen angepaßt habe; zu einzelnen Berichten wurden jedoch noch ergänzende Auskünfte für wünschenswert gehalten. Man wird diese Kontrollkommission in Richtung auf die einheitliche Ausgestaltung der internationalen Sozialpolitik als sehr nützlich ansehen müssen, insbesondere, wenn sie mit Offenheit ihre kritischen Bemerkungen veröffentlicht. Die vollständige Kenntnis der Durchführung insbesondere bei schwierigen sozialpolitischen Problemen wird den Ländern, denen sozialpolitische Erfahrungen noch mangeln, besonders zugute kommen. Rückhaltlose Offenheit in den kritischen Bemerkungen der Kontrollkommission, der Rechenschaftsstelle der sozialpolitischen Internationale, wird zum Schrittmacher der internationalen Sozialpolitik.

Arbeitsbeschaffung In *Deutschland* versucht die Regierung endlich nach den langen Reden über dieses

Problem mit der Arbeitsbeschaffung in größerem Umfang Ernst zu machen. Zur Linderung der überaus ernsten Arbeitsmarktlage sind Verhandlungen mit der Reichspost und der Reichsbahn aufgenommen worden, die zu einem bedeutenden Arbeitsbeschaffungsprogramm auf kürzere Sicht geführt haben. Das Arbeitsprogramm der Reichsbahn allein sieht Sonderaufträge in der Höhe von 350 Millionen Mark vor, die größtenteils mit Hilfe von Reichskrediten möglich werden. Im einzelnen sind vorgeseh:

Beschaffung von Oberbaumaterial, von Gleisumbauten, Fahrzeugbestellungen, Sicherungsanlagen und schließlich Neubauten. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm hat man Preisermäßigungen bei den Lieferfirmen angestrebt und, zum Teil, erreicht.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß sich der Reichsarbeitsminister mit bemerkenswerter Energie und Deutlichkeit gegen das unsoziale Treiben einzelner Firmen gewandt hat, indem er am 1. August, durch bestimmte Vorkommnisse veranlaßt, die Beschaffungsressorts (insbesondere Reichsbahn, Reichspost usw.) angewiesen hat keine Aufträge an solche Firmen zu vergeben, die in den Beziehungen zu ihren Arbeitnehmern ein offenbar unsoziales Verhalten an den Tag legen oder durch ungerechtfertigte Entlassungen, ungerechtfertigte Überstunden oder Massenentlassungen den Zwecken zuwiderhandeln, die die Regierung mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm beabsichtigt hatte. Das war eine deutliche Sprache, die auf das lebhafteste zu begrüßen ist. Die soziale Energie des gegenwärtigen Reichsarbeitsministers hätte Beispiel für die Zukunft werden können. Leider war die Entwicklung der Dinge anders als man erwarten konnte. Man hat unterlassen in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm festzulegen, daß die Lieferfirmen tarifvertragliche Bindungen in den Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit eingegangen sein müssen. Gegenüber den Entlassungsdrohungen einzelner großer Industriekonzerne hat man versäumt solche Firmen und Konzerne nach Möglichkeit von den Aufträgen auszuschließen, obzwar das nach Ansicht der Arbeitnehmer die fühlbarste Antwort bedeutet hätte.

Außer dem vorerwähnten Reichsbahnbeschaffungsprogramm sind auch mit der Reichspost Verhandlungen im Gang, durch die ein Betrag von 100 bis 200 Millionen Mark für Auftragserteilungen flüssig gemacht werden soll. Um den Baumarkt in größerem Umfang zu beleben, hat die Regierung, da das Reich ja selbst nur in beschränktem Umfang unmittelbar Neubauten benötigt, die Länder und Gemeinden zu Berichten über ihre Baupläne aufgefordert. Diese Berichte sollen sich auch auf die zu investierenden Kapitalien erstrecken. Das Arbeitsministerium beabsichtigt nach Eingang der Berichte der Länder und Gemeinden hierüber die Öffentlichkeit sofort zu informieren, da auch eine psychisch günstige Wirkung dieser Maßnahmen, abgesehen von ihrem unmittelbaren Ef-

fekt, erwartet werden kann. So ist bereits vom Sächsischen Landtag ein sächsisches Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einer Gesamtsumme von etwa 50 Millionen Mark vorbereitet.

Die Arbeiterklasse fordert immer energischer, daß an Stelle des Unterstützungsabbaus viel größere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen treten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung will mit der zusätzlichen Arbeit, die geschaffen wird, in nächster Zeit bereits einige hunderttausend Arbeiter beschäftigen. Eine durchgreifende Neugestaltung des Arbeitsmarkts wird man freilich noch auf anderen Wegen vornehmen müssen.

Deutschland: Die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1930 brachten grund-

legende Reformen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung mit weitgehenden Leistungsabstrichen für die versicherten Arbeitnehmer.

Die einschneidende Bestimmung der Arbeitslosenversicherung besteht darin, daß die Unterstützung solchen Arbeitslosen erheblich verkürzt wird, die nur eine sogenannte kurze Anwartschaft, das heißt versicherungspflichtige Beschäftigung von weniger als 1 Jahr, nachweisen können. Damit werden die Arbeitslosen betroffen, die unter geringer Beschäftigung zu leiden haben, während diejenigen Arbeitnehmer, die das Glück einer längeren Beschäftigung nachweisen können, in den Genuß höherer Unterstützungssätze kommen. Die Familienzuschläge sind für die gekürzte Arbeitslosenunterstützung nicht gesenkt worden. Weiter bringt die Arbeitslosenversicherung eine Verlängerung der normalen Wartezeit von 7 auf 14 Tage bei allen Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, eine Verlängerung der Sperrfrist im Fall von Arbeitsverweigerung usw. von 4 auf 6 Wochen, weitgehende Anrechnungsvorschriften bei verdienenden Ehegatten, wobei nur eine Freigrenze von 35 Mark wöchentlich gelassen wird, die Ausdehnung der Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung, den grundsätzlichen Ausschluß der Unterstützung Jugendlicher unter 17 Jahren und noch weitere Herabstufungen. Die Beitragserhöhung von 3½ auf 4½% ist für Arbeiter und Angestellte eine schwere Belastungsprobe; ein organisches Beitragssystem hätte sie verhindern können. Die bisher unbeschränkte Darlehenspflicht des Reichs an die Arbeitslosenversicherung ist stark modifiziert und praktisch eingeschränkt worden.

In der Krankenversicherung ist die Zahl der geänderten Bestimmungen noch erheblich größer als in der Arbeitslosenversicherung und nicht minder einschneidend. Als wichtigste der Änderungen seien hier folgende erwähnt: In Zukunft hat jeder Krankenversicherte bei Inanspruchnahme der Krankenkasse eine Krankenscheingebühr von 50 Pfennig zu bezahlen, die ermäßigt und erhöht werden kann. Bei jedem Rezept, das der Arzt dem Kranken ausschreibt, hat dieser 50 Pfennig draufzuzahlen. Für Krankengeld besteht künftig eine Wartezeit von 3 Tagen, da erst vom 4. Tag der Arbeitsunfähigkeit ab Krankengeld gezahlt wird. Für Angestellte wichtig ist die Streichung des Anspruchs auf Krankengeld während des Bezugs von Arbeitsentgelt. Die Beiträge der Krankenkassen werden, um ein Äquivalent zur Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung zu schaffen, auf höchstens 6 anstatt wie bisher 7½% festgesetzt. Die Ersparnisse aus diesen radikalen Maßnahmen werden von der Reichsregierung auf über 200 Millionen Mark geschätzt. Die gewiß notwendige Senkung der Ausgaben in der Krankenversicherung dadurch herbeizuführen, daß man die Zersplitterung des Krankenversicherungswesens beendet und damit gewaltige Ersparnisse an Verwaltungs- und Betriebskosten erzielt, hat die Regierung nicht versucht.

Frankreich: Mit ähnlichen Stürmen, wie Sozialversicherung wir sie bei sozialen Gesetzen in Deutschland in den letzten 2 Jahren erlebt haben, ist in Frankreich, wie hier bereits kurz erwähnt, nach jahrelangen Kämpfen das Gesetz über die Sozialversicherung angenommen worden. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes durch den Senat in seiner heutigen Fassung erfolgte am 1. Mai, das Inkrafttreten wurde für den 1. Juli festgesetzt. Es ist ein Sammelgesetz, das sowohl Krankenversicherung einschließlich Mutterschaftshilfe wie Invalidenversicherung einschließlich Alters- und Familien- und Hinterbliebenenhilfe, aber keine Arbeitslosenunterstützung umfaßt. Das neue französische Versicherungssystem ist nicht starr sondern sowohl nach der sozialen wie der wirtschaftlichen Seite beweglich. Zunächst werden 2 verschiedene Einzelsysteme errichtet, von denen das eine, wichtigere, für die Arbeiter und Angestellten in Handel und Industrie sowie für die Hausangestellten gilt, während das andere der Landwirtschaft vorbehalten ist. Das wichtigere erste schafft eine Pflichtver-

sicherung für alle Lohnempfänger, die im allgemeinen einen Jahreslohn von 15000 Francs, das heißt rund 2500 Reichsmark ohne Berücksichtigung der verschiedenen Kaufkraft, haben. Dieser obere Grenzbetrag für die Pflichtversicherung erhöht sich jedoch einmal in bedeutenderen Großstädten und Industriebezirken und ferner bei Familienernährern nach der Zahl der Kinder. Diese soziale Abstufung der Pflichtversicherungsgrenze ist nicht ohne Bedeutung. Im allgemeinen endet die Versicherungspflicht mit dem 60. Lebensjahr. Ferner sind einzelne Kategorieen von Beamten usw. aufgenommen, ebenso wie einige neue französische Gebiete, in denen noch die alte deutsche Sozialversicherung gilt. Die Leistungen der Sozialversicherung bestehen bei Krankheit, Invalidität und Alter in regelmäßigen Leistungen an den Versicherten, teils in Geld, teils in Sachform, in Todesfällen in regelmäßigen Leistungen an die Hinterbliebenen, ferner in Beihilfen bei Mutterschaft an versicherte Frauen und Ehefrauen von versicherten Männern. An Familienväter werden höhere Leistungen gewährt als an Ledige oder Kinderlose. Die Hinterbliebenenversicherung besteht nur in Waisenrenten, die zurückbleibenden Ehefrauen erhalten als solche nichts. Die Arbeitslosenhilfe besteht nur in der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zur Aufrechterhaltung der Ansprüche. Diese scheinbare Unzulänglichkeit wiegt jedoch bei der außerordentlich günstigen Lage des französischen Arbeitsmarkts, der so gut wie keine Arbeitslosen kennt, sehr gering. Die Durchführung der Sozialversicherung liegt in vom Arbeitsminister anerkannten Grundkassen innerhalb jedes Departements, neben denen eine Landeskasse für Altersrenten und eine Sonderkasse für Arbeitslosenhilfe bestehen. Private Ersatzkassen sind unter bestimmten Voraussetzungen in gewissem Umfang zugelassen. Die Verwaltung der Sozialversicherungskassen führt ein Verwaltungsrat, der durch die Generalversammlung der Versicherten bis Oktober 1930 gewählt werden muß. Es ist also mit dem neuen Gesetz in Frankreich das Fundament des staatlichen Sozialschutzes gegen Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit geschaffen worden, auf dem die französische Arbeiterklasse, gestützt durch die internationale Sozialpolitik, weiter aufbauen kann. Die große Streikwelle in Nordfrankreich im August richtete sich nicht gegen das Sozialversicherungsgesetz sondern gegen die Gefahr einer Reallohnsenkung.

Informations-
mittel**Das Statistische Jahrbuch
für das Deutsche Reich 1929**

/Berlin, Reimar Hobbing/

bietet, wie auch die vorhergehenden Jahrgänge, wieder einen guten Überblick über die sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb der deutschen Grenzen und darüber hinaus in einem umfassenden internationalen Teil auch über die entsprechenden Vorgänge des inner- und außereuropäischen Auslands. Das Jahrbuch ist eine Kollektivarbeit der Tausende von Angestellten und Beamten des Statistischen Reichsamts, deren Gesamteffekt in einer äußerlich gleichartigen Form jedes Jahr veröffentlicht wird. Eine besondere Anpassung des Jahrbuchs an aktuelle Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens kann man nur teilweise feststellen. Die Initiative, die zu einer aktuellern Ausgestaltung einzelner Gebiete gehören würde, ist nicht die starke Seite verschiedener leitend Beteiligten, die nicht einsehen, daß Schematisierung in der Statistik Rückschritt ist.

Internationale Beachtung verdient das dickleibige *Handbuch der Berufe* /Leipzig, Quelle & Meyer/, dessen 2. Band die Berufsgruppen der Metallverarbeitung umfaßt. Als Herausgeber zeichnet die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die das mehrbändige Werk herauszugeben übernommen hat, das als umfassendes berufskundliches Sammel- und Nachschlagewerk gedacht ist. Mit einer vorbildlichen Präzision sind in dem vorliegenden Band für sämtliche Tausende der Berufsarten der Metallindustrie das Wesen jedes Berufs, seine Entwicklung und Bedeutung behandelt; die Arbeit selbst wird ihrer Aufgabe, ihrer Eigenart und ihren Gefahren nach beschrieben, die körperlichen und seelischen Anforderungen werden untersucht, der Ausbildungsgang und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dargestellt, soweit sie die Arbeitsbedingungen im Berufswesen, die Organisationsfrage, Tarife usw. betreffen. Die berufskundliche Literatur ist lückenlos zusammengestellt, und das für jeden einzelnen Beruf der Metallindustrie. Das Buch gehört in jede Staats-, Stadt-, Verbands- und sonstige Organisationsbibliothek, es ist wert über das deutsche Sprachgebiet hinaus, insbesondere in den Industrieländern, übersetzt zu werden, wobei man freilich von den speziellen deutschen sozialen, wirtschaftlichen und literarischen Angaben absehen oder sie auf das Benutzerland abstellen muß.

Der Bericht, den Albert Thomas als Direktor des Internationalen Arbeitsamts

der 14. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vorgelegt hat, ist diesmal besonders wertvoll, weil er einen ausgezeichneten, umfassenden Überblick über die umfangreiche Tätigkeit des *Internationalen Arbeitsamts* auf den Gebieten der internationalen Sozialpolitik im 1. Jahrzehnt seines Bestehens gibt (siehe dazu auch hier den Artikel Thomas' *Das Internationale Arbeitsamt und der Internationale Gewerkschaftsbund, 1930 I* Seite 109 und folgende). Man gewinnt ein klares Bild über die ständig wachsende Bedeutung dieser Organisation, über ihren Aufbau, über die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten. Besonders interessieren die Kapitel über die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmer, die Benutzung der Freizeit, die allgemeinen Rechte der Arbeitnehmer, über das Recht der beruflichen Vereinigung, das Schlichtungswesen usw. Der Bericht ist als ein ganz ausgezeichnet orientiertes Jahrbuch der internationalen Sozialpolitik anzusehen.

In der Serie der vom Zentralverband der Angestellten herausgegebenen Fortbildungsschriften ist als 2. Heft eine Schrift Hermann Jülichs über *Arbeitsvermittlung als Dienst am Menschen* erschienen, in dem auf 45 Seiten das Problem der planmäßigen Arbeitsmarktpolitik unter dem Gesichtspunkt behandelt wird, der sich vom Blickfeld des Arbeitslosen gegenüber dem Vermittler ergibt. Das Heftchen gibt wichtige Anhaltspunkte über die vielseitige und feingliedrige amtliche Arbeit auf dem Arbeitsmarkt und unterrichtet über die Anforderungen, die man in den Zeiten der Arbeitslosigkeit an den Arbeitsvermittler stellen muß, wenn er fruchtbare Arbeit leisten soll.

Einer sehr dankenswerten Aufgabe von unbestreitbarer Bedeutung hat sich der Nürnberger Stadtrat Rudolf Fischer unterzogen, der innerhalb seiner Taschenbibliothek der Arbeitsfürsorge /Stuttgart, W. Kohlhammer/ ein sehr handliches Büchlein herausgegeben hat: 2 Jahre Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt. Die Fülle der grundsätzlichen Entscheidungen des Spruchsenats, die für die Praxis von der gleichen Bedeutung sind wie das der *Arbeitslosenversicherung* zugrunde liegende Gesetz überhaupt, ist hier systematisch geordnet und damit erst wirklich verwertbar geworden. Der Band reicht bis zum Oktober 1929, und es ist zu hoffen, daß Fischer raschestens das Buch auch für das 3. Jahr Spruchsenat weiterführt und möglichst bald in der gleichen übersichtlichen Aufmachung herausbringt.

Totenliste Ein Sozialreformer echten Gepräges aus den Tagen der Jahrhundertwende war

Max Fischer, der am 19. Juli in Jena starb. Er war es, der als Leiter der Jenaer Zeißwerke das großangelegte Gewinnbeteiligungssystem der Arbeiter in den Jenaer Werken, das Ernst Abbe in der Carl-Zeiß-Stiftung geschaffen hat, fortgeführt und weitergeformt hat. Das, was Abbe als große Idee vor sich erblickte und in den Anfängen ihrer Durchführung in der Carl-Zeiß-Stiftung selbst werden und sich ausgestalten sah, das hat Fischer in seinem Geist ausgebaut; er hat diese Verbindung der Arbeiter mit ihren Werken in sozialem Geist auch in ungünstiger Zeit erhalten.

Das österreichische Mitglied des Arbeitsrechtsausschusses des Reichsarbeitsministeriums *Emanuel Adler* starb am 27. August in Karlsbad, in seinem 57. Lebensjahr. Adler war vor seiner Tätigkeit als Professor an der Universität Wien Sektionschef im österreichischen Ministerium für Soziale Verwaltung. Er hat sich große Verdienste um das deutschösterreichische Arbeitsrecht erworben. Am 2. September starb in Berlin *Theodor von Olshausen*, im Alter von 53 Jahren. Er war zunächst im Reichsversicherungsamt, später als Vortragender Rat im Reichsinnenministerium und dann als Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium tätig. 1922 wurde er Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die er bis zu seinem Tod geleitet hat. Nicht zum geringen Teil ist es sein Verdienst, daß heute dieses Institut die substanzvernichtenden Schäden der Inflation überwunden hat und mit einem gesicherten Kapitalfonds von über 1¼ Milliarden Mark an seine wichtige Zukunftsaufgabe herangeht.

Kurze Chronik Bei der Gesamtd Depression der Weltwirtschaft ist es vor allem interessant, welche Länder durch die besondere Gunst ihres Binnenmarkts und ihres Außenhandels in ihrer *Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage* noch nicht erheblich durch die allgemeine Krise betroffen worden sind. Dazu gehören in erster Linie die nordischen Länder, Norwegen, Schweden und Dänemark, neben Frankreich, das keine Arbeitslosigkeit kennt, und Irland, dessen Wirtschaftsstruktur von der englischen sehr stark abweicht; insbesondere durch den Agrarexport haben von außereuropäischen Ländern Neuseeland und Chile die günstigste Lage zu verzeichnen. ◊ Vor 10 Jahren, Mitte Mai 1920, wurde

das für die soziale Liquidation des Kriegs grundlegende *Reichsversorgungsgesetz* geschaffen, das allmählich nach den Erfahrungen ständig verbessert wurde und heute die furchtbaren Folgen des Weltkriegs dadurch mindert, daß es über 700 000 Kriegsverletzten des Weltkriegs und über 1½ Millionen Kriegshinterbliebenen (oft allerdings sehr bescheidene) Renten sichert. ◊ Am 17. Mai wurde die *Internationale Hygieneausstellung* in Dresden eröffnet; der Einweihung der Ausstellung war die des neuen Deutschen Hygienemuseums vorangegangen (siehe dazu die Rundschau Hygiene, 1930 II Seite 811 und folgende).

Literatur Noch zur Ministerzeit Rudolf Wissells wurde unter der Redaktion Bruno Rau-eckers das *Jahrbuch für Sozialpolitik* 1930 vom Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Hermann Geib herausgegeben (Leipzig, Helingsche Verlagsanstalt), bei dem Führer der gegenwärtigen deutschen Sozialpolitik sowohl aus den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wie der Spitzenbehörden mitgearbeitet haben. In kurzen Aufsätzen werden die einzelnen Teilgebiete der Sozialpolitik sachlich behandelt. Für eine Einführung in die Problematik der Gegenwartsozialpolitik und unter Berücksichtigung einzelner internationaler Spezialfragen sei dieses Jahrbuch gern empfohlen. ◊ Der Universitätsprofessor *Ernst Günther* gibt ein Buch über Sozialpolitik heraus (Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/, in dem er zunächst eine allgemeine Grundlegung versucht und dann auf die Praxis der modernen Sozialpolitik eingeht. Es ist nicht zu bestreiten, daß er sich alle Mühe gibt in die Probleme einzudringen. Aber daß ihm das gelungen ist, kann man nicht behaupten. Seine Versuche die Sozialpolitik aus den ersten Begriffsbestimmungen der Altmeister der Nationalökonomie abzuleiten sind weder theoretisch zureichend noch praktisch von Bedeutung. Wenn jemand auf dem Standpunkt steht, daß es aus echt sozialen Gründen geboten sein kann Nachzügler absichtlich zu opfern, um schrittmachende Führer halten zu können, so sollte er seinen Geist auf eine Grundlegung des Individualkapitalismus verwenden, sich aber nicht auf einem Gebiet der praktischen Politik abmühen, das ihm wesensfremd sein muß. Das Buch ist ein neuer Beweis dafür, daß viele unserer deutschen Universitätswissenschaftler unsere Zeit noch nicht erfaßt haben.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Notverordnungen und Kommunen Die Notverordnungen der Regierung Brüning drohten in besonderer Weise den Gemeinden verhängnisvoll zu werden. Es war namentlich die Kopfsteuer, die die Sozialdemokratie unmöglich in Kauf nehmen konnte, und die auch beim Finanzminister der Regierung selber auf stärkste Bedenken stieß. In seiner Rede zur Begründung der durch die Notverordnung erlassenen Deckungsvorlage führte der Minister Hermann Robert Dietrich aus: »Seit Tagen werden wir bestürmt mit der Erklärung, daß eine Anzahl größerer Städte, die besonders darunter leiden, daß sie viele Erwerbslose haben, die bereits ausgesteuert sind und deswegen in die Wohlfahrtspflege übergehen, nicht mehr imstande seien ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn wir ihnen nicht einen Ausweg zeigen und eine finanzielle Möglichkeit geben. Sie alle wissen, wie unbeliebt die Kopfsteuer ist, die wir Bürgersteuer genannt haben.« Die letzten Worte stellen eine recht fragwürdige Begründung und Verteidigung dieser Finanzhilfe dar. Die nach der Reichstagsauflösung erlassenen Notverordnungen bringen eine immerhin erheblich andere Finanzhilfe für die Gemeinden. Die "Bürgerabgabe" hat sich grundlegend verändert. Während sie ihrem ursprünglichen Sinn nach eben Kopfsteuer sein mußte, ist sie jetzt progressiv gestaffelt. Die Höhe der Abgabe wird durch Landesgesetz bestimmt, durch die Verordnung sind aber Mindestsätze festgelegt. Nach diesen beträgt der allgemeine Satz 6 Mark im Jahr; er ermäßigt sich bei einkommensteuerfreien Personen auf 3 Mark, und er steigert sich von einem Einkommen über 8000 Mark an bis auf 1000 Mark. Den Gemeinden ist die Möglichkeit gelassen zwischen Gemeindebiersteuer und Bürgerabgabe zu wählen; sie können auch beide Steuern erheben. Die Pflicht eine der Steuern zu erheben besteht, wenn sie genötigt sind nachträglich die Realsteuern über den Satz vom 1. August 1930 hinaus zu erhöhen, oder wenn vom 30. April an der Landesdurchschnitt überschritten wird. Neben der durch die Verordnung geschaffenen Gemeindebiersteuer können die Gemeinden mit Zustimmung der Landesregierung eine allgemeine Gemeindegetränksteuer auf alle alkoholischen und nichtalkoholischen Getränke erheben, wenn sie durch Wohlfahrtsaufgaben in besonderem Maß belastet sind. Auch in dieser Ge-

stalt enthält die Einnahmeerweiterung Härten, wie die steuerliche Erfassung auch der steuerfreien Personen mit dem Mindestsatz von 3 Mark, die auf jeden Fall dem Grundgedanken des Existenzminimums widerspricht. Denkt man aber an den Eifer, mit dem vorher die reine Kopfsteuer verfochten wurde, so erkennt man doch die ganz grundsätzliche Veränderung, in der nur schwach die ursprüngliche Absicht durchklingt. Die Gemeindebier- und -getränksteuer sollte nicht so großen Widerstand finden; es ist nur wie immer alles Augenmerk darauf zu lenken, daß sie nicht zum Sondergeschäft der Brauer und Wirte wird.

Gasversorgung Die Herausbildung der Gruppengasversorgung hat starke Veränderungen in der Organisation der Gasproduktion hervorgerufen, deren Ausmaß schwer zu überblicken ist. Im 25. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte wird der Versuch unternommen über die Organisationsverhältnisse der Gasversorgung Licht zu verbreiten. In den Angaben dort wird darauf verwiesen, daß in der weitem Umgebung des Ruhrgebiets die Versorgung mit Zechengas Fortschritte gemacht hat. So durch die Versorgung der 200 Kilometer vom Ruhrgebiet entfernt liegenden Stadt Hannover durch die Ruhrgasgesellschaft, mit der die Stadt 1928 einen Lieferungsvertrag über den Bezug des gesamten Gasbedarfs abgeschlossen hat, und durch die Leitung, die nach Köln gebaut wird und unter Beibehaltung der örtlichen Gaserzeugung den eine gewisse Erzeugungsmenge überschreitenden Gasbedarf Köln zuführen wird, und die man nach Aachen zu verlängern plant. In Hessen ist die Hessische Kommunale Gasgesellschaft (Hekoga) entstanden. Der Südwestdeutschen Gasgesellschaft, die von der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadtgemeinde Mannheim gegründet wurde, haben sich auch die badischen Städte Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim angeschlossen, weiter die Städte Ludwigshafen, Wiesbaden, Hanau. Ferner besteht eine Pfälzische Gasaktiengesellschaft und eine Ferngasgesellschaft Saar mit beschränkter Haftung. In Württemberg wurde 1927 der Landesverband Württembergischer Gaswerke gegründet, der einem besondern Ausschuß die Aufstellung und Durchführung eines einheitlichen Plans für die Gasfernversorgung Württembergs übertragen hat. In bemerkenswerter Weise betreibt die Deutsche Kontinentale Gasgesellschaft Dessau

die regionale Zusammenfassung in der Gas- und Elektrizitätswirtschaft. Die wichtigsten Gründungen der letzten Zeit sind die von ihr und der Stadt Magdeburg ins Leben gerufene Produktionsgesellschaft Gasversorgung Magdeburg-Anhalt, die zunächst die Stadt Magdeburg, später eine Reihe anderer der Kontinentalen Gasgesellschaft gehöriger Werke sowie privatwirtschaftliche Großverbraucher, Kommunen usw. beliefern soll. Die Stadt Halle hat mit Leipzig, Merseburg und 4 anderen Gesellschaftern die Gasfernversorgung Saale, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gegründet. Die Stadt Aschersleben hat sich entschlossen den Ausbau des Gaswerks, der infolge der Zunahme der Gasabgabe notwendig geworden ist, nicht durchzuführen sondern zunächst Spitzengas von einem benachbarten Werk der Thüringer Gasgesellschaft zu beziehen und nach Verschleiß der bestehenden Ofenanlagen den vollen Gasbedarf der Stadt durch Ferngas zu decken. Die Stadt Freiburg im Breisgau hat mit der Aktiengesellschaft Allgemeine Energieversorgung in Heidelberg die Gasfernversorgung Oberbaden gegründet. An der Landesgrenze von Preußen und Sachsen werden 2 Gasdruckleitungen zusammengeschlossen, von denen die eine ihren Weg von Leipzig, die andere von Merseburg nimmt. Es werden damit Ortschaften der Gasversorgung erschlossen, die bisher ohne Gas waren. Die Erhebungen sind durchaus nicht vollständig; sie zeigen aber, daß die Organisation des Gaswesens sich dauernd und einschneidend ändert.

Erwerbsbetriebe

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte Untersuchungsergebnisse über die finanzielle Bedeutung der Erwerbsbetriebe für den Haushalt der Großstädte im Rechnungsjahr 1927-1928. Sie lassen einen ganz beachtlichen Einfluß der Einnahmen aus Erwerbsbetrieben auf den Haushalt erkennen. Der Überschuß der Betriebe betrug für alle Großstädte insgesamt 254,5 Millionen Mark, pro Kopf der Bevölkerung 16,39 Mark. Zur Deckung des gesamten Finanzbedarfs dieser Städte haben die Betriebsüberschüsse 8,8% beigetragen, zu der des Zuschußbedarfs 15,1%. Für die Gesamtheit der Großstädte betragen die Einnahmen aus Betriebsüberschüssen 42,9% der Einnahmen aus Realsteuern. Das läßt erkennen, wie den gewiß vielfach hohen Realsteuern auch erhebliche indirekte Steuern in Form hoher Tarife

für Leistungen der Erwerbsbetriebe zur Seite stehen, und auch diese Art der Belastung erheblich angespannt ist. Der Nachteil zusammenfassender Statistik einer Vielzahl von Städten ist es, daß wohl allgemeine Vorstellungen, aber keine konkreten Bilder vermittelt werden. Von ihrer verschiedenen Gestalt erhält man eine Vorstellung durch Kenntnis der erheblichen Schwankungen, die zwischen den einzelnen Städten bestehen. Der Kopfbetrag der Überschüsse schwankt zwischen 1,50 und 41 Mark, der Anteil an der Deckung des Zuschußbedarfs zwischen 1,5% und 37,8%. In einigen Städten sind die Betriebsüberschüsse höher als die Realsteuern. Gegen das Vorkriegsjahr 1913-1914, in dem der Kopfbetrag der Überschüsse 8,78 Mark betrug, sind diese um 86,7% gestiegen. Aber sie machen heute doch immerhin nur 15,1% des Zuschußbedarfs aus und damals 16,7%. Von den Betrieben, die Überschüsse liefern, stehen die Versorgungsbetriebe weit voran mit 235,0 Millionen Mark oder 85,5% aller Überschüsse. Davon entfallen 124,2 Millionen auf Elektrizitätswerke und 110,8 auf Gas- und Wasserwerke. Die Verkehrsunternehmungen bringen 31,7 Millionen Mark Überschuß. Den Überschüssen von 274,6 Millionen stehen 20,1 Millionen Mark Zuschüsse gegenüber, die meist aus außerordentlichen Aufwendungen (Neubau usw.) resultieren. 14,6% der Zuschüsse werden für Häfen und Flughäfen aufgebracht. Das Darstellen der Finanzleitung der kommunalen Betriebe gibt eine gute Beleuchtung der immer wieder umstrittenen Frage ihrer Besteuerung. Wer nicht einen Leistungsabbau der Gemeinden will, muß bei einer Besteuerung der kommunalen Betriebe entweder Tarifsteigerung wollen oder Erhöhung anderer Steuern. Wie schwer man die Einnahmen durch formelle Steuern erhöhen kann, ist bekannt. Die Besteuerung der Betriebe verlangen heißt den Leistungsbereich der Gemeinden mit dem Vortäuschen anderer Ziele angreifen. Die steuerliche Gleichsetzung der kommunalen Betriebe darf man nicht ohne Beachtung der finanzpolitischen Funktion diskutieren, die diese Betriebe heute erfüllen. Und diese ist, wie die angeführten Zahlen zeigen, außerordentlich beachtlich.

Totenliste

Am 26. Februar starb in Berlin der Branddirektor *Erich Runge*, in seinem 58. Lebensjahr. Er war 1902 in die Feuerwehr eingetreten, wurde 1925 Branddirektor der Berliner Innenstadt und

1928, bei der Neuorganisation der Berliner Feuerwehr, mit der Leitung der Abteilung Exerzierdienst des Zentralamts der Feuerwehr beauftragt. Bei vielen Bränden hat er unter Lebensgefahr seine ganze Person eingesetzt.

Am 10. Mai starb in Berlin der langjährige Berliner Stadtrat *Leopold Rosenow*, im Alter von 82 Jahren. Er war der letzte der alten liberalen Berliner Kommunalpolitiker und, im Gegensatz zu Cassel, der Führer der Neuen Linken. Er gehörte auch dem Dreiklassenparlament Preußens als Vertreter Berlins an; dort mußte er oft genug die Angriffe auf den "Wasserkopf" abwehren.

In Breslau starb Mitte Mai der frühere Direktor der Berliner Magistratsbibliothek *Gustav Jähnke*, in seinen 78. Lebensjahr. Er hat diese wissenschaftliche Bibliothek zu einem wirklichen Organ der Berliner Verwaltung gemacht.

Am 12. Juni schied *Bern Meyer* in Berlin aus dem Leben. Er hatte sich um die Stellung als Direktor der Berliner Stadtbank beworben und galt als der geeignetste und aussichtsreichste Kandidat. Als er trotzdem in der Wahl unterlag (weil man, der Strömung nachgebend, den Juden trotz seiner Qualifikation fallen ließ), nahm er sich das so zu Herzen, daß er sich unmittelbar darauf in seiner Wohnung erschöß. Eine Zufallsmehrheit hatte entschieden. Meyer, dessen fanatischer Kampf gegen die Berliner Korruptionswirtschaft bekannt war, schien der richtige Mann in der Leitung der Stadtbank. Er war nicht nur in der Berliner Bankwelt sondern auch in politischen Kreisen geschätzt. Er gehörte der Sozialdemokratischen Partei an. Die Gründung der Arbeiterbank war im wesentlichen sein Werk. Unter den zahlreichen Bankierselbstmorden der letzten Zeit ist dieser einer der wenigen, der nicht aus wirtschaftlicher Not, und der einzige, der aus Schmerz darüber geschah, daß eine der Gesinnung entsprechende öffentliche Wirksamkeit verschlossen wurde. Bern Meyer ist nur 42 Jahre alt geworden.

Am 1. Juli starb in Berlin der Bürgermeister des Bezirks Tiergarten *Karl Doflein*, fast 56 Jahre alt. Er hat sich um den Ausbau seines Verwaltungsbezirks Verdienste erworben. Sein besonderes Interesse galt der Jugend- und Gesundheitspflege. Er gehörte der deutschnationalen Volkspartei an, die er kürzlich verließ, ohne dies nach außen hin kundzutun. Doch zeichnete er sich stets durch Verständnis für die Ansichten politischer Gegner aus.

Kurze Chronik Der ehemalige Oberbürgermeister Otto Most sprach auf einer Kommunalpolitischen Tagung der Deutschen Volkspartei der Rheinprovinz über die *Krise der Selbstverwaltung*. Er meinte, daß sich von oben die notwendige Reform nicht dekretieren lasse. Sie könne nur durchgeführt werden, wenn die Beteiligten von der Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen überzeugt sind. In der 13., in Koblenz abgehaltenen Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei rief die Rede des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer über das gleiche Thema Aufsehen hervor. Adenauer betonte mit starkem Nachdruck, daß es unzulässig sei Beamte in der Selbstverwaltung nur nach dem Gesichtspunkt der Parteizugehörigkeit einzustellen, und er warnte auch die Zentrumspartei vor solchem Verfahren. ◊ Auf der selben Tagung sprach der Essener Oberbürgermeister Franz Bracht über die *Finanznot der Gemeinden*. Er versuchte nachzuweisen, daß die Zunahme der Gemeindeverschuldung im wesentlichen von der Übernahme neuer Aufgaben herrühre. ◊ Seit dem Jahr 1919 wurden in Deutschland 1,65 Millionen Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 13 Milliarden Mark neu errichtet. ◊ Neue Richtlinien für *Volksschulbauten* hat das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an Stelle der bisherigen, aus dem Jahr 1895 stammenden, herausgegeben. Nach ihnen ist bei der Wahl des Schulgrundstücks mit Rücksicht auf die turnerische und sportliche Betätigung eine größere Freifläche als bisher, nämlich 5 statt 3 Quadratmeter für jedes Schulkind, zu erstreben. In den Klassenzimmern soll man grundsätzlich nur 2sitzige Bänke verwenden, wie sie sich schon in städtischen Schulen bewährt haben. Nach Möglichkeit soll das Aufhängen der Überkleider in den Klassen vermieden werden. Besondere Turnhallen werden schon bei Schulen von mehr als 5 Klassen als nötig anerkannt. Diese Richtlinien geben in der Hauptsache wieder, was in den Großstädten seit Jahren verwirklicht ist. Auch hier findet der interessante Prozeß statt, daß Entwicklungsergebnisse der Städte allgemein verpflichtend werden. Praktische Bedeutung haben die Richtlinien vornehmlich deshalb, weil sie die Voraussetzungen festlegen, unter denen sich der Staat künftigt an den Baukosten der Schulverbände zu beteiligen für verpflichtet hält.

Literatur

In dieser Rundschau (1930 II Seite 681 und folgende) wurde bereits kurz auf *Karl Pribrams* Theorie der städtischen Grundrente hingewiesen. In einer kleinen Schrift Die städtische Grundrente im Konjunkturverlauf /Berlin, Kurt Schroeder/ legt Pribram diese Theorie näher dar. Nach vorherrschender Meinung ist auch die städtische Grundrente eine Differentialrente, die sich allerdings nicht, wie die Rente des landwirtschaftlich genutzten Bodens, aus dem Unterschied der Kosten bei gleichen Preisen ergibt sondern aus dem Unterschied der Mietpreise, die von den Mietern vornehmlich auf Grund der Wohnlage geboten werden. Diese Erklärung unterstellt freilich in der ungünstigsten Lage einen von Stadtrente freien Boden, eine Annahme, die mit der Tatsache der Mietskasernen am Stadtrand schwer vereinbar ist. Solche intensive Bebauung ist deutlicher Ausdruck für das Vorhandensein städtischer Grundrente, die erklärbar wurde als reine "Seltenheitsrente", da das für Wohnbauzwecke verfügbare Gelände nicht über die Verkehrszone hinaus vermehrt werden kann. Pribram gibt eine andere Erklärung für eine allgemeine, nicht differenzielle Rente. Nach ihm sind die Unterschiede in den Gesteungskosten sehr wohl Entstehungsgrund. Zwar nicht die Verschiedenheit der Kosten am gleichen Zeitpunkt, vielmehr die Kostenschwankungen im konjunkturellen Ablauf der Wirtschaft. Bei freier Wohnungswirtschaft führt beim Aufstieg der Konjunktur das Steigen der Preise zur Erhöhung der Baukosten, denen die Mietpreise zunächst wegen sinkender Kaufkraft nicht folgen können. Der Wohnungsbau vermindert sich, und diese Einschränkung des Wohnungsangebots veranlaßt eine allmähliche Anpassung der Mieten an die allgemeine Preissteigerung. Diese Anpassung bedeutet selbst noch keine Grundrentenbildung. Diese beginnt vielmehr erst mit dem Konjunkturrückgang. Die Gesteungskosten neuer und die Reproduktionskosten alter Wohnhäuser sinken, die Mieten folgen aber nicht. Bei unbebauten Grundstücken wirkt sich dies in einer Steigerung der Bodenpreise aus. Konjunkturschwankungen und Nichtanpassung der Mieten an zurückgehende Preise sind die Vorgänge der Wirtschaft, mit denen Pribram zu wesentlichem Teil die Grundrentenbildung erklärt. Er glaubt mit dieser Theorie auch eine Erklärung für die fortschreitende Steigerung des Mietaufwands gefunden zu haben.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Internationaler Kongreß 1930 Der 4. Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbunds fand im Sommer 1927 in Paris statt (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 843 und folgende). Auf ihm wirkten sich noch all die Erschütterungen aus, von denen die Gewerkschaftsinternationale durch den Krieg und die Wirren der ersten Nachkriegsjahre betroffen worden war. Doch die Hoffnungen und Erwartungen, die man nach den oft unliebsamen, aber die Atmosphäre bereinigenden Verhandlungen des Pariser Kongresses hegen durfte, haben sich erfüllt. Auf dem diesjährigen 5. Kongreß, der vom 7. bis zum 11. Juli in Stockholm abgehalten wurde, bot der Internationale Gewerkschaftsbund das Bild unerschütterlicher Einigkeit und Stärke. Der Tätigkeitsbericht des Sekretärs, die Referate und die Diskussionsreden, die auf ihm gehalten wurden, zeigten, daß die Periode kleinlicher und oft persönlicher Auseinandersetzungen vorüber ist, daß die Zeit gekommen ist, um für die große Weltorganisation der Arbeit neue Aufgaben festzulegen, neue Ziele abzustecken. Die Anerkennung, die der Internationale Gewerkschaftsbund in der ganzen Welt gefunden hat, kam auch darin zum Ausdruck, daß neben den 132 Delegierten, die die Organisationen von 27 Ländern vertraten, und den 27 Vertretern der Internationalen Berufssekretariate auch noch 15 Gäste aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossenen Ländern anwesend waren, darunter die Vertreter der Gewerkschaften Norwegens und Finnlands, Ägyptens, Indiens, Japans, Australiens und Neuseelands. Es ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß manche dieser Länder bei dem nächsten Kongreß ihre Delegierten nicht mehr nur als Gäste sondern als Mitglieder des großen Weltbunds entsenden werden.

Am 1. Verhandlungstag wurde, nach den Begrüßungsansprachen, von Johann Sassenbach, dem um die Gewerkschaftsinternationale hochverdienten Sekretär, der Tätigkeitsbericht erstattet. Sassenbach konnte von einem ständigen Aufstieg des Bundes, der augenblicklich rund 14 Millionen Mitglieder zählt, berichten und seine Befriedigung über das herzliche Verhältnis, das zwischen den einzelnen angeschlossenen Landesorganisationen besteht, zum Ausdruck bringen. Er konnte auch davon berichten, daß das Interesse für den Internationalen Gewerkschaftsbund, die Anerkennung

seiner großen Bedeutung bei der Arbeiterschaft der ganzen Welt in ständigem Wachsen begriffen sei. Nach einer kurzen Debatte, bei der unter anderen der holländische Delegierte E. Kuypers eine eingehende Stellungnahme zum Krieg vermißte, wurde der Bericht des Vorstands gutgeheißen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbunds. In dieser Rundschau (1929 II Seite 939 und folgende) ist dieses Programm bereits ausführlich gewürdigt worden. Es wurde nach einem schriftlichen Referat Theodor Leiparts, der leider noch nicht am Kongreß selbst teilnehmen konnte, und nach einem ergänzenden Referat Wilhelm Eggerts unverändert angenommen. Es erübrigt sich hier noch einmal ausführlicher auf dieses wichtige Dokument einzugehen, und es seien nur die den Sinn und den Charakter des Programms so klar umschreibenden folgenden Sätze aus dem Referat Theodor Leiparts angeführt: »Jedes Wirtschaftsprogramm, das sich nicht damit begnügen will phantasievolle Luftschlösser aufzubauen sondern mit der Wirklichkeit rechnet, muß von den gegebenen Verhältnissen ausgehen, also der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Wir wissen, daß wir die Entwicklung nicht von einem Tag auf den anderen umzubiegen vermögen. Wir wissen, daß die Früchte eines Baumes nicht von heute auf morgen sondern in mühevoller Gärtnerarbeit nur langsam veredelt werden können. Wir verwerfen daher die revolutionäre Phrase, wir glauben an die Evolution, an die zwar langsame, aber sichere Umwandlung der Wirtschaft.« Aus dieser Grundanschauung heraus kommt Leipart zu der Folgerung: »Daher lautet unsere Forderung, schlagwortartig zusammengedrängt: Kontrolle der Wirtschaft und Mitbestimmungsrecht durch nationale und internationale Behörden; Kontrolle der Wirtschaft und Mitbestimmungsrecht durch die Arbeiterschaft und ihre Organisationen, die Gewerkschaften. Das ist der Grundton, auf den die einzelnen Forderungen unseres Programms abgestimmt sind.« Die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbunds geben sich bei der Annahme dieses Programms nicht falschen Hoffnungen hin. Sie sehen die Schwierigkeiten, die in den einzelnen Ländern der Verwirklichung noch im Weg stehen. Sie sehen auch, daß sich überhaupt ein einheitliches, starres Schema nicht aufstellen läßt. Es gilt aber die großen

gemeinsamen Ziele herauszustellen. Auch das kommt in den Schlußworten des Referats Leiparts so gut zum Ausdruck: »Wir wollen uns bei der Annahme unseres Programms darüber klar sein, daß es nicht überall in gleichem Umfang und in gleichem Tempo durchgeführt werden kann. In jedem Land sind die Produktionsbedingungen, die natürlichen und die sozialen Verhältnisse verschieden. Daher werden in den einzelnen Ländern Modifikationen und Abarten unserer Forderungen notwendig und erlaubt sein müssen. Dies ändert jedoch nichts daran, daß unser Streben, im großen gesehen, auf die gleichen Ziele gerichtet ist. In dieser Gleichartigkeit der Ziele und Bestrebungen, in der Gleichartigkeit der angewandten Mittel liegt die Stärke der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Das Bekenntnis zur internationalen Gemeinsamkeit bedeutet, daß ein jeder von uns im Arbeiter des andern Landes den gleichstrebenden Bruder anerkennt. Uns eint der Wille zum Frieden. Über die nationalen Grenzen hinaus reichen wir uns in brüderlichem Verstehen die Hand. Das ist der tiefste Sinn unseres Wirtschaftsprogramms. Dieses Wirtschaftsprogramm ist der Anfang eines Werkes, das mit allen Mitteln und unter Einsatz unserer besten Kräfte gefördert werden muß; international vom Internationalen Gewerkschaftsbund, national von jeder einzelnen der ihm angeschlossenen Landeszentralen. Die Einmütigkeit unserer Forderungen, gestützt von dem festen Willen aller Länder an der Verwirklichung unserer Ideale mitzuarbeiten, verleiht unserm Programm seine werbende Kraft und macht es zur festen Grundlage für den Aufbau der von uns erstrebten Wirtschaftsordnung.« Auf wirtschaftlichem Gebiet ließ sich ein einheitliches Programm formulieren. Auf sozialpolitischem Gebiet war das wesentlich schwieriger. Cornelius Mertens /Belgien/ hob in seinem Referat über die Schaffung eines solchen Programms hervor, daß vor dem Krieg Sozialpolitik den sozialistischen Parteien und den sozialistischen Arbeiterkongressen überlassen wurde, und daß erst von 1919 an sich der Internationale Gewerkschaftsbund direkt mit sozialpolitischen Fragen befaßt hat. Er betonte, daß die Sozialgesetzgebung sich immer auf die Gesamtheit der Arbeiter erstrecken müsse, daß ein sozialpolitisches Programm des Internationalen Gewerkschaftsbunds also wahrhaft allumfassend sein, daß es die Sozialversicherung, den Sonderschutz, die Kontrolle und Verhütung umfassen

müsse. Über die Durchführung der einzelnen Programmpunkte bestehen aber heute noch zwischen den einzelnen Organisationen zu große Meinungsverschiedenheiten, als daß es möglich wäre mit einem Schlag ein allgemeines, wirklich durchführbares Programm zu schaffen. So wurde der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbunds beauftragt unter Zugrundelegung des dem Kongreß vorgelegten Entwurfs, unter Mithilfe der angeschlossenen Organisationen und sonst nötiger Sachverständiger, ein vollständiges Programm auszuarbeiten. Nur in der Arbeitszeitfrage entschloß man sich in Stockholm eine klare Parole auszugeben. Man einigte sich dabei auf die Forderung der 44-Stunden-Woche, als Etappe zu einer weitem Arbeitszeitverkürzung. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbunds wurde beauftragt eine Kampagne zur Propagierung und Erreichung dieses Ziels einzuleiten. Als weitere wichtige Punkte standen auf der Tagesordnung die Stellungnahme zu Abrüstung und Frieden und die Lage der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie. Über das eine Thema referierte Léon Jouhaux /Frankreich/, über das andere George Hicks /England/. Es wurden zu beiden Fragen Resolutionen angenommen. In der Frage der Entwaflnung erklärte der Internationale Gewerkschaftsbund, »daß er sich die von den Regierungen abgegebenen Erklärungen zu eigen macht, die den Krieg außerhalb des Gesetzes stellen und ihn als ein internationales Verbrechen bezeichnen«. Es wurden dann die einzelnen Punkte einer Aktion gegen die Kriegsgefahren, so die sofortige Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen, die Kontrolle der Herstellung und des Handels mit Kriegsmaterial und anderes aufgeführt. In der Resolution über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie wird mit allem Nachdruck betont, »daß volle Demokratie für die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung eine Lebensbedingung ist«. Jede Form der Diktatur wird abgelehnt. Der Kongreß fordert den Internationalen Gewerkschaftsbund und alle ihm angeschlossenen Organisationen auf eine kräftige Propaganda für die Demokratie zu entfalten, energisch den Widerstand der Arbeiter jener Länder zu unterstützen, in denen die Gefahr der Diktatur besonders groß ist, den Opfern der Reaktion und Diktatur materiell und moralisch beizustehen, sich für das volle Asylrecht der Flüchtlinge einzusetzen und anderes mehr.

Neben den wichtigen sachlichen beschäftigten den Kongreß ebenfalls wichtige organisatorische Fragen, darunter besonders die Frage der Sitzverlegung des Internationalen Sekretariats von Amsterdam. Diese Verlegung war in Paris 1927 einmütig beschlossen, Vorstand und Ausschuß waren mit der Wahl des Orts und des Sekretärs beauftragt worden. Man konnte aber bisher keine Lösung finden. Amsterdam blieb weiter der Sitz, Johann Sassenbach weiter Sekretär. In Stockholm beschloß man jetzt, nach einer eingehenden, aber völlig sachlich geführten Aussprache, den Sitz nach Berlin zu verlegen. Die Bestimmung des Generalsekretärs wurde dem Vorstand übertragen, der in seiner alten Zusammensetzung mit Walter Citrine /England/ als Vorsitzendem wiedergewählt wurde. Unter den weiteren mehr organisatorischen Tagesordnungspunkten ist noch ein Antrag der Transportarbeiterföderation zu nennen, der die Einsetzung einer Studienkommission verlangte, die die Möglichkeit eines organisatorischen Umbaus des Internationalen Gewerkschaftsbunds prüfen sollte. Anstatt auf den Landeszentralen sollte danach der Internationale Gewerkschaftsbund künftig auf den Berufssekretariaten aufgebaut werden. Auf dem Kongreß aber herrschte die Ansicht vor, daß die Voraussetzungen zu einer derartigen Organisierung nicht gegeben seien, daß es aber dringend notwendig sei eine bessere Eingliederung der Berufssekretariate in den Internationalen Gewerkschaftsbund zu finden. Zu diesem Zweck wurde dann die Studienkommission eingesetzt. Wenn man die Tagesordnungspunkte dieses Kongresses überblickt, kann man die Würdigung der Gewerkschaftszeitung als berechtigt anerkennen: »Der Stockholmer Internationale Gewerkschaftskongreß darf den bedeutendsten internationalen Tagungen zugezählt werden. Von seinem Wirtschaftsprogramm wird ein neuer Impuls für die Beteiligung der Gewerkschaften an Wirtschaftsentscheidungen ausgehen. Die von ihm beschlossene Aktion für die Durchführung der 44-Stunden-Woche wird den Namen Stockholm 1930 bald so weltbekannt machen wie das Arbeiterschutzprogramm von 1889 den Namen Paris.«

Frankreich: In Nîmes hielt Anfang August das Syndikat der französischen Lehrer und Lehrerinnen seinen Jahreskongreß ab. Das Syndikat, das 80 000 Mitglieder umfaßt, fast $\frac{1}{2}$ aller französischen Lehrer, bildet

eine der stärksten Gruppen des französischen Gewerkschaftsbunds, der gegenwärtig rund 600 000 Mitglieder zählt. Die Lehrgewerkschaft steht hier innerhalb des Gewerkschaftsbunds auf dem linken Flügel. Sie hat mehrmals mit allem Nachdruck die revolutionäre Aufgabe der Gewerkschaften betont und sich dagegen ausgesprochen, daß die Führer der Gewerkschaften offizielle Ämter übernehmen, weil sie dadurch in ihrer Handlungsfreiheit behindert würden. Die sehr stark pazifistische Haltung kam in einer großen Kundgebung zum Ausdruck, an der auch deutsche Gäste teilnahmen.

Auf dem Kongreß wurde hauptsächlich die Gehaltsfrage erörtert. Besonders die Anfangsgehälter sind in Frankreich ganz außerordentlich niedrig. Es wurde beschlossen bei den Wahlen nur diejenigen Parlamentarier zu unterstützen, die sich die Forderungen der Gewerkschaft zu eigen machen. In pädagogischen Fragen wurde nur zur Frage des Laizismus Stellung genommen. Die Laienschule wurde in einer Resolution wieder als »ein unveränderlicher Bestandteil der Republik« bezeichnet und der heutigen Regierung vorgeworfen, daß sie zu dieser Frage keine klare Stellung nimmt. Im ganzen gab der Kongreß ein Bild der Geschlossenheit und Stärke dieser großen Organisation, deren Bedeutung für die europäische Verständigung im Hinblick auf die pädagogische Tätigkeit ihrer Mitglieder hoch zu werten ist.

Totenliste Am 6. Juli starb in Berlin der Redakteur *Emil Weill*, im Alter von 51 Jahren. Weill stand seit 1910 als Gauleiter und seit 1922 als Redakteur im Dienst des ehemaligen Verbands der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands und wirkte auch nach der Gründung des Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in der neuen größeren Organisation weiter als Redakteur. Vom November 1923 bis zum Oktober 1925 war er Bevollmächtigter der Ortsgruppe Berlin des Fleischerverbands. Seine pflichttreue Arbeit wird in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands sehr entbehrt werden.

Kurze Chronik Vom 12. bis zum 16. Mai fand in Krakau der *Internationale Bergarbeiterkongreß* statt. An ihm nahmen 127 Delegierte aus 11 europäischen Ländern teil, die insgesamt 2 Millionen Bergarbeiter vertraten. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen der Bericht und die Aussprache über die Genfer Kohlenverhand-

lungen, über die Rationalisierung im Bergbau, über das Schlichtungswesen. An Stelle des bisherigen Präsidenten Herbert Smith, der infolge von Differenzen mit seiner englischen Organisation zurückgetreten war, wurde der jetzige Präsident des englischen Verbands Tom Richards zum Präsidenten, der Belgier Charles Dejardin und der Deutsche Friedrich Husemann zu Vizepräsidenten gewählt. \diamond Die im *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* zusammengeschlossenen Verbände konnten nach den nunmehr vorliegenden genauen Zahlenangaben 1929 insgesamt einen Mitgliederzuwachs von 81 396 Mitgliedern verzeichnen. Damit zählte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund am Jahresende insgesamt 4 948 267 Mitglieder.

Literatur Unter den Veröffentlichungen über die Gewerkschaftsbewegung ragt das von Ludwig Heyde herausgegebene *Internationale Handbuch des Gewerkschaftswesens* hervor (Berlin, Verlag Werk und Wirtschaft). Der bekannte Sozialpolitiker gibt dieses Handbuch in Gemeinschaft mit Anton Erkelenz, Johann Sassenbach, Adam Stegerwald, Albert Thomas und Sidney Webb heraus. Schon in der 1. Lieferung finden wir eine große Reihe hervorragender Mitarbeiter, wie Albert Falkenberg, Siegfried Aufhäuser, Hermann Müller, Goetz Briefs und andere mehr. Man kann schon jetzt sagen, daß alle Einzelfragen die kompetenten Bearbeiter gefunden haben. Es scheint hier wirklich ein Standardwerk über die internationale Gewerkschaftsbewegung herauszukommen. \diamond Eine kleine Schrift *Jacob Marschaks Die Lohndiskussion* (Tübingen, J. C. B. Mohr) gibt eine gute Einführung in dieses überaus schwierige und komplizierte Thema. Der Verfasser arbeitet sehr klar die Problemstellung heraus und untersucht sowohl die Unternehmerauffassung, die ihre wissenschaftliche Fundierung durch nationalökonomische Theoretiker wie Gustaf Cassel und Arthur Spiethoff findet, wie die Auffassung der Gewerkschaften. In dem einen Fall wird Lohn fast nur als Kostenfaktor im Betrieb, im andern Fall vorwiegend als Kaufkraft gesehen. Marschak kommt zu dem Ergebnis, »daß die Probleme nur durch konkret-empirische Forschung gelöst werden können — und auch dann nicht für immer sondern nur jeweils für eine bestimmte Situation«. Die Broschüre kann als die beste Einführung in diese gerade heute so aktuellen Fragen warm empfohlen werden.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Lehrerbildung Mit Recht hat der preußische Unterrichtsminister Adolf Grimme bei der Einweihung der Pädagogischen Akademie in Beuthen gesagt, der geschichtliche Sinn dieser neuen preußischen Lehrerbildungsstätten müsse vor allem darin gesehen werden, daß hier von Lehrerbildnern, die sich der Schönheit, Bedeutung und Verantwortung ihres Berufs bewußt sind, Wege gesucht werden sollen, um Generationen von werdenden Volksbildnern in die Welt bleibender geistiger Werte einzuführen.

So selbstverständlich diese Formulierung erscheinen möchte, wenn man sich die besten Überlieferungen der theoretischen und praktischen Pädagogik vergegenwärtigt, so notwendig erscheint sie mit Rücksicht darauf, daß eine Besinnung auf den kulturellen Sinn jeder Erziehungsarbeit immer dann die erste Aufgabe ist, wenn neue besondere Zeitaufgaben der Lösung harren, und wenn der lebendige Zusammenhang einer Zeit mit den eigentlich schöpferischen Persönlichkeiten und Geistesströmungen der Vergangenheit verloren gegangen ist. Beides ist heute der Fall. Das Reich der Vernunft und das Reich der Wissenschaft streben nach einer neuen Verbindung mit dem der Religion, und es bahnt sich hier eine geistige Welt an, die durch die Ideale der Antike, des Mittelalters, der Aufklärung und des Positivismus nur unzulänglich ausgefüllt wird. Die Entstehung der sogenannten Sozialen Frage erfordert eine neue umfassendere Auffassung der Volksbildung, und die Erfüllung der Nationalbildung im Zusammenhang mit ihrer Eingliederung in ein umfassenderes kontinentales Staatensystem läßt heute den Kosmopolitismus der Aufklärung als Leitgedanken für politische Erziehung bei uns um ebensoviel zu vage erscheinen wie die Vergottung einer staatlichen Individualität als zu eng. Bei dieser Lage erfordert die Aufgabe der Lehrerbildung nicht nur Besinnung auf ihre allgemeinsten menschlichen Ziele sondern auch auf die besondere geistesgeschichtliche Problematik, von der sie ausgehen muß. Diese von einer soziologischen Analyse der Gegenwart ausgehende Erziehungslehre muß zum Mittelpunkt der neuen Lehrerbildung gemacht werden, wenn es sich nicht bloß um eine äußerliche Neubezeichnung dieser Aufgabe und der ihr dienenden Institute handeln soll. Soweit es dabei darauf ankommt den leben-

digen Zusammenhang mit den eigentlich schöpferischen Persönlichkeiten und Geistesströmungen der Vergangenheit wiederherzustellen, wird man gut daran tun sich einer sehr bezeichnenden Instruktion zu erinnern, die am Anfang des 19. Jahrhunderts durch den bedeutenden Philologen und Schulverwaltungsman Johann Wilhelm von Süvern jenen jungen, von der preußischen Unterrichtsverwaltung dem Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi zur pädagogischen Ausbildung in Iferten zugesandten Eleven mitgegeben wurde. Er schärfte ihnen nämlich ausdrücklich ein, sie sollten ihr Augenmerk bei dem großen Lehrmeister nicht vornehmlich auf das bloße Mechanische der Methode richten, sondern sie sollten sich »erwärmen an dem heiligen Feuer, das in dem Busen glüht des Mannes der Kraft und der Liebe, dessen erreichtes Werk noch immer unter dem geblieben ist, was er eigentlich wollte, und wovon die Methode nur als schwacher Ausfluß, nur als Niederschlag erscheint«. Genau das selbe, was Süvern 1809 empfand, ist auch für die heutige neue preußische Lehrerbildung wieder von grundlegender Bedeutung, und an diese Auffassung gilt es bei der innern Ausgestaltung der Pädagogischen Akademien bewußt anzuknüpfen. Das Methodische bei der Lehrerbildung ist von großer Wichtigkeit, aber es ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist die kraftvolle, feurige, von tiefer Menschlichkeit und großer, klarer Kulturanschauung erfüllte Persönlichkeit des Lehrerbildners, der dem Reich der bleibenden geistigen Werte, in das er einführen soll, selbst angehört. Ob wir es bei den neuen Pädagogischen Akademien mit einem Aufbau in diesem Sinn zu tun haben, muß die Zukunft erweisen.

Schülervereine Das Provinzialschulkollegium Hannover hat Schülern und Schülerinnen die Zugehörigkeit zum Nationalsozialistischen Schülerbund verboten. Im allgemeinen wird in Preußen in diesen Fragen nach dem Boelitzschen Erlaß verfahren, durch den das Desinteressement der Schule an den Vereinigungen, denen die Schüler zugehören, erklärt, und die Verantwortung dafür als Sache der Erziehungsberechtigten bezeichnet wird. Andererseits heißt es in einer grundsätzlichen, noch heute in Geltung stehenden Verfügung des Ministers Otto Boelitz ausdrücklich: »Schulen sind Veranstaltungen des Staates, die Schule kann es deshalb nicht zulassen, daß ihre Schüler

Vereinigungen angehören, die sich etwa gegen den Staat oder die geltende Staatsform richten.« Ferner regelt ein vom preußischen Unterrichtsminister neuerdings an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichteter Erlaß die Stellung des Vereins für das Deutschtum im Ausland in den Schulen in der Weise, daß sie ihm grundsätzlich die selbe Stellung gibt wie jedem andern Schülerverein. Jede Gruppe muß ihre Satzungen der Konferenz vorlegen, Werbungen durch Vorträge dürfen nur im Einverständnis mit Schulleitung und Lehrerkollegium stattfinden. Die Entscheidung über den Eintritt von Schülern unterliegt lediglich der Verantwortung der Erziehungsberechtigten. Die Lehrer dürfen den Eintritt in keiner Weise durch moralischen Druck beeinflussen, und es darf bei den Schülern nicht der Eindruck erweckt werden, als ob der Eintritt gleichsam der Schule zu Gefallen geschehe. Innerhalb des Unterrichts dürfen keine Feststellungen über Mitgliedschaft getroffen oder Werbungen begünstigt werden. Bei allen Sammlungen für den Verein scheidet die Mitwirkung der Schule künftig aus.

Deutschland und Frankreich Nach den neuesten Aufstellungen der französischen Zollstatistik hat Frankreich in den ersten 7 Monaten des Jahres 1930 deutsche Waren im Wert von 4,7 gegen 3,6 Milliarden Francs im Vorjahr eingeführt. In gleicher Zeit ist die englische Einfuhr nach Frankreich von 3,5 auf 3,2, die amerikanische von 4,3 auf 3,7 Milliarden Francs zurückgegangen. Frankreich kauft also gegenwärtig mehr deutsche als englische und amerikanische Waren. Deutschland steht unter Frankreichs Kunden mit 2,6 Milliarden, gegen 2,8 im Vorjahr, nach wie vor an 3. Stelle. Die augenblicklich in Gang befindliche Gründung einer großen europäischen Bodenkreditbank zu Amsterdam, deren Emissionstätigkeit sich wahrscheinlich vorwiegend auf Frankreich erstrecken wird, kann als Symptom dafür angesehen werden, daß der augenblickliche Kapitalüberfluß Frankreichs auch für die übrigen Länder Kontinentaleuropas, besonders Deutschland, nutzbar gemacht werden soll, vorausgesetzt, daß die politischen Bedingungen dafür geschaffen werden. Auch Amerika sieht augenblicklich in Frankreichs Kapitalschatz die einzige große Reserve für die Weltwirtschaft. Die 4 seit 1926 in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft zu einem Verkaufskartell zusammengeschlossen

Eisenindustrieen Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs repräsentieren eine Jahresproduktion von 30 Millionen Tonnen, denen die in der Export Association of America repräsentierte Jahresproduktion von zirka 45 Millionen Tonnen gegenübersteht. Das augenblicklich drohende Auseinanderfallen der erstgenannten Organisation würde vorwiegend dem amerikanischen Rohstahlverkaufskartell zugute kommen. Für einen engeren innern Ausbau der kontinentaleuropäischen Rohstahlgemeinschaft zu einem Produktionskartell nach dem Vorbild der amerikanischen Produktionskartelle Bethlehem Steel Company und United States Steel Corporation würde, wie Arnold Rechberg am 4. September in der Vossischen Zeitung ausführte, ein politisches Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien die Voraussetzung bilden.

Von derartigen, aus dem europäischen Wirtschaftsleben der letzten Wochen beliebig herausgegriffenen Tatsachen aus erhalten nicht nur die aktuellen politischen Ereignisse in Kontinentaleuropa, insbesondere das Vorgehen Aristide Briands und der allgemeinere politische Zusammenhang, in dem es steht, ihre entscheidende Bedeutung sondern auch diejenigen Ereignisse des geistigen Lebens, die sich auf das Problem Deutschland-Frankreich im allgemeinen kulturellen Sinn beziehen. Sie verdienen daher augenblicklich noch immer ganz besondere Hervorhebung unter dem Gesichtspunkt, daß es dabei um Tieferes und Entscheidenderes geht als um die allmähliche Wiederanbahnung der geistigen Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern und anderen Staaten und Ländern der Welt. Die aktuelle Aufgabe der deutschen Publizistik ist es dem deutschen Volk, insbesondere seinen Politikern und Intellektuellen, diesen grundlegenden Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Schicksal so lange unermüdet vor Augen zu führen, bis die entscheidenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgerungen daraus gezogen sind. In diesem Sinn sind die in dieser Rundschau immer wieder gegebenen Zusammenstellungen symptomatischer Vorgänge des deutsch-französischen Geisteslebens, somit auch die hier folgende, zu verstehen. Das Deutsch-Französische Studienkomitee hielt im Frühsommer in Heidelberg seine 8. Tagung ab. Im Anschluß an deutsche und französische Referate sprach man sich über die politische und

wirtschaftliche Entwicklung beider Länder und die Möglichkeit einer weitem wirtschaftlichen Konsolidierung Europas aus. Man beschloß die Geschäftsstellen in Paris und Berlin aufrechtzuerhalten und die Mitgliederzahl auf beiden Seiten auf je 40 zu erhöhen.

Der Verfasser des besten und einzig aufschlußreichen Amerikabuchs, André Siegfried von der Pariser Hochschule für Politik, führte in seinem Berliner Vortrag Ende Mai aus: Die Vereinigten Staaten von Amerika seien nicht mehr wie noch vor 40 Jahren ozeanisches Land mit engen Wechselbeziehungen zum alten europäischen Kontinent. Ihr Schwerpunkt habe sich längst von den Neuenglandstaaten nach dem mittlern Westen verschoben. Hier habe sich ein kontinentaler autonomer Menschentypus von standardisierten Lebensgewohnheiten ausgebildet, und die durch ihn verkörperte Zivilisation, die dem heutigen Amerika das Gepräge gebe, sei der historisch gewordenen, vorwiegend individualistischen Lebensart Europas wesensfremd. Europa müsse von Amerika das Nützliche annehmen, aber sein Wertvollstes bewahren. Die aus seinem Individualismus kommenden Nöte müsse es aus sich heraus, nicht nach äußerlichem amerikanischen Rezept überwinden. Auch André Maurois, der französische Biograph Disraëlis, Byrons und Shelleys, sprach kürzlich in Berlin, und zwar über die Poesie des modernen Lebens. Er betonte, daß der Dichter auch bei historisch-biographischen Schilderungen immer seine Seele einsetzen müsse, und daß das Schöne nur auf wahrhaftiger Empfindung beruhe. Unter anderm erinnerte er daran, daß die Dichter des nordamerikanischen Kontinents noch Generationen hindurch die in ihren lyrischen Ergüssen verwendeten Metaphern aus der Vorstellungswelt der altenglischen Heimat bezogen, zum Beispiel noch lange von Lerchen und Nachtigallen gesungen hätten, obwohl es in Neuengland weder das eine noch das andere gibt. Maurois äußerte unter anderm, er wolle demnächst an einer amerikanischen Universität lesen und dabei die Jugend studieren. Ein deutsches Mädchen wolle er in seinen nächsten Roman stellen, dessen 2. Buch das heutige Europa mit einem Franzosen als Helden behandeln solle. In der Deutsch-Französischen Gesellschaft zu Berlin zeigte der französische Abgeordnete Paul de Cassagnac seinen deutschen Hörern die Schönheiten französischer Landschaft, zum Beispiel Auvergne, Gascogne,

Pyrenäen. Im Demokratischen Klub erörterte der Pariser Anwalt Henri Demont vor Berlinern seinen Plan der Umwandlung des Völkerbunds aus einer politischen in eine juristische Organisation, die nach seiner Meinung den Weltfrieden besser sichern würde. Und als Gast der selben Vereinigung sprach Edouard Dujardin von der Pariser Sorbonne über die Haltung der jungen französischen Schriftsteller zu Deutschland. Als Quintessenz der Meinungen von 60 Schriftstellern (darunter François Mauriac, Pierre Benoit, Jean Richard Bloch, Jean Cocteau, Clément Vautel, André Gide, Jean Giraudoux, Roger Martin du Gard) stellte er, unbeschadet der Nuancen in Charakter und Richtung, allgemeinen starken Willen zur geistigen Zusammenarbeit mit Deutschland fest. Auf dem letzten großen Katholikentag zu Münster bekannte sich der französische Abt Henri Demulier vor vielen Tausenden deutscher Zuhörer zur Völkerverständigung, insbesondere zur Beseitigung der zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vom Krieg her bestehenden Mißverständnisse.

In der Berliner Staatsoper Unter den Linden kam im Mai Darius Milhauds und Paul Claudels chorische Oper Christoph Columbus zur Uraufführung (siehe die Rundschau Musik, 1930 II Seite 624 und folgende). Die niedrigen Anrempe-lungen gewisser völkischer Blätter konnten nicht verhindern, daß das Werk in wenigen Wochen 9mal gegeben wurde und eine tiefe Wirkung auf die Hörer übte. Unter den neueren französischen Büchern, die in deutscher Übersetzung erschienen sind, seien hervorgehoben: Elie Faure Napoléon, von Otto und Erna Grautoff übertragen /Dresden, Paul Aretz/, Henri de Jouvenel Graf Mirabeau, der Volkstribun /Leipzig, Paul List/, Henri Massis Défense de l'occident, deutsch von Georg Moenius /Hellerau, Jakob Hegner/, François Mauriacs Romane Liebe; terra incognita und Tag und Nacht, beide im Verlag Paul Zsolnay in Wien, in dem auch Jean Richard Blochs Simler & Co. und Roger Martin du Gards 1913 geschriebenes Jugendwerk Jean Barois, ein Buch von prinzipieller Bedeutung, erschienen, Romain Rollands Bücher über Ramakrischna und Vivekananda /Zürich, Rotapfelverlag/ (siehe die Rundschau Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 935), André Gides Jugendwerk Les nourritures terrestres /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Auch die wertvolle, von dem Oberstudiendirektor Wilhelm Gaede her-

ausgegebene Sammlung *Ecrivains d'hier et d'aujourd'hui* /Berlin, Weidmanns Buchhandlung/ mit Lesebogenstücken aus André Gide, Jean Jaurès, Georges Courteline, Bernard Grasset, Emile Verhaeren und älteren französischen Klassikern (Hugo, Stendhal, Musset, Maupassant, France) verdient in diesem Zusammenhang als wichtiges Symptom hervorgehoben zu werden.

Der deutsch-französische Schüleraustauschdienst, durch den in diesem Jahr 600 Kinder zwischen deutschen und französischen Familien ausgetauscht worden sind, ist durch die Deutsche Pädagogische Auslandsstelle für die Zukunft an Helene Leroi in Heidelberg übertragen worden. Der preußische Unterrichtsminister Adolf Grimme und der Berliner französische Botschafter Pierre de Margerie haben ihn in diesem Jahr auch durch gesellschaftliche Veranstaltungen tatkräftig gefördert. In Berlin wurden im August die französischen Austausch Kinder unter anderem auch von dem Reichsinnenminister Joseph Wirth im Garten des Innenministeriums durch einen festlichen Tee gleichzeitig mit ihren 150 deutschen Austauschpartnern festlich empfangen, wie beide Gruppen vorher auch in Paris durch Aristide Briand persönlich begrüßt worden waren. Im Oktober soll zu Berlin das unter der Leitung Oswald Hesnards stehende Heim für französische Studierende (Fondation Universitaire Française), das 30 französischen Studenten freie Wohnung, Frühstück, Abendessen und ein Monatsstipendium von 300 Mark gewähren wird, eröffnet werden; es wird außer Wohnräumen auch einen Speisesaal, eine Bibliothek, ein Lesezimmer, einen Empfangsraum usw. enthalten.

Unter der Führung Wilhelm Gaedes, der als Referent ins preußische Kultusministerium berufen wurde, haben 22 deutsche Professoren auf einer Studienreise nach Frankreich Paris besucht. Die Sorbonne ernannte den kürzlich nach Münster berufenen Göttinger Theologieprofessor Otto Piper zu ihrem Ehrendoktor. Ein Berliner Landgerichtsdirektor, Georg Krauß, promovierte an der Sorbonne mit einer These über die zivilrechtlichen Entwicklungstendenzen seit dem Bestehen des Völkerbunds im Hinblick auf den Plan eines Europäischen Staatenbunds und die Bildung eines internationalen Richterstands. Die Vereinigung der Deutsch unterrichtenden Professoren in Frankreich (Ligue d'Etudes Germaniques) gibt neuerdings eine in französischer Sprache erscheinende Zeitschrift

Le Connaitre heraus, die durch Aufsätze deutscher und französischer Autoren über wichtigste Lebenserscheinungen des deutschen Volks eine vorurteilslose Kenntnis Deutschlands in möglichst weite französische Kreise tragen und gleichzeitig als Sammelstelle für Nachrichten aus allen Gebieten deutsch-französischen Geistesauswechsels dienen will. Auf dem Augustkongreß des französischen katholischen Demokraten und Friedenskämpfers Marc Sangnier zu Bierville wurde ein Friedensheim eingeweiht, das ein Zentrum der internationalen Jugendarbeit werden soll, und dem eine Friedensschule, eine Jugendherberge, eine Landwirtschaftsschule und ein Heim für freiwillige Friedenskämpfer angegliedert sind. (Über die entsprechende Tagung zu Bierville bei Paris vom 1. bis zum 29. August 1926 ist ein vorläufiger, mit vielen Bildern geschmückter Bericht deutscher Teilnehmer unter dem Titel *Die Tage von Bierville im Werkbundverlag zu Würzburg* herausgegeben worden, der auch jetzt noch vorzüglich über den Charakter der hier in Frage kommenden praktischen Friedensarbeit orientiert.) Am 30. Juni sprach in einer großen Pariser Kundgebung der Französischen Liga für Menschenrechte der Berliner Rechtsanwalt Bruno Weil über den Fall Dreyfus und seine Bedeutung für die deutsch-französische Verständigung. Im Anschluß an seine wichtigen deutschen Aktenforschungen zum Dreyfusfall behandelte Weil die Rolle, die der deutsche Militärattaché von Schwartzkoppen sowie Fürst Bülow in der Dreyfusaffäre gespielt haben. Die vom Redner ins Feld geführte Pflicht zur Humanität gegenüber einer allzu eng gefaßten sogenannten Staatsraison gab den Tausenden von französischen Hörern immer wieder Anlaß zu stürmischen Kundgebungen für den Frieden und die deutsch-französische Verständigung.

Die Art, wie man sich gegenwärtig in Paris für das deutsche Geistesleben interessiert, wie man Wagnertenöre und Konzertsängerinnen, deutsche Filmdarsteller, Vortragende, Besuchsgruppen usw. aufnimmt und feiert, gab dem (selbst keineswegs deutschfeindlichen) Pariser Schriftsteller Clément Vautel Veranlassung in einer seiner täglich im Journal erscheinenden Glossen (Mon film) geradezu von einer neuen deutschen Invasion, die sich sogar bis in den französischen Konsum Münchener Biere und Hannoveraner Kuchen erstreckte, zu sprechen und zu fragen, ob man hier nicht geradezu von einer französischen

Germanomanie sprechen könne. Und Henri de Jouvenel, der frühere französische Vertreter beim Völkerbund, der als Herausgeber des *Matin*, historischer Schriftsteller und Senator zu den repräsentativen Geistern des heutigen Frankreichs gehört, hat sogar den deutschen Lesern der Deutsch-Französischen Stimmen die Anregung unterbreitet, man solle das deutsche und das französische Volk öffentlich über den Gedanken eines deutsch-französischen Bündnisses abstimmen lassen. Raymond Poincaré, der am 20. August 70 Jahre alt geworden ist, debattierte Ende August mit dem deutschen Reichsminister Gottfried Reinhold Treviranus in der deutschen und der französischen Presse über die Revision der deutschen Ostgrenzen. In einer vom Propyläenverlag in Berlin veröffentlichten Zusammenstellung über die Auflagehöhen, die das bis jetzt in 29 Sprachen übersetzte Buch Erich Maria Remarques *Im Westen nichts Neues* in den verschiedenen Ländern erfahren hat, nehmen Deutschland mit 1 Million und Frankreich mit 440 000 verkauften Exemplaren bei einer Gesamtauflage von bisher etwa 3 Millionen Stück die beiden ersten Stellen ein, bestreiten zusammen etwa die Hälfte der Gesamtauflage.

Kulturkritik Die Meinungen über dasjenige Schrifttum der Gegenwart, das Anspruch auf philosophischen, soziologischen und wissenschaftlichen Wert haben dürfe, sind noch immer durch das Bild von einem Buch bestimmt, das sich an einen nicht zu großen Kreis gelehrter Leser wendet, während das, was diese Bücher in Wirklichkeit an selbständigen Gedanken und Beobachtungen enthalten, oft minimal ist. Solche Erwägungen mögen sich manchem Leser aufdrängen, der das kleine Buch Rudolf Arnheims *Stimme von der Galerie* (Berlin, Wilhelm Benary) durchliest. In den darin dargebotenen 25 kleinen Aufsätzen zur Kultur der Zeit (die von Hans Reimann eingeleitet und von Karl Holtz illustriert sind) steckt mehr Soziologie als in zahlreichen gelehrten Büchern zur Kultur unserer Zeit. In einem Kapitel *Komödie der Erziehung* ist von der typischen Situation die Rede, die dadurch entsteht, daß der Erzieher mit den gesteigerten Anforderungen, die die prügellose neue Erziehung an ihn stellt, nicht fertig wird. Das Kind genießt nun die Freiheit, und die Erziehung hört »haargenau dort auf, wo sie anfangen müßte«. Aus dem autoritätsbeladenen Unteroffizier, der der Erzieher früher war, ist

nun der »verständnisvolle« Zuschauer geworden. Der Erzieher ist unterlegen. Eine große Komödie hat begonnen. »Nicht, daß die Lenkung des heranwachsenden Jugendlichen heute ein weniger ernsthaftes Problem geworden wäre. Aber die Form der falschen Lösungen ist nicht mehr tragisch sondern humoristisch. Und zwar, weil das Kind nicht mehr leidet sondern sich amüsiert, was natürlich auch kein idealer Zustand ist.« Für den Komödiendichter, der diese typische Situation gestalten wollte, ergäbe sich folgendes: »Nicht der verquälte, unterdrückte, unpraktische, unreife Junge als Märtyrer im Kampf gegen starren, rabiaten Unverstand wäre zu zeigen sondern das Kind als der Typ eines neuen Menschen, den eine harte Zeit geboren hat, der keine unnötigen Geheimnisse und romantischen Heroismen kennt sondern seinen Körper und seine Freiheiten zweckmäßig entwickeln will, und der den altmodischen Erzieher mit ein paar praktischen Handgriffen kaltzustellen weiß, weil er seine schwachen Stellen erkundet hat.« Freilich gibt es auch, heute wie immer, unter Eltern und Lehrern wirkliche Erzieher, liebevolle Kameraden, doch typisch waren sie noch nie. »Aber während es noch nicht lange her ist, daß der Erzieher sich auch bei schlechten Resultaten sagen durfte, er habe sein Kind aufs beste geleitet, ist heute ein großes, heilsames Mißtrauen über ihn gekommen. Welche Konsequenzen wird er daraus ziehen?« Damit schließt dieses Kapitel, denn es ist folgerichtig von Flachsmann als Erzieher her über Wedekind bei der entscheidenden Problemlage der gegenwärtigen Erziehung angeht. Und so ist es mit allem in diesem Buch: alles typisch, aber konkret, mit ausgesprochenem Sinn für Komik gesehen, alles aus der Fülle des modernen Alltags, aus Leben, Wissenschaft, Kunst, Kino herausgegriffen, der problematischen Zuspitzung entgegengeführt, wobei die Lösung, zwischen Erheiterung und geistiger Anregung, meist der Entscheidung des Lesers überlassen wird.

Totenliste Anfang April starb in Berlin *Friedrich Dukmeyer*, der lange Jahre Bibliotheksrat an der Preussischen Staatsbibliothek war, 66 Jahre alt. Von seinen Publikationen sei das Werk *Korbs diarium itineris in Moscoviam* genannt, wichtig für die Geschichte der europäischen Politik im 1. Drittel des 18. Jahrhunderts. Ferner veröffentlichte er eine literarhistorische Studie über Lermontow.

Anfang Mai starb in Berlin der ehemalige Leiter der Inkunabelnabteilung der Preußischen Staatsbibliothek *Ernst Voulliéme*, im Alter von 68 Jahren. Er war der hervorragendste Kenner der Inkunabeln, hat auch wiederholt Inkunabelausstellungen veranstaltet.

Am 13. Juli starb in Salzburg an den Folgen einer Operation *Ludwig Stein*, 70 Jahre alt. Dieser ehemalige Berner Philosophieprofessor war kurz vor dem Krieg nach Berlin übergesiedelt, wo er bald eine der bekanntesten Erscheinungen der Publizistik und der "Gesellschaft" wurde. Seine im Verein mit Gustav Stresemann während des Krieges arrangierten Mittwochsvereine, die sich immer weiter auswuchsen, dienten der politischen Aussprache. Den nämlichen Zweck, auf breiter Basis und für die Öffentlichkeit, verfolgte Stein mit der Weiterführung der von Paul Lindau begründeten Zeitschrift Nord und Süd. Stein war kein schöpferischer oder auch nur ausgesprochener Politiker, aber ein stets interessierter, jede Anregung weitergebender politischer Amateur.

Kurze Chronik Die Internationale Vereinigung der Lehrerverbände befaßte sich auf ihrem letzten Kongreß in Prag unter anderm auch mit der Frage Friede durch die Schule, im besondern mit der *Revision der Schulbücher* und mit dem Lehrer- und Schüleraustausch. ◊ An der Hebräischen Universität Jerusalem soll durch Stiftung ein internationaler *Lehrstuhl für Friedensfragen* begründet werden. ◊ Das in der Villa Falconieri zu Rom eingerichtete Völkerbundsinstitut für Internationales Lehrfilmwesen gibt seit Juli 1929 eine in 5 Monatsausgaben erscheinende *Lehrfilmschau* heraus. ◊ In der Tschechoslowakei studieren zurzeit 4123, in England 5106, in Deutschland 5817, in Frankreich 14 368 Ausländer. Die *Internationalität der Studierenden* ist demnach in Frankreich bei weitem am größten. Unter den 4123 Ausländern in der Tschechoslowakei sind 1249 polnischer Staatsangehörigkeit, darunter allein 1068 Juden, denen in Polen infolge des Numerus clausus der Zutritt zur Hochschule versperrt ist. ◊ Nach der amtlichen Statistik der Tschechoslowakei studierten *tschechoslowakische Staatsangehörige* an Hochschulen folgender Länder: im Deutschen Reich 313, in Österreich 280, in Ungarn 162, in Amerika 65, in Frankreich und der Schweiz 33, in Belgien 11, endlich in Rumänien 7. ◊ Der Oberregierungsrat *Bruno Adriani* vom Berliner

Polizeipräsidium, der bis vor kurzem gleichzeitig die Leitung der Schmutz- und Schund-Prüfstelle im Reichsministerium des Innern innehatte, wurde als Ministerialrat in das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen, um hier das früher von Wilhelm Waetzoldt verwaltete Referat für moderne Kunst zu übernehmen.

Literatur Am 2. Juni wurde *Friedrich Wilhelm Foerster* 60 Jahre alt. Die infame Diffamierung, die das nationalistische Deutschland seit Jahren gegen diesen bedeutenden Religionspädagogen und Publizisten betreibt, hat es nicht verhindern können, daß seine Persönlichkeit und seine Wirksamkeit bei Gelegenheit seines 60. Geburtstags in verschiedensten Lagern der deutschen Publizistik achtungsvoll und sachlich gewürdigt wurden. Einen Teil dieser Aufsätze, ergänzt durch charakteristische Stücke aus Foersters neueren Schriften und durch frühere Gelegenheitsaufsätze, hat Hans Schwann zu einer Broschüre *Wer ist Fr. W. Foerster?* /Berlin, Verlag der Scholle/ zusammengefaßt. Sie gibt einen guten Querschnitt durch Foersters Schaffen und sollte vor allem von denjenigen gelesen werden, die sich an dem Kampf gegen Foerster beteiligen, ohne seine Werke zu kennen. Seitdem Foerster seine Beziehungen zur pazifistischen Zeitschrift *Die Menschheit* wegen eines von ihr gegen die katholische Geistlichkeit veröffentlichten Aufsatzes gelöst hat, gibt er, seit Januar 1930, im Zeitbücherverlag in Berlin die Halbmonatsschrift *Die Zeit* heraus, auf die in dieser Rundschau (1930 I Seite 75) bereits hingewiesen wurde. In ihr werden die Ereignisse des politischen und geistigen Lebens unserer Zeit fortlaufend durch Abhandlungen, Referate und Kommentare im Sinn der religiösen, pädagogischen, ethischen und politischen Ansichten des Herausgebers begleitet. Was das heutige Deutschland Foerster vor allem zu danken hat, ist sein unbeirrbares Bemühen um Hebung des Niveaus geistiger Auseinandersetzungen wie überhaupt um die Durchdringung des politischen Lebens mit religiösem und sittlichem Ernst, besonders im Sinn der Selbsteinkehr und des verständnis- und liebevollen Eindringens in fremdes Menschentum. Daß sich dieses Bemühen besonders leidenschaftlich auf diejenigen Bezirke richtet, in denen politisches und religiöses Unverständnis am tiefsten eingewurzelt ist, macht Foersters Lebenswerk ganz besonders wertvoll.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Berufsarbeit In allen Ländern ist die Frauenarbeit im Wachsen. Das Internationale Arbeitsamt hat eine interessante Zusammenstellung über den Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und über den Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung in verschiedenen europäischen Ländern veröffentlicht. Die Zahlen stammen allerdings außer bei Deutschland aus den Jahren 1920 und 1921, sind also jedenfalls heute schon überholt. Frankreich steht an 1. Stelle: 39,6% der Erwerbstätigen sind Frauen, und 42,2% der Frauen sind erwerbstätig, in Österreich sind es 36,1 und 34,8%, in Deutschland 35,8 und 35,6, in der Schweiz 33,9 und 31,6, in der Tschechoslowakei 30,2 und 27,9, in Schweden 29,8 und 25,5, in Dänemark 29,6 und 24,1, in England 29,4 und 25,5, in Ungarn 29,3 und 26,1, in Schottland 29,1 und 25,0, in Italien 28,6 und 26,8, in Belgien 25,0 und 21,3, in Irland 23,6 und 19,4, in Holland 23,2 und 18,2. Heute wird wohl noch kaum irgendwo, von wenigen Ländern abgesehen, der Prozentsatz der arbeitenden Frauen im Verhältnis zur Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung erheblich unter $\frac{1}{3}$ liegen, in mehreren Ländern ist diese Höhe bereits überschritten. In Japan besteht nach einer kürzlich durchgeführten Statistik $\frac{1}{3}$ der Arbeiterschaft aus Frauen. In Deutschland haben mehrere große Gewerkschaftsverbände mehr weibliche als männliche Mitglieder: Tabakarbeiter, Buchbinder, Graphische Hilfsarbeiter, Hutarbeiter, Textilarbeiter; bei den Bekleidungsarbeitern und Schuhmachern sind fast die Hälfte Frauen. Moderne Berufsberatungsbücher lassen erkennen, daß es kaum noch irgendein Gebiet gibt, in das die Frauenarbeit nicht eingedrungen ist. Einzelne Berufe erschließen sich den Frauen immer wieder neu oder in größerem Umfang, etwa der Beruf des Flugzeugführers, des Kapitäns oder des Chauffeurs; in Berlin sollen etwa $\frac{1}{5}$ der Führerscheine jetzt von Frauen erworben werden. Das Berliner Arbeitsamt hat seit einigen Jahren eine Fachabteilung für geistige Frauenberufe. Man ist hier bemüht neue oder bisher wenig ausgenutzte Arbeitsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen oder vorhandene auszubauen: Handelsberaterin, Fremdenführerin, Gymnastiklehrerin. Man weist eindringlich auf den Beruf der Architektin hin, der für die Frau in mancher Beziehung ein geeignetes Wirkungsfeld bietet. In Ruß-

land betätigt sich eine Reihe von Frauen in der Filmregie. In Italien wurde, wie hier bereits mitgeteilt, eine Frau zum Direktor der Mailänder Scala bestimmt. In der Frau gab Agnes von Zahn-Harnack vor einem Jahr eine Übersicht über die im diplomatischen Dienst beschäftigten Frauen, und sie fordert Einstellung von Frauen auch in Deutschland. Bis jetzt stehen Frauen im diplomatischen Dienst nur in den Vereinigten Staaten von Amerika (2), in Finnland (2), in der Tschechoslowakei (1), in Rußland (1) und in Irland (1). Neuerdings ist in Wien eine Frau zum Vizekonsul von Chile bestellt worden, und in Frankreich hat eine Frau die erste Prüfung für den Auswärtigen Dienst bestanden. Zahn-Harnack glaubt, daß besonders an den Stellen der sogenannten Sozialattachés, die das Deutsche Reich in den letzten Jahren seinen Auslandsvertretungen beizugeben begonnen habe, Frauen wertvolle Dienste leisten könnten. Zu den jedenfalls in Deutschland noch stark umkämpften Berufen gehört schließlich der des weiblichen Pfarrers, für den sich in der Frau Annemarie Rübens einsetzt. In England gibt es bereits einen 20 Mitglieder starken Verein Weiblicher Seelsorger. Ungemindert durch die äußere Ausbreitung besteht jedoch die innere Problematik der Frauenberufsarbeit weiter. Die Zeitschrift Die Schaffende Frau veranstaltete eine Umfrage über die Stellung der Frau zum Beruf. Die Antworten zeigen, ähnlich wie früher bereits bekannte Äußerungen dieser Art, daß das innere Verhältnis der Frau zum Beruf durchaus nicht einheitlich ist. Es sind unter den Antwortenden verschiedene, die eine durchaus positive und aktive Einstellung zum Beruf erkennen lassen, andere, die ihm gleichgültig gegenüberstehen und sich unglücklich fühlen. Bei einer Umfrage, die kürzlich in Österreich unter Gewerkschafterinnen veranstaltet wurde, antworteten Kindergärtnerinnen, Bankbeamtinnen, Telephonistinnen, Arbeiterinnen der graphischen Industrie und Metallarbeiterinnen, daß sie mit ihrem Beruf zufrieden seien, kaufmännische Angestellte, Industrieangestellte, Schneiderinnen, Textilarbeiterinnen, Arbeiterinnen der chemischen Industrie, daß sie nicht zufrieden seien. Es ist sicher, daß viele Frauen unter der Mechanisierung der Arbeit leiden, aber das zuletzt angeführte Ergebnis zeigt auch, daß dieser Gesichtspunkt für das innere Verhältnis zum Beruf nicht allein den Ausschlag gibt. Aber es ist kein Zweifel, daß über die Gründe hinaus, die heute im allge-

meinen den Menschen innerlich seinem Beruf entfremden, bei der Frau einem positiven Verhältnis zu ihrer Arbeit noch besondere Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie hängen alle mehr oder weniger von einander ab.

Da fehlt es einmal vielfach noch an Ausbildung und Erziehung der Mädchen auf den Beruf hin, oder sie ist ganz ungenügend. Im Jahr 1929 waren in Preußen von den 800 000 Jugendlichen, die nicht von den Berufsschulen erfaßt waren, 700 000 Mädchen. Aus einer statistischen Untersuchung Bernhard Mewes' über die erwerbstätige Jugend /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, die in der Christlichen Frau vor allem auf die Verhältnisse der weiblichen Jugend hin geprüft wurde, ergab sich, daß unter den 200 000 an der Erhebung beteiligten Berufsschülern von den Jungen 83,5% einen Beruf erlernen, von den Mädchen nur 50%. Die Lehrzeit ist in den männlichen Berufen länger, es überwiegt in ihnen die 4jährige, in der weiblichen die 3jährige Dienstzeit. Die Mädchen wechseln häufiger den Beruf. Ein Aufsatz Annie Benders über die Bedeutung der Berufswahl für die weibliche Jugend in der katholischen Zeitschrift Frauenland, der über die Bedeutung des Berufs für die Frau viele sehr zutreffende Ausführungen enthält und der Jugend die Befürchtung, daß ihre Persönlichkeit im Beruf verkümmern könnte, nehmen will, erwähnt als bezeichnend, daß bei einer Umfrage an Schüler und Schülerinnen sich ergab, daß sich die Jungen durchweg ihre Berufsziele sehr viel höher steckten als die Mädchen. Eine bessere und systematischere Berufserziehung kann an der Stellung der Frau zu ihrem Beruf sicher manches ändern. Es ist zu hoffen, daß das neue Berufsausbildungsgesetz, das seit dem vorigen Jahr dem Reichstag vorliegt, auch die Ausbildung der weiblichen Jugend bessern wird.

Ein anderer Grund für die geringere Berufsfreudigkeit der Frau ist die überall zutage tretende Minderbewertung ihrer Arbeit gegenüber der des Mannes. Es ist bekannt, wie weit die Löhne der Arbeiterinnen überall hinter denen der Männer zurückbleiben. Auch wo unzweifelhaft von Männern und Frauen genau die gleiche Arbeit geleistet wird, zum Beispiel in den Angestelltenberufen, wird vielfach die Arbeit der Frau geringer bezahlt. Eine Untersuchung Susanne Suhrs über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der weiblichen Angestellten /Berlin, Zentralverband der Angestellten/, die auf einer ausgedehnten Umfrage

des Zentralverbands der Angestellten beruht, läßt die Lage der 1,4 Millionen weiblicher Angestellten, die heute schätzungsweise angenommen werden müssen, zum großen Teil in sehr trübem Licht erscheinen; unter anderm ergibt sie, daß 67% aller Tarifverträge einen Lohnabzug von 10% für weibliche Angestellte vorsehen, 14% sogar einen Abzug von 16%, 8% einen Abzug von weniger als 10%, und daß nur 11% gleiche Bezahlung bestimmen. Auch bei Lehrerinnen wird im allgemeinen ein Gehaltsabzug von 10% durchgeführt. Eine Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung hat ergeben, daß, obwohl der Anteil der Frauen an der Arbeitnehmerschaft fast $\frac{1}{3}$ beträgt, ihr Anteil am Arbeitnehmereinkommen nur $\frac{1}{5}$ ausmacht.

Die Minderbewertung der Frauenarbeit kommt nicht nur in der geringeren Bezahlung zum Ausdruck sondern vor allem auch darin, daß man der Frau überall den Aufstieg in höhere Stellen erschwert, vor allem in Angestellten- und Beamtenberufe. In einem Aufsatz der Vossischen Zeitung vom 14. November 1929, betitelt Benachteiligung der Frau, führt Elisabeth Altmann-Gottheiner aus, daß sich die Zurückdrängung und Fernhaltung der Frau von leitenden Stellen in allen Ländern beobachten läßt. Der Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine richtete kürzlich an die Städte, die Länderregierungen, die weiblichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Eingabe, die sich gegen die geringere Bezahlung der Frau, vor allem gegen die grundsätzliche Einstufung der Frau in niedrigere Gehaltsgruppen, die in vielen Fällen im Mißverhältnis zu der geforderten Leistung steht, wendet und auch darauf hinweist, daß bei der Übernahme von Angestellten in das Beamtenverhältnis die Frauen stark benachteiligt werden. Das Preußische Staatsministerium faßte eine Reihe von Beschlüssen, die bei der Anstellung von weiblichen Lehrkräften in kaufmännischen Berufsschulen, bei der Vermehrung der Fürsorgerinnenstellen, bei der Anstellung von Wohlfahrtspflegerinnen im Strafvollzug für weibliche Gefangene den Wünschen der Frauen entgegenkommen; andere Wünsche mußten wegen der schlechten Finanzlage zurückgestellt werden.

Der stärkste und entscheidende Grund dafür, daß die Frau bisher im allgemeinen noch kein befriedigendes Verhältnis zum Beruf gefunden hat, liegt in dem heute noch bestehenden Widerstreit zwi-

schen Ehe und Beruf. Das trifft nicht nur für die Fälle zu, in denen die Frau während der Ehe einen Beruf ausübt und dann meist unter der Doppellast häuslicher und beruflicher Pflichten leidet, sondern die Tatsache, daß der Beruf gar nicht oder nur sehr schwer mit der Ehe zu vereinigen ist, läßt vielen Frauen den Beruf nur als vorübergehenden Zustand, als Notbehelf erscheinen.

Beruf und Ehe Das Problem der verheirateten erwerbstätigen Frau ist in letzter Zeit wieder besonders lebhaft diskutiert worden. In dieser Rundschau (1930 I Seite 78) ist über den Meinungsstreit innerhalb der Gewerkschaften und über die Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees zu dieser Frage berichtet worden. Neuerdings ist sie an dem Sonderfall der verheirateten Beamtin wieder akut geworden. In dem Sparprogramm der Regierung Brüning ist auch die Entlassung der verheirateten Beamtinnen vorgesehen. Die Frauenbewegung wird sich, wie seinerzeit gegen die Kündigung der verheirateten Beamtin bei der Personalabbauverordnung, so auch gegen diese neue Maßnahme wenden. Zu Beginn dieses Jahres gab Else Fisch in der Frau einen Überblick über die Rechtslage der verheirateten Beamtin. Sie wies auf eine Denkschrift des Verbandes der Reichspost- und -telegraphenbeamtinnen hin, die fordert, daß der heiratenden Beamtin das Verbleiben im Beruf gestattet, daß ihr aber bei freiwilligem Ausscheiden eine Abfindung ihrer Pensionsansprüche zugestanden wird. Am 6. Juli bekämpfte Leonore Goldschmidt in der Vossischen Zeitung den Abbau der verheirateten Beamtin als Eingriff in die Frauenrechte. Auch der Deutsche Beamtenbund wandte sich in einer Denkschrift gegen diese Maßnahme, vor allem dagegen, daß die Entlassung der verheirateten Beamtin im Reichsbeamtengesetz auf die Dauer festgelegt werden soll. Das gesamte Problem der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau wird in dem Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, das von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien herausgegeben ist (Wien, Carl Ueberreuter) und eine von zahlreichen Mitarbeiterinnen verfaßte ausführliche und sorgfältige Übersicht über alle Seiten der Frage, über die einzelnen Berufe und die allgemeinen Probleme der Frauenarbeit darstellt, einseitig unter Bezugnahme auf die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften und im Hinblick auf die kommende Neu-

ordnung der Gesellschaft behandelt. Man fordert hier ebenso wie in der bürgerlichen Frauenbewegung volle Gleichberechtigung der Frau, Abschaffung in Österreich bestehender Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, und man führt hier wie dort zur Verteidigung der Arbeit der verheirateten Frau die selben Gründe ins Feld, die auch in dieser Rundschau stets vertreten wurden: daß die moderne Berufsarbeit der Frau ein notwendiges Ergebnis der Entwicklung ist, daß sie die früher produktive Hausarbeit der Frau ersetzt, daß sie in vielen Fällen zur Erhaltung der Familie unentbehrlich ist, und daß die zu starke Belastung der Frau durch Neuorganisation des Haushalts auszugleichen sei. Ausführlich wird die Frage auf Grund statistischen Materials in der Schrift Ludwig Weissauers Verbot der Lohnarbeit verheirateter Frauen? (München, Leo Haus) untersucht. Der Verfasser gibt zunächst eine Übersicht über Umfang und Art der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau in Frankreich, Deutschland, England und Amerika. Überall ist in den letzten Jahrzehnten die Berufsarbeit der verheirateten Frau stark gestiegen. In Frankreich, wo die verheirateten Frauen in Industrie und Handel gezählt wurden, sind im Jahr 1921 von den Industriearbeiterinnen 42%, von den Angestellten 23,9% verheiratet oder verheiratet gewesen, in England sind es in der Industrie 22%, im Handel 27%, in Amerika in der Industrie 24,5, im Handel 23,6; es fällt hier auf, daß von der Gesamtzahl der berufstätigen weißen Frauen 19,4%, von den berufstätigen Negerinnen 45% verheiratet sind. In Frankreich, wo die Heimarbeit bisher eine große Rolle spielte, ist diese Berufsarbeit im Rückgang begriffen. Das selbe wird in der Schweiz und in Deutschland beobachtet. In der Schweiz ist die Zahl der Heimarbeiter seit 1901 von 52 000 auf 34 000 im Jahr 1929 zurückgegangen. In Bayern ließ sich von 1906 bis 1928 ein Rückgang der Heimarbeiter um fast 50% feststellen, auch in Sachsen und Thüringen sinkt ihre Zahl. Über die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau in Deutschland werden durch die Berufsstatistik von 1925 noch eingehendere Angaben ermöglicht. 3,6 Millionen erwerbstätiger Frauen waren 1925 verheiratet. Von ihnen waren 2 501 335 oder 68,6% mithelfende Familienangehörige, 708 061 oder 19,4% Arbeiterinnen, 309 160 oder 8,5% Selbständige, 82 537 oder 2,3% Angestellte, 1,2 Hausangestellte. Der weitaus größte Teil der ver-

heirateten Frauen, 2 367 991, ist in der Landwirtschaft beschäftigt, 729 575 in Industrie und Handwerk, 426 773 in Handel und Verkehr, 25 669 in Verwaltung und freien Berufen, 34 697 im Gesundheitswesen, 60 621 in häuslichen Diensten. Der Anteil der verheirateten Frauen an der Gesamtzahl der arbeitenden Frauen beträgt in der Landwirtschaft 47,7%, in Industrie und Handwerk 25,1, in Handel und Verkehr 27,1, in Verwaltung und freien Berufen 8,8, im Gesundheitswesen 11,8, in häuslichen Diensten 4,2%. In einzelnen Gewerben, wie in der Textilindustrie, ist der Prozentsatz der verheirateten Frauen noch höher, er beträgt im ganzen 28,6, bei den Weberinnen 40,3. Auf Grund weiterer Untersuchungen über die Beweggründe, aus denen die Ehefrauen im Beruf bleiben, kommt Weissauer, der die Frau so weit wie irgend möglich der Familie erhalten will, doch ebenfalls zu dem Ergebnis, daß ein Verbot der Lohnarbeit für die verheiratete Frau kein Weg zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten sei, sondern daß durch Ausbau des Arbeiterinnenschutzes und durch Erleichterung der Hausarbeit und Beaufsichtigung der Kinder in Heimen eine Verbindung von Ehe und Berufsarbeit ermöglicht werden müsse.

Es ist auch von Interesse zu beobachten, wie die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau, insbesondere der Beamtin, in anderen Ländern behandelt wird. In England forderte die Reichsfrauenkonferenz der Labour Party Abschaffung aller Bestimmungen über die Entlassung der verheirateten Lehrerinnen, Beamtinnen und sonstigen Angestellten. Ein Bericht der Generalsekretärin des Verbands Weiblicher Bureauangestellter Englands sagt, daß viele Angestellte heimlich verheiratet seien, um ihre Stelle nicht zu verlieren. In Canada ist eine Verordnung erlassen, nach der alle verheirateten Frauen, deren Männer Arbeit haben, entlassen werden sollen. In Frankreich, wo die Berufsarbeit der Frauen am weitesten vorgeschritten ist, werden der Frau im Fall der Heirat keinerlei Schwierigkeiten gemacht. In Italien besteht sogar ein Gesetz, nach dem Verheiratete, Männer wie Frauen, bei Anstellungen bevorzugt werden sollen. Gerade diese Maßnahme, die ihre Begründung in der besondern Bevölkerungspolitik der italienischen Regierung findet, beweist doch andrerseits auch sehr deutlich, welche zwingende Notwendigkeit hinter der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau als Gesamterscheinung

steht. Denn der Fascismus, der im übrigen das Ideal der Hausfrau propagiert, hätte sich schwerlich zu solch einer Bestimmung entschlossen, wenn er nicht überzeugt wäre, daß die Erhaltung der Familie von der Mitarbeit der Frau abhängt. Es muß immer wieder festgestellt werden, daß die Entwicklung der Frauenarbeit, die, wie die angeführten Zahlen beweisen, durchaus den Charakter einer Massenerscheinung trägt, auch die Entwicklung der Berufsarbeit der verheirateten Frau, nicht aufzuhalten ist. Sie darf nicht aufgehalten werden; sie bedeutet die Umformung der früheren hauswirtschaftlichen Arbeit der Frau. Aber es gibt Momente, in denen zwischen einer grundsätzlichen Stellungnahme und der Anerkennung des im Augenblick Notwendigen unterschieden werden muß. Wir befinden uns in Deutschland zurzeit in einer anormalen Situation, die sich durch die Arbeitslosigkeit und Geldknappheit so verzweifelt gestaltet hat, daß man die Stimmen, die jetzt gegen die "Doppelverdiener" laut werden, die immer wieder verlangen, daß in einer Familie nicht Mann und Frau verdienen sollen, nicht überhören darf, selbst wenn man grundsätzlich von dem Recht jedes Menschen auf Arbeit überzeugt ist. Es wäre zu prüfen, ob man nicht durch vorübergehende, auf diese Übergangszeit beschränkte Bestimmungen, die sich nicht unbedingt und einseitig nur gegen die Frauen richten dürften, dafür sorgen könnte, daß die jetzt so kostbaren Arbeitsplätze gleichmäßiger verteilt werden. In diesem Sinn hat sich auch schon im vorigen Jahr das Internationale Gewerkschaftliche Frauenkomitee geäußert. Bei Massenarbeitslosigkeit solle gelegentlich wirtschaftlich schwachen Menschen bei Einstellungen der Vorzug gegeben werden, es dürfe aber nicht grundsätzlich die verheiratete Frau als der wirtschaftlich stärkere Mensch angesehen werden. Auch die Frage der Entlassung der verheirateten Beamtin müßte unter diesem Gesichtspunkt noch einmal betrachtet werden. Allerdings muß man die Gründe, die gegen eine solche Maßnahme sprechen, sehr wohl erwägen. Es wird mit Recht dagegen eingewandt, daß durch sie die Berufsarbeit der Frau gleichsam herabgesetzt wird; sie würde erschwerend gegen die Anbahnung eines nähern Verhältnisses der Frau zu ihrem Beruf ins Gewicht fallen. Und es fragt sich, ob das positive Resultat diese Gefährdung der Berufsidee lohnen würde.

Totenliste

Am 15. April starb in Wertheim die Ehrenvorsitzende des Vereins Badischer Lehrerinnen *Ottillie Klein*, im Alter von 71 Jahren. Während ihrer 41jährigen Tätigkeit als Volksschullehrerin in Wertheim wirkte sie gleichzeitig für die Frauenbewegung und leitete von 1913 bis 1928 den Verein Badischer Lehrerinnen. Sie war von unermüdlicher Arbeitsfreude und wurde von ihren Berufsgenossinnen wie eine Mutter verehrt.

Kurze Chronik Am 25. Mai richteten 356 Berliner Ärztinnen eine Eingabe an den Reichstag und an seinen Strafrechtsausschuß, in der sie den frühern § 218 wie den gemilderten § 253 ablehnen. Sie schlagen statt dessen vor, daß eine *Abtreibung* nur dann strafbar sein soll, wenn sie nicht von einem approbierten Arzt oder unter Verletzung der Regeln ärztlicher Kunst oder gegen den Willen der Schwängern vorgenommen wird. Im Fall der Ablehnung dieses Vorschlags wird die Zulassung der medizinischen und sozialen Indikation gefordert. Die Ärztinnen führen zur Begründung aus, daß der bestehende Abtreibungsparagraph dem Volksempfinden nicht Rechnung trage und praktisch so gut wie unwirksam sei, daß er Denunziation und Erpressung fördere, und daß die Heimlichkeit der Abtreibung mehr Opfer an Leben und Gesundheit fordere als die Tuberkulose. Die Aufhebung des § 218 würde nicht einen größeren Geburtenrückgang sondern das Gegenteil bewirken. Im Strafrechtsausschuß des Reichstags wurde dann am 11. Juni dem Abtreibungsparagraphen eine neue Fassung gegeben. Die früheren Bestimmungen werden insofern gemildert, als die Strafbarkeit in 2 Jahren verjährt. \diamond Der *Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund* hatte 1929 im Jahresdurchschnitt 722 892 weibliche Mitglieder, bei einer Gesamtzahl von 4 906 228 Mitgliedern, gegen 712 430 bei insgesamt 4 653 586 im Vorjahr; also betrug der Anteil der Frauen im Jahr 1929 14,7%, gegen 15,3% im Jahr 1928. \diamond An der Spitze der *indischen* Freiheitsbewegung steht seit der Verhaftung Gandhis Sarodschini Naidu, seit vielen Jahren eine gefeierte Dichterin, die leidenschaftlich für die Unabhängigkeit Indiens agitiert. \diamond Die katholische Führerin *Helene Weber* wurde von der Universität Münster für ihre Verdienste um die Sozialen Frauenschulen und Jugendfürsorge ehrenhalber zum Doktor der Staatswissenschaften

promoviert. \diamond Auch der Vorsitzenden des Deutsch-Evangelischen Frauenbunds *Paula Müller-Otfried* ist, von der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen, die Würde eines Ehrendoktors verliehen worden. \diamond Am 17. Juli wurde *Clara Viebig* 70 Jahre alt. Ihre wichtigsten literarischen Leistungen sind ihre Schilderungen aus dem Leben der Eifelbauern und ihre warmherzig geschriebenen sozialen Romane. \diamond Am 2. August wurde *Marianne Weber* 60 Jahre alt. Für die Frauenbewegung wirkte sie durch ihre Arbeiten über die modernen Eheprobleme, durch ihre Tätigkeit im Bund Deutscher Frauenvereine, dessen Vorsitzende sie mehrere Jahre war, und vielleicht am stärksten durch ihre Person, von der vor allem auch auf die Jugend eine starke Wirkung ausgeht. Eine Leistung von allgemeinerer Bedeutung stellt die schöne Biographie ihres verstorbenen Gatten Max Weber (siehe die Rundschau Sozialwissenschaften, 1926 Seite 649 und folgende) sowie die Herausgabe seiner soziologischen Schriften dar. \diamond Am 31. August wurde *Maria Montessori*, die Schöpferin der modernen Kindergartenpädagogik, 60 Jahre alt. Die Bedeutung ihrer Leistung ist in der ganzen Kulturwelt bekannt und anerkannt.

Literatur

Mit dichterischer Einführung läßt *Margarete Susman* in ihrem Buch *Frauen der Romantik* /Jena, Eugen Diederichs/ die großen Gestalten dieser reich bewegten Zeit erstehen. Sie zeichnet zuerst ein Bild von der Weltanschauung und dem Lebensgefühl des romantischen Menschen in aller zu seinem Wesen gehörenden Paradoxie, in seinem Suchen nach der Totalität des Lebens, die ihn doch immer wieder über das Leben hinausführte, die Lebenswirklichkeit auflösen ließ. Auf diesem Hintergrund erscheinen dann die einzelnen Persönlichkeiten: Caroline, Dorothea, Rahel, Bettina und Karoline von Günderode, die jede in ihrer Art ein Stück der romantischen Lebensansicht verwirklichen und doch alle eigentlich, bis auf die letzte vielleicht, außerhalb des romantischen Lebensgefühls stehen, alle in sich oder außer sich ein festes Lebenszentrum finden. Über alle theoretischen Erörterungen hinaus beweist diese Wirklichkeit, daß über das Wesen der Frau keine einschränkenden Feststellungen gemacht werden können. Alle Möglichkeiten liegen in ihr. Das Buch gehört zu dem Wertvollsten, was von Frauen über Frauen geschrieben ist.

WISSENSCHAFT

Anthropogeographie / Paul Thorwirth

Frankreich-
kunde

Die deutsch-französische Kooperation ist die Kernfrage Kontinentaleuropas.

Ihr muß das vorangehen, was man gemeinhin Verständigung nennt: das Hineinfühlen in die Individual-, Sozial- und Völkerpsyche der andern Nation. Alles, was diesen Vorgang in sachlich einwandfreier, den Tatsachen nicht Gewalt antuender Art beschleunigen hilft, verdient vom europäischen Standpunkt aus wärmste Anerkennung. Besondere Aufmerksamkeit erregt das Buch Friedrich Sieburgs Gott in Frankreich /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Sieburgs Ausführungen lesen sich wie ein Feuilleton; die Eleganz der Diktion ist erstaunlich, und doch ist das Buch eine nicht nur politische sondern in beachtlichem Maß auch wissenschaftliche Leistung. Wie jede geisteswissenschaftliche Untersuchung eröffnet es den historischen Aspekt, ehe es zur Darstellung und Deutung des Phänomens (Frankreich) kommt. Es ist für den Kenner der Materie nicht verwunderlich, wenn hier die Figur der Jeanne d'Arc, für die es in der geschichtlichen Entwicklung anderer Kulturvölker wohl kein Analogon gibt, nachdrücklich in den Vordergrund gerückt wird; gerade von diesem Teil des Buchs kann man wohl erwarten, daß es manchem der Materie Fernstehenden Neues über Frankreich sagen wird. Die folgenden Kapitel Zivilisation und Zwischenspiel zeigen die geistige Haltung der Franzosen zu den verschiedensten Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens, aus intensiver Kenntnis des Landes und der Menschen. Selbstverständlich, daß Paris, der Geburtsstadt der Menschenrechte, ein besonderes Kapitel gewidmet ist, daß die französische Auffassung von Segen oder Unsegen der Arbeit und Produktion, daß die Gegensätze Paris und Provinz, Staat und Individuum, Fortschrittlichkeit und Konservatismus klar herausgearbeitet werden. Daß man in Frankreich als Mittel und Sinn der Verschmelzung aller Territorien unter der Trikolore deren Erfüllung mit französischem Geist, nicht mit französischem Blut ansieht, ist ja heute in Deutschland nicht mehr ganz unbekannt, wurde jedoch nicht immer gebührend beachtet, und es muß dem Autor gedankt werden, wenn er das Augenmerk des Deutschen mit seltener Eindringlichkeit auf dies punctum saliens hinlenkt. Sieburg zeigt

an dem überaus starken Verhältnis des ganzen Volks zur Literatur die hohe Geistigkeit der Nation. 2 politische Kapitel: Frankreich als Widerstand und Deutschland überschrieben, beschäftigen sich mit dem Verhältnis der Französischen Republik zu Europa und zum deutschen Volk. Die Gestalt Aristide Briands wird hier dem Leser menschlich nahegebracht; den Deutschen wird empfohlen die Verständigung, nicht die deutsch-französische Synthese zu suchen, denn »Frankreich ist das Sein, Deutschland das Werden«. Abgesehen davon, daß diese antithetische Prämisse nicht stimmt, möchte man wünschen, daß Sieburg sich hier positiver, stärker wegweisend ausließe. Man höre doch endlich auf von dem angeblichen Konservatismus der französischen Psyche zu reden. Nichts ist törichter als dieses immer wieder in Deutschland nachgesprochene Wort. In Wahrheit ist Frankreich nicht nur historisch das Land der Revolution und die Geburtsstätte des europäischen Sozialismus. Es ist auch heute, wie stets in entscheidenden Perioden der europäischen Geschichte, der Vorkämpfer des Neuen. Der vermeintliche Konservatismus Frankreichs besteht nur darin, daß es Amerika gegenüber die eigene Art behauptet und sich nicht an einen blinden Amerikabyzantinismus gewirft, wie er bei unseren Intellektuellen üblich ist. Gerade dies wird ihm aber der kommende Vereinigte Europäische Kontinent danken, der seine eigenen (denen der in der Hauptsache rezeptiven Amerikaner weit überlegenen) Schaffenskräfte entfalten wird. Freilich, das Neue, das von Frankreich kommt, geht meist an andere über, da die physischen Voraussetzungen der Durchführung bis jetzt vielfach fehlten. Der Zusammenschluß Europas wird diese Lücke schließen und der Ausbeutung europäischer Ideen durch Amerika, das dadurch Europa materiell versklavt, ein Ende machen. Als Beispiel sei nur an das Projekt einer künstlichen Insel im Atlantischen Ozean als Stützpunkt für den Flugverkehr erinnert, das vor kurzem in Paris auftauchte. Die Idee entsteht in Frankreich, dem klassischen Land aller Aeronautik (siehe dazu auch hier den Artikel Meyers Die Leistung Frankreichs in der Luftfahrt, 1930 I Seite 238 und folgende), aber ihre Durchführung, wenn es überhaupt dazu kommt, wird wohl den allein genügend finanzkräftigen Vereinigten Staaten von Amerika zufallen. Und noch eins kommt hinzu: Geistige Dinge lärmen nicht, wie

Paul Cohen-Portheim in seinem nicht genug zu empfehlenden kleinen Buch Paris /Berlin, Klinkhardt & Biermann/, einer der wenigen wertvollen Neuerscheinungen dieses Jahrs, feststellt.

Von einem Autor wie Sieburg hätte man nicht nur eine Herausarbeitung der deutsch-französischen Unterschiedlichkeiten sondern auch eine solche der Übereinstimmungen erwarten können. Zwischen der Verständigung, die gewünscht, und der Verschmelzung, die abgelehnt wird, steht die Kooperation, die praktische Zusammenarbeit als Folge der Verständigung, der Ausgleich der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gegebenheiten, die im kontinentaleuropäischen Interesse gefordert werden müssen. Da hätte Sieburg mehr konkrete Wege weisen sollen. Das ist freilich nicht möglich, wenn man am Ende seiner Darlegungen das Phänomen als »ehrwürdiges und leuchtendes Zeichen einer vergehenden Welt« deuten zu müssen glaubt. Merkwürdige Logik, die einerseits den vermeintlichen Gegenpolen Frankreich und Deutschland einen neuen Weg, die Verständigung, empfiehlt, zum andern aber zugibt, daß eigentlich alles umsonst sei; denn unsere Welt soll ja eine »vergehende« sein. Sieburg übersieht vor allem, daß Frankreich zurzeit den von Deutschland schon im 19. Jahrhundert zurückgelegten Weg eines Wandels der volkswirtschaftlichen Struktur erst jetzt, nach der Wiedergewinnung des 1871 verlorenen Elsaß und Lothringens, zu gehen beginnt, daß es also noch eine Aufgabe, eine Zukunft hat. Hierüber möge er sich von Cohen-Portheim belehren lassen, der mit Recht gerade zu dem entgegengesetzten Ergebnis kommt: Paris, "die" Weltstadt, erzeugt fortzeugend Neues; es kann dies, denn aus allen Teilen des Erdballs strömen ihm unaufhörlich neue geistige Energieen zu, magnetisch angezogen von der aura academica dieses wahren Hortes geistiger Freiheit; sie werden in ihr kraftvoll synthetisch verarbeitet, neu geformt und wieder an die Welt abgegeben. »Es schafft Ideale, und es verarbeitet die, die an anderen Stellen entstanden sind. Es wird vielleicht aus dem Zusammenströmen aller Kulturen, aus ihrer gegenseitigen Durchdringung, aus ihrer Zusammenarbeit eine neue Kultur schaffen, eine Weltkultur. Es ist deshalb eine der größten Hoffnungen der Menschheitszukunft.«

Mit diesem polemischen Hinweis auf Cohen-Portheim soll jedoch nicht gesagt sein, daß Sieburgs Buch weniger lesens-

wert sei. Man muß im Gegenteil im kontinentaleuropäischen Interesse diesem in der Form sehr schönen und in der Eigenart der Betrachtungsweise in Deutschland immerhin seltenen Werk eine weite Verbreitung, allerdings unter kritischen Lesern, wünschen.

Island

Am 26. Juni beging das isländische Gemeinwesen die Feier seines 1000jährigen Bestehens. Die Hochflut an Islandliteratur, die aus diesem Anlaß den Büchermarkt überschwemmte, meldete weniger von Islands Gegenwart und Zukunft, dafür um so mehr von seiner Vergangenheit. Die Gegenwart sieht so aus: Das Inselgebiet besteht aus einem mit der Basis submarinen, doch mit seiner gewaltigen Kuppe erheblich über den Meeresspiegel hinausragenden Basaltvulkan mit zahlreichen Ausbruchsstellen. Es umfaßt 105 000 Quadratkilometer. Die Küste ist reich an Buchten und Fjorden. Die Gebirgslandschaft ist gekennzeichnet durch 29 tätige Vulkane, deren Auswurf (Lava, Asche, Bimsstein) oft meilenweite Schnee- und Eisflächen schmilzt und zu Tal treibt. Der größte dieser Vulkane ist der Oräfa Jökull, am Südrand eines Gletschergebiets vom Umfang des Freistaats Sachsen, der verderblichste die Hekla, deren giftige Gase in 100 Quadratkilometer Umkreis keinen Pflanzenwuchs gestatten. Weiterhin kulturfeindlich wirken über 100 heiße Quellen: Laugar, Chwarar, das heißt Spring-, und Namar, das heißt Schwefelquellen. Da Island im Bereich des nördlichen Polarkreises liegt, so hätte es dessen Klima, wenn es nicht von Westen nach Osten von einem Arm des Golfstroms umspült würde. Die Temperatur erreicht denn auch im Juli ein Mittel von + 8 bis 11°, im Winter nur — 4° Celsius. Es sind daher auch nur die Küstengebiete dichter besiedelt, namentlich die flache Nordküste; insgesamt bewohnen 97 800 Menschen 43 365 Quadratkilometer. Die Hauptstadt Reykjavik hat 20 184, 3 weitere "große" Städte haben 2- bis 3000 Einwohner. Die Bevölkerung ist also überwiegend bäuerlich. Da Baum- und Getreidewuchs infolge häufiger Stürme nicht möglich ist, steht und fällt der isländische Landwirt mit dem jeweiligen Ausfall der Heuernte, die für die Überwinterung der Schaf-, Pferde- und Rinderherden von existenzieller Bedeutung ist; im Sommer lebt das Vieh von "isländischem Moos", *Cetraria islandica*, einer nahrhaften Flechtenart. Weitere lohnende

Erwerbszweige sind der Fischfang, im Sommer das Sammeln der Eier und Dauern der in Mengen die Insel bewohnenden Vögel. Island handelt mit Dänemark, Skandinavien, Deutschland, Spanien und Italien sowie mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Einfuhr besteht hauptsächlich aus Getreide, Mehl, Eisen und Fertigfabrikaten, die Ausfuhr aus Fischen, Häuten, Pferden, Talg, Wolle und Öl. Die Einfuhr belief sich 1923 auf 50 239 Kronen, die Ausfuhr auf 58 005 Kronen (1 Krone = 1,15 Reichsmark). Da eine Gliederung dieser Zahlen nach Ein- und Ausfuhrländern anscheinend nicht vorgenommen wird, so kann die Frage, welchem der vorhandenen oder sich herausbildenden Wirtschaftsimperien: Amerika, British Empire oder Kontinentaleuropa, Island zugerechnet werden muß, mit Sicherheit noch nicht beantwortet werden; doch kann man wohl mit Recht behaupten, daß es zu Kontinentaleuropa gehört. Die Insel wurde um 795 nach Christus von irischen Mönchen entdeckt. 870 gab ihr der Norweger Floke den heutigen Namen. Von 874 ab wurde sie von mit den heimischen Verhältnissen unzufriedenen und daher auswandernden Norwegern besiedelt, die ein republikanisch-oligarchisches Staatswesen herausbildeten. Infolge ihrer Ablegenheit erhielt sich die germanische Kultur, insbesondere die Sprache und Mythologie, die polytheistische Metaphysik, die Agrarwirtschaft und das recht primitive Rechtsleben, in dem Blutrache und Ordal noch eine erhebliche Rolle spielen, hier länger frei von südlichen und östlichen Einflüssen als bei den Kontinentalstämmen. Der geschichtlich beachtliche, aber von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch sich diesen Einflüssen zu entziehen (als ein solcher muß die Besiedlung Islands angesehen werden) mißlang. Das Christentum drang erst um 1000 ein. Es wurde freilich zu Anfang nur wenig von der Masse der Bevölkerung beachtet, und so konnte das Land noch eine politische und kulturelle Blüte erleben, eine politische etwa in dem Sinn wie im Italien der Renaissance. Aber die christlich-germanische Synthese blieb hier zunächst aus. Die christliche Lehre scheint eher zersetzend gewirkt und nicht wenig zu dem Mangel an innerer Geschlossenheit beigetragen zu haben, infolge deren Island bereits 1265 in die Hände der Norweger, 1380 in die der Dänen fiel, mit denen es noch heute durch Personalunion der Krone verbunden ist. Über die Zeitspanne von

1000 bis 1250 berichtet in einer die Diktion des altnordischen, noch jetzt ausschließlich dort gesprochenen Idioms gut widerspiegelnden Übersetzung aus dem Urtext der 24. (letzte) Band der im Verlag Eugen Diederichs in Jena erscheinenden Sammlung Thule: Geschichten vom Sturlungengeschlecht, übertragen von Walter Baetke. Das Buch ist ausgezeichnet, insbesondere objektiv kommentiert; zu wünschen wäre nur noch eine Karte des Inselgebiets. Man gewinnt aus dem Studium des Bandes zunächst den Eindruck eines Kriegs aller gegen alle. Überfälle, Brandschatzungen, Tötungen besiegtter Gegner, Gewalttaten auch an Frauen und Kindern werden so zahlreich gemeldet, daß man fast vergeblich nach Belegen für die germanische Kriegsethik sucht. Auch das Prinzip der Monogamie scheint aufgegeben. Es ist eine typische Verfallsperiode. Erst mit Mühe erkennt man Sinn und Mittelpunkt des Ganzen. Es ist in der Person des Staatsmanns und Historikers Snorri Sturlusons zu sehen, der Island zu einigen und wieder mit dem Mutterland zu verbinden bemüht war, doch vor dem Erreichen des Ziels ebenfalls getötet wurde. Die weitere Entwicklung hat sein Streben, bis zur Stunde, gerechtfertigt. Die Stabilisierung der rechtlichen und politischen Verhältnisse auf Island war mit der Wiedervereinigung mit dem Mutterland im Jahr 1265 verbunden. Über das heutige Verhältnis zu Dänemark unterrichtete eine Studie M. Rudolphs Überseeprobleme des dänischen Staates, in der Zeitschrift für Geopolitik.

Der genannte Thuleband ist eine eindringliche Warnung für viele, die noch immer im Germanentum die einzige Wurzel deutscher Kraft sehen und Rückorientierung zu ihr fordern, wobei meist unklar bleibt, in welcher Weise dies im einzelnen geschehen soll. Festzustellen ist, daß im Germanischen eine und vielleicht die älteste Wurzel des Deutschen von heute zu sehen ist. Sie ist jedoch stark überdeckt von späteren, nicht minder kräftigen Einflüssen aus allen Himmelsrichtungen, wie dies bei unserer geographischen Lage unvermeidbar ist und stets sein wird. Und das ist gut so. Denn der germanische Einschlag hat sich zwar höchst fruchtbar in Wortkunst und Musik, im wesentlichen also kulturell ausgewirkt, die isländischen Sagas, in ihrer knappen, klaren Diktion, die Edda und die Skaldengesänge mit ihren Strophen und ihrer Alliteration sind Meisterwerke der Wortkunst. Aber die

staatenbildende und -erhaltende Kraft der Germanen war viel zu gering. Nicht, daß es den Germanen an Führern gefehlt, nicht, daß es den Stammesführern an Treue der Gefolgschaft gemangelt hätte; diese war durch die stark entwickelte Sozialpsyche gegeben. Aber ein Führer, der mehrere Stämme zusammenzufassen suchte, verfiel der Unbeliebtheit und nicht selten dem Mordstahl. Das meldet Tacitus von den Südgermanen, das meldet auch die Sturlungensaga hundertfach. Deshalb wäre heute, wo Deutschland mit dem Einheitsstaat und weiterhin mit dem kontinentalen Zusammenschluß steht und fällt, das Wiederaufleben dieser, noch nicht ganz überwundenen politischen Schwäche der Germanen alles andere als erfreulich.

Ausgrabungen In *Frankreich* wurde bei der Stadt Courtavant /Departement Aube/ ein vorgeschichtliches, mit reichem Gold- und Bronzeschmuck ausgestattetes Frauenskelett ausgegraben. Der Fund ist ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der westeuropäischen Bronzezeit.

Einige Ausgrabungen in *Deutschland* sind zu verzeichnen: In Wengelsdorf /Provinz Sachsen/ wurde ein Hausgrab aus der jüngern Steinzeit offengelegt, dessen Stichbandkeramik noch gut erhalten war. Die Ausgrabungen in Trier, die seit 1924 über 40 Tempel und Kapellen sowie ein Theater und ein Forum zutage förderten und darüber hinaus in eine vorrömische Kulturschicht vorgestoßen waren, mußten wegen Mangels an Mitteln abgebrochen werden, obwohl die Hauptfundstelle demnächst von einer Straße überbaut werden soll und dann unwiderbringlich verschüttet sein wird. Auf dem Neumarkt in Köln wurde anlässlich einer tiefbaulichen Maßnahme das Fundament eines römischen Stadthauses bloßgelegt. Man fand auch Wandmalereien (siehe die Rundschau Werkgestaltung, 1930 I Seite 308).

Bei Celakowitz in der *Tschechoslowakei* wurden im Herbst 1929 neolithische Siedlungen entdeckt, deren Offenlegung jetzt so weit fortgeschritten ist, daß man sie als in das 6. vorchristliche Jahrhundert gehörig bestimmen konnte.

Das Deutsche Archäologische Institut in Athen entdeckte im Süden *Griechenlands* bei Dipylon Gräber mit Skeletten von 8 spartanischen Führern, anscheinend aus dem 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung. In Athen glaubt man die Ruinen der Klassischen Akademie gefunden zu haben.

Die Ausgrabungen bei Ras Schamra in *Syrien* unter der Leitung Hans Schaeffers /Straßburg/ haben neue beachtliche Ergebnisse gezeitigt. Es wurden dort gleich zu Beginn der Grabungen Keilschriftfunde gemacht, die der Hallenser Orientalist Hans Bauer 1929 entzifferte. Bauer glaubt in dieser bisher nicht bekannten Keilschriftart das älteste, mit Sicherheit lesbare reine Buchstabenalphabet gefunden zu haben. Kürzlich wurde nun weiter festgestellt, daß am Ausgrabungsort eine Schreiberschule bestanden haben muß, die außer der von Bauer entdeckten Schrift noch die akkadische, sumerische, mitannische, ägyptische und hettitische Schrift pflegte. Ferner fand man noch ein babylonisches Synonymenlexikon und eine ägyptische Säule, aus deren Inschrift man auf das 13. vorchristliche Jahrhundert schließt.

Die von L. Woolley geleiteten Ausgrabungen in Ur in *Mesopotamien* förderten wieder ein Königsgrab mit zahlreichen, gut erhaltenen Geräten (Kopfpfütze, goldene Zylindersiegel usw.) zutage.

Die persische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Altertumsforschung in *Persien* vorbereitet, der der Tätigkeit europäischer Forscher auf persischem Boden einen starken Antrieb geben soll. Die französische Regierung, die bisher das Monopol für Grabungen in *Persien* innehatte, hat darauf freiwillig verzichtet; doch bleibt der französische Archäologe André Godard weiterhin oberster Berater der persischen Regierung in allen archäologischen Angelegenheiten.

In *Neumexico*, am Bishopscaap, wurden in einer Höhle menschliche Schädelreste sowie große Mengen Knochen einer ausgestorbenen Pferdeart und solche von Höhlenbären gefunden. Es muß also entgegen der bisherigen Annahme, Amerika sei erst spät von Asien her bevölkert worden, schon seit der vorigen geologischen Epoche, in der diese Tiere ausgestarben, Menschen dort gegeben haben.

Forschungsreisen Über die Resultate der deutschen *Ktesiphonexpedition* 1928-1929 berichtete

Ernst Kühnel in Berlin. Das von den Parthern gegründete Ktesiphon am östlichen Tigrisufer verlor seine Bedeutung um 750 nach Christus durch das neugegründete islamische Bagdad. Die in Ktesiphon gemachten Funde sind also deshalb wichtig, weil sich an ihnen die Perspektive in das vorislamitische sassanidische *Persien* eröffnet. Die Expedition hat ferner festgestellt, daß der Tigris früher einen andern Lauf gehabt haben muß.

Der Würzburger Geograph Friedrich Termer kehrte von einer Studienreise in Guatemala zurück. Seine forschende Aufmerksamkeit galt dort besonders der zweitgrößten Siedlung Quetzaltenango. Die dort wohnenden Hochlandindianer sind körperlich kräftige Menschen. Die christliche Kultur findet sich mit heidnischen Gebräuchen vermischt, und noch heute werden den alten Göttern vor Steinidolen auf Brandaltären Opfer dargebracht, namentlich Hühner, Kerzen und Kopalharz. Die Zauberpriester stehen in hohem Ansehen. Die Feste werden durch Maskentänze verschönt, wobei allerdings Masken modernen Ursprungs zur Verwendung gelangen. Termer glaubt, daß weder die Alleinkultur des Kaffees noch die der Banane das Rückgrat bleiben können, sondern daß daneben nach weiteren wirtschaftlichen Möglichkeiten gesucht werden müßte.

Am 4. Juli verließ eine Expedition Petersburg zur Erforschung des *Fridtjof-Nansen-Lands*. Zu der Expedition gehören die Forscher Samojlowitsch, Josef Wiese und O. Schmidt. Es sollen besonders die Naturschätze des Gebiets erkundet werden. Bei günstigen Witterungsverhältnissen will die Expedition auch die erst einmal, im Jahr 1916, betretene Einsamkeitsinsel besuchen.

Tagungen Am 30. Mai fand in Stuttgart die Jahrestagung des *Deutschen Auslandsinstituts* statt. Nach der Eröffnung von 2 neu-eingerichteten Deutschkursen für Auslandsstudierende in Tübingen wandte sich im Rahmen einer Sitzung des wirtschaftlichen Beirats die Tagung der Besprechung der deutschen Kolonialfrage zu. In der Aussprache wurde einstimmig die Auffassung vertreten, daß der koloniale Gedanke und der Wunsch nach kolonialer Betätigung vom moralischen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus für das deutsche Volk gerechtfertigt seien, und daß diesem Volk in seiner räumlichen Enge die Ausweitung seines Blickfelds, die Selbständigkeit seines Rohstoffbezugs und auch die weltpolitische Betätigung dadurch gesichert werden müßten. Von der Neugestaltung der Kolonialpolitik im Sinn einer kontinentaleuropäischen Gemeinschaftsarbeit war leider nicht die Rede.

Der *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* hielt vom 2. bis zum 4. Juni in München eine Jubiläumstagung ab. Es sprachen Jacob von Hauck, Max Kerschensteiner, Lujó Brentano, Hans Pfitzner, Max Halbe, Ricarda Huch, Leo Frobenius und an-

dere. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es heißt: »Im Antisemitismus sehen wir eine Verletzung der sittlichen Ideen des Christentums, der Gerechtigkeit, der Wahrheit, und eine Gefahr für den Bürgerfrieden im Inland und für das deutsche Ansehen im Ausland.«

In Wien tagte vom 10. bis zum 14. Juni der 6. *Deutsche Orientalistentag*. Den Festvortrag hielt Otto Lüders /Berlin/ über Aufgaben und Ziele der Indologie. An dem Kongreß nahmen zahlreiche Forscher, Diplomaten und Politiker teil, so unter anderen der ehemalige preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker, der ehemalige Botschafter Friedrich Rosen, der österreichische Unterrichtsminister Heinrich Srbik und der österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas. Max von Oppenheim sprach über seine Ausgrabungen im nördlichen Mesopotamien. Er hat die Ruinenstätten Tell Halaf und Fecheria, an der Quelle des Chabur, mit den Resten der Landeshauptstadt Subartu entdeckt. Seine Funde vermittelten einen Blick in die Großartigkeit der subaräischen Kultur. Die Grabungen werden von der Oppenheimstiftung (siehe weiter unten Seite 928 den Abschnitt Kurze Chronik) fortgesetzt.

Totenliste Am 27. Februar verunglückte *Friedrich Koch-Wawra* tödlich bei einer Notlandung seines Flugzeugs bei Wittenberg. Koch-Wawra, der erst 34 Jahre alt war und sich zuletzt als Reiseschriftsteller und Korrespondent der Vossischen Zeitung betätigte, hat ein abenteuerliches Leben voller Unrast geführt, er hat sich in aller Herren Ländern durchs Leben geschlagen und in allen Berufen versucht. Sein Abiturientenexamen machte er in einer mexicanischen Stadt, sein Doktorexamen nachträglich an der Universität Münster; mit einer Dissertation über das Geschlechtsleben eines unbekanntes Völkerstamms auf einer Insel des holländischen Kolonialreichs. Der englische Forscher *Alexander Richmond Wallaston*, der an zahlreichen wichtigen Forschungsreisen nach Zentralafrika, Neuguinea und dem Himalajagebirge teilnahm, auch der Mount-Everest-Expedition von 1921 angehörte und durch seine Bücher Vom Ruwenzori zum Kongo und Pygmäen und Papuas bekannt geworden ist, wurde am 3. Juni bei Verrichtung einer Amtshandlung als Lektor des Kings College in Cambridge von einem Studenten getötet. Er ist 55 Jahre alt geworden.

Kurze Chronik In Berlin wurde eine Max-Freiherr-von-Oppenheim-Stiftung ins Leben gerufen. Das Institut hat das Ziel die Arbeiten Max von Oppenheims fortzusetzen, insbesondere die von ihm gemachten reichen Funde, die überraschende Schlaglichter auf die noch wenig erforschte hettitische Kultur werfen, durchzuarbeiten und wennmöglich fortzusetzen. Auch der neue Orient soll in einer besondern Abteilung bearbeitet werden, namentlich die Geschichte der Beduinen und der islamischen Bruderschaften, und zwar in weitgehender Verbindung mit Orientalen selbst. Die Stiftung verfügt über eine Bibliothek von 40 000 Bänden; ein Kuratorium von Fachgelehrten steht ihr beratend zur Seite. \diamond Im Nördlichen Eismeer wurde, unweit Nowaja Semlja, eine Insel entdeckt, die man 1924 auf Grund theoretischer Erwägungen bereits dort vermutet hatte. \diamond Das Internationale Institut für Statistik im Haag stellte fest, daß sich die Gesamtzahl der Erdbewohner von 1920 bis 1928 um rund 125 Millionen Menschen (zirka 7%) vermehrt hat (von 1 811 012 000 auf 1 936 567 000). Sie soll inzwischen auf über 2 Milliarden angewachsen sein. \diamond Das Münchener Museum für Völkerkunde veranstaltete von Mitte Juni bis Mitte September eine Ausstellung chinesischer und japanischer Malerei des 10. bis 18. Jahrhunderts, die viele äußerst wertvolle Stücke aus öffentlichem und privatem Besitz aus Deutschland, England, Frankreich und Amerika enthielt. \diamond Anfang Juli wurde in Westminster eine Polarausstellung eröffnet, die Erinnerungsgegenstände, Tagebücher und Flaggen der britischen Polarexpeditionen zeigt. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Expeditionen Scotts und Shackletons. \diamond In der Deutschen Gesellschaft für Säugetierkunde entwickelte Georg Schwiedetzky eine Theorie, derzufolge die Menschenaffen vererbte Sprachen besäßen, in denen es neben neutralen auch artbezeichnende Lautgruppen gäbe, die ebenso zu bewerten seien wie artbezeichnende Knochen oder Blutmerkmale. Da man von einem artbezeichnenden Merkmal auf das andere schließen könne, so sei auch der Schluß von den Knochenmerkmalen auf die Lautgruppen statthaft. Die Urmenschen hätten bei ihrer nahen Verwandtschaft zu den Menschenaffen sicher ähnliche vererbte Sprachen gehabt, so daß deren Lautgruppen auch durch Vergleich mit denen der Menschenaffen aus den Knochenfunden, zum Beispiel des Neandertalers, abgeleitet werden könnten.

Schwiedetzky gab eine kleine Auswahl von Worten aus Sprachen, die noch aus der Neandertalsprache stammen sollten. Die Sprachvergleiche führen, wie er meint, auch zur Annahme einer Mehrstämmigkeit des Menschenursprungs. \diamond An der Berliner Universität bildete sich unter dem Protektorat der Deutsch-Französischen Gesellschaft eine Studentengruppe, die als wissenschaftliche Studiengemeinschaft den französischen Studierenden an deutschen Instituten eine wissenschaftlich vertiefte Erkenntnis der deutschen Verhältnisse vermitteln will. Die Gruppe eröffnete ihre Arbeit mit einem Vortrag Fritz Nordens über verfassungsrechtliche Entwicklungen in Deutschland und Frankreich. \diamond Die durch den Tod Richard Wilhelms verwaiste Leitung des Chinainstituts in Frankfurt hat vorläufig Wilhelm Schüler vom Berliner Seminar für Orientalische Sprachen übernommen. \diamond Der Berliner Geograph Albrecht Penck wurde Ehrenmitglied der Schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und Geographie.

Literatur

Die jetzt vielfach herausgegebenen geographischen Bibliographien sind sehr zu begrüßen. Der Stoff der geographischen Wissenschaft, insbesondere der der Geographie des Menschen und der aus ihr herauswachsenden Sonderdisziplinen: Völker-, Gesellschafts-, Rassenkunde usw., ist in so ungeheurer viele Publikationen verzweigt und verästelt, daß hier Sammlung und Übersicht eine der nicht ernst genug zu nehmenden Parolen ist. So überreicht das Wirtschaftsamt der Stadt Leipzig eine Bibliographie von Mitteleuropa, als 8. Heft der Mitteilungen des Vereins der Geographen an der Universität Leipzig, herausgegeben von G. Stratil-Sauer, zusammengestellt von Ilse Tiemann und Herta Schebel. Sie enthält, gut gegliedert, alle Publikationen über Mitteleuropa seit 1920, dem Jahr, da Mitteleuropa als politisches Problem aktuell wurde. In diesem Zusammenhang sei auch die Bibliografia Geografica dell'Italia erwähnt, von der jetzt der 3. Band vorliegt. \diamond Die Deutsche Akademie in München gab ein Sonderheft Oberammergauer Köpfe heraus (München, Ernst Reinhardt). Eine rassenkundliche Arbeit von Hans August Ried (München) bringt die Oberammergauer mit den Hallstatt-Illyriern zusammen. Ried folgert dies aus Körpermessungen, aus der künstlerischen Begabung der Oberammergauer und aus der von ihm zusammengetragenen Geschichte des Orts.

Geschichte / Michael Freund

Meyer † Am 30. August starb Eduard Meyer in Berlin, nachdem erst vor wenigen Monaten sein 75. Geburtstag gefeiert werden konnte (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 181 und folgende). Er begann seine akademische Laufbahn in Leipzig und lehrte dann in Breslau und Halle. Mit dem Ordinariat für Alte Geschichte an der Universität Berlin hat er lange Zeit auch äußerlich die prominente Stellung innegehabt, die seiner geistigen Leistung entsprach. Er war eine überragende Figur der Geschichtswissenschaft, der Schöpfer vor allem einer monumentalen Geschichte des Altertums. Neben beispielsweise Max Webers Werk, Ernst Troeltsch' Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Adolf von Harnacks Dogmengeschichte, Werner Sombarts Modernem Kapitalismus, Julius von Gierkes Deutschem Genossenschaftsrecht ist seine Geschichte des Altertums eine der wenigen universalgeschichtlichen Leistungen, die unsere Zeit aufweisen kann. Bei Eduard Meyer beruht diese Leistung nicht nur auf einer außerordentlichen bibliographischen Sicherheit in der sekundären Literatur sondern vorzüglich auf einer selbständigen Durchforschung und Beherrschung des Quellenmaterials; besaß er doch schon eine für einen Historiker selten gründliche Kenntnis der altorientalischen Sprachen. Fehlen vielleicht seinem Werk auch die große Ruhe und menschliche und künstlerische Reife der Darstellung Rankes, so errichtet er doch ein Gebäude von seltener Festigkeit des Details. Eduard Meyer war der Typus des großen Gelehrten: von gewaltiger Arbeitskraft, rastloser Hingabe an seine Forschung. Die Universalität seines Werks beruht zunächst auf seinem Wissen. Aber er hatte auch einen ausgesprochenen Blick für die große geschichtliche Linie. Er hat für das Altertum geradezu Universalgeschichte begründet, indem er die Einheiten und Verknüpfungen über den einzelnen Völkergeschichten aufwies, die Wechselwirkung und die funktionale Aufeinanderbezogenheit der Kulturen und Völker des Altertums betonte. In seiner letzten Arbeit (Geschichte der Mittelmeerwelt und des vordern Orients bis zum Untergang des Altertums in der Festgabe für Friedrich Schmidt-Ott: Aus 50 Jahren deutscher Wissenschaft, die in den Verlagen Walter de Gruyter & Co. in Berlin, Herder in Freiburg, R. Oldenbourg in München

und B. G. Teubner in Leipzig erschienen ist, hat Meyer selbst den Weg der Geschichtsschreibung des Altertums zur Universalgeschichte dargelegt. Beherrschend für seine Art Geschichte zu schreiben war der Glaube an den Primat des Politischen; doch hat er die kulturelle Tragweite der politischen Geschehnisse mit einprägsamer Prägnanz herausgearbeitet. Sein letztes größeres Werk war Ursprung und Anfänge des Christentums /1920 bis 1923/, das in seiner Art eine historiographische Tat bleibt, wenn ihm auch die Geltung der Geschichte des Altertums /1884 bis 1902/ versagt bleiben muß.

Geschichtsphilosophie

Wie trotz aller Übersättigung an ideologischem Streit die Auseinandersetzung um die Grundlagen unserer Kultur heftig und lebendig ist, wie trotz aller äußern Stagnation, wenn auch manchmal unterirdisch, der Strom der sozialgeschichtlichen Entwicklung reißend dahinfließt, so sind heute die Fundamente der historischen Wissenschaft von den Wirbeln der kulturellen Bewegung umkreist, und es vollzieht sich eine zwar nicht sehr geräuschvolle, doch die Wesensgrundlagen berührende Auseinandersetzung um Grundlagen, Sinn und "Beruf" der Historie. Seit dem großen Methodenstreit ist die Frage nach der Möglichkeit historischer Gesetze in den Mittelpunkt geschichtsphilosophischer Erörterungen getreten. Im Verfolg von Studien über den Geltungsgrund der Wissenschaft Geschichte veröffentlicht *Ernst Meister* eine Untersuchung über die Möglichkeit historischer Gesetze (in der Sammlung Wissenschaftliche Grundfragen, herausgegeben von Richard Höningwald /Leipzig, B. G. Teubner/), die sich in verdienstvoller Weise die Klärung der philosophischen Grundlagen der Einzeldisziplinen zur Aufgabe setzt. Meister bleibt in seiner, eine gereifte philosophische Bildung verberatenden Studie im ganzen bei der Windelband-Rickertschen Antithese von Naturwissenschaft und Geschichte: Das Reich der Geschichte ist nicht das kausal Determinierte sondern teleologische Zielstrebigkeit, das Streben zum sittlichen Wert, die Wertverwirklichung. So läßt Meister gegenüber der bedeutenden Abhandlung Friedrich Meineckes Kausalitäten und Werte in der Geschichte, im 137. Band der Historischen Zeitschrift, nur mehr die »geistig-sittliche Kausalität« als dem historischen Prozeß eigentümlich zu. Diese Kausali-

tät bedeutet aber für Meister kein äußeres Bestimmtheit, keine im sachlichen Geschichtsverlauf sichtbare Determination sondern erschließt sich nur dem nacherlebenden Verstehen als die »innere und sinnhafte Notwendigkeit«, mit der das Sinn- und Werthafte der Geschichte nach seiner Gestaltung strebt. Darin (Max Webers »Evidenz« will wohl ähnliches besagen) ruht nach Meisters Auffassung das objektiv Gültige, die "Notwendigkeit" der Geschichte. Soweit Meisters Buch ein Plaidoyer gegen den Determinismus ist, verdient es volle Zustimmung. Bedenken erregt aber sein Unternehmen den Akzent völlig von den äußeren Gestaltungen der Geschichte, ihrer »sichtbaren« Gestalt, ihrer Form, ihrem Gefüge, mit einem Wort, in einem gewissen Sinn ihrem Tatsächlichen, wegzurücken. Eigentümlich und merkwürdig ist schon, wie Meister dazu gelangt in der Historie alles auf die innere und sinnhafte Notwendigkeit abzustellen. Ausgesprochenermaßen ist für ihn die innere Notwendigkeit des Sinnhaften die Kompensation für das der Historie fehlende Gesetz, das den Naturwissenschaften ihre Würde verleihe. Um die Geschichte als Wissenschaft gelten lassen zu können, scheint es ihm notwendig in der Geschichte etwas von ähnlich objektiver Gültigkeit wie das Gesetz der Naturwissenschaften zu finden. Dabei zerbröckelt aber der Begriff des Gesetzes und der Kausalität in den Naturwissenschaften zusehends. Die Naturwissenschaft hört zunehmend auf das Objekt ihrer Forschung, die "Welt", so wie sie ist, als schlechthin notwendig anzusehen. Wie die Naturwissenschaften an die historisch gewordene Apparatur ihrer Untersuchungs-, Forschungs- und Experimentiermethoden gebunden sind, wie sie sich in engem Zusammenhang mit der Kulturentwicklung geformt haben, könnte unser Bild von der natürlichen "Welt" sicherlich anders sein. Georges Sorel in Frankreich und der angelsächsische Pragmatismus haben mit ihrer Lehre des pluralistischen Universums an diese Auflösung der Allgesetzlichkeit der Natur angeknüpft; Karl Groos hat sie in einer kleinen, äußerst lesenswerten Schrift *Naturgesetze und historische Gesetze* /Tübingen, Osiandersche Buchhandlung/ für die Frage nach der Möglichkeit historischer Gesetze fruchtbar gemacht. So ergibt sich die paradoxe Situation, daß die jähe und bedenkliche Abwendung von der äußern Formung des Geschichtlichen, die Meister aus seiner be-

rechtigten Stellungnahme gegen den historischen Determinismus heraus vornimmt, im letzten Grund durch seinen Glauben an die Allgeltung des Gesetzes in den Naturwissenschaften bedingt ist, durch den Glauben an die Dignität, die den Naturwissenschaften durch das Gesetz zuwachsen, und für die eine Kompensation für die Historie gefunden werden müsse. Dabei ruht die Würde der Geschichte in ihrem Stoff, darin, wie es Huizinga in seinem gleich zu besprechenden Buch darlegt, daß sie unsere Geschichte ist, daß nur die Geschichte dessen in uns lebendig wird, worin und wodurch wir leben. Wenn man die tiefe Fragwürdigkeit der Begriffe der Kausalität und der Allgesetzlichkeit der Welt erkennt, entfällt die Notwendigkeit für Meisters Unternehmen die Geschichte allein auf die Gültigkeit des Wert- und Sinnhaften zu gründen und demzufolge als genuin historische Erkenntnis nur deutendes Nacherleben gelten zu lassen, um die Geschichte für ihren Mangel absoluter Gesetzmäßigkeit zu entschädigen. Mit Deuten und Nacherleben allein ist es in der Historie nicht getan. Die Geschichte hat es darüber hinaus noch mit sichtbarer Gestalt zu tun. Meister verliert hier wohl auch den Zusammenhang mit der schaffenden Historie und setzt sich der Gefahr aus, die immer die Scheidung des Denkens von seinen praktisch-lebendigen Bezügen mit sich bringt, wie es das auch für den Historiker wichtige Werk Karl Mannheims *Ideologie und Utopie* /Bonn, Friedrich Cohen/ schön aufweist. Denn man sehe sich das Werk der großen Historiker aller Richtungen und Schulen an; Seine Bedeutung ruht immer in der Beschreibung der äußeren geprägten Formen, der Ordnungen, Systeme, Werke des historischen Daseins der Menschheit. Das einfach und schlicht Tatsächliche, das, "wie es eigentlich gewesen ist", eine Fülle von Entscheidungen zwischen den Wertordnungen, die durch schlechthin wertindifferente Fakta fielen, sind konstitutiv für die Geschichte. Es ist sicherlich eine unverlierbare Errungenschaft des Methodenstreits zu wissen, daß wir zur Erkenntnis der kulturellen, sozialen und geschichtlichen Ordnungen des deutenden Verstehens bedürfen. Wir können nicht den Kampf zwischen 2 Lebensordnungen erkennen, wenn wir nicht die dabei handelnden Menschen verstehen und die Kulturwerte, denen sie dienen wollten, und von denen sie beinflusst erscheinen, interpretieren können. Aber

die Geschichte hat es darüber hinaus, vordringlich und wesentlich, mit der Darstellung der objektiven Gestaltungen zu tun, die aus den Kämpfen der von Wertvorstellungen bestimmten Menschen resultieren. Was im Kampf der Lebens- und Wertordnungen entscheidet, ist vielleicht manchmal psychologischer oder nacherlebender Deutung zugänglich, in der überwiegenden Mehrzahl ist es schlechthin objektiv. Es ist schwer vorstellbar, wie man die Völkerwanderung, die industrielle Revolution Englands als wesenhafte Wertverwirklichung oder Sinnerfüllung darstellen kann. Eine Geschichtswissenschaft gibt sich selbst auf, die darauf verzichtet zu erforschen, wie und warum die eine deutend verstandene Wertordnung über die andere obsiegt hat. Dies Wie und Warum ist ein sachlicher (kein nur im "Nacherleben" erfassbarer) Tatbestand. Es kann nicht scharf genug betont werden, daß die Geschichte es mit objektiven Ordnungen und sachlichen Werten zu tun hat: Es ist eine Leistung Huizingas für die Geschichte Realismus in dem Sinn zu beanspruchen, wie ihn die Scholastik dem Nominalismus entgegenstellte.

Dann (man muß Meisters Untersuchung so genau nachgehen, weil sie für die Geschichtswissenschaft Fundamentales behandelt, und in ihr wichtige Tendenzen ein hohes Niveau und volle philosophische Schärfe gewinnen) wird auch die Frage nach dem Maß der Determination in der Geschichte einfacher, wenn man den gebührenden Nachdruck auf die objektiven Ordnungen der Geschichte legt, an denen sich das menschliche Wollen orientiert, die ihm da die Mittel seiner Aktion liefern, dort sie begrenzen. Dann wird neben dem Wollen des Menschen, das für alle Kulturwissenschaft trotz aller "Kausalität" ein fundamentaler Tatbestand bleiben wird, die Frage ihr Recht finden, was denn der Mensch in einer bestimmten historischen Situation wollen kann. Man wird dankbar für Meisters Anregungen sein; zuletzt aber besitzt seine Studie Geltung als der Hintergrund, der die geistigen "Notwendigkeiten" unserer Tage in Szene setzt, das heißt die Notwendigkeit einer stärkern Versachlichung unseres historischen Weltbilds, nachdem sich die Zeit vor uns, für die Meister spricht, mit Recht dagegen wehrte in den geschichtlichen Ordnungen nur die »Sache« zu sehen, die sich gelegentlich in eitlen Bemühen als Mensch gebärdete.

Viel Brauchbares steuert zu den Problemen des historischen Erkennens eine

gedrängte, aber scharf formulierte und lehrreiche Studie Werner Bientais Max Webers Lehre vom geschichtlichen Erkennen (im 194. Band der Historischen Studien /Berlin, Emil Ebering/) bei. Der Autor möchte die Geschichtswissenschaft zu einem Ausgangspunkt Max Webers zurückführen, nämlich zur deutenden Soziologie, die er stärker als psychologische Deutung unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Psychologie verstanden haben möchte, als Webers Werk es tut. Von einer objektiv gültigen Psychologie aus möchte er anscheinend auch den »Geschichtspessimismus« Webers, der aus seinem Glauben an die Unversöhnlichkeit der letzten Standpunkte, seinem »Polytheismus der Werte« fließe, überwinden.

Von dem Pluralismus des historischen Erkennens dagegen (die Historie ist für ihn ein Organ der stets sich wandelnden Kultur) geht Johan Huizinga aus. Sein Werk Wege der Kulturgeschichte, das in einer vorzüglichen Übersetzung durch Werner Kaegi im Dreimaskenverlag in München erscheint, bringt in den ersten Kapiteln ganz Wesentliches über Sinn und Aufgaben der Historie. Seine Ausführungen haben um so mehr Gewicht und innere Lebendigkeit, als der Zusammenhang mit der schaffenden Arbeit des Historikers immer spürbar bleibt, und alle Theorie Huizingas aus seiner eigenen historiographischen Praxis fließt. Geschichte ist für Huizinga die »geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt«. Huizinga, der historischem »Realismus« in einem schon erwähnten Sinn das Wort redet, setzt morphologische Erkenntnis gegen die psychologisierende Schule der Geschichtswissenschaft; dabei bedeutet ihm die »Morphologie« der Geschichte die äußere Form der geschichtlichen Ordnungen, wie wir es eben dargelegt haben, nicht etwa die Konstruktion Spenglers. Für Huizinga kann die Geschichtswissenschaft unserer Tage als das Organ einer Kultur, die weitgehend auf "Wissenschaft" aufgebaut ist, nur "wissenschaftlich" sein, oder sie wird überhaupt nicht sein.

Auf das Programmatische der Geschichtswissenschaft zielt auch ein Schullehrbuch, das Friedrich Walburg im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Geschichtsunterricht des Bremischen Lehrervereins herausgibt /Langensalza, Julius Beltz/: Geschichtsunterricht im neuen Geist. Das »im neuen Geist« bezieht sich aber mehr auf die pädagogische als auf die historiographische Seite des Buchs.

Historische
Belletristik

Huizingas Wege der Kulturgeschichte haben auch darum noch Bedeutung, weil das Werk wohl die ernsthafteste Auseinandersetzung mit der historischen Belletristik darstellt. Huizinga versucht historische Belletristik selbst als ein kulturhistorisches Phänomen zu erfassen; sie ist für ihn ein Produkt »plebejischer Kultur«, in einem Sinn, der bürgerlich einschließt, und auf den beispielsweise auch Georges Sorel abzielt, der die plebejische Kultur unterschiedsloser Massen der »ständischen« Kultur des Proletariats entgegensetzt. Es ist die Kultur nivellierter Massen mit ihrem Mangel an Haltung, mit ihrer Hingegebenheit an die Sensation, ihrem Sentimentalismus, ihrer Gefühlüberreizung, dem »zudringlichen Interesse für die Grimassen der Liebe und des Hasses«. Wenn Huizinga dagegen für die Historie die stoische Haltung aristokratischer Kultur verlangt, »Gemessenheit, Haltung, eine gewisse skeptische Reserve im Aufspüren der tiefsten Gemütsbewegungen«, so steht dahinter keine Forderung politischer Reaktion. Man weiß, daß Sorel, der als Deuter der Kulturbewegung des Sozialismus und des Proletariats immer seine Geltung bewahren wird, den Aristokratismus des sozialistischen Kämpfers gegen den plebejischen Sensationalismus der flutenden Massen gestellt hat, die Herbheit einer auf »Armut und Arbeit« gegründeten proletarischen Kultur gegen den Vergnügungstaukel der durch Sensationspresse und Nervenkitzel genährten Massen ausgespielt hat. So gliedert Huizinga seine Deutung historischer Belletristik in eine Kulturkritik weiter historischer Sicht ein, und er umreißt damit auch die innere Problematik der Krise der Historiographie, die ein Problem kultureller Neuordnung ist.

Von anderer Warte aus macht Max Westfal in einem Buch *Feinde Bismarcks* (München, R. Oldenbourg), über das noch zu reden sein wird, den Versuch die historische Belletristik selbst wieder aus der historischen Situation heraus zu verstehen. Westfal will zeigen (sein 1. Kapitel beschäftigt sich mit Emil Ludwig), daß sich in Deutschland die Wissenschaft im Bund mit dem alten Staat, die Kunst aber zur Verfechterin des neuen Staats entwickelten, so daß die »künstlerische« Geschichtsschreibung geistiger Ausdruck des Untergangs der »Ideen von 1871« wurde. Die Fronten sind hier sicherlich etwas simplifiziert ausgerichtet, der kulturgeschichtliche

Horizont Huizingas ist sicherlich weiter; seine innere Haltung politisch vielleicht noch freier. Dafür zeigt Westfal stärker noch besondere Untergründe des Kampfs um die historische Belletristik. Ein ernsthafter Versuch historische Belletristik historisch zu verstehen.

Mit Emil Ludwig im besondern setzt sich *Wilhelm Mommsen* in seiner Schrift "Legitime" und "illegitime" Geschichtsschreibung (München, R. Oldenbourg/auseinander, einer Antwort auf Emil Ludwigs Schrift *Historie und Dichtung* (Berlin, Ernst Rowohlt/), die wiederum eine Antwort auf die in dieser Rundschau (1929 I Seite 254 und folgende) ausführlich gewürdigte Broschüre *Historische Belletristik* darstellt. Die zeitgeschichtlichen Signa der historischen Belletristik sieht Mommsen ähnlich wie Huizinga, wenn er auch nicht so weit ausholt wie dieser. Nachdrücklich und eindringlich ist der Nachweis des Unhistorischen an Ludwig, der Vernachlässigung nämlich der kollektiven Ordnungen in Ludwigs Geschichtsbild. Vielleicht unterschätzt Mommsen etwas die Breite der Front, die hinter Ludwigs Plädoyer für »Nacherleben« und »Intuition« steht, so berechtigt die Warnung vor der innern Erweichung der Historie durch bloßen Psychologismus erscheint.

In England beschäftigt sich mit historischer Belletristik *H. Temperley* (*Foreign Historical Novels* (London, Historical Association/), leider sehr wenig mit angelsächsischer Literatur dieser Art. Schließlich ist doch historische Belletristik ein Weltphänomen. Für das Angelsachsentum möchte man Herbert George Wells, John Drinwater, G. R. Stirling Taylor, Hilaire Belloc, Hendrik van Loon, Lytton Strachey nennen; über einiges wird noch berichtet werden. Es wäre eine reizvolle Aufgabe die Verschiedenheiten der historischen Belletristik von Kultur zu Kultur, je nach den geistigen Hintergründen, der verschiedenen Stellung des Literaten, den besonderen historischen Schicksalen aufzuweisen.

Eine Streitschrift gegen Werner Hegemanns *Fridericus*, der in der historischen Belletristik eine prominente Rolle spielte, veröffentlicht *Josef Aquilin Lettenbaur*: *Fridericus, Heldenverehrung und Heldenzerstörung* (München, Duncker & Humblot/). Das Buch enthält eine Menge gescheiter Bemerkungen, leidet aber an dem Mangel einer exakten Fragestellung und dem Übermaß oft schiefer geschichtlicher Parallelen. Es ist auch ein Beitrag zur Frage des historischen Charakters der Bismarck-

sehen Reichsgründung und soll als solcher auch noch gewürdigt werden. Als Beitrag zur historischen Belletristik ist es ein Plädoyer für Heroismus und das Heldische, das sicher moralisches Gewicht hat, wenn es auch mitunter etwas ziellos wirkt.

Totenliste Am 3. Januar starb in Würzburg, in seinem 73. Lebensjahr, der Professor für Alte Geschichte an der Universität Würzburg *Julius Kaerst*, der sich Verdienste um die Erforschung des hellenistischen Zeitalters erworben hat. Sein Buch *Studien zur Entwicklung und theoretischen Begründung der Monarchie im Altertum* /1898/ ist auch für das politische Denken des Mittelalters und der Neuzeit aufschlußreich.

Im Januar verschied auch der ordentliche Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg *Rudolf Häpke*, im Alter von 46 Jahren. Häpke widmete sich vorwiegend der Wirtschaftsgeschichte und stellte sich die Aufgabe die Bildung der Nationalwirtschaften aufzuhellen, die zu Beginn der Neuzeit das eigentlich dynamische Element der europäischen Wirtschaftsentwicklung darstellten. So stand die niederländische Wirtschaftsgeschichte im Zentrum seiner Forschungsarbeit; Arbeiten über Brügge und die Hanse lagerten sich an diesen Kern seiner Tätigkeit an. Sein letztes Werk war eine vorzügliche Darstellung der Entstehung der holländischen Wirtschaft /1928/.

In Bonn starb im Januar, 68 Jahre alt, der Archäologe *Franz Winter*, der durch die vom Deutschen Orientinstitut finanzierten Ausgrabungen in Syrien bekannt geworden war.

Ende Januar starb in München der Professor für Mittlere und Neuere Geschichte *Paul Joachimsen*, in seinem 63. Lebensjahr. Er war einer unserer besten Kenner des Humanismus und der Reformationszeit. Der bedeutendste Niederschlag seiner Studien darüber ist sein Werk *Geschichtsauffassung und Geschichtschreibung in Deutschland unter dem Einfluß des Humanismus* /1911/. Als gründlicher Kenner der Erneuerungsbewegung des 15. und 16. Jahrhunderts konnte er die Frühgeschichte des deutschen Nationalgedankens schreiben: *Der deutsche Staatsgedanke von den Anfängen bis auf Leibniz und Friedrich den Großen* /1921/. Seine Neuausgabe von *Ranke's Deutscher Geschichte im Zeitalter der Reformation* ist ein Muster wissenschaftlicher Editionstechnik.

Kurze Chronik Zum Andenken an die Schlacht bei Austerlitz in Mähren im Jahr 1805 wurde dort im Juli von der Tschechoslowakei ein *Napoléondenkmäl* enthüllt. ◊ Am Geheimen Staatsarchiv in Berlin wurde ein *Institut für Archiwissenschaft* zur Ausbildung der Anwärter der Archivarlaufbahn begründet. ◊ Das *Deutsche Archäologische Institut* in Stambul, amtlich als Zweiganstalt des Archäologischen Instituts des Deutschen Reichs, Abteilung für Archäologie und Geschichte der Türkei benannt, hat unter der Leitung Martin Schedes und Paul Wittels in einer Hauptstraße von Pera, ein eigenes Heim erhalten. Das Institut besitzt eine Bibliothek von 12 000 Bänden und hat Arbeits- und Unterkunfts-räume für durchreisende Forscher. ◊ Der Geschichtspräsident Gustave Glotz, der im Auftrag des Internationalen Komitees für Geschichtswissenschaft eine Untersuchung über die in den Schulen aller Länder gebrauchten *Geschichtsbücher* veranstaltet hat, schlägt vor eine Internationale Bücherei für Geschichtsbücher zu schaffen, die sowohl die Geschichtsbücher für die Volks- wie für die Höheren Schulen umfassen soll. Der Zweck der Untersuchung ist die Schulbücher für Geschichte von allen Geschichtslügen zu befreien. ◊ Beim Historischen Seminar der Universität Marburg wurde eine *Lichtbildstelle* eingerichtet, die die ältesten Urkunden zur Deutschen Geschichte bis zum 13. Jahrhundert in Negativen sammeln will. Die Stelle soll im ganzen etwa 40 000 solcher Urkunden umfassen. ◊ Einen *Bildnis-katalog* der Weltgeschichte hat der Kustos am staatlichen Kupferstichkabinett in Dresden, Hans Wolfgang Singer, herauszugeben begonnen /Leipzig, Karl W. Hiersemann/. Er soll in 8 bis 10 Bänden erscheinen, bis 1933 vollendet sein und Bildnisse aller bedeutenden Persönlichkeiten der Weltgeschichte bringen, im ganzen etwa 100 000 Porträts. ◊ Als Nachfolger Hans Delbrücks wurde der Königsberger Geschichtsordinarius *Hans Rothfels* Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv. ◊ Zum Honorarprofessor an der Universität Frankfurt wurde *Ernst Kantorowicz* bestellt. Er ist durch sein gefeierte und umgedeutete Buch *Friedrich II in den Brennpunkt des Interesses historischer Forschung* gerückt. Auf dem letzten Historikertag sprach er in aufrüttelnder Weise über die Grundprinzipien mittelalterlicher Geschichtschreibung (siehe diese Rund-

schau, 1930 II Seite 613). Die Berufung ist um so bemerkenswerter, als Kantorowicz bisher noch nicht habilitiert war. \diamond Der Ordinarius der Alten Geschichte an der Universität Gießen *Richard Laqueur* geht als Nachfolger Joseph Vogts an die Universität Tübingen. Sein Sondergebiet ist antike Historiographie. \diamond Zum Ordinarius für Zeitgenössische Geschichte an der Universität Genf wurde *Guglielmo Ferrero* berufen. \diamond Der Verfasser des vielbenutzten Leitfadens *Roma Israelitica, Wanderungen eines Juden durch die Kunststätten Roms /1927/, Hermann Loevinson*, wurde Direktor des Staatsarchivs Bologna. Dem Leiter dieses Amtes untersteht auch die Oberaufsicht über die Archive der Provinzen Emilia und Romagna. \diamond An der Universität Berlin *habilitierten* sich für Klassische Altertumswissenschaft Hans Erich Stier, für Altertumskunde der Wissenschaftliche Mitarbeiter an der Preussischen Akademie der Wissenschaften Lothar Wickert, für Neuere Geschichte Gerhart Masur. Stiers Antrittsvorlesung behandelte Wesen und Ziele der antiken Quellenkunde, Wickert sprach über die heutige Stellung der lateinischen Epigraphik innerhalb der Altertumswissenschaft. Unter den Veröffentlichungen Masurs ragt eine Arbeit über den Begriff der Universalgeschichte bei Ranke hervor; seine Habilitationsschrift stellt den 1. Band einer umfassenden Biographie des konservativen Staatstheoretikers Friedrich Julius Stahl dar, seine Antrittsvorlesung behandelte die Reichsidee in der Zeit Friedrichs des Großen.

Literatur

Gisberts Beyerhaus umreißt im 141. Band der Historischen Zeitschrift mit sicherem Griff die historiographische Leistung des 1928 verstorbenen *Friedrich von Bezold*. \diamond Friedrich Meinecke bringt ebenda eine feinsinnige Studie über *Johann Gustav Droysen* als Historiker. \diamond Johannes Hohlfeld beschäftigt sich mit *Karl Lamprecht* /Leipzig, Zentralstelle für Deutsche Personen- und Familiengeschichte/. \diamond Minnie von Below gibt in ihrer Arbeit *Georg von Below* /Stuttgart, W. Kohlhammer/ mehr eine lebendige Skizze des Menschen als ein Bild der Forschungsarbeit Belows. \diamond Einen ausgezeichneten, von Edgar Salin gegebenen Abriss von Persönlichkeit und Werk *Eberhard Gotheins* enthält der 5. Band des Deutschen Biographischen Jahrbuchs /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/.

Religionswissenschaft / Theodor Stegried

Chassidismus Eine außerordentlich wertvolle Sammlung chassidischer Rabbinenerzählungen liegt von *Chajim Bloch* vor: *Priester der Liebe, die Welt der Chassidim* /Zürich, Amaltheaverlag/. Der Verfasser hat nicht nur ein sehr reiches Quellenmaterial durchforscht, sondern persönliche Berührung mit der chassidischen Tradition machte es ihm möglich auch viele nur mündlich umlaufende Erzählungen wiederzugeben. Das Buch tritt ergänzend neben die bekannten Arbeiten Martin Bubers über die chassidischen Weisen. Auch aus ihm spricht die seelische Tiefe und Glut der chassidischen Frömmigkeit. Man lernt hier verstehen, wie der Kultus das Leben dieser Kreise war, und wie er für sie das eigentlich zentrale Geschehen in der Wirklichkeit bedeutete. Zugleich wird deutlich, zu welcher lebenssprudelnden Unmittelbarkeit jene Rabbinen durch die Meditations- und Gebets"disziplin" kamen. Diese Rabbinen sind Meister der Seelsorge, weil ihr Leben ein Sichsorgen um die Seelen der anderen ist. Man müßte hier zu Sören Kierkegaards Leben und Walten der Liebe greifen, um zu dieser Verschmelzung von konkreter Fürsorge und religiöser Sorge um die Seele die "Theorie" entwickelt zu finden. Aber bei dem dänischen Dialektiker läuft die Liebe darauf hinaus den andern "abzustossen" und zum einzelnen zu machen. Die chassidische Liebe will mit dem andern tragen, ja ihn selber tragen. Dennoch kennt auch sie das Ziel den andern zu sich selbst zu bringen. So kollektivistisch-mystisch auf der einen Seite die Atmosphäre ist, so sehr ist doch auch der "Individualismus" lebendig, der aus dem israelitischen Prophetentum stammt: Jeder hat für sich selbst Rechenschaft abzulegen. Und eben diese gemeinsame Quelle des Prophetismus erlaubte es den Vergleich mit Kierkegaard zu ziehen, von manchem vielleicht gewagt erscheinen mag. Der gleiche Verfasser hat die Lebenserinnerungen des Kabbalisten Vital bearbeitet und herausgegeben /Leipzig, Verlag der Asia Major/. Der Stoff wirkt viel fremdartiger als der zuvor genannte. Die Welt der kabbalistischen Traumdeutung tut sich auf. Es ist dem Verfasser zu danken, daß er auch in dieses mystische und dem Europäer meist ganz fremde Dunkel einen Weg bahnt und auch daraus die chassidische Frömmigkeit ans Licht bringt.

Christus Eine »Weltchristmette« dichtete Roger de Campagnolle, er nannte sie Der andere Christus /Berlin, Paul Steege-mann/. Die Dichtung ragt über die üblichen Christusdichtungen durch Gehalt und Formkraft weit hinaus. Es ist eine Art Trilogie, das ganze in Form eines Aufschreis und Gebets der Menschheit gehalten. Der 1. Teil: Hölle, schildert die Menschheit, wie sie sich gegen den Christus empört, der kein Heil brachte sondern die Welt in der Flut der äußern und innern Zerrissenheit umkommen läßt. Der 2. Teil: Fegefeuer, schildert das Suchen nach einem neuen Menschheitsdom. Der crucifixus, das Angesicht des Gekreuzigten, gibt den Menschen Kraft für diesen Bau sich hinzugeben. Wieder bricht die Anstrengung zusammen, eine neue Empörung bricht aus. Der 3. Teil: Paradies, läßt dann »die Liebe« in der Mariengestalt erscheinen, und diese gibt die Kraft zum Bau. Es ist hier nicht möglich die Glut der Sprache und der Bilder zu würdigen. Aber um den Gedankengehalt herauszuarbeiten, mußte eine kurze Schilderung gegeben werden. Die »Empörung« des I. Teils trägt Nietzschesche Anklänge, aber doch eigener Art. Eigen gegenüber Nietzsche ist die Zurückführung der Technik und des Technizismus selbst auf das Christentum. Ein solcher »Angriff« zielt tiefer als die Angriffe gegen den Rationalismus. Er trifft darum nicht nur leidenschaftlicher sondern schwerer, weil er das Ganze überschaut und weiß, daß es kein Rückwärts gibt. Gewaltig ist der 2. Teil. Er schildert das Zerbrechen am Opfer, den Zusammenbruch einer gelebten Theologia crucis. Implicite ist hier eine Kritik Tolstojs und Kierkegaards zu finden. Der 3. Teil lehnt sich an den Schluß des 2. Teils Faust an: Die erlösende Liebe wird in einer weiblichen Gestalt angeschaut. Immer und immer hat die Mariengestalt die Dichter angezogen. Aber auch an dieser Stelle geht der Verfasser über die allgemeine Tradition hinaus. »In ihr ihn liebend« lautet sein letztes Wort. Maria erscheint als Vermittlerin, aber nicht im dogmatischen Sinn sondern als Bild der reinen hingebenden Liebe, von dem her der crucifixus selber Deutung und Licht empfängt. Die dichterische Vision schafft sich hier ihr eigenes Recht.

Ramakrischna Zu den vielen Gestalten, die Romain Rolland mit der Meisterschaft seiner Einfühlung zeichnete, ist jetzt der Inder

Ramakrischna hinzugekommen /Zürich, Rotapfelverlag/. Rolland hat dazu ein bewundernswürdig umfassendes und peinliches Quellenstudium getrieben. Aus diesem erwuchs ihm die Intuition dieser gewaltigsten religiösen Gestalt, die das Indien des vorigen Jahrhunderts besaß. Rolland zeichnet die aufwühlende und zerstörerische Gewalt des mystischen Weges. Jahre der Zerrüttung und der »Nacht« gingen vorauf, ehe Ramakrischna der Meister der Seelen wurde und den Menschen mit einem Blick ins Innerste schaute. Aber sein Auge war das Auge dessen, der zurechtweisen, auf den rechten Weg weisen und heilen will. Die »Religion« Ramakrischnas war universalistisch. Alle Heilswege erkannte er an, ja in dem islamitischen und christlichen versuchte er sich selbst. Dennoch lehnte er die synkretistische Universalreligion ab, die von Kreisen der sogenannten Brahmasomaj gepflegt wurde. Gut zeigt Rolland, wie Ramakrischnas religiöser Universalismus aus der Tiefe seiner Idee der Liebe erwuchs. »Ein Strom braucht keine Schranken. Wenn man ihn einsperrt, stockt sein Wasser und wird giftig.«

Das Buch Rollands zeichnet mit Meisterschaft den intuitiven, schauenden Charakter des indischen Denkens. Was in der Versenkung geschaut wird, hat Realität. Die Schau zum Beispiel des Christus bedingt schon seine »Realität«. So schaut Ramakrischna die Götter. Aber wenn er es auch mit besonderer Intensität tut, an sich gehört dieses Schauen zu den »natürlichen« Möglichkeiten des indischen Denkens. Seine Art und Struktur versteht Rolland lebendig zu machen. Das Buch gibt zugleich eine treffsichere Schilderung der religiösen Bewegungen um Ramakrischna herum, insbesondere der Führer der Brahmasomaj. (Deren Wesen stellt auch Manilal Parkeh in einem interessanten Buch dar, auf das hier noch besonders hingewiesen sei: The Brahma Somaj, a Short History /Rajkot, Katziawad/.)

Als Fortsetzung seines Ramakrischnabuchs brachte Rolland einen Band, der das Leben des Vivekananda behandelt /Zürich, Rotapfelverlag/. Vivekananda ist der rührigste und genialste Schüler Ramakrischnas, insbesondere ein Prophet des sozialen Dienstes.

Exerzitten Die Exerzitten des Ignatius von Loyola sind ein Meisterwerk psychologischer Technik. Ihre Technik der psychischen Aufregung und Abtötung ist

ganz anderer Art als die mystische Kontemplation. Kann diese zu einer einzigartigen Freiheit und Unmittelbarkeit des seelischen Lebens zurückführen (siehe dazu das über Ramakrishna Gesagte), so führt die Methode der Exerzitien zu einer gefühlbaren, stählernen Prägung und gewaltsamen Zerstörung der Unmittelbarkeit. Der Akademiker Edouard Estaunié gibt eine hervorragende Analyse eines solchen Umformungsprozesses in seinem Roman *L'empreinte* /Paris, J. Ferenczi & Fils/. Es handelt sich um die Lebensgeschichte eines Klosterzöglings. Meisterhaft wird die unmerkliche, aber unwiderstehliche Wirkung des Milieus gezeichnet. Leonard wird von diesem Milieu durchtränkt. Die Patres sind die Beherrscher seiner Seele, und wie in einem komplizierten Räderwerk alles ineinandergreift, so wirken auch hier Freundlichkeit und Herbheit, Seelentrost und Seelenschütterung, Führung und Gehelassen zusammen, um diese Seele in den Bann zu schlagen. Als Leonard sich entschließt nicht in den Orden zu treten, ist er fürs Leben "draußen" nicht mehr tauglich. Allmählich zerrinnt ihm intellektuell auch sein Glaube. Aber die Vergangenheit behält Macht über ihn. Sein Gefühl schwingt in den alten Bahnen, und er bleibt von dem beherrscht, was er intellektuell aufgab. Die Kraft der selbständigen Auseinandersetzung ist ihm genommen. In aufreibender Selbstanalyse findet er nur die ihm durch seine Erziehung eingeprägte fremde Seele seines Ordens vor, und gebrochen und glaubenslos sucht er seine Zuflucht im Orden.

Das Buch Estauniés ist in Frankreich leidenschaftlich umstritten. Die konfessionelle Polemik hat sich seiner bemächtigt. Als Anklage und als gehässige Parodie der Ordenserziehung wird es gewertet. Aber seine Bedeutung liegt in einer andern Ebene. Es analysiert die dämonische Bemächtigung und damit zugleich Entmächtigung einer Seele, *l'empreinte*. Darum ist dies Buch vor allem in seiner psychologischen Meisterschaft zu bewerten. Es liegt auch nicht so, als ob diese über die etwaige Tendenz hinwegzusehen erlaubte. Sondern wenn hier eine Tendenz lebendig ist, so wächst sie aus der Analyse selbst heraus als erschütternde Warnung, die an jeden Erzieher, jeden Seelenführer ergeht. Aber diese Warnung ist nicht allein eine solche vor vermeidbaren Fehlern. Sondern gerade darin wurzelt ihre Gewalt, daß sie zugleich eine unvermeidliche Krisis aller Erziehung aufdeckt.

Luther

Luther in ökumenischer Sicht behandelt ein großer, von dem Historiker Alfred von Martin herausgegebener Sammelband /Stuttgart, Fr. Frommanns Verlag/. Er ist von dem Kreis der Una-Sancta-Bewegung getragen, die im Anschluß an die sogenannte Oxfordbewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts eine konfessionelle Mischung zwischen der protestantischen und der katholischen Kirche erstrebte. Aber »was uns hier vorgelegt wird, ist kein Una-Sancta-Heft mehr: es verzichtet darauf jetzt schon einen einheitlichen, objektiven Boden finden zu wollen«.

Aus der großen Zahl der Arbeiten seien nur einige hervorgehoben. Alfons Viktor Müller behandelt Luthers Lehre in ihrem Verhältnis zu Augustin und zur augustianischen Forschung. Müller ist ein ausgezeichnete Kenner des mittelalterlichen Augustinismus, und so ist sein Beitrag außerordentlich aufschlußreich. Er will zeigen, wie Luther ganz in der augustianischen Tradition steht und bringt dafür ein reiches Material bei. Otto Piper handelt vom kirchlichen Wollen der deutschen Reformation. Der Verfasser zeichnet eine interessante Entwicklungslinie von der gläubigen Gemeinde über die Kirche des Worts zur obrigkeitlich regierten Landeskirche. Dabei sieht er in der »Kirche des Worts« bereits eine biblizistische Erstarrung wirksam. Demgegenüber will der Verfasser auf den ursprünglichen »dynamischen« Kirchenbegriff zurückgehen. Dabei ist außerordentlich beachtlich, daß der Verfasser hier nicht etwa die Tradition zur Norm erheben will sondern diese Dynamik sofort in einem umfassendern Sinn als die Bewegung versteht, mit der das »Heil« in die »Menschheit« hineinwirkt. Das heißt, die Kirche ist hier nicht als absolute "Heilsanstalt" verstanden, sondern ihre Funktion ergibt sich aus dem Universalismus und der Weltgerichtetheit des Heils. Damit ist in der Tat ein förderlicher Versuch gemacht den Kirchenbegriff aus der kultischen Enge, in die er auch heute wieder gezwängt wird, zu befreien. Friedrich Heiler wägt in einer umfangreichen Arbeit die Bedeutung Luthers ab. Er sucht eine Synthese zwischen Luther und dem Katholizismus. Natürlich ist eine Dogmatik diskutabel, die die Wahrheit aus allen konfessionellen Gruppen zu erheben gewillt ist. Ja, eigentlich verfährt heute jede Dogmatik so. Auch ist für die protestantischen Kirchen die reformatorische Lehre nicht normativ. Als endgültige

Norm gilt allein die "Schrift", und auch diese nicht in einem "gesetzlichen" Sinn. Aber damit ist auch der Gegensatz zum katholischen Prinzip bezeichnet. Der Katholizismus kennt die juristische Norm des Dogmas. Diese lehnt auch Heiler eindeutig ab. Dennoch ist es verständlich, daß sein Versuch immer wieder dem Mißtrauen einer prinzipiellen Angleichung an den Katholizismus begegnet. Denn gerade die inhaltlichen Angleichungen an das katholische Dogma erwecken nun den Schein einer Kompromißtheologie, die auf mittlerer Linie die Gegner versöhnen will.

Um nunmehr auf das vorliegende Buch als Ganzes zurückzukommen, so muß ausdrücklich die schon eingangs gekennzeichnete Reserve beachtet werden. Es will Luther den Katholiken und die katholische Beurteilung Luthers den Protestanten nahebringen. Dabei ist zweifelsohne gegenüber jener Beurteilung, die von Hartmann Grisar und Josef Denifle gegen Luther geübt wurde, ein Fortschritt nicht nur sondern eine entscheidende Wandlung festzustellen. Was das ökumenische Ziel betrifft, so ist die vorliegende Schrift überaus zurückhaltend. In der Tat bedeuten die von der *Una Sancta* erstrebte "Lehreinheit" und "Kircheneinheit" auch prinzipiell ein offenes Problem, und beide eben genannten Stücke müßten vom protestantischen Standpunkt aus wieder unterschieden werden. Es läßt sich eine kirchliche "Union" bei differenzierter Lehre denken. Es läßt sich kirchlich kultische Differenzierung bei gemeinsamer Lehre denken. Aber es ist auf alle Fälle eine Utopie, daß man durch bloßen Rückschritt auf das Gemeinsame zu einer Einigung kommen könnte. Eine solche kann nur aus einer neuen Intuition kommen, und würde eine solche sich auch an eine Gestalt oder Epoche der Vergangenheit (man könnte zum Beispiel an Augustin denken) anlehnen, so müßte das doch eine radikale einheitliche Neuprägung sein und nicht eine Reduktion auf gemeinsame "Restbestände".

Totenliste

Ende Juni starb in Breslau der Professor für Kirchengeschichte und Praktische Theologie in der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität *Georg Hoffmann*, im Alter von 70 Jahren. Er war Mitglied des Schlesischen Provinzialsynodalvorstands, des Generalsynodalvorstands, des Landeskirchenausschusses sowie der Theologischen Prüfungskommission.

Kurze Chronik Die Theologische Fakultät der Universität Berlin stellt für das Jahr 1930-1931 die folgenden *Preisaufgaben*: »1. Liegen Einflüsse der Theologie Melancthons in Luthers Vorlesung über die Genesis vor?« 2. »Die Geschichte und Bedeutung des religiösen Parakletgedankens soll behandelt werden.« 3. »Die Praxis und Theorie der Stellungnahme zum weltlichen Beruf in den ersten 3 Jahrhunderten der Kirchengeschichte.«
 ◊ Die selbe Fakultät feierte den *1500. Todestag Augustinus'* durch einen eindrucksvollen Vortrag Reinhold Seebergs, der ein groß umrissenes Bild von Person und Werk dieses außerordentlichen Menschen gab. ◊ Das zwischen Augsburg und München liegende *Kloster Altomünster* konnte in diesem Jahr auf ein 1200jähriges Bestehen zurückblicken. Es wurde im Jahr 730 von dem schottischen Benediktinermönch Alto gegründet und bis zum Jahr 1000 von Benediktinern, von 1000 bis 1490 von Benediktinerinnen und seit 1497 von Britinnen bewohnt, die in ihm das einzige Kloster in Deutschland besitzen. Mit großen kirchlichen Festlichkeiten und historischen Veranstaltungen wurde das Jubiläum gefeiert. ◊ In Stuttgart wurde im Juli eine nach Bekenntnissen abgeteilte *Ausstellung Kirchlicher Kunst* eröffnet. Neben der Architektur, die dominiert, war eine Reihe bedeutender Werke der Malerei, Bildhauerei, Glasmalerei usw. zu sehen. ◊ Der Marburger Privatdozent *Joachim Begrich* geht als außerordentlicher Professor für Alttestamentliche Wissenschaft an die Universität Leipzig. ◊ In der Theologischen Fakultät der Universität Berlin *habilitierte* sich Dietrich Bonhoeffer; seine Antrittsvorlesung erörterte die Frage nach dem Menschen in der heutigen Philosophie und Theologie.

Literatur

Ein *Jesusbuch* von Dagobert Reiner Der wahre Jesus /Wien, Rudolf Cerny/ mag hier erwähnt werden, weil es zeigt, was alles möglich ist. Ein femininer und verlogener Jesus tritt als Phantasieprodukt des Verfassers vor die Rampe. Das Nachwort des Verfassers zeigt, daß er meint als »Marxist« gegen das Christentum kämpfen zu sollen. Er ahnt nicht, wie er mit solcher Ausgeburt nicht das Christentum, wohl aber den Marxismus parodiert, von dessen eigentlichem Anliegen er nichts begriffen zu haben dokumentiert. Das Buch sei genannt, um vor derartigen Methoden zu warnen.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Bratstskoven

Vision und
Formgesetz

Als Versuch eines Überblicks über die jüngsten künstlerischen Absichten stellte die Galerie Ferdinand Möller in Berlin unter dem Titel Vision und Formgesetz deutsche Künstler aus, die dem französischen Surrealismus ähnliche Darstellungsziele haben. Die Wirkungsabsicht ist, wie es Ernst Kallai in seinen Begleitworten in den Blättern der Galerie Ferdinand Möller darlegt, »die entscheidenden Impulse im Sein und Bewußtsein unserer Zeit zu offenbaren, ihre technische Beschwingtheit, ihren utopischen Glauben an eine kühle geistige Vollendung des Lebens, zugleich aber auch ihre erweiterte und durchdringende Tiefenerkenntnis von leib-seelischen Beschaffenheiten«. Ausgestellt sind besonders jene Maler, die mit den Bestrebungen des Bauhauses in direktem oder indirektem Zusammenhang stehen. Es wären da Oskar Schlemmer, Egon Engelen, Heinrich Hoerle, Georg Muche und Fritz Winter als die künstlerisch eindrucksvollsten zu nennen. Dann aber vor allem Ewald Mataré und neben ihm der neuerdings durch seine phantastisch-ironische Grundbetonung viel beachtete Werner Scholz. Ob alle einst der Brücke angehörenden Künstler, wie zumal Erich Heckel, Emil Ludwig Kirchner, Karl Schmidt-Rottluff und Otto Müller, so unbedingt und organisch damit zu verknüpfen sind, dürfte doch wohl fraglich sein. In der Mehrzahl konzentrieren diese Künstler ihr Augenmerk auf eine blanke Rhythmisierung halb abstrakter halb dem real Gegebenen entnommener Elemente. Parallelen dazu findet man in der gegenwärtigen Baukunst etwa in dem Bevorzugen glitzernder und exakt gefaßter Metallteile. Auch wenn man sich nicht von der Neuartigkeit verblüffen läßt, entdeckt man manches frisch empfundene und in der Ausprägung von natürlicher Gesetzlichkeit schön durchwirkte Werk. Man sieht aber auch deutlich, wie sich, unter anderen bei Willi Baumeister, bei einmal errungener Übersicht über die Möglichkeiten auch ein manieristisches Erstarren anbahnen kann. Historisch gesehen löst diese neue Bewegung, wie sie in dieser Ausstellung durch eine Reihe höchst wirkungsvoller Arbeiten präsentiert wird, die sich allmählich in belanglose Details verlierende "neusachliche" Richtung durch eine wieder große Linienführung ohne falsche Monumentalität meist überzeugend ab.

Georgien

In Berlin fand im ehemaligen Kunstgewerbemuseum eine Ausstellung georgischer Kunst statt, die, von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas veranstaltet, eine gute Übersicht über die alte künstlerische Kultur dieses Landes bot. Die charaktergebenden Grundzüge sind altchristlich, aber das mehr oder minder starke Eindringen asiatischer, vornehmlich islamischer Einflüsse verleiht den Werken die besondere Eigentümlichkeit. Weniger deutlich in der Architektur, wo nur eine ornamentale Reliefplastik asiatische Einwirkung erkennen läßt, als besonders in den Wandmalereien zeigt sich die sondertümliche Note der alten georgischen Kunst. Als Darstellungen aus der christlichen Geschichte, als Ergebnisse früh in Angriff genommener und ganz freizügiger Kopierübung überraschen die in Nachbildungen ausgestellten Wandgemälde, besonders die aus dem Höhlenkloster David Garetscha, durch die kompositionelle Großzügigkeit, durch die Frische archaischer Flächigkeit. Gegenüber der nordrussischen Malerei ist außerdem das Überwiegen hellern und gelöstern Farbauftrags bezeichnend, als Beispiel einer frühen und selbständigen Verarbeitung fremder Einflüsse. Später läßt die Souveränität nach; das Übernehmen realistischer Tendenzen, wobei man wohl Anregungen durch die italienische Renaissance von dritter Hand annehmen kann, läßt den Geist allmählich abflauen. Die Stifterbildnisse der Königin Thamar (aus dem Geschlecht der Bagratiden) und ihres Mannes in der Hauptkirche von Wardsia sind noch ein letzter Abklang der sich später in Kleinlichkeit verlierenden Freskomalerei. Begleitende Ergänzungen dieser Ausstellung bildeten noch Buchminiaturen, Ikonen, Silbertreibarbeiten, Grablegungsbilder, Nadelmalereien und Gerätetücher. Immer frappiert das spezifisch georgische im Gegensatz zum nordrussischen Element. Die Ausstellung als Ganzes erleichterte durch sparsame, aber bezeichnende Auswahl den sichern Überblick.

Argentinien

In der Hochschule für die Bildenden Künste in Berlin waren im Sommer Gemälde des argentinischen Malers Cesario Bernaldo de Quiros ausgestellt. Alle seine Arbeiten gehören der Manier nach einer längst überholten Kunstauffassung an. Mit pathetischer Farbverwendung zeigt sich hier noch einmal die Haltung der Historienmalerei des 19. Jahrhunderts,

Dazwischen erkennt man bei diesem Lateinamerikaner den Einfluß Ignacio Zuloagas, während die Spuren eines Velasquezstudiums kaum noch aufzufinden sind. Die übertriebene Bravour des Vortrags in großen Bildformaten und das handwerksmäßige Können kann schließlich ebensowenig Recht auf künstlerische Bedeutung beanspruchen wie die Tatsache, daß besonders Szenen aus dem Leben der Gauchos dargestellt sind. Wie in der Eröffnungsansprache des Berliner argentinischen Gesandten und auch in einer ausgelegten Einführung in sein Werk /Berlin, Heinrich Wilhelm Hendrick/ mitgeteilt wurde, gilt de Quiros als der bedeutendste Künstler seines Landes. Ein argentinischer Anton von Werner? Für europäische Augen mit anderen, auf Entwicklung und Verfeinerung beruhenden Anforderungen gewiß ein solcher. Aber über die Sache hinaus gibt der Fall auch zu denken. Wir haben ein Land vor uns, das erst in den Anfängen eigener Wesensbildung steht. Im gegenwärtigen Stadium gibt de Quiros als Lehrer an der Akademie der Schönen Künste in Buenos Aires jene Inhalte, die den argentinischen Interessen um eine zeitgemäße nationale Kultur am stärksten entsprechen; mit Mitteln allerdings, die er sich wahllos und typisch zivilisatorisch in den europäischen Museen angeeignet hat. Immerhin, es sind kompakte Inhalte, aus denen sich eine künstlerische und zukünftige Verfeinerung entwickeln lassen sollte. Es sind gewiß künstliche Wurzeln, die trotzdem früher oder später einmal die Blüte bringen können. Sie stehen in wohlverstandenen Gegensatz zu jenen Erzeugnissen, die man heute als nordamerikanische Kunst anzusprechen sich gewöhnt hat, obwohl sie nur abgerissene Blüten von französischen Kunstbäumen sind. Die Verfeinerung der europäischen Kunst bis in die Geistigkeit der gegenwärtigen surrealistischen Bewegung ist auf Grund ihrer Entwicklung zu verstehen, die Aneignung nur dieser Manier durch amerikanische (und meist geschickte) Nachahmer hat aber für das Land selbst kein Gewicht. Unter diesem Aspekt gesehen sind die Gemälde Cesario Bernaldo de Quiros' nicht ganz ohne Bedeutung.

Orlik Am 21. Juli wurde Emil Orlik 60 Jahre alt. Er wurde in Prag geboren, ist schon seit dem Jahr 1905 in Berlin, zuerst am Kunstgewerbemuseum, dann an der Hochschule für die Bildenden Künste, lehrend tätig und gehört in gewisser

Weise zu den Wegbereitern einer der Zeit gemäßen Kunstauffassung. Seine Ausbildung fand er in München bei Wilhelm Lindenschmidt. Schon um 1900 wurde er dadurch bekannt, daß er als Graphiker mit dem überlieferten xylographischen Kanon brach und auf dem Gebiet des Holzschnitts und in den Spuren Félix Vallottons einer freieren Darstellungsweise Rechnung trug. Mit Recht gilt unter anderm sein Plakat für die erste Aufführung der Weber in Prag zu den Inkunabeln des modernen Holzschnitts und Anschlagbilds.

Charakteristisch für seine Art sind sein unermüdliches Improvisieren als Zeichner und seine Beschäftigung mit allen bekannten graphischen und malerischen Techniken. Er hat selbst mehrere Reisen nach Japan unternommen und auch in einem Buchwerk beschrieben, und es dürfte sein Verdienst sein die von der japanischen Holzschnittkunst ausgehenden Anregungen lebendig verarbeitet und als neues künstlerisches Darstellungsmoment weitergegeben zu haben. Daneben wurde er auf seine Manier zum Chroniqueur der Großstadt Berlin. Während er in früheren Jahren durch eine frische Genauigkeit ausgezeichnete Köpfe großer Persönlichkeiten aus Vergangenheit und Gegenwart auf großen Kupferplatten graphisch erfaßte, legte er später Gestalten, Szenen und Erlebnisse aus der Welt des Theaters, der Kunst, der Musik und des Kaffeehauses zeichnerisch und mehr improvisierend fest. Ein Zeugnis dieser seiner Auffassung ist eine Mappe 95 Köpfe /Berlin, Bruno Cassirer/, in der seine unschematische (allerdings auch ausdrucksmäßig begrenzte) Darstellungsgabe offenbar wird.

Die künstlerische Bedeutung Orliks liegt weniger in seinen zahlreichen Arbeiten schlechthin als in seinem beweglichen Übernehmen vielfach neuer Anschauungsweisen, die er als pädagogische Werte weiterzuleiten vermochte. Beobachtungen und Eindrücke von seinen zahlreichen Reisen und aus der Kunstwelt hat er in einem Band Kleine Aufsätze /Berlin, Propyläenverlag/ niedergelegt.

Totenliste Am 18. Januar starb in Berlin *Heinrich Lessing*, 73 Jahre alt. Sein Vater war der Führer der romantischen Landschafts- und Historienmalerei. Er selbst studierte zuerst an der Kunstschule in Karlsruhe und später in Berlin unter Karl Gussow. Von seinen Werken sind ein Bildnis seines Vaters und holländische Szenen hervorzuheben.

Ende Januar starb in Jena der Kunsthistoriker *Paul Weber*, im Alter von 62 Jahren. Er hat über die Zusammenhänge von Kunst und Religion geschrieben.

Anfang Februar starb in Düsseldorf *Georg von Bochmann*, im Alter von 79 Jahren. Er stammte aus Estland, gehörte in Düsseldorf noch der Schule Oswald Achenbachs an und hat besonders Figurenbilder aus dem estnischen Volksleben geschaffen.

In Ostasien starb Anfang Februar ein Sohn Wilhelm Trübners, der Kunsthistoriker *Jörg Trübner*, im Alter von erst 28 Jahren. Er ist durch Veröffentlichungen über chinesisches Kunstgewerbe bekannt geworden.

Mitte Februar starb in Wien *Anton Faistauer*, im Alter von 43 Jahren. Besonders durch seine kultivierte Farbigkeit war er einer der prägnantesten Vertreter der jungen österreichischen Kunst. Neben Bildnissen, Landschaften und Stilleben sind besonders die Fresken hervorzuheben, die er für das Salzburger Festspielhaus schuf.

Kurze Chronik In diesem Jahr wird Michelangelo's Jüngstes Gericht in Rom, dessen ursprüngliche Farben durch Staub und Wehrauch gänzlich verdunkelt sind, vollkommen restauriert werden. Ein solcher Plan bestand schon seit langem, doch konnte man ihn infolge unzureichender technischer Hilfsmittel nicht in die Wege leiten. Heute kann man sich dagegen der Photographie bedienen, mit der Aufnahmen in Originalgröße ausgeführt werden können, und die jedwede Genauigkeit ermöglichen. In dieser Art hat man schon die vatikanischen Stanzenfresken von Raffael erfolgreich restauriert. Es ist anzunehmen, daß das Jüngste Gericht ähnlich einwandfrei wiedergestellt werden kann. ◊ Gleichzeitig mit der diesjährigen Werkbundausstellung in Paris stellten dort auf Einladung im Pavillon de Marsan im Louvre die Berliner Architekten Alfred Gellhorn und Emanuel Josef Margold einige ihrer *Raumschöpfungen* aus. Die Einladung erfolgte vornehmlich deshalb, weil beide Baumeister bei aller Betonung des Zweckmäßigen eine Mitverwendung der bildenden Künstler bei Bauaufgaben nicht außer acht lassen. ◊ In dem Ort Tecoco, 60 Kilometer von der Stadt Mexico, wurde kürzlich eine 33 Fuß hohe Statue eines Wassergotts ausgegraben. Das Bildwerk ist das bisher größte, das auf dem amerikanischen Kontinent gefunden wurde. Nach Ansicht der Archäologen stammt es aus

voraztekischer Zeit. In Berlin werden demnächst in einer leerstehenden, dem Staat gehörenden Maschinenhalle jene Ausgrabungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, die Max von Oppenheim mit privaten Mitteln auf dem Tell Halaf in Mesopotamien vor dem Krieg durchgeführt hat (siehe die Rundschau Anthropogeographie, in diesem Band Seite 927). Es handelt sich um Denkmäler der subaräisch-hettitischen Epoche, die wahrscheinlich ein gänzlich neues Licht auch auf die frühesten Kunstübungen des Orients werfen werden. ◊ In Deutschland kam ein *Landbund Bildender Künstler* zustande, der alle auf dem Land lebenden Künstler zusammenfassen will. Eine erste Ausstellung fand in Königsberg statt; vertreten waren dort 108 Maler und 16 Bildhauer. ◊ In Deutschland wurde ein *Reichsverband Deutscher Kunstsammler* begründet, um »ideelle und wirtschaftliche Sammelinteressen zu schützen und zu fördern«. ◊ Im Mai zeigte das Museum der Schönen Künste in Moskau den *russischen Besitz an deutschen Werken* des 17., 18. und 19. Jahrhunderts. Neben Zuweisungen aus Privatsammlungen waren es vornehmlich Bestände aus der einstigen Gemäldegalerie des Rumjanzowmuseums. Bedeutende Arbeiten von Adam Elsheimer, Balthasar Denner, Anton Franz Maulpertsch, Kaspar David Friedrich, dem bei uns fast unbekannteren Ernst Kaiser und Adolf Menzel zeigten deutlich, daß einst das russische Interesse an deutscher Kunst zugleich eine lebendige Anteilnahme war. ◊ In Paris hat man nun nach Jahren endlich Aristide Maillols Denkmal für *Paul Cézanne* in den Tuilerieen aufgestellt. Schon 1913 arbeitete Maillol an dieser liegenden Frauengestalt. Nach dem Krieg sollte sie zuerst in Aix, dem Geburtsort Cézannes, dann in Paris ihren Platz finden. Maillol war aber immer mit der Wahl des Standorts unzufrieden, bis man jetzt die Aufstellung kategorisch bestimmt hat. ◊ Am 9. August, am Todestag *Heinrich Zilles*, wurde ein Zilledenkmal auf einem Hof des Berliner Südostens errichtet. Der Platz ist auf 3 Seiten von Mietskasernen umgeben, das Denkmal selbst steht im Garten des Theaters am Kottbusser Tor, wo die Elitesänger noch heute in ähnlicher Weise wirken wie Heinrich Zille das alte Berlin sah.

Literatur

Im Verlag Bruno Cassirer in Berlin veröffentlicht *Mussia Eisenstadt* eine Arbeit über *Antoine Watteaus Fêtes galantes*;

mit sicheren Mitteilungen über die Beziehungen dieses vorherrschenden Rokokokünstlers zur akademischen Malerei seiner Zeit und zu den gleichzeitigen Niederländern und Italienern. Bemerkenswert an der Publikation ist ferner die Beibringung verhältnismäßig wenig bekannten Bildmaterials. ◊ Von Hans Tietze erschien eine Monographie über *Jakob Steinhardt* (Berlin, J. J. Ottens/. Tietze setzt sich eingehend mit dem Leben und Schaffen Steinhardts auseinander, der gleicherweise das ostjüdische Milieu in Gemälden, Zeichnungen und besonders Holzschnitten in kraftvoller Weise eingefangen hat, wie er in neuerer Zeit die Nachfolge von Lovis Corinth mit selbständiger Auffassung fortgesetzt hat. ◊ Eine andere Monographie schrieb Paul Ferdinand Schmidt: *Jakobus Belsen*, gleichfalls bei J. J. Ottens in Berlin. Schmidt reiht vornehmlich die biographischen Fakten des aus Rußland stammenden Belsen auf, der als zeichnerischer Mitarbeiter sozialistischer Blätter sich einen Namen gemacht hat, ohne allerdings als Künstler eine über das Mittelmaß hinausreichende Bedeutung beanspruchen zu können. ◊ Bei Friedrich Cohen in Bonn erschienen die Briefe und Aufzeichnungen *Paul Adolf Seehaus'*, besorgt von Paul Ortwin Rave. Sie vermitteln nicht nur ein Bild von der persönlichen Eigenart dieses Künstlers, der 1919 im Alter von 28 Jahren starb, sondern haben auch dokumentarischen Wert im Hinblick auf die neuen künstlerischen Bestrebungen, die kurz vor dem Krieg begannen, und an denen Seehaus selbst lebendigen Anteil nahm. Von besonderer Bedeutung sind außerdem die beigegebenen Aufzeichnungen des Künstlers über moderne Farbentheorien, worüber er 1915 im Kunstgeschichtlichen Seminar der Universität Bonn einen Vortrag hielt. ◊ Bei Paul Franke in Berlin ist nach dem Zillebuch nun auch ein *Liebermannbuch*, herausgegeben von Hans Ostwald, erschienen. In einzelnen Kapiteln, die unter anderm den Jugendjahren, dem Organisator, dem Redner und Schriftsteller, seinem Milieu und den einzelnen Bildgattungen gewidmet sind, wird ein Bild der Persönlichkeit entworfen. Besonders zahlreich sind, wie sich das bei dem Berliner Liebermann von selbst versteht, die eingestreuten Anekdoten und witzigen Aussprüche, die wohl kaum alle Liebermann zugeschrieben werden können. Eine Reihe bisher unveröffentlichter Gemälde, Zeichnungen, Lithographien usw. ergänzen das Wissen um seine künstlerische Art.

Bewegungskunst / Ernst Kallai

Tänzerkongreß Dem Bearbeiter dieser Rundschau war es leider unmöglich der Einladung zum 3. Deutschen Tänzerkongreß in München Folge zu leisten. Er ist also nicht in der Lage das Kongreßbild aus eigener Anschauung zu zeichnen und muß sich auf eine Zusammenfassung anderer Berichte beschränken. Die künstlerischen Werturteile über die einzelnen Darbietungen des Kongresses gehen in den Pressereferaten naturgemäß weit auseinander, widersprechen sich zum Teil sehr erheblich, wie immer in Dingen der Kunst. Es hätte keinen Sinn diese Urteile hier einander gegenüberzustellen, ihr Für und Wider gleichsam neutral abzuwägen. Als besonders auffallend sei lediglich die vielseitig übereinstimmende Ablehnung der Vorführungen aus dem Labankreis erwähnt. Es gibt zu denken, wenn man dieser einmütigen Ablehnung in Berichten begegnet, die im wesentlichen sonst von durchaus entgegengesetzter Auffassung sind. Im Berliner Lokalanzeiger etwa so gut wie in der Vossischen Zeitung, deren Referent Artur Michel doch zu den gläubigsten Mitkämpfern der problematischen neuen Tanzbewegung gehört. Gerade Michel hat das niederschmetternde Fazit des Kongresses gezogen. Nicht nur aus rein künstlerischen Gründen sondern vielmehr, weil er das künstlerische Versagen durch eine verhängnisvolle Schwäche im Ethos der neuen Tanzkultur begründet sieht. Eine vernichtende Diagnose, wenn man überlegt, daß der neue Tanz seinen Weg gerade im Zeichen eines wesenhaften geistigen Aufstands gegen den routinierten Formalismus des alten Balletts begann. Der 3. Deutsche Tänzerkongreß aber bot nach dem übereinstimmenden Urteil der gesamten Fach- und Tagespresse ein Bild schärfster geistiger Zersplitterung, die nicht allein in den tänzerischen Darbietungen sondern auch in wüsten persönlichen Gehässigkeiten des Zusammenstoßes zwischen Kongreßleitung und den Mitgliedern der verschiedenen Kommissionen zutage trat. Fast wäre zum Schluß der ganze Kongreß aufgefliegen. Der neue Tanz ist nach diesem Kongreß weiter denn je von einer Klärung seiner geistig-formalen Grundsätze entfernt, und der Kongreß bestätigte und bekräftigte, was vor 2 Jahren in dieser Rundschau (1928 II Seite 826) über seinen Vorgänger gesagt wurde. Eine grausame, aber ganz logische Ironie des Schicksals, daß sich diese Zerfahrenheit der Situation

mit aller Drastik gerade auf einem Kongreß enthüllen mußte, der vor allem der tänzerischen Gemeinschaft gewidmet war, der Pflege von Gruppentanz, chorischem Tanz, Laientanz und Tanzstudios. Die vielen hundert ausländischen Tänzer, Tänzerinnen und Tanzkritiker, die zu dem Kongreß erschienen waren, haben von der Lage des deutschen Tanzes recht schlimme Eindrücke davongetragen. Der führende amerikanische Tanzkritiker John Martin hat in der New York Times diese Eindrücke dahin zusammengefaßt, daß es kaum noch einen 4. Tänzerkongreß geben werde, wenn die deutsche Tänzerschaft unfähig bleiben sollte »sich in ihren eigenen Organisationen durchzusetzen«. Sie darf »ihr Werk nicht an den Klippen der Intrige scheitern lassen. Die Gefahr besteht. Auf jeden Fall war das allgemeine Niveau dieses 3. Kongresses sehr tief.« Arthur Michel sieht die einzige Rettung aus dieser Krise in einer durchgreifenden strengen Systematisierung und Intensivierung der Tanzpädagogik. Viele Jahre hingebender erzieherischer Arbeit seien nötig, um eine wirklich schöpferische Zukunft des neuen Tanzes vorzubereiten. Doch woher eine kollektive Erziehung nehmen, fragen wir, wenn ihre leitenden Grundsätze ungeklärt sind, und wenn die Ideenwelt des neuen Tanzes zudem so viel doktrinäre Belastung zeigt?

Tendenzfilm Künstlerisch wäre gegen Fritz Wolffs Film *Zyankali* manches einzuwenden. Es genügt zu sagen, daß er weit hinter Mutter Krausens *Fahrt ins Glück* (siehe diese Rundschau, 1930 I Seite 98) zurückbleibt. Aber man wird trotz dieser kritischen Erkenntnis aufs schwerste erschüttert von den nackten Tatsachen proletarischen Lebens, die sich so oder ähnlich Tag für Tag zu Hunderten und Tausenden ereignen. Dinge, die zum Himmel schreien, aber der Gesellschaft, ihren Machthabern und Gesetzgebern gelten. Sie sollten gehört werden, ehe es zu spät ist. Und diesem Film wurde vom Lampeausschuß, der Filmprüfstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, die Eigenschaft volksbildend zu wirken abgesprochen. Was soll man von dieser Instanz erwarten, die dafür einen national-kriegsfrommen Film dem Volk um so mehr ans Herz legen möchte? Ein unerfreulicher Fall der Film *Vagabund*, der im Marmorhaus in Berlin uraufgeführt wurde. Erst recht, wenn man in Betracht zieht, daß er unter dem Protektorat der Deutschen Liga für Men-

schenrechte und von der Arbeitsgemeinschaft Neuer Film hergestellt wurde. Der Film kämpft gegen das Unrecht, das dem Landstreicher durch den § 361 des Strafgesetzbuchs geschieht. Selten ist eine gute Sache unzulänglicher vertreten worden. Bis auf die Aufnahmen aus dem Obdachlosenasyll. Was für Tragödien könnten durch diese Reportage hindurchscheinen! Aber es kommt nur zum romantisch-sentimentalen "Schicksalsbild" eines Vagabunden von Blut, der indes bestenfalls als verwilderter Wandervogel anzusprechen ist. Der § 361 soll fallen, aber für Jünglinge dieser Art in und außerhalb des Films müßte ein Ersatzparagraph geschaffen werden.

Filmrhythmus Neuaufführungen der Filme Walter Ruttmanns *Berlin, Symphonie der Großstadt* und *Melodie der Welt* (die beide schon bei ihrem ersten Erscheinen in dieser Rundschau ausführlich besprochen wurden) bieten Gelegenheit zu grundsätzlichen Betrachtungen über die Wege einer Filmkunst, die, ohne Schauspieler und epische oder dramatische Entwicklung, den Lauf ihrer Bilder durch einen lediglich optischen (im Tonfilm auch akustischen) Bewegungsrhythmus gestalten will. Die Rahmenhandlung um *Melodie der Welt* (Abschied, Seefahrt und Heimkehr eines Matrosen, verquickt mit ein wenig Hapagreklaime) ist so spärlich angedeutet, daß sie diesen rein filmischen Rhythmus kaum zu stören vermag. Die Frage nach dem Wert der beiden Ruttmannfilme betrifft also vor allem ihren rhythmischen Gehalt. Eine Frage mit weitem Ausblick auf zahlreiche andere Filme verwandter Art und vorwiegend französischer Herkunft. Es sind die Avantgardefilme von Beaumont, Léger, Man Ray, Picabia usw. gemeint. Auch der Moskafilm Werthoffs gehört hierher. Was vermögen solche Filme rhythmisch zu leisten?

Zunächst der *Berlin*film. Der Auftakt (*Fahrt nach Berlin*) ist bezwingend. Hier ist ein Bewegungsmotiv von eindeutig bestimmter Richtung gegeben, das sich in dieser Richtung unaufhaltsam fortentwickelt und, nach prachtvoll gespanntem Lauf, mit der Ankunft am Anhalter Bahnhof nicht bloß begrifflich und in der Zeit ein Ende nimmt sondern auch in seiner innern rhythmischen Spannung zur abschließenden Lösung gebracht wird. Nach diesem schwungvoll bewegten Vorspiel gewissermaßen folgt die eigentliche *Symphonie der Großstadt*, um bei der etwas großspurigen musikalischen

Bezeichnungsweise des Titels zu bleiben. Ihr sollte der Ablauf eines Tages vom Morgengrauen bis in die Nacht als kinetisches Gerüst dienen. An sich ein durchaus eindeutig zielstrebiges Bewegungsmotiv, mit allen Möglichkeiten der Ableitung, Entwicklung und Steigerung, der Zusammenballung und Lösung, kurzum: der spannungsvoll rhythmischen und geschlossenen Gestaltung. Aber schon in dem Augenblick, als der Tag sich in vollem Gang zeigt, geht die prägnante Vorwärtsbewegung des Films in uferlosen Erweiterungen verloren. Der Film bleibt stehen. Gewiß, es wird Mittag, Tier und Mensch machen Frühstückspause, und nachher wird wieder herumgerannt, herumgefahren; dann folgen der Kaffee am Nachmittag, der Bummel, man sieht Szenen des Vergnügens, des Sports; schließlich dunkelt es, Reklame leuchtet, man ist im Theater, im Konzert, guckt in den Garderobenraum einer Tänzerin, erhascht etwas von einem Boxkampf, von einer Tanzdielen, von einer Spelunke; dann prasselt ein Feuerwerk, und der Lichtkegel des Funkturms kreist in der Nacht; Schluß. Aber soweit in diesem unaufhörlichen Bildwechsel ab und zu einmal so etwas wie die Befolgung eines leitenden Bewegungsmotivs zu erfassen ist, sind es immer blitzhafte Episoden, die in abrupter Zerschnittenheit vorüberjagen und spurlos untergehen. Das Tempo, in dem solche Fragmente sich abspielen und ablösen, ist dauernd auf Höchstgeschwindigkeit gestellt. Es ist, als stünde man vor einem rasenden Explokarussell, alles scheint sich im ewigen Kreis des Straßenwirbels zu drehen. Dieser chaotische Bewegungstaumel wirkt trotz seinem tausendfachen Wechsel auf die Dauer nur noch wie ein gleichsam vergrößertes Flimmern. Er läßt das Auge abstumpfen, wird wie das Zittern der sommerlich erhitzten Luft in einer form- und regungslosen Einöde.

Welche Verkennung wahrer künstlerischer Ziele, die eine kurzatmige großstädtische Allerweltssucht immer nur hinter fliehenden Nervensensationen herjagen läßt. Eine solche unersättliche Häufung von Motiven kann unmöglich auf einen gemeinsamen rhythmischen Nenner gebracht werden, und sei er noch so weit gefaßt. Sie muß sich in mechanistische Zerstücklung verlieren. Das extensive Schildern einer Vielheit von Motiven wird dem intensiven Gestalten eines stofflich enger begrenzten, aber rhythmisch zu beherrschenden Gegenstands vorgezogen. Daran müssen diese Filme scheitern. Es sei denn, daß sie

zu begrifflichen Bindemitteln, Zwischentexten greifen. Es geht aber um die Frage der rein optischen (oder optisch-akustischen) Bewegungsgestaltung. Diese muß ihren Wert an rhythmischer Bindung mit einer sehr weitgehenden quantitativen Einschränkung im Motivischen erkaufen. Die Kamera hat selbst bei dem gleichen regungslosen Motiv alle Möglichkeiten einer räumlich wie zeitlich rhythmisch-wechselvoll bewegten und auch in der Belichtung schöpferisch abgewandelten Erfassung der Natur für sich. Sie hat, wie jedes andere Gestaltungsmittel, ihre besonderen Grenzen. Aber innerhalb dieser Grenzen ist heute bereits ein unabsehbarer Reichtum schöpferischer Kombinationen, sind organisch-lebendiges Wachstum, stetes Aufblühen und volles Ausschwingen tiefster innerer Notwendigkeit möglich. Nichts steht einer geistigen Objektivierung von strengster Gesetzmäßigkeit im Weg. Durch die Schmiegsamkeit des Aufnahmeprozesses ist es möglich das Verhältnis der Kamera zum Gegenstand dauernd in Spannung zu halten. Und nur diese Spannung vermag den Bewegungsverlauf eines Films in dem ganzen Umfang seiner räumlich-zeitlichen Optik restlos mit Intensität zu erfüllen.

Auch in der *Melodie der Welt* wird das Auge zwischen Bildern aller Länder und Völker hin und her gehetzt. Aber es herrscht doch eine klare thematische Gliederung. Architekturaufnahmen etwa schließen sich zu einer Reihe zusammen, um von Bildern religiöser Zeremonien abgelöst zu werden. Landwirtschaft, Nahrungsweise, Industriearbeit, Tanz usw. ergeben jeweils eine eigene abgeschlossene Folge von Bildern optisch-akustischer Zusammengehörigkeit. Das gleiche Bewegungsthema in den verschiedensten Variationen geographischer, sozialer, rassenmäßiger Art. Oder eine Ähnlichkeit in der Form, in der Bewegung schafft gleitende Assoziationen, Übergänge von schlanken Palmenstämmen etwa zu schlanken antiken Tempelsäulen, von spielenden Kinderscharen zum flatternden Taubengewimmel, vom terrassenartig angelegten Reisbau zur amphitheatralisch umbauten Sportarena, von hier zu einer reichen Folge gleichsam kontrapunktisch auf einander bezogener Sport-szenen. Die Bewegung geht in wechselnden Richtungen durchs Bildfeld, schwillt in mehreren Stufen zur großen Massenerscheinung an, steigert ihr Tempo, ihre Vehemenz, ihr Geräusch, schnell vom Spiel zum blutigen Ernst militärischer Aktionen hinüber usw. Zwischendurch

Tonaufnahmen, sparsam und geschickt zur Verschärfung der rhythmischen Prägnanz verwendet. Der phantasievolle Flug der Bilderfolgen ist an manchen Stellen von wahrhaft dichterisch-visionärer Kraft. Besonders, wo er die Unendlichkeit der Natur und das zutiefst treibende und getriebene Wesen ihrer Kreaturen Mensch gleich Tier zur Offenbarung bringt. Es sind Offenbarungen, bei denen man erschüttert verharren, die man bis zur letzten Irrationalität ergründet und ausgeschöpft haben möchte. Man erlebt greifbar deutliche Ansätze zu einer Filmkunst hohen geistigen Rangs. Doch es bleiben Ansätze. Weil ihre Gestaltung nicht restlos ausschwingen darf; die Filmreise muß unverzüglich weitergehen, die rasende Filmreportage muß noch so und so viele Sehenswürdigkeiten zur Strecke bringen. Nicht der Geist, das Filmkapital hat das letzte Wort, das seinerseits auf möglichst banale Schau-triebe des allergrößten Publikums spekulieren zu müssen glaubt. Wenn man doch auch die Gegenprobe versuchte!

Dieser fromme Wunsch ist auch an die Hersteller unserer Kulturexpeditionsfilme zu richten. Da lief in den Ufa-theatern ein Film, überreich an exotischen Herrlichkeiten: *Maha*, eine Reise nach Bali und Java. Wie gern hätte man bei dem einen oder andern Bild verweilt, in den Anblick dieser Natur und dieser Menschen versunken. Doch schon ist alles weg. Weil auch dieser Film von der Zahlenrekordsucht der üblichen Globetrotterhurdtigkeit besessen ist. Gewiß freut man sich über die Vielfalt schöner Bilder, doch weniger wäre entschieden mehr gewesen. Zum Glück ist der Unterseevulkan Krakatau eine Naturerscheinung von solcher Erhabenheit, daß sie selbst den smartesten Filmreporter zur andachtsvollen Betrachtung zwingt. Man bekommt also einigermaßen verweilende Aufnahmen der vulkanischen Ausbrüche zu sehen. Stoßweise werden ungeheure schwere kochende Wolkenmassen in die Höhe geschleudert, woher sie breit und gravitatisch auf den Meeresspiegel niedergehen, um neuen Eruptionen zu weichen. Das Schauspiel ist von vollendeter Rhythmik der räumlich-zeitlichen Entfaltung. Und diese einfache rhythmische Folge der Eruptionen ist das eigentlich Bedeutende und Überwältigende des ganzen Naturphänomens. Man sieht die Urkraft Erde sich im gleichen Rhythmus ihrer feurigen Atemzüge heben und senken, der auch uns belebt. Die Schöpfung selbst offenbart sich, drohend-erhaben über uns und unserm Her-

zen dennoch mütterlich-wohlvertraut. Keine höchste geistige Gipfelung, weder Kunst noch Philosophie, vermag uns mehr vom Wesen der Welt zu geben als diese rhythmischen Ausbrüche des Vulkans Krakatau. Rhythmus; im letzten elementarsten Sinn Quelle der Natur und Ziel des Geistes.

Aber die rhythmischen Möglichkeiten des Films sind nicht nur monumental. Sie können auch behend-sprunghaft, sprühend-humorvoll sein. Der Bewegungswitz der Trickzeichentonfilme von der *Mickymaus* ist unerschöpflich. Ein toller Einfall schlägt in den andern über. Der Film jagt, hüpfet und tanzt über Stock und Stein, und alles, was ihm in den Weg kommt, wird karikaturistisch verdreht, umgestülpt, auf den Kopf gestellt und verzaubert. Der reinste Jazz im Bild. Auch was die rhythmische Meisterung seiner quicklebendigen durcheinanderschwirrenden Beweglichkeit und die grotesken Töne angeht, die Micky-maus mit ihren Gefährten und Instrumenten hören läßt. Dieses geräuschvolle Knarren, Krächzen, Quietschen und Klimpern treibt den Ulk noch weiter und akzentuiert den optischen Witz mit unübertrefflicher Schlagfertigkeit.

Auch einen Film von derart geistvoller Ironie und erfrischender origineller Lebendigkeit wie der Erdekafilm *Jagd auf dich* (Regie Ernst Angel, Uraufführung im Marmorhaus in Berlin) gibt es in der gesamten Filmwelt selten zu sehen. Er beweist nebenbei wieder einmal, wie unbegründet das Gerede vom Ende des stummen Films ist. Wunderbar die Persiflage der üblichen Filmmachwerke mit allem, was drum und dran ist, das Gehaben ihrer Stars miteinbegriffen. Glänzend, wie der Wunsch "Mal was andres" zu Bild kommt; eine atemberaubende visionäre Flucht von Episoden aus dem geplanten Film Das letzte Mittel. Humorvoll die zunächst vergebliche Jagd nach Darstellern aus dem Publikum. Filmisch ausgezeichnet formuliert die Aufforderung an alle "mitzumachen", sich an dem Wettbewerb der Darstellungslustigen zu beteiligen. Aus der Not an Ideen und Darstellern zu einem neuartigen Film ist der Gedanke einer wirklich künstlerischen Filmpropaganda für jenen Film erwachsen. Ein Film, der auch abgesehen von seinem Werbezweck zu gelten vermag. Ein Kunstwerk für sich.

Variété

An den Juliprogrammen der beiden führenden Berliner Varietés war nichts von einer sommerlichen Flauheit zu

merken. Diese Feststellung mag genügen, um von einem vollständigen Aufzählen des Gesehenen im einzelnen zu entheben. Man darf sich wohl auf persönliche Lieblinge beschränken.

In der Scala auf die halbschwerkörperliche Akrobatik von Hans Beetz und seinen Partnern und auf Elroy, den Mann mit den Wunderfüßen: ein erstaunlicher Mensch, der seine Füße beim Essen, Trinken, Rauchen, Zeitunglesen, Scheibenschießen und Malen mit mehr Geschick zu gebrauchen weiß als viele unter uns Normalgewachsenen ihre Hände. Aber was man am liebsten gleich noch einmal gesehen hätte, das ist die komische Akrobatik der beiden Brüder Gaudsmith. Sie treten mit 2 schwarzen Pudeln auf. Was sie in richtiger närrischer Spielgemeinschaft mit diesen klugen Tieren an urkomischem Ulk treiben, ist so zum Lachen, daß einem schließlich die Luft ausgeht, und man einfach nicht mehr weiter kann. Eine bewundernswürdige Dressur, weil sie lediglich darauf beruht den natürlichen Spieltrieb in den beiden Hunden zu entfesseln. Die Tiere absolvieren ihre Nummer mit unverkennbarer Freude. Das Ganze wirkt vollkommen natürlich, wie improvisiert. Die Gaudsmith und ihre Pudel sind ein köstliches Geschenk. Hoffentlich kommen sie recht bald wieder.

Auch im Wintergarten kam die Lachlust auf ihre Kosten. Vor allem durch die 3 Bredwins: Akrobatik höchster Eleganz und Gewandtheit, zudem von einer grotesken Komik, die endlose Lachstürme des Publikums erregt. Tanzakrobatik von faszinierender Seltsamkeit zeigten die schlangenhaft biegsame Maria Karinow und ihr Partner. Man vermeint orientalische Gaukler zu sehen. Überraschende Zauberkunststücke erlebt man bei Corini. Sein vieltausendfacher Dollarsegen zumal ist ein verwirrendes Blendwerk.

Totenliste Mitte Mai starb in Berlin im Rudolf-Virchow-Krankenhaus einer der originalsten deutschen Artisten, *Jean Clermont*, 70 Jahre alt. 50 Jahre hindurch hatte er in Europa und Amerika als Artist gewirkt und dabei eine Spezialität ausgebildet. Er dressierte Pudel, Ziegen, Gänse, Hähne, Esel und Schweine, die er bei seinen Vorführungen mitverwandte. Zudem war er, der aus dem Rheinland stammte, durch seinen heitern und sarkastischen Witz bekannt. Er hat auch die Internationale Artistenloge mitbegründet, wo sein Wort in schwierigen Situationen stets volles Gehör fand.

Bei Avignon starb Mitte Juni der bedeutende französische Pantomimespieler *Charles Séverin*, für den Catulle Mendès einst ein besonderes Stück, *Chand d'habits*, geschrieben hatte. Die Kinokunst hat die besondere Spezialität Séverins verdrängt.

Am 16. Juli nahm sich der Tänzer *Ernest van Dueren* in Paris das Leben. Liebeskummer soll ihn dazu veranlaßt haben; nach anderm Bericht ein starker Mißerfolg, den er vor einigen Monaten bei seinem letzten Auftreten erlitt, und der ihn sehr erbitterte. Er war in Preßburg geboren, hieß eigentlich Ernst Neumann, trat vor mehreren Jahren auch im Berliner Admiralspalast auf, zusammen mit seiner ständigen Partnerin Edmonde Guy, und hatte hier mit akrobatischen Tänzen außerordentlichen Erfolg.

Nach kurzer Krankheit starb, gerade an seinem 50. Geburtstag, Ende Juli der Ballettmeister und Opernregisseur der Bayrischen Staatstheater *Heinrich Kröllner*. Er gewann seinen Ruhm durch die Inszenierung der Straußschen Josephslegende in Berlin, in der er selbst den Joseph tanzte. Das Ballett der Münchener Staatsoper verdankt ihm seine Reformierung. Noch auf dem Münchener Tänzerkongreß trat er mit 2 Aufführungen hervor. Seine berühmtesten Schülerinnen, die aber ihre letzte Ausbildung nicht mehr von ihm erhielten, sind Niddy Impekoven und Gret Palucca.

Kurze Chronik Am 24. Juni wurde in Paris auf einer festlichen Sitzung der Sorbonne der Franzose Etienne Marey als *Erfinder der Kinematographie* gefeiert. Genaue Feststellungen ergaben, daß Marey bereits 1888 mit seinem sogenannten photographischen Gewehr, das er zum Studium des Vogelflugs konstruiert hatte, 12 Aufnahmen in der Sekunde erreichen konnte. Im gleichen Jahr erfand er den Apparat für Filmphotographie, über den er 1890 der Akademie einen Bericht zugehen ließ. 1893 baute er den ersten, wie es damals hieß: chronographischen Projektionsapparat für Filme von 1,40 Meter Länge. Es sei in diesem Zusammenhang an die ersten Filmvorführungen des deutschen Erfinders Max Skladanowsky erinnert, die 1895 stattfanden. Einige dieser Filme wurden neuerdings im Marmorhaus in Berlin wiederaufgeführt. ◊ Die Reihe der neuen filmtechnischen Erfindungen (Tonfilm, Farbtonfilm, Fernsehfilm, plastischer Film) soll jetzt durch den *Geruchsfilm* ergänzt werden, für den J. H. Leavell

aus Los Angeles ein Patent einbrachte. Der Apparat dient laut Patentanspruch »zur Bereitstellung von Geruchswahrnehmungen in Verbindung mit den optisch-akustischen Eindrücken einer entsprechenden Filmhandlung«. Der Illusionismus des Films mag zuletzt so weit gehen, daß er auf sämtliche Sinnesorgane wirkend ein leibhaftiges Doppel der gefilmten Wirklichkeit vortäuschen wird. Man wird also von einem Berliner Kino oder von seinem eigenen Heimfernokino aus etwa in Tokio spazierenfahren können und dabei nebst allen anderen Illusionen auch noch die Sitz- und Bewegungsempfindung haben, als sei man im Fond eines Automobils und würde von der vorbeisauenden Luft gestreift. Unbegrenzte Möglichkeit der Reportage. Und der Kunst als formaler Wesensschau? Je größer der Aufwand an technischen Mitteln, um so größer die Schwierigkeit sie geistig zu verarbeiten. Sie schaffen lediglich komplizierte Vordergründe und Verkleidungen, aus denen das Wesentliche erst herausgeschält werden muß. ◊ Seit dem 1. April gilt für die *amerikanische* Filmproduktion ein von der Spitzenorganisation in engstem Zusammenwirken mit Vertretern der führenden amerikanischen Kulturverbände und politischen Parteien ausgearbeiteter Moralkodex, über den man nur zu berichten, den man gar nicht zu glossieren braucht. Verbrechen und Angriffe gegen die Autorität dürfen nicht in einer Weise dargestellt werden, die eine Verherrlichung dieser Verbrechen wäre. Die Heiligkeit der Ehe und des Familienlebens sind unantastbar. Desgleichen Geistliche und andere Funktionäre von Religionsgemeinschaften; sie dürfen nicht als komische oder böse Charaktere hingestellt werden. Geschichte, Institutionen und Kultur prominenter Völker, also vornehmlich der Angelsachsen, sind unbedingt zu achten. Dagegen darf man beispielsweise Chinesen als ein widerliches Pack heimtückischer Diebe, Mörder und erbärmlicher Sklavennaturen generalisieren. Es geschieht ihnen nur recht, wenn sie in dem betreffenden amerikanischen Kitschfilm, dem berühmten happy end und der Propaganda für die United States zu Liebe, vor den Sternen und Streifen und einem jungen Yankeeliebepaar im Staub kriechen müssen. ◊ Der Präsident der Französischen Republik verlieh der berühmten spanischen Tänzerin *La Argentina* (siehe über sie diese Rundschau, 1927 I Seite 163 und 1928 I Seite 168) das Kreuz der Ehrenlegion.

Literatur

Das Großquartformat des Buches Harald Kreutzberg, Yvonne Georgi von *Hansjürgen Wille* /Leipzig, Erich Weibezahl/ ist bei dem bescheidenen geistigen Ausmaß seines Inhalts recht unangebracht. 24 Seiten Lebens- und Charakterbeschreibung stehen 12 Seiten einer feuilletonistischen Tanzbetrachtung gegenüber, deren allzu gangbare ästhetische Phraseologie genau so viel- und nichtssagend auf eine ganze Reihe anderer moderner Tänzer und Tänzerinnen anzuwenden wäre. Der Verfasser weiß weder über den modernen Tanz im allgemeinen noch über Kreutzberg und Georgi im besondern etwas Eindringliches, Anregendes zu sagen. Dabei hat er durchaus gesunde Anschauungen: »Der lebendige Tanz geht unbekümmert um die pädagogischen Systeme und philosophischen Theorien seinen Weg. Er ist wie der Wind, der weht, von wannen er will. Es gibt für ihn keine programmatischen Schwüre, keine Orthodoxieen und Häresieen. Er kennt nicht Gerechte und Ungerechte, er kennt nur Könner und Nichtkönner, Lebendige und Unlebendige, Erfüllte und Nichterfüllte.« Aber Wille versteht es nicht diese Anschauungen an dem gegebenen Stoff mit der eigenen Lebendigkeit und Blickweite überzeugend zu entfalten, die zu einer Monographie gehören. Leider können auch die Photographien keine genügende Entschädigung für den Text bieten. Sie nötigen zur Frage, ob denn einzelne Momentaufnahmen überhaupt das zeitlich ausgedehnte Bewegungsbild eines Tanzes charakteristisch zusammengefaßt zur Anschauung bringen können. Soll eine Tanzaufnahme nicht nur schöne Photographie bleiben sondern dokumentarisch sein, so muß sie aus mehreren Bewegungsmomenten synthetisch gestaltet, also künstlerisch verarbeitet werden; in der Art von Photomontagen etwa. Der Tanzillustrator, ob Zeichner, ob Photograph, muß seine Bilder genau so von einer wesentlichen Betrachtung des gesamten tänzerischen Geschehens herleiten wie der Kritiker seine begriffliche Darstellung. Oder man gehe zu Monographien über, denen Schmalfilmrollen beigegeben sind. Wozu allerdings Heimkinoapparate für jedermann gehörten: bei den herrschenden Preisen für derlei Dinge ein heute noch frommer Wunschtraum. Aber wer konnte sich vor 40 Jahren etwa ein Fahrrad, damals Veloziped genannt, kaufen? Und jetzt ist es schon sehr lange ein Vehikel, auf dem Arbeiter zur Fabrik und Bauern aufs Feld fahren.

Vortragkunst / Felix Stössinger

Wort und Radio Der Film hat Jahrzehnte gebraucht sein Wesen zu formen. Aber der Rundfunk hat verhältnismäßig schnell begriffen, daß er vor einer Welt neuer Probleme steht. Während er die musikalischen oft befriedigend gelöst hat, ist er dem Wort gegenüber ängstlich, ja mißtrauisch. Analysiert man dieses Mißtrauen, so stößt man bald auf 2 Elemente, aus denen es zusammengesetzt ist. Neben dem Zweifel am Technischen wird ein Mißtrauen gegen das Geistige offenbar. Aus beiden Gründen erscheint es notwendig das Wort als solches von seiner scheinbaren Problematik zu befreien und den Rundfunk mit neuem Vertrauen zum Wort zu erfüllen. Mit dieser ermutigenden Erwartung schloß auch die Arbeitstagung Dichtung und Rundfunk, die in Kassel 1929 auf Einladung der Sektion für Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste und der Reichsrundfunkgesellschaft stattgefunden hatte. Das Protokoll der Tagung ist für einen kleinen Kreis gedruckt worden, aber nicht im Buchhandel zu haben. Der Wert der Diskussion und die verantwortliche Stellung der Teilnehmer hätten Anspruch darauf, daß die Verhandlungen weiteren Kreisen bekannt gemacht würden. Im ganzen war man sich darüber einig, daß der große Roman für die Rundfunkübertragung nur bedingt geeignet ist, das Gedicht aber fast bedingungslos. Nimmt auch die Lyrik allmählich die ihr zukommende Stellung in den Rundfunkprogrammen ein, so konnte doch nur Alfred Bofinger für seinen Stuttgarter Sender das Verdienst in Anspruch nehmen, daß dort 1929 in 9 Monaten über 100 Lyriker zu Wort gekommen sind. Die Korrektur, die der Rundfunk auf diese Weise an der Apathie und der Abneigung der Öffentlichkeit gegen Lyrik vornimmt, ist bemerkenswert. Die Bedeutung des Essays für den Rundfunk verteidigten Hans Flesch und Herbert Ihering. Ihering forderte mit Recht mehr Platz »für den kämpferischen und polemischen Vortrag und für die kontradiktorische Diskussion«. Diese von der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte in Deutschland eingeführte Diskussionsform ist die einzige Form spannender und fruchtbarer Aussprache, die es gibt. Der Begriff wird aber verflacht, wenn die Diskussion, wie üblich, zu zweit geführt wird. Kontradiktorische Aussprache bedingt kontrapunktische Vielstimmigkeit.

Den breitesten Raum nahm in der Tagung die Frage der Sendefähigkeit des Dramas ein. In glänzenden und dichterisch geformten Argumenten führte Ernst Hardt trotz starkem Widerspruch die prodramatische Richtung zum Sieg. Kein Zweifel, daß das Drama den durch die Sendung entstehenden Verlust des Optischen ertragen kann, und daß durch die besondere Bedeutung, die das Drama erhält, wenn es auf das Wort allein gestellt ist, das Akustische in ein Visionelles verwandelt wird. Auf diesem Weg wird das dramatische Kunstwerk wieder ein von der Bühne unabhängiges, selbständig lebendiges Werk und wird sich eine neue Stellung im geistigen Bewußtsein der Nation erkämpfen. Wenn Alfred Döblin und Arnold Zweig demgegenüber die Bedeutung der sichtbaren Bühnensymbole betonten, so haben sie eben nur den Wert hervorgehoben, den die Bühnenkunst an sich besitzt, für die das Drama die stoffliche Grundlage darstellt. Die Symbole aber, die die Bühne sichtbar macht, haben ja bereits im dramatischen Werk eine Existenz, die nicht deswegen geringer ist, weil sie nur geistig und nicht auch optisch existiert. Mit Recht erwiderte Hardt, daß auch die scheinbar ganz auf Sichtbarkeit gestellten dramatischen Szenen »sich durch den sakral gefühlten Klang der stummen Dinge darstellen lassen, deren Leben sich in ihrem Urlaut tiefer offenbart als in ihrem visuellen Abbild«. Der Rundfunk hat daher nicht nur das ihm oft bestrittene Recht sondern sogar die Pflicht die dramatische Literatur sowohl akustisch zu spielen als auch durch Vorlesung zu übertragen. Auch die besten Aufführungen des König Lear haben die geschlossene Form dieses Werks nie so zur Geltung gebracht wie sie etwa der Hörer empfindet, dem Karl Kraus das Drama fast ohne Pause und nur mit knapper Benennung der Personen vorträgt.

Schallplatten: Dem 20. Jahrhundert ist **Verdis Othello** auch die Aufgabe gestellt das Genie Verdis zu durchdringen. Noch vor 20 Jahren gehörten Verdis Werke zum Ressort des 2. Kapellmeisters, der für eine störungslose Begleitung der Sänger unter Berücksichtigung ihrer Einlagen, Verschleppungen und Willkürlichkeiten zu sorgen hatte. Felix Mottl, Gustav Mahler, Ernst Schuch, Karl Muck, Richard Strauß, Felix Weingartner haben nie ein Werk Verdis selbst einstudiert. Nachdem Leo Blech als erster in Deutschland die Parität zwischen dem Orchester Verdis und der Bühne wieder-

hergestellt hat, widmet sich heute eine neue Dirigentengeneration seiner Darstellung. Als Rudolf Hindemith im Berliner Rundfunk dem Maskenball einen Orchesterstil würdiger Breite gab, war der Einfluß Arturo Toscaninis unverkennbar. Das Publikum ist aber trotz aller Popularität einiger sogenannter Hauptwerke noch weit davon entfernt Verdis Werk als ein Ganzes zu verstehen, das von einer moralischen Idee getragen wird. Am erschütterndsten ist die Fremdheit der Öffentlichkeit Verdis Gipfelwerken gegenüber: Falstaff und Othello. Es wird also noch lange dauern, bis wir Verdis höchste und letzte Kunst, Tragödie und Komödie, als die zusammengehörigen Hälften des menschlichen Herzens wie eine Einheit erleben werden.

Der Rundfunk könnte seine kulturelle Mission Verdi gegenüber noch anders als durch gelegentliche Wiedergabe seiner populärsten Werke erfüllen. Er könnte wenigstens Verdis tragisches Hauptwerk bei seinen musikalischen Hörern durchsetzen, indem er ihnen eine Aufführung höchsten Rangs auf Schallplatten böte. Man kann Othello fast lückenlos durch die Platten der führenden Produzenten rekonstruieren. Diese Aufführung wäre großartig, da glücklicherweise etwa ein Dutzend Othelloplatten zum Stärksten gehören, was es an italienischer Musik überhaupt phonographisch gibt.

Die Schallplattenaufführung Othellos beginnt mit dem Vorspiel Sturm und Chor, dem packendsten Opernanfang, den es gibt, dargestellt durch Orchester und Chor der Mailänder Scala auf einer Columbiaplatte. Das Wellengepeitsche und Blitzgezucke des Orchesters verbindet sich faszinierend mit dem hellen Aufschrei der Chöre, die größte Leidenschaft des Gesangs mit musikalischer und rhythmischer Exaktheit. Die Rückseite der Platte bietet die Schenkenszene. Es fehlen also nur 18 Seiten Klavierauszug, Othellos Ankunft, die, wie manches andere in einer solchen Kurzopernaufführung, durch Zwischentext den Hörern mitgeteilt werden muß. Das folgende Trinklied Jagos ist 2mal vollendet vorhanden. Mariano Stabile erdrückt (auf einer Columbiaplatte) durch die Wucht seiner Stimme rein klanglich Cassios Widerstand gegen die Verführung. Nach Stabile klingt die tenorhafte Stimme selbst eines Sängers vom Format Giovanni Inghilleris dünner. Aber die Platte ist wie geschaffen als Dakapo des Trinklieds, da die Szene auf dieser Platte (Electrola) durch das teuflische Tempo Inghilleris eine hinreißende Geschlossen-

heit erhält. Für das Finale des 1. Akts, Othellos Liebesduett mit Desdemona, müssen wir uns mit der von Tino Pattiera und Meta Seinemeyer italienisch besungenen Doppelplatte (Parlophon) begnügen, die uns so recht den Qualitätsunterschied zwischen achtbaren deutschen Kräften und den großen Italienern enthüllt. Und doch werden wir auf den berausenden Schluß des 1. Akts, auf die Worte, die Othello auf der Höhe seines Glücks stammelt, nicht verzichten wollen, weil er sie notengetreu bei seinem Selbstmord wiederholen wird. Der 2. Akt beginnt mit dem gewaltigen Credo Jagos, seiner höhnischen Glaubenserklärung an einen Gott, der ihn zum Affen gemacht hat. Hier übertrifft Verdi Shakespeares Jago quält, weil er sinnlos schlecht ist; Verdis Jago imponiert, weil er aus Trotz gegen Gott sich zu seiner Kainsnatur bekennt. Es ist schwer auf eine der 4 italienischen Platten zu verzichten, die das Credo am stärksten bringen. An dramatischer Gestaltung ist das Credo Titta Ruffos von unüberbietbarer Geschlossenheit (Electrola). Hier ist Gesang zugleich Gestalt. Die mephistophelische Lache, die er dem Credo nachschleudert, ist selbst ein Stück Musikgestaltung. Wie genau ist das Gelächter den Triolen des Nachspiels angepaßt. Wie mißglückt und übertrieben dagegen das gewiß von Ruffo beeinflusste Gelächter, mit dem Wilhelm Rode das Credo auf einer Platte (Ultraplatten) abschließt, die allerdings, neben Leo Slezaks ergreifendem, aber etwas rohem Todesmonolog (Grammophon), zu den wenigen bemerkenswerten deutschen Othelloplatten gehört. Nach Ruffo macht Celestino Sarobe durch tierische Kraft sein Credo (Grammophon) zur Rebellion der Kreatur gegen eine überlegene Gesetzmäßigkeit. Wie fordern die schmetternden Trompeten die Gottheit heraus! Cesare Formichi (Columbia) läßt uns die melodische Linie des Stücks genießen, während Pasquale Amato (Electrola) die Tragik Jagos durch den Farbenreichtum seines satten Organs ausdrückt. Die folgende Ballettmusik als Suite auf einer Homocorddoppelplatte (Mailänder Symphonieorchester unter Guido Neri) versetzt mit ihren maurischen Motiven den Radiohörer in das landschaftliche und kulturelle Milieu der Tragödie.

Von jetzt ab beherrschen Jago und Othello das Werk, und es wird nötig sein fast mit ihnen allein die Aufführung bis zum Schluß zu bestreiten. Von einer hervorragenden italienischen Darstellung des Werks in London /1926/ hat Electrola

3 Szenen durch Fernaufnahmen bewahrt. Da die Platten sehr leise klingen, muß man sie mit stärksten Nadeln bespielen. Aber der Rundfunk wird mit seiner Verstärkungstechnik die großen Schönheiten des Orchesters, den leidenschaftlichen Othello eines Giovanni Zenatello, den intriganten Jago von Giuseppe Noto zu starker Wirkung bringen. Daß Zenatello ein großer Sänger ist, erkennt man an jenen Stellen, die zu dem erschütternden Abschied Othellos von seinem Glück, zu dem »Nun für immer fahr' wohl« gehören, und die als Carusoplatte (Grammophon) für sich existieren. Wie so oft kann auch hier festgestellt werden, daß Enrico Caruso an Innerlichkeit von Sängern gewiß geringern Rangs übertroffen wird. Caruso gibt dem Schmerz eine süße Melancholie mit den Farben Giorgiones, Poussins. Er gibt unvergleichlich die Stimmung des Ganzen, nicht immer aber des Details. Doch wie ergreifend ist diese Arie, dieser Abschied von der Insel des Glücks, dieser Aufbruch zur Fahrt in das schwarze Schicksal. Aber greifen wir nicht vor. Denn nun singt erst Umberto Urbano auf Grammophon die Traumerzählung, ein herrlicher, saftiger Bariton, verführerisch in der Tiefe wie in der Höhe. Was hat Verdi aus einer dramatisch so entscheidenden Mitteilung für eine fast arglose Romanze gemacht! Wir wollen sie da capo hören und genießen die elegante Klanggestaltung Mattia Battistinis (Electrola), der auch als Jago ein Herr der guten Gesellschaft bleibt. Aber auf Othello hat die Erzählung anders gewirkt, und auf den Takt schließt sich mit einer Electrolaplatte das Finale des 2. Aufzugs an, das Racheduett, in dem Caruso und Ruffo an Schlagkraft einander überbieten. Nie hat Caruso seiner Stimme in der Höhenlage (gis) eine solche schneidende Kraft gestattet wie in dem Augenblick, in dem er Jago durch ein wahrhaft durchbohrendes dreifaches »Anguel« erdolchen möchte.

Wie Verdi im 2. Akt durch das Credo Jagos Verbrechen erklärt, so im 3. Akt durch einen kleinen Monolog Othellos Wahnsinn. Nur die Musik kann den Zusammenbruch eines ritterlichen Herzens so überzeugend malen, die Zerrüttung eines hin und her gepeitschten Menschen. Das Wehegeheil der Musik ist ohnegleichen. Aber durch diese Platte wird das musikalische Deutschland die erschütterndsten Seiten Verdis von einem Sänger hören, den man nach dieser einzigen Platte, die von ihm in Deutschland existiert, einen Ernesto

Rossi, einen Adalbert Matkowsky der Oper nennen möchte. Dieses düstere, exotische, wie gepreßte und dabei doch so klare Organ, dieses herzerreißende Crescendo, hinter dem ein schamhaftes Schluchzen nachklingt, das noch etwas ganz anderes ist als die Träne mancher Carusoplatte: das alles geht über Gesang hinaus und sichert diesem Sänger, dem Chilenen Renato Zanelli, den ersten Rang unter den Lebenden. (Welch ein Tristan, Liebe und Entsagung zugleich, wäre dieser Künstler!) Zanelli war früher Bariton und hatte eine Stimme, die selbst jeden Ruffo mühelos niedergesungen hätte. Seine Vergangenheit als Bariton lebt in einer englischen Bajazzoplatte fort, die aus Kartellgründen in Deutschland nicht zu haben ist und zu den kostbarsten phonophilen Seltenheiten gehört. Wann wird Berlin den größten Tragiker der Oper auf der Bühne und im Rundfunk hören? Kann überhaupt irgendeine Gesangsleistung diesem Othellomonolog verglichen werden, dann nur die Rückseite der selben Electrolaplatte, auf der Zanelli Othellos Tod singt, eine gnadenlose Selbstzerfleischung, einen naturalistischen Tod, den richtigen für Verdis tragischste Gestalt. Wie himmlisch schön sterben sonst jene Helden Verdis, die selig an einer Wahrheit, einer Liebe, einer Pflicht zugrunde gehen. Othello allein stirbt stöhnend, gesanglos, weil hier Leid und Schuld über Kunst hinausgeht. In seinem vorletzten Werk durfte Verdi auf die Verklärung der Welt durch die Schönheit verzichten und ihre Vernichtung durch das Böse darstellen, weil er reif geworden war in seinem letzten die Verklärung des Lebens durch den Geist als seiner Weisheit Schluß dem 20. Jahrhundert zu vermachen.

Toscanini

Die tiefe und hoffentlich Epoche machende Wirkung, die Arturo Toscanini in Berlin und Bayreuth hinterlassen hat, beruht gewiß auf dem Genie des Meisters, aber nicht darauf allein. Neben seiner Kunst empfand die Welt durch ihn eine moralische Läuterung. Und gerade diese wirkte erlösend durch den Gegensatz, den sie zwischen wirklichem Dienst am Werk und dem Primadonnen-tum aufgedeckt hat, das sich seit Jahren in permanenten, eigentlich nur noch belästigenden Dirigentenkrisen verrät. Ohne Krise kein Dirigentenruhm mehr. Gerade aus Italien, das bei uns durch sein angebliches Starunwesen als krasser Gegensatz zum deutschen Tun um der

Sache selbst willen verrufen war, mußte eine Persönlichkeit wie Toscanini kommen, um uns zur rechten Zeit zu erinnern, daß nicht nur jeder Dienst am Kunstwerk ein moralisches Gesetz erfüllt, sondern daß gerade die Arbeit des Dirigenten mit dem fluktuierenden Gastierbetrieb der "Stars" unvereinbar ist. Man kann allen Stellen, die für stabile Dirigentenarbeit verantwortlich sind, nicht ernst genug versichern, daß das Primadonnenium der führenden deutschen Dirigenten mit Sicherheit den Verfall der deutschen musikalischen Kultur zur Folge haben wird. Als Willem Mengelberg mit dem Concertgebouw-Orchester in Berlin einen mächtigen Eindruck bewirkte, schrieb ein aufrichtiger Musikkritiker, man habe an diesem Abend ein Orchester gehört. So groß erschien bereits damals Kennern der Unterschied zwischen unseren meist selbstzufrieden als unübertrefflich gepriesenen Orchestern und einer Künstlergruppe, die von einer starken Hand seit Jahrzehnten zielbewußt erzogen wird. Heute darf man ohne Übertreibung sagen, daß unser Ohr Toscanini das Erlebnis verdankt zu wissen, was musikalisch rein ist. Jeder, der nach einer Toscaniniplatte eine Orchesterplatte vornimmt, die er bisher musikalisch rein und exakt fand, muß geradezu über ihre Unreinheit erschrecken, die unsere verdorbenen Ohren gar nicht mehr wahrgenommen haben. Gewiß besteht ein Teil des Genies Toscaninis darin, daß er eine sphärenhafte Reinheit verwirklichen kann. Aber dieser Teil der musikalischen Gestaltung kann nicht improvisiert sondern nur erarbeitet werden. Hoffentlich wird Toscaninis Schaffen wenigstens die Wirkung hinterlassen, daß die öffentliche Meinung fortan einen Dirigenten nicht mehr rühmen wird, weil er den Tristan mit 2 Proben neu inszeniert hat, sondern dies als Grund betrachten wird auf solche Mitarbeit zu verzichten.

Toscanini hat uns aber auch neu gelehrt, was eigentlich musikalische Universalität ist. Seine Kunst läßt nicht den geringsten Unterschied zwischen dramatischer und symphonischer Gestaltung, zwischen klassischer und moderner, zwischen romanischer und deutscher Musik erkennen. Er hat Berlin einen Beethoventrauermarsch und einen Brahms vorgespielt, der klanglich und seelisch alles Gehörte übertraf. Für ihn bedeutet ein Werk wiedergeben; seine absolute Existenz verwirklichen; seine Persönlichkeit betätigen; auf sie verzichten. Toscaninis Klarheit ist so enorm, daß

er selbst das Tempo von verschwommenen Zeitempfindungen befreit hat. Während er scheinbar besonders schnell oder besonders langsam spielt, drückt er in Wirklichkeit nur das Wesen der Dauer klarer aus als die anderen. So ist es verständlich, daß seine Wirkung das ganze musikalische Deutschland erfaßt und seine Wertbegriffe revolutioniert hat. Dazu trug bei, daß sowohl die Aida von 1929 wie das 2. Orchesterkonzert von 1930 durch Übertragung auf zahlreiche deutsche Sender allen Musikfreunden zugänglich gemacht worden sind. Die 9 von ihm in Berlin mit dem New Yorker Symphonieorchester bespielten Electrolaplaten werden eine klassische Schule der Dirigentenkunst bleiben. Mozart, Gluck, Haydn, Mendelssohn, Verdi, Dukas umfassend, sind sie ein Monument seiner universalen Persönlichkeit. Toscaninis direkte Erziehungsarbeit kann, wenn er nächstes Jahr in den Salzburger Festspielen Mozart wiedergeben wird, für die deutsche Musikkultur unabsehbare Bedeutung gewinnen.

Tonfilm Im Berliner Mozartsaal, in dem bereits vor 2 Jahrzehnten die ersten Tonfilmversuche der Welt, die französischen Gaumontfilme, gezeigt wurden, entzückt seit Wochen *Sous les toits de Paris*, der vollkommenste Tonfilm, der bisher in Berlin gezeigt wurde, die Zuschauer. Manuskript und Regie René Clairs bestätigen wieder, daß der Film ein Kunstwerk ist, dessen Inhalt die Phantasie des Regisseurs bestimmt. Bildlich und klanglich hat Clair ein bezauberndes Spiel komponiert. So viel Charme sein Werk der Kunst seiner Darsteller verdankt, so liegt doch sein Hauptreiz im Seelischen und im Geistigen des französischen Volkes. Nicht nur die Unschuld dieser Menschen ist bestrickend; die Natürlichkeit, mit der hier Menschen eine Liebesgeschichte zwischen Straßen- und Kaschemmentypen als ein südliches Stück amor fati wahrhaft leben, bewirkt, daß der Film selbst ohne Musik voll Musik wäre. Im Tonfilm stört bisher besonders, daß Klang und Bild in verschiedenen Räumen liegen. Clair hat es verstanden den freien Raum zwischen Klang und Bild als Element der künstlerischen Komposition zu verwenden. Die Musik liegt nicht mehr roh weit weg vom Bilde sondern schwebt gelöst von der Leinwand frei um die Dinge als ihre musikalische Protuberanz. Die reizende Musik Raoul Morettis, die bereits auf populären Schallplatten Ul-

traphons fixiert ist, wird uns noch oft in diesem Winter an die komischen und tragischen Typen dieses kleinen Meisterwerks, an die Schüchternheit, das leise bestimmte »Non« und die verhalten hilflose Verliebtheit Pola Illérys und an das kräftige und liebenswürdige Jungengesicht Albert Préjeans erinnern.

Totenliste

Am 3. Januar starb in Berlin der Begründer und Direktor der Philharmonie

Peter Landeker, im Alter von 73 Jahren. Seine Lebensbeschreibung wäre eine Geschichte der Philharmonie und der Philharmoniker; denn es war nicht nur die geschäftliche Tätigkeit, die ihn erfüllte, sondern mehr noch die Liebe zu den Philharmonischen Konzerten, deren treuester Besucher Landeker war.

Am 9. Mai starb in Prag der Leiter des Lhotsky-Sevcik-Quartetts *Boguslaw Lhotsky*, 51 Jahre alt. Das Quartett hat sich auch außerhalb der Tschechoslowakei einen guten Namen geschaffen.

Der große Geiger und letzte klassische Pädagoge aus der Schule Josef Joachims *Leopold von Auer* starb Mitte Juni, in seinem 86. Lebensjahr, in einem Dresdener Sanatorium. Er war, wie andere große Violinisten und wie Joachim selbst, Ungar von Geburt, wirkte seit 1868 als Geiger, Dirigent und Erzieher mehrerer ihm tief verehrender Geigergenerationen bis zum bolschewistischen Staatsstreich in Petersburg, danach in New York. Heute sind Mischa Elman und Jascha Heifetz seine berühmtesten Schüler.

Kurze Chronik In 9 Monaten haben die dem Weltrundfunkverein angeschlossenen Sender 835

Hörspiele aufgeführt. 200 davon wurden als Hörspiele verfaßt, 635 waren Umarbeitungen bereits vorhandener Theaterstücke und erzählender Werke. ◊ Werke des *unbekannten Mozart* werden seit Jahren vom Frankfurter Sender planmäßig aufgeführt; darunter befanden sich solche, die seit vielen Jahrzehnten nicht gespielt worden sind. Es ist der Wunsch vieler, daß der Frankfurter Sender diese verdienstvolle Arbeit auch durch eine Sendung des ergreifenden Titus bereichert, der in Berlin seit dem Mozartzyklus des Jahres 1893 von der Opernbühne verschwunden ist und nach der Konzertaufführung unter Erich Kleiber in den Berliner Festspielen von 1929 wieder der Vergessenheit überlassen wird. Auch der Sender Wien erfreut durch einen Mozartzyklus. ◊ Ein Hauptreiz der überraschend erfolg-

reichen Berliner Funkausstellung war das *akustische Theater* Funk Tonfilm Phonograph (Fu To Pho) des Küchenmeisterkonzerns, der alle Gruppen der akustischen Reproduktion umfaßt. Dem Publikum wurde in amüsanten Trickaufnahmen bewiesen, wie schwer, fast unmöglich es ist durch Verstärker gesendete Schallplatten von Originalmusik zu unterscheiden. ◊ Der Jazz und die Tonfilmsprache werden allmählich in das *Lehrprogramm* der öffentlichen Konservatorien und des Privatunterrichts aufgenommen. Mehrere Sender nehmen ihre eigenen Vorträge auf Schallplatten auf, um den Sprechern Gelegenheit zu geben sich selbst zu hören und zu korrigieren.

Literatur

Im Juni 1929 fanden in München der 1. Internationale Katholische Rundfunkkongreß und der 2. Internationale Katholische Filmkongreß statt (siehe die Rundschau Bewegungskunst, 1929 II Seite 758). Gegenstand der Tagung war auf beiden Kongressen der Einfluß, den der *katholische Gedanke* auf Film und Radio zu nehmen habe, und die Wirkung, die Film und Radio heute auf den Menschen ausüben. Die Behandlung der geistigen und religiösen Probleme hatte ein bemerkenswertes Niveau. Man erkennt dies am Kongreßprotokoll, das Georg Ernst als Präsident des Internationalen Katholischen Filmkongresses und Bernhard Marschall als Leiter des Internationalen Katholischen Rundfunkbureaus vollständig, deutsch und französisch, in München herausgegeben haben. In seinem Referat über den religiösen Film übte Luitpold Nusser scharfe Kritik an der amerikanischen und italienischen Filmproduktion. Das Referat bezeichnet als den vollkommensten Sittenfilm Jacques Feyders *Therese Raquin* (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1928 I Seite 551) und als den ergreifendsten religiösen Film Carl Dreyers *Jeanne d'Arc* (siehe diese Rundschau und die Rundschau Bühnenkunst, 1928 II Seite 1130 und 1136). Der Kongreß war sich einig Film und Radio mit katholischem Geist zu durchdringen. ◊ Die Reichsrundfunkgesellschaft hat das *Rundfunkjahrbuch 1930* veröffentlicht /Berlin, Union/. Es enthält wieder vorzügliches Material technischen, geistigen und organisatorischen Charakters, 253 Abbildungen, statistische Angaben und Adressen. Die Beiträge vieler verantwortlicher Persönlichkeiten des Rundfunks bewirken den praktischen Charakter dieser bewährten Jahrespublikation.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Weltkraftkonferenz Die 2. Weltkraftkonferenz, die vom 16. bis zum 25. Juni in Berlin stattfand (siehe diese Rundschau, 1930 II Seite 515), hatte rund 4000 Teilnehmer aus 50 Ländern zusammengeführt. Sie war also ein großer Erfolg. Aber im Grunde war der Erfolg doch nur rein äußerlich. Die bedeutendsten Vertreter von Technik und Wissenschaft gaben der Veranstaltung ein glänzendes Gepräge. Die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden hoben durch ihre Ansprachen das Relief der Konferenz; mit den neuesten Mitteln der Fernmeldetechnik wurden gegenseitige Begrüßungen und Glückwünsche zwischen den Spitzen der Behörden und den einflußreichsten Vertretern der Industrie über die Weltmeere ausgetauscht. Manches kluge Wort wurde hierbei gesprochen. Aber ob die Veranstaltung selbst eine wirkliche Förderung der Technik herbeigeführt hat, ob die Aussprachen über die brennenden Probleme der Weltkraftwirtschaft diese der Lösung auch nur einen Schritt weiter gebracht haben, muß doch lebhaft bezweifelt werden. Denn im Grunde fanden gar keine Verhandlungen und Diskussionen statt. Abgesehen von den großen allgemeinen Vorträgen wurden überhaupt keine eigentlichen Vorträge gehalten. Um Zeit zu sparen, mußten die Manuskripte vorher eingesandt werden, und in den Sitzungen wurden nur ganz kurze Auszüge gegeben, die an die druckschriftlich verteilten Ausführungen stichwortartig erinnerten. Die sofort anknüpfenden Aussprachen entbehrten deshalb auch jeder Lebendigkeit und Schlagkraft, und die Diskussionen machten im ganzen auch nur den Eindruck, als ob jeder Redner sein eigenes Steckenpferd ritte. Die angewandte Methode hat auch nach dem Urteil zahlreicher Mitglieder der Konferenz ein Fiasko erlitten. Erst wenn die Berichte und die Diskussionsausführungen gesammelt vorliegen werden (die Veröffentlichung soll 20 starke Bände umfassen), wird sich beurteilen lassen, ob in den Mitteilungen wirklich beachtenswert Neues zutage gefördert worden ist, oder ob nicht in der Hauptsache nur Zusammenfassungen vorliegen, die Spezialisten aus ihrem Forschungsgebiet für einen größeren Interessentenkreis bearbeitet haben. Solche Zusammenfassungen haben selbstverständlich einen ganz besondern Wert, und sie üben auch einen starken Anreiz

für die Hörer aus, wenn sie in lebendiger Rede von den Forschern selbst vorgebracht werden. Das war beispielsweise der Fall bei den allgemeinen Vorträgen, die von Albert Einstein über das Raumproblem, von A. S. Eddington über interatomare Energie, von G. Vallauri über Elektrizität und Energie und von Oskar Oliven über Europas Großkraftlinien gehalten worden waren, aber schon nicht mehr bei den Vorträgen in den Abteilungen, in denen Spezialisten ihre Sonderuntersuchungen darboten. Soweit die in den meist recht schwach besuchten Abteilungssitzungen Anwesenden wirkliche Interessenten waren, kannten sie die vorgetragenen Tatsachen schon aus der reichen Fachliteratur, für die Spezialisten anderer, wenn auch verwandter Fächer blieben dagegen die "Vorträge" schon wegen ihrer aphoristischen Zusammenfassung mehr oder weniger unverständlich. Die angewandte Methode hat also die Weltkraftkonferenz zu einem erheblichen Teil um ihre nachhaltige Wirkung gebracht, denn Veranstaltungen dieser Art haben doch nur dann eine weitausstrahlende Bedeutung, wenn sie bei der außerordentlichen Spezialisierung der Technik und der Naturwissenschaften einen allgemeinen Überblick über die in einem bestimmten Zeitabschnitt erreichten effektiven Leistungen bringen, wenn sie dem Spezialisten eines Gebiets die Möglichkeit verschaffen sich gründlich über die Leistungen auf den benachbarten Gebieten zu informieren und darüber hinaus einen Einblick in den allgemeinen technischen Fortschritt zu erlangen. Nur damit kann der Sinn für die allgemeinen Zusammenhänge geweckt werden, der dem Spezialisten über seiner Tagesarbeit naturgemäß verloren gehen muß. Die Publikation der Vorträge dürfte hierfür keinen Ersatz bieten. Schon ihr enormer Umfang wird davon abschrecken sie mit der Vertiefung durchzuarbeiten, die erforderlich ist, um aus der Fülle des dargebotenen Einzelmateriale die allgemeinen Gesichtspunkte herauszuschälen, ganz abgesehen davon, daß die Tagesarbeit weder Muße noch Sammlung für eine solche Riesenarbeit übrigläßt. Die Publikation ist also kein Ersatz für die lebendigen Anregungen, die die Konferenz hätte bieten sollen und auch hätte bieten können, wenn eine Beschränkung in der Massenproduktion eingetreten, und wenn das didaktische Moment stärker herausgearbeitet worden wäre. Das ist doch aber der eigentliche Sinn von so groß angelegten Veranstaltungen.

Natürlich haben derartige internationale Zusammenkünfte neben der allgemeinen Belehrung und technisch wissenschaftlichen Anregung auch andere Aufgaben: die Anbahnung persönlicher Beziehungen, den Ausgleich nationaler Rivalitäten, den Versuch wenigstens eine rationelle Arbeitsteilung in der Erforschung und Verwertung der Naturkräfte herbeizuführen usw. Diese Dinge sind von der Berliner Weltkraftkonferenz in der Tat gefördert worden.

Uhr Der größte Übelstand unserer Uhren besteht in dem Zwang sie in regelmäßigen Intervallen aufziehen und ihren Gang, etwa unter Ausnutzung des drahtlos übermittelten Zeitzeichens, dauernd kontrollieren zu müssen. Diese Nachteile fallen bei denjenigen Uhren vollständig weg, die an ein Wechselstromnetz angeschlossen sind. Sie brauchen nicht aufgezogen zu werden, werden durch den Betriebsstrom selbst reguliert. Unsere Wechselstromwerke, die mit mehreren Generatoren gleichzeitig arbeiten, oder die Strom von Fernkraftwerken beziehen, sind gezwungen die Periodenzahl des Stromwechsels genau innezuhalten, da sonst das Zuschalten von Generatoren unliebsame Störungen verursachen würde. Die genaue Innehaltung der Periodenzahl macht bei der Elektrizitätserzeugung vermittelt der Dampfturbine keine Schwierigkeiten; geringe Ungleichförmigkeit kann bei Beobachtung einer zuverlässigen astronomischen Uhr leicht von Hand ausgeglichen werden. Andererseits laufen die Synchronmotoren mit den Generatoren absolut genau im gleichen Takt. Die an das Netz ebenso wie eine Glühlampe anzuschließende elektrische Uhr besteht nun aus einem einfachen und billigen Synchronmotor, dessen Welle auf das Räderwerk der Uhr arbeitet. Ohne Pendel- und ohne Ankerregulierung gibt deshalb eine solche elektrische Uhr immer die genaue Zeit an. Findet aus irgendeinem Grund eine Störung in der Elektrizitätsversorgung statt, so zeigt eine am Zifferblatt vorfallende farbige Scheibe die Störung an; die Uhr muß dann allerdings nach Behebung der Stromunterbrechung wieder neu eingestellt werden, was keinerlei Mühe macht und nur alle paar Jahre gelegentlich einmal vorkommt. Da der Preis dieser Uhr sich in der Größenordnung von nur 50 Mark bewegt, ist eine derartige Uhr weit den beliebten Standuhren oder Regulatoren vorzuziehen.

Kohlenforschung Über Biologie und Kohlen- und Biologie forschung hielt Richard Lieske im Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr einen Vortrag, der neues Licht auf die Tätigkeit der Bakterien wirft. Lieske geht von der Tatsache aus, daß in allen Ablagerungen von Braun- und Steinkohlen selbst bis zu Tiefen von 1000 Meter lebende Bakterien gefunden worden sind, deren Lebenstätigkeit nicht ohne Einfluß auf die Entstehung der Kohlen gewesen sein dürfte, Besonderes Interesse beanspruchte die Umsetzung technisch wichtiger Gase durch bakterielle Tätigkeit. Man kann diese Bakterien direkt nach dieser funktionellen Tätigkeit klassifizieren. So bildet ein Typus durch Oxydation von Wasserstoff Wasser; ein 2. aus Kohlenoxyd Kohlendioxyd (Kohlensäure); ein 3. oxydiert Schwefelwasserstoff, wobei Wasser entsteht und Schwefel frei wird, bei weiterer Oxydation entsteht dann Schwefelsäure, ein 4., anaerober Typus von Schwefelbakterien erzeugt aus Schwefel und Kalialpeter Kaliumsulfat, Kaliumbisulfat und Stickstoff; ein 5. baut aus Kohlendioxyd und Wasserstoff Methan und Wasser auf, ein 6. erzeugt aus Kohlenoxyd und Wasserstoff ebenfalls Methan und Wasser. Während bei den animalischen Lebewesen die aufgenommenen Nahrungsmittel gleichzeitig als Baustoff und Energiequelle dienen, brauchen die höheren grünen Pflanzen und gewisse Bakterien, die Kohlendioxyd als Nahrung aufnehmen, noch eine fremde Energiequelle, nämlich das Licht der Sonne, zum Aufbau von Kohlehydraten aus Kohlendioxyd und Wasser. Bei den im Dunkeln gedeihenden Bakterien, die für die Umsetzung von Gasen in Betracht kommen, kann von einer Einwirkung des Lichts natürlich keine Rede sein; von ihnen werden vielmehr chemische Energiequellen benutzt, bei denen es sich in allen Fällen um Oxydationsenergie handelt. Von diesen Bakteriengruppen sind am besten die Wasserstoffbakterien erforscht. Sie assimilieren Kohlendioxyd mit Hilfe der bei der Oxydation des Wasserstoffs frei werdenden Energie. Sie gehören also, neben den höheren Pflanzen, zu den wenigen Lebewesen, die zu ihrer Ernährung keiner organischen Substanz bedürfen. Das gleiche gilt für die Kohlenoxyd- und Methanbakterien, die ihre Nährstoffe zu Kohlendioxyd und Wasser umsetzen, indem diese bei ihrer Oxydation gleichzeitig als Energiequelle dienen. Wesentlich ist hierbei immer die Anwesenheit von freiem Sauerstoff.

Bei dem Typus der Thiosulfatbakterien wurde aber erstmalig genauer festgestellt, daß es auch Bakterien gibt, die den zur Oxydation erforderlichen Sauerstoff erst durch einen Reduktionsvorgang aus einer Sauerstoffverbindung freimachen. Da die Reduktion ein endothermer, die Oxydation dagegen ein exothermer Vorgang ist, so müssen beide Vorgänge so aufeinander abgestimmt sein, daß sich beim Zusammenwirken ein Kalorienüberschuß ergibt, ohne den die endotherme Assimilation von Kohlendioxyd unmöglich wäre.

Wenn es sich bei allen diesen Untersuchungen zunächst nur um rein wissenschaftliche Ergebnisse handelt, so gibt es da schließlich doch auch Möglichkeiten technischer Anwendung. In dieser Hinsicht sind die Bakterien besonders wichtig, die Kohlenoxyd und Wasserstoff bei Anwesenheit von freiem Sauerstoff zu Methan und Wasser umsetzen. Wie hier bereits früher erwähnt wurde, wird von der Gastechnik intensiv daran gearbeitet das Leuchtgas durch Entfernung des Kohlenoxyds oder durch seine Verwandlung in Methan zu entgiften. Die Verfahren sind in verschiedener Weise durchführbar; hier aber interessiert in erster Linie die Tatsache, daß es Lieske gelungen ist durch die Tätigkeit von Bakterien das Kohlenoxyd vollständig aus dem Leuchtgas zu entfernen. Es eröffnen sich Perspektiven auf eine Entgiftung des Leuchtgases, die ohne Kosten und Gasverluste durchführbar und deshalb für die Gastechnik von größter Bedeutung scheint.

Totenliste

Der langjährige Leiter des anhaltischen Bergbaus und spätere Direktor des Köthener Polytechnikums *Carl Foehr* starb Ende April, in seinem 70. Lebensjahr. In einer großen Reihe von Veröffentlichungen hat er sich mit bergbaulichen Einrichtungen und verschiedenen Hüttenbetrieben befaßt. Auch mit der Frage der Eiszeit hat sich Foehr beschäftigt, er schrieb ein sehr brauchbares Handbuch der Mineralogie für Ingenieure. Nicht minder zeigte er Interesse für allgemeine volkswirtschaftliche Fragen, so namentlich für die Bodenreform. Der Schöpfer des Raketenautomobils, *Max Valier*, kam am 17. Mai während eines Versuchs auf dem Gelände der Industriegasverwertungsgesellschaft in Berlin ums Leben. Valier hatte vor einigen Jahren ein aufsehenerregendes Buch geschrieben, in dem er mit den Mitteln der exakten Wissenschaft beweisen wollte,

daß es möglich sei mit einem Flugzeug, das als Antrieb Raketen hätte, in den Weltraum zu fliegen (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 200). Nachdem dann Valier nach einigen Versuchen zu der Überzeugung gekommen war, daß der Raketenantrieb zu große Gefahren für das Flugzeug mit sich brachte, fand er einen neuen Partner in Paul Heylandt, dem führenden Forscher auf dem Gebiet der verflüssigten Gase. Mit ihm konstruierte er einen Antrieb, zu dem er Spiritus, Benzin und Rohöl benutzte, und erhielt eine kontinuierlich brennende Flamme von hoher Ausströmungsgeschwindigkeit, die es erlaubte, daß der Wagen während der Fahrt, im Gegensatz zur Pulverrakete, gesteuert werden konnte. Die erste Fahrt vor einem größern Kreis unternahm Valier vor einigen Monaten in Berlin auf der Avus. Der Wagen kam nicht über eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometer hinaus, doch zeigte er gegenüber allen anderen Versuchen bereits einen großen Fortschritt, da die Geschwindigkeit nach Belieben geregelt, und das Fahrzeug stets gelenkt werden konnte. Diesen Versuchen hat nun der Tod ein Ende gemacht.

In Jena starb am 19. Juli *Max Fischer*, langjähriges Mitglied der Geschäftsleitung der Zeißwerke und Bevollmächtigter der Carl-Zeiß-Stiftung, in seinem 73. Lebensjahr. Er hat sich große Verdienste um die Werke erworben und dazu beigetragen, daß sie ihren Weltruf behielten. Er war auch von vielseitigen geistigen Interessen und sozialer Gesinnung erfüllt (siehe auch die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 904), manches soziale Unternehmen ist durch ihn gefördert worden. Er war mit Recht 4facher Ehrendoktor und Ehrenbürger der Stadt Jena, die ihm viel zu verdanken hat.

Kurze Chronik Am 17. April waren 100 Jahre seit der Erfindung der *Nähmaschine* verfließen. Der französische Erfinder *Barthélemy Thimonnier* kämpfte fast 3 Jahrzehnte darum seine Maschine durchzusetzen; er starb am 5. August 1857 im Elend. Einige Jahre später wurde die Idee von einem Amerikaner übernommen, der sie realisierte und in wenigen Jahren ein Vermögen dadurch erwarb; das typische Schicksal der Erfinder, und die typische Wanderung der technischen Ideen von dem europäischen Ursprungsland zum amerikanischen Ausbeutungsland. \diamond In den Vereinigten Staaten von Amerika sind 129 000 Kilometer *Gasfernleitungen* im Betrieb; weitere 16 000 Kilo-

meter werden in diesem Jahr gebaut. \diamond In Canada wurden im Jahr 1929 insgesamt 18 Milliarden Kilowattstunden an *elektrischem Strom* erzeugt, wovon 97% auf Großkraftwerke entfielen. \diamond Von der Technischen Hochschule Braunschweig erhielt *Carl Severing* »in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Förderung der deutschen Wissenschaft und Forschung« die Würde eines Ehrendoktors. Selten ist dieser Titel so wohlbegründet verliehen worden.

Literatur

Das Leben des *Karl Proctus Steinmetz* will Jonathan Norton Leonard in einem Buch erzählen, das von Rudolf Nutt übersetzt wurde (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt). Dem Kenner der Geschichte des deutschen Sozialismus ist Steinmetz aus der Zeit des Ausnahmegesetzes wohlbekannt; spielte er doch in dem Breslauer Sozialistenprozeß von 1887 eine nicht unbeträchtliche Rolle, freilich hinter den Kulissen. Weit größer jedoch als die politische ist seine Bedeutung als führender Elektrotechniker. Elektrotechniker aber ist er erst durch den Breslauer Prozeß geworden. Ursprünglich war er Mathematiker, er hatte die Absicht die Universitätskarriere einzuschlagen. Diese Laufbahn wurde ihm abgeschnitten, weil er sich als Sozialdemokrat an dem Breslauer Parteilieben lebhaft beteiligt hatte. Ihm drohte auch bereits die Verhaftung, die für den schwächlichen, arg verwachsenen Menschen der sichere Tod gewesen wäre. Durch eine zwischen Steinmetz und dem Bearbeiter dieser Rundschau vorsorglich vereinbarte Geheimschrift gelang es jedoch aus dem Gefängnis heraus Steinmetz rechtzeitig zu warnen und ihn zur Flucht nach der Schweiz zu veranlassen. In Zürich studierte Steinmetz dann Elektrotechnik, soweit damals überhaupt schon von der Elektrotechnik als besonderer Disziplin die Rede sein konnte. Einige von ihm veröffentlichte Arbeiten verschafften ihm Empfehlungen an den in den Vereinigten Staaten ansässigen deutschen Achtundvierziger Eickemeyer, der eine kleine elektrotechnische Fabrik besaß. Infolge seiner phänomenalen mathematischen Begabung löste Steinmetz hier elektrotechnische Probleme, an denen sich damals die amerikanischen Ingenieure die Zähne ausbissen. Man wurde rasch auf Steinmetz aufmerksam, und als die Eickemeyersche Fabrik zusammen mit dem Edisonschen elektrotechnischen Unternehmen in der General Electric Company aufging,

wurde Steinmetz in das neue Riesenunternehmen aufgenommen. Bald wurde er hier der leitende Kopf, und als er seine geniale Wechselstromtheorie geschaffen hatte, gelangte er auch zu allgemeiner Weltgeltung. Seine persönlichen Eigentümlichkeiten, seine politische Vergangenheit, zum Teil auch seine schrullenhaften Neigungen in der Lebensführung machten ihn auch in weiteren Kreisen populär. Der »zwerghafte Zauberer«, wie er genannt wurde, bot den amerikanischen Zeitungen eine unerschöpfliche Quelle für zahllose Interviews und phantastische Zeitungsartikel. Als er 1923 starb, erhielt er in der Presse überschwengliche Nachrufe, und bald erschien auch eine von John Winthrop Hammond verfaßte eingehende Biographie, die sich zum größten Teil auf die persönliche Bekanntschaft mit Steinmetz und auf eigene Aufzeichnungen des Verstorbenen stützen konnte. Diese Biographie ist ein wirkliches Lebensbild des großen Elektrotechnikers und bedeutenden Menschen. Das Leonardsche Buch dagegen ist nur eine echt amerikanische Journalistenarbeit, die im wesentlichen aus der Hammondschen Biographie geschöpft hat und Steinmetz in keiner Weise gerecht wird. Wie viel von dem technischen und wissenschaftlichen Unsinn, den das Buch enthält, vom Verfasser, wie viel vom Übersetzer herrührt, kann nicht angegeben werden, da das englische Original nicht vorliegt. Ein Verlag von dem hohen Rang der Deutschen Verlagsanstalt hätte diese Biographie nicht herausgeben dürfen, ohne sie einem Fachmann vorgelegt zu haben. Was ist beispielsweise unter »3. goniometrischer Funktion« zu verstehen? Welcher Unterschied besteht zwischen einer elektrischen Glühlampe und einer elektrischen Birne? Was ist eine Rektifizierungsmaschine? Was soll eine Bemerkung wie diese: »Ohne Steinmetz' Arbeit würde die Elektrizität nur halb so nützlich sein wie sie ist«? Wer versteht den folgenden Satz: »Die auf den Kraftlinien gewöhnlich gebrauchte Art [von elektrischem Strom] kehrt sich 100mal in der Sekunde um«? Von solchem Nonsens wimmelt das Buch in dem Teil, der die wissenschaftliche Würdigung Steinmetz' enthält. Leider hat sich der Verfasser aber auch die ganze Breslauer Lebenszeit Steinmetz', vor allem seine Beteiligung an dem Sozialistenprozeß, aus den Journalistenfingern gesogen. Auf die noch lebenden Freunde des Toten aber wirkt solche "Biographie" wie ein Zerrbild.

Verkehr / Otto Schmidt

Transozeanflug In der wechselvollen und verlustreichen Geschichte der Transozeanflüge ist eine weitere entscheidende Etappe überwunden: den französischen Piloten Dieudonné Costes und Maurice Bellonte gelang Anfang September der erste direkte Flug vom europäischen nach dem nordamerikanischen Festland. Die beiden Flieger, die bereits im Juli 1929 eine Ost-West-Überquerung des Atlantischen Ozeans versucht hatten, aber nach einem 28stündigen Flug umkehren mußten, stiegen mit einem Landflugzeug in Paris auf und landeten, durch gute Wetterverhältnisse begünstigt, nach 37 Stunden 18 Minuten programmäßig auf dem Flugplatz Curtissfield bei New York. Die beiden vorausgehenden Transatlantikflüge in ost-westlicher Richtung, die Hermann Köhl, Günther von Hünefeld und James Fitzmaurice im Frühjahr 1928 sowie der Australier Kingford Smith im Juni 1930 unternahmen, begannen nicht auf dem europäischen Festland sondern in Irland und erreichten New York erst nach einer mehr oder weniger glücklichen Zwischenlandung auf Neufundland. Costes und Bellonte, deren Ozeanflug ein glänzender Erfolg für die zielklar vorwärtsstrebende französische Luftfahrt ist, haben damit nach 3 Jahren vergeblichen Bemühens der besten Piloten aller europäischen Länder das Ziel erreicht, für das die beiden Franzosen Nungesser und Coli 1927 als erste ihr Leben opferten. Dem Flug Costes' und Bellontes kommt auch ohne Zweifel für die Ost-West-Route die gleiche Bedeutung zu, die der Flug Charles Lindberghs für die Überquerung des Ozeans von Westen nach Osten und darüber hinaus für die Transozeanflüge überhaupt hat. Die Planmäßigkeit und Selbstverständlichkeit, die den Lindberghschen Flug bisher weit über alle späteren Unternehmen dieser Art stellte, zeichnet auch den Ozeanflug der beiden Franzosen aus und prägt ihm damit den Stempel einer richtunggebenden großen Leistung auf. Costes, der als Frankreichs bester Langstreckenflieger gilt, hat durch den glücklichen Transozeanflug zugleich die bewundernswürdige Reihe seiner Erfolge als Pilot um einen weitem vermehrt. Er überquerte bereits 1927 mit René Le Brix als erster den Südatlantik von Osten nach Westen (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1054) und führte dann 1928, gleichfalls mit Le Brix, in 60 Tagen von Paris aus einen

Flug um die ganze Welt durch, der genau so programmäßig wie sein neuester Transozeanflug verlief (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 461). Neben Lindbergh steht Costes heute ohne Zweifel an der Spitze der Luftpioniere der Welt, deren mutige Taten in jeder Beziehung Meilensteine der Verkehrsentwicklung der Zukunft sind.

Kurz vor diesem französischen Transozeanflug war auch dem deutschen Piloten Wolfgang von Gronau die 2. deutsche Ost-West-Überquerung des Atlantischen Ozeans gelungen. Dieser Flug des Leiters der deutschen Verkehrsfliegerschule in Warnemünde unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von allen früheren Transozeanflügen dadurch, daß er als ein planmäßig vorbereiteter Etappenflug mit einem normalen Wasserverkehrsflugzeug durchgeführt wurde. Gronau flog mit 3 Begleitern die Strecke Sylt - Färöerinseln - Irland - Grönland - Labrador - Neuschottland - Halifax - New York in Etappen unter jeweiliger Ergänzung des Benzinvorrats. Sein Flug kann daher durchaus als ein Verkehrsflug angesprochen werden, bei dem das sportliche Wagnis der früheren Ozeanüberquerungen auf ein Mindestmaß beschränkt war, und der vor allem anscheinend auch die Route für einen spätern Europa-Amerika-Flug des Dornierflugzeugs DoX erkunden sollte. Regelmäßige Flüge über den Ozean werden wahrscheinlich nur auf dieser nördlichen Route mit Zwischenlandungen oder auf der südlichen, wo die Witterungsverhältnisse wesentlich günstiger sind, möglich sein. Nach Durchführung seines Flugs bezeichnete Gronau die Schaffung leistungsfähiger Motoren und das Fliegen in größeren Höhen als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für künftige Flüge über den Ozean.

Luftfahrt Anfang August führte das englische Luftschiff R 100 seine erste Ozeanfahrt durch. Es brauchte für die 5200 Kilometer lange Strecke Cardington-Montreal rund 79 Stunden, was nur einer verhältnismäßig geringen Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 66 Kilometer in der Stunde entspricht. (Costes und Bellonte erreichten demgegenüber auf ihrem Ozeanflug eine durchschnittliche Geschwindigkeit von über 150 Kilometer in der Stunde.) Auch den Rückflug legte das englische Luftschiff glatt zurück. Diese erste englische Luftschiffreise nach Amerika wurde überhaupt rein sachlich, ohne jegliche Reklame durchgeführt und

unterscheidet sich dadurch von den letzten Eckenerschen Flügen, bei denen die Propaganda meist alles, die praktische Verkehrsbedeutung aber vielfach nur sehr gering war. Das englische Luftfahrtministerium hat die Einrichtung eines regelmäßigen Luftschiffdienstes von Cardington nach Montreal angekündigt, für den die beiden neuen englischen Luftschiffe angesetzt werden sollen, und der entweder über Grönland und Neufundland oder über die Azoren führen soll. Eine schnelle Luftverbindung nach dem canadischen Dominion ist für England selbstverständlich von eminent politischer Bedeutung.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den ständig weiterfortschreitenden Ausbau des transkontinentalen Luftverkehrs hinzuweisen. Die chinesische Nankingregierung und die Deutsche Lufthansa haben ein Abkommen über die Gründung einer Deutsch-Chinesischen Luftverkehrsgesellschaft beschlossen, die zunächst Luftverkehrslinien in China einrichten, daneben aber auch später eine direkte Flugverbindung von China nach Deutschland schaffen soll. Auch an der Vorbereitung einer Luftlinie Europa-Japan wird gearbeitet, wobei sowohl an die Verwendung des Luftschiffs wie des Flugzeugs gedacht wird. Der japanische Flieger Seiji Joschihara führte Mitte August einen Fernflug Berlin-Tokjo mit Zwischenlandungen durch und legte hierbei täglich 1000 Kilometer zurück; die tatsächliche Flugdauer betrug 80 Stunden. Die technischen Voraussetzungen für die Erschließung der Welt durch das Luftfahrzeug sind in den letzten Jahren sehr erheblich verbessert worden. Das zeigen auch deutlich die letzten Transozeanflüge. Die Erfahrungen haben sich erweitert, die technische Ausrüstung wurde vervollkommen, und vor allem ist an die Stelle des sportlichen Ehrgeizes und Wagemuts, der noch vor 2 Jahren solche Unternehmungen fast ausschließlich bestimmte, die planmäßige und zielbewußte Arbeit getreten, die auch in der Luftfahrt die Voraussetzung für den endgültigen Erfolg ist.

Eisenbahnelektrifizierung über die gegenwärtige Ausdehnung des elektrischen Eisenbahnbetriebs in der

Welt (siehe auch diese Rundschau, 1928 II Seite 1025, 1929 II Seite 1175 und folgende) machte Wilhelm Wechmann in der Zeitschrift Elektrische Bahnen interessante Angaben. Die Gesamtlänge der elektrischen Strecken betrug nach dem Stand vom Oktober 1929 etwa 21 500

Kilometer, wobei die Straßenbahnen nicht und von den dem nähern Überlandverkehr dienenden nur wenige Bahnen berücksichtigt sind. Das ausgedehnteste elektrifizierte Streckennetz haben danach die Schweiz (1666 Kilometer), Italien (1618 Kilometer, ferner 464 Kilometer im Bau), Deutschland (1557 Kilometer), die Vereinigten Staaten von Amerika (1060 Kilometer), Frankreich (919 Kilometer, ferner 675 Kilometer im Bau), Schweden (916 Kilometer) und Österreich (844 Kilometer). Unter den englischen Bahnen steht die Southern Railway mit 450 Kilometer elektrifizierten Strecken an der Spitze. Bemerkenswert ist, daß die spanische Nordbahn, die erst 1924 die erste elektrische Strecke eröffnete, heute bereits 384 Kilometer elektrisch betriebener Strecken unterhält. Es gibt kein Land, das mit den Ergebnissen der Elektrifizierung seiner Bahnen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, nicht zufrieden ist, obgleich die wirtschaftlichen Verhältnisse für den elektrischen Eisenbahnbetrieb heute nicht gerade günstig sind, und für fast alle elektrischen Bahnen ältern Datums höhere Anlagekosten aufgewendet wurden als der Stand der Technik heute fordert.

Paris und Berlin

Die Art der Verkehrsabwicklung in den Großstädten Europas ist bis zu einem gewissen Maß ein Abbild des Temperaments und Charakters ihrer Bevölkerung: In London selbstverständliches, nüchternes und geräuschloses Fluten des gewaltigen Omnibus-, Straßenbahn-, Automobil- und Fußgängerverkehrs; in Paris ein viel lebendigeres Verkehrstempo, eine große Beweglichkeit aller Verkehrsmittel und vor allem eine unerhörte Schnelligkeit und Anpassungsfähigkeit der Automobile; in Berlin demgegenüber die Planlosigkeit eines ständig zunehmenden Verkehrs, weitestgehende Reglementierung der Verkehrsabwicklung im einzelnen durch die Verkehrspolizei, trotzdem jedoch Gesetzlosigkeit und Willkür des Verkehrsflusses und vor allem ein in keiner andern Großstadt auch nur annähernd ähnlicher Mangel an Disziplin und an Rücksichtnahme aller Straßenbenutzer, besonders der Automobilfahrer (Taxenchauffeure). Wenn auch der Verkehr jeder Großstadt infolge seiner besonderen Voraussetzungen und Bedingungen stets seinen eigenen Charakter auch in der Art und dem Zeitmaß seiner Abwicklung zeigen wird, so kann doch der Pariser Verkehr für die Berliner Ver-

hältnisse in vielem als Vorbild dienen. Trotz seiner bedeutend größeren Intensität ist er weit geschmeidiger, geräuschloser und vor allem disziplinierter als der Berliner Verkehr, der sich zwar einer sehr erheblichen polizeilichen Bevormundung erfreut, im ganzen aber ziemlich starr, schwerfällig und wenig abgestimmt ist. Die Eigenart und das Mustergültige des Pariser Verkehrs ist, wie die Neue Berliner Zeitung am 11. September mit Recht betonte, daß er fast überall unregelt, aber deswegen auch noch lange nicht regellos ist. »Nur an ganz wenigen Stellen wacht ein Polizist über die Kreuzungen, und trotzdem passiert nicht sehr viel. Die Autos winden sich durcheinander, quirlen sich durch, und nie schimpfen sich die Chauffeure gegenseitig an, nicht einmal, wenn einer mitten auf der Straße fährt, wieviel weniger, wenn einer rasch links an die Bordschwelle jagt . . . Der Autoverkehr dieser Stadt ist riesengroß, aber man nimmt trotzdem Rücksicht auf einander, und der weiße Knüppel der Beamten dirigiert mit einem kleinen Wink alles.« In Berlin sind, im Gegensatz zu Paris, der Verkehrspolizist und die Verkehrsampel alles. Diese Reglementierung muß zu unerträglichen Verstopfungen an den Hauptverkehrsknotenpunkten führen, an denen der Verkehr völlig schematisch und starr geregelt wird. Besonders verhängnisvoll wirken sich immer mehr die Verkehrsampeln aus. Das rote, ebenso das grüne Licht der Ampel leuchtet in einem theoretisch genau errechneten Zeitabstand auf, die den tatsächlichen, ständig wechselnden Verkehr an der Kreuzung natürlich nicht berücksichtigen kann. Das führt dann zu den unerträglichen Haltezeiten an völlig verkehrslosen Kreuzungen, die für den Durchgangsverkehr nur deswegen gesperrt sind, weil das Signal zufällig auf Rot steht. Die amerikanischen Großstädte haben die Verkehrsreglung durch automatische Signale deswegen bereits wieder vielfach verlassen und sind zur anpassungsfähigern Reglung durch Beamte zurückgekehrt. Die Berliner Verkehrspolizei sieht hingegen anscheinend in der automatischen Reglung des Verkehrs von einer Stelle aus den Idealzustand und vergißt hierüber nur, daß man wohl durch den Druck auf einen Knopf alle Verkehrsampeln aufleuchten lassen kann, der bewegliche und schwankende Verkehr einer Großstadt dadurch aber weder Gesetzmäßigkeit noch Disziplin erhält sondern höchstens Unterbrechungen und Willkürlichkeit bekommt. Die

Aufgabe ist nicht den Verkehr an möglichst vielen Stellen zu unterbrechen und zu stauen sondern ihn im Gegenteil dauernd in Fluß zu halten, die verschiedenen Straßenbenutzer je nach ihrer Bedeutung im Gesamtverkehr (Bevorzugung der Massenverkehrsmittel Straßenbahn und Omnibus) von Fall zu Fall auf einander abzustimmen und dadurch die Voraussetzungen für eine möglichst schnelle, geräuschlose und sichere Verkehrsabwicklung zu schaffen. Das Beispiel von Paris zeigt, daß der Verkehr viel besser Disziplin hält, wenn man ihn in seiner Bewegungsfreiheit möglichst wenig einschränkt, als wenn alle Hauptstraßen automatisch durch Signale abgeriegelt werden, und der Verkehrspolizist nicht Kontrolleur sondern Hauptfaktor der Verkehrsabwicklung wird.

Totenliste

In Magdeburg starb im Februar, 70 Jahre alt, *Carl Miller*, der dort über 20 Jahre Stadtverordneter war und sich in hervorragender Weise im Verkehrswesen betätigte. Er war auch einmal Präsident des Bundes Deutscher Verkehrsvereine, der ihn später seiner Verdienste wegen zum Ehrenpräsidenten ernannte. Am 23. Juli starb in Offenburg der Leiter des badischen Straßenwesens *Heinrich Cassinone*, 73 Jahre alt. Er hat den Deutschen Straßenbauverband gegründet und Jahre hindurch als Vorsitzender die Arbeiten dieser Vereinigung der Straßenbauverwaltungen der deutschen Länder geleitet. Auch die internationale Zusammenarbeit im Straßenbau hat er stets besonders gefördert.

Kurze Chronik Die Deutsche Reichspost, die bereits ein *Automobiliniennetz* von rund 45 000 Kilometer betreibt, und damit im öffentlichen Autobusverkehr in Deutschland, was die Anzahl der Linien betrifft, an 1. Stelle steht, nahm 2 Fernkraftpostlinien von Baden-Baden nach Freiburg und von Freiburg nach Konstanz in Betrieb. Beide Strecken, die vor allem für den Reiseverkehr durch den Schwarzwald Bedeutung haben, sind über 200 Kilometer lang und werden in 7 Stunden durchfahren. Bereits vor einiger Zeit richtete die Reichspost eine ähnliche Fernautobuslinie zwischen Kassel und Bremen über Bad Pyrmont ein. ◊ Welche Fortschritte die in ihrer verkehrspolitischen Bedeutung bereits mehrfach in dieser Rundschau (1929 I Seite 464, 1930 II Seite 733) unterstrichene Erschließung *Nordafrikas* durch das Auto-

mobil in den letzten Jahren macht, geht daraus hervor, daß die Société des Transports Automobiles Industriels et Commerciaux, die die meisten Automobillinien in Nordafrika betreibt, heute bereits über 113 Fahrzeuge verfügt, gegenüber 2 Wagen im Jahr 1920. Die Compagnie Transsaharienne betreibt außerdem noch 44 Omnibusse. Am bedeutungsvollsten ist unter anderen die Linie von Algier und anderen Plätzen an der nordafrikanischen Küste nach Gao am Niger. Sie ist 2000 Meilen lang und wird in 9 Tagen von Omnibussen durchquert, die zum Teil als Schlafwagen eingerichtet und mit einer Funkanlage ausgerüstet sind. \diamond Zwischen Mettmann und Gruiten wurde eine Omnibuslinie mit elektrischer Oberleitung in Betrieb genommen. Dieser sogenannte *Trolleybus* ist eine deutsche Erfindung und wurde bereits lange vor dem Krieg auf einigen Versuchsstrecken erprobt, ohne sich jedoch als leistungsfähiges Verkehrsmittel durchsetzen zu können. In einer Reihe von nordamerikanischen und vor allem englischen Städten sind derartige Fahrzeuge, die im Betrieb billiger als der Benzinoibus sind, in den letzten Jahren mit Erfolg verwendet worden, so daß nunmehr auch eine Reihe von deutschen Großstädtischen Verkehrsunternehmungen versuchsweise ihre Einführung plant. \diamond Anfang Juni wurden die ersten Bauwerke des neuen belgischen *Großschiffahrtswegs Lüttich-Antwerpen* eingeweiht. Der Kanal, der es ermöglichen wird die Strecke Lüttich-Antwerpen auf dem Wasserweg in 30 Stunden, statt wie bisher in 10 Tagen zurückzulegen, wird für die belgische Wirtschaft und Industrie wegen der Verbilligung und Beschleunigung des Wassertransports nach Antwerpen von sehr großer Bedeutung werden. \diamond Am 1. Juli umfaßte die *Welthandelsflotte* 69,6 Millionen Bruttoregistertonnen, gegen 68,07 Millionen im Vorjahr. Die Zunahme der Handelschiffstonnage der Welt im letzten Jahr mit 1,53 Millionen Bruttoregistertonnen war damit um 0,41 Millionen größer als im Jahr 1928-1929. Von der Gesamttonnage sind rund 68 Millionen Bruttoregistertonnen Dampfer und Motorschiffe, der Rest Segelschiffe, die auch im letzten Jahr weiter zurückgegangen sind, während die Motorschiffstonnage um 1,47 Millionen Bruttoregistertonnen zunahm.

Literatur Eine umfassende Untersuchung der Wirtschaftlichkeit des Personenüberlandverkehrs (Autoomnibus und Eisenbahn)

legt *Erich Giese* vor /Berlin, Verlag der Verkehrstechnik/. Zweck dieser verkehrspolitisch und verkehrswirtschaftlich in gleicher Weise wesentlichen Arbeit ist festzustellen, inwieweit es sich bei den im Lauf weniger Jahre eingerichteten Überlandomnibuslinien in Deutschland um rentierende oder um Zuschußbetriebe handelt, und in welcher Weise am zweckmäßigsten ihre Einordnung in das Gesamtverkehrswesen zu erfolgen hat. Nach einem kurzen Überblick über die Verkehrsentwicklung des Omnibus im Vergleich zu der der Eisenbahnen werden die für die Wirtschaftlichkeit maßgebenden Werte bei verschiedenen Überlandomnibus- und Eisenbahnnetzen eingehend untersucht, die Sonderrechte und Sonderbelastungen dieser beiden Verkehrsmittel erörtert, schließlich die Folgerungen aus den Wirtschaftsergebnissen der Omnibusbetriebe gezogen. Giese kommt hierbei zu der überraschenden Feststellung, daß der Reichspost, die das größte Omnibusnetz in Deutschland betreibt, daraus im Jahr 1928 ein Gesamtverlust von rund 20 Millionen Mark erwachsen ist. Dieses katastrophale Ergebnis für einen öffentlichen Verkehrsbetrieb wird vor allem auf die unzureichende Ausnutzung der Postomnibusse sowie die überhaupt im Postomnibusbetrieb zu beobachtende Verkehrsverschwendung zurückgeführt. Die anderen Omnibusbetriebe vermögen im Durchschnitt ihre Betriebsausgaben zu decken und bisweilen sogar Überschüsse zu erzielen. Allgemein arbeiten die Eisenbahnen aber heute noch wesentlich wirtschaftlicher als die Omnibusse. Als Endziel einer durch die augenblicklich vorhandene Zersplitterung im Personenüberlandverkehr immer dringender werdenden Neuordnung der Beziehungen zwischen Eisenbahn und Omnibus fordert Giese bemerkenswerterweise einen Gemeinschaftsbetrieb der Reichsbahn und der gesamten Kraftpostlinien in einer Hand sowie auf der andern Seite das Zusammengehen der übrigen Omnibusunternehmungen mit den Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen. Den vereinigten und zentral verwalteten Verkehrsbetrieben des Reichs stände somit nur die Gruppe der gleichfalls planmäßig zusammengeschlossenen, nicht reichseigenen Verkehrsunternehmungen gegenüber. Die verkehrspolitische Bedeutung einer solchen Lösung sowie die Schlußfolgerungen der durch ein äußerst umfangreiches statistisches Material belegten Gieseschen Schrift wird man noch erörtern müssen.

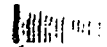
Werkgestaltung / Ludwig Hilberseimer

Deutsche Bauschau Am 30. April wurde im Anschluß an die Leipziger Baumesse und in deren Hallen

unter Beteiligung der staatlichen und städtischen Behörden, der Baustoffindustrie und der bauenden Kreise die erste Deutsche Bauschau eröffnet. Sie will als Dauerschau durch Verwertung des Ausstellungsguts der Herbst- und Frühjahrsdauermessen in Mitteldeutschland ein großes Musterlagerschaffen. Die Deutsche Bauschau ist nicht als Ausstellung im gewöhnlichen Sinn für die große Masse des Publikums sondern für Fachleute und Interessenten bestimmt, denen sie Anregungen für die Bautätigkeit, besonders den Wohnungsbau, geben soll. Die eigentliche Baumesse wird durch diese Dauerbauschau nicht berührt. Eine solche Ergänzung der Baumesse, gewissermaßen eine Zwischenmesse, kann für Käufer wie Verkäufer durchaus zweckmäßig sein. Außerdem entlastet sie die Ausstellerfirmen finanziell, da ihre Aufbauten stehen bleiben können, und der An- und Abtransport des Ausstellungsguts zum Teil erspart wird. Es geht jedoch nicht an eine solche Zwischenmesse, die nur Teile der Baumesse zeigt, eine Bauschau zu nennen. Im Gegensatz zur Messe, die die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher herstellt sowie den Warenumsatz sofort ermöglicht, ist eine Bauschau auf Auswahl und Auswertung gestellt. Ihr Sinn ist die objektive gutachtliche Stellungnahme zu den einzelnen Ausstellungsgegenständen, deren Qualität eben durch die Aufnahme in die Bauschau verbürgt ist. Sie dient also nicht Verkaufszwecken, worin auch die Schwierigkeit ihrer Finanzierung liegt, da sie ja den einzelnen Erzeugerfirmen nicht die gleichen Verkaufschancen gewährt. Eine wirkliche Bauschau müßte Materialien und Bauteile zeigen, deren Qualität von Verbrauchern, Erzeugern, Materialprüfungsämtern, Normenausschüssen und ähnlichen Stellen festgelegt ist, wie es bereits heute für Stahl, Zement, Dachpappen usw. Qualitätsnormen gibt, die eine ganz bestimmte Leistung des betreffenden Materials garantieren. Eine solche Bauschau gäbe den Verbrauchern Gelegenheit wirkliche Qualitätsware kennenzulernen, würde gleichzeitig aber auch fördernd und anregend auf die Produktion von Qualitätsware wirken. Denn die Produzenten hätten naturgemäß alles Interesse auf einer solchen Bauschau mit ihren Erzeugnissen vertreten zu sein.

Schweden Das vor 7 Jahren fertiggestellte Stadthaus in Stockholm ist ein Bauwerk, das mit Geschmack und großer Vollendung eine historisierende Baugesinnung wieder zu beleben versucht. Was dabei beabsichtigt war, wurde auf die vollkommenste Weise erreicht. Trotzdem darf man sich nicht darüber täuschen, daß es zwar eine gut sitzende, aber immerhin eine Maske ist, die mit der Welt von heute nichts mehr zu tun hat. Bei dem kürzlich errichteten Verwaltungsgebäude des Zündholztrusts in Stockholm erstreckt sich diese dekorative Architektur nur auf den Außenbau, während im Innern durchaus, wie das in einem Bureauhaus notwendig ist, alle Elemente durch Gebrauchszweck und Sachlichkeit bestimmt sind. Bei den Ausstellungsbauten der Stockholmer Ausstellung des Architekten Asplund und seiner Mitarbeiter ist das, was man als Sachlichkeit bezeichnet, auch bei dem Außenbau angewandt worden. Man kann aber nicht umhin festzustellen, daß diese zum Teil sehr phantasievollen Bauten und Baugruppen dem gleichen dekorativen Bedürfnis wie das Stadthaus und das Zündholzverwaltungsgebäude entspringen. Auf sehr geistvolle Weise wurden die Ergebnisse des neuen Bauens, um das man sich in Deutschland und Frankreich im letzten Jahrzehnt sehr ernsthaft bemühte, ins Spielerische gewandelt, und man errichtete mit improvisierender Leichtigkeit Bauten von sehr reizvoller Wirkung. Im Gegensatz zu diesen Ausstellungsbauten sind die neuen schwedischen Siedlungsbauten auf Zweckmäßigkeit und Ökonomie eingestellt, was auch in ihrer äußern Erscheinung durch die Herrschaft des Typus und der Typisierung zum Ausdruck kommt. Am vollkommensten aber wird das neue Bauen in Schweden durch die Bauten E. Sundahls und O. Thunströms für die schwedischen Konsumgenossenschaften repräsentiert. Ein Zeichen dafür, daß dort, wo scharf umrissene Bedürfnisse vorliegen, am ehesten auch eine architektonische Lösung gefunden werden kann.

Wohnungseinrichtung Die Frage der Wohnungseinrichtung war von jeher von größtem Interesse. Sie ist dies heute in verstärktem Maß, da der beschränkte Wohnraum eine besonders gut durchdachte Art der Möblierung verlangt. Daher ist es sehr zweckmäßig, wenn dem kaufenden Publikum ein Überblick über das Vorhandene gegeben wird. Einen solchen Versuch be-



deutet die Broschüre Die billige und schöne Wohnung /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds/, die das Material einer vom Bezirksamt Berlin-Friedrichshain veranstalteten Ausstellung zusammenfaßt. Leider muß gesagt werden, daß die Auswahl der Möbel nicht den Anforderungen entspricht, die heute an vorbildliche Einrichtungen gestellt werden müssen. Es werden teilweise Gegenbeispiele gebracht, aber die Unterschiede sind so äußerlicher Natur, daß von einer wirklich innern Umstellung diesen Dingen gegenüber trotz manchen gut ausgewählten Stücken nicht die Rede ist. In viel höherm Maß erfüllt diese Aufgabe eine Schrift Wilhelm Lotz' Wie richte ich meine Wohnung ein? /Berlin, Hermann Reckendorf/. Hier wird katalogmäßig in Abbildungen alles das gezeigt, was heute auf dem Markt ist. Aller Luxus ist außer acht gelassen. Berücksichtigt ist nur der Gebrauchsgegenstand in guter Form. Schönheit, Einfachheit und Zweckmäßigkeit waren die Gesichtspunkte, nach denen ausgewählt wurde. Zu jedem Gegenstand ist der Hersteller genannt, ebenso ungefähr der Anschaffungspreis. Wenn auch hier manche Dinge nicht das zu wünschende Niveau erreichen, so liegt es daran, daß trotz allen Bestrebungen wirklich vollkommene Gebrauchsgegenstände heute noch außerordentlich selten sind. Die Neue Sammlung, die dem Bayrischen Nationalmuseum angegliedert ist, und in der nach Gesichtspunkten der modernen Werkkunstbewegung ausgestellt wird, zeigt, wie hier bereits berichtet wurde, in einer Der billige Gegenstand genannten Schau Wohnungsartikel, die einfach, geschmackvoll und mit niedrigen Preisen ausgezeichnet sind. Die Bayrische Handwerkskammer hat gegen diese Ausstellung Beschwerde eingelegt, weil »durch die Anpreisung maschinell hergestellter Massenartikel die Interessen des Handwerks geschädigt werden«. Der Münchener Bund, der als Vereinigung führender moderner Architekten, Künstler und Wissenschaftler hinter der Neuen Sammlung steht, hält dem entgegen, die Mitarbeit des Handwerks am neuzeitlichen Kunstgewerbe sei gedeihlicher als Ressentiment gegen fortschrittliche Bestrebungen.

Architektbegriff

Der Reichstag hatte am 24. Juni bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums einen volksparteilichen Antrag angenommen, der einen Gesetzentwurf über die Regelung und den

Schutz der Berufsbezeichnung Architekt verlangt. Eine Umfrage bei den Länderregierungen hat, Württemberg ausgenommen, deren Zustimmung zu einer Regelung gebracht, die etwa dem entspricht, was von den Vertretern des Baugewerbes verlangt wird. Der Bund Deutscher Architekten hat seinerseits als maßgebliche Standesorganisation der freischaffenden Architekten in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium einen solchen Gesetzentwurf vorgeschlagen. Danach soll die Berufsbezeichnung Architekt sowie Berufsbezeichnungen, die das Wort Architekt enthalten, nur derjenige führen dürfen, der im Baufach eine selbständige freischaffende Tätigkeit als Planbearbeiter, Bauleiter und Treuhänder des Auftraggebers ausübt oder in leitender Stellung tätig ist, ohne Gewerbetreibender zu sein. Die Oberste Landesbehörde soll zur Führung der Berufsbezeichnung auf Grund einer Prüfung ermächtigen. In dieser Prüfung, zu der man erst nach mindestens 4 Jahren selbständiger oder verantwortlicher Tätigkeit, nach vollendetem 28. Lebensjahr, zugelassen wird, soll nachgewiesen werden, daß der künftige Architekt zur selbständigen verantwortlichen Ausübung der Berufstätigkeit befähigt ist und eine gute Allgemeinbildung besitzt. Allgemeine Bildung und technische Kenntnisse werden nicht mehr geprüft, wenn Abgangszeugnisse einer deutschen Technischen Hochschule vorliegen. Auch wenn die Befähigung durch besondere Leistungen im Fachgebiet erwiesen ist, kann die Prüfung ganz oder teilweise erlassen werden. Die Prüfungsausschüsse sollen aus einem Regierungskommissar, den die Oberste Landesbehörde bestellt, und den Besitzern bestehen, die im Einvernehmen mit der Landesbehörde und den Vertretern der Architekten gestellt werden. Diese Forderung muß man aber durchaus ablehnen. Es scheint hier eine Art Monopolbestrebung beabsichtigt zu sein, die den Aufgaben, die ein Architekt zu erfüllen hat, widerspricht. Auch steht sie in Widerspruch zu der allgemeinen Abneigung gegen das Überwuchern des Befähigungsnachweises und der Examina. Eine Qualitätsauslese kann durch solche Schutzmaßnahmen nicht erzielt werden. Dieser Vorschlag scheint eher nach der Vergangenheit gerichtet als in die Zukunft orientiert zu sein.

Ausstellungen Die American Federation of Arts veranstaltet eine *Internationale Kunstgewerbeausstellung*, die Baumwolltextilien und

Metallarbeiten umfaßt, 2 Ausstellungen, die bereits in früheren Jahren stattfanden, zeigten Keramik, Glas und Teppiche. Für die diesjährige Ausstellung, die durch 4 Städte, New York, Chicago, Boston und Cleveland, wandern soll, wurde der Deutsche Werkbund von der Federation of Arts mit der Zusammenstellung der Deutschen Abteilung beauftragt. Mitte August wurde in Basel eine *Schweizerische Wohnungsbauausstellung* eröffnet. Sie umfaßt den Gebäudekomplex der Schweizer Mustermesse in Basel sowie die von 12 Schweizer Architekten erbaute Siedlung Eglisee. Die Siedlung wurde im Auftrag der Schweizerischen Mietergenossenschaft erstellt und zeigt verschiedene, bis ins einzelne eingerichtete Typen von Kleinwohnungen mit dem Bestreben Baukosten und Mietzins so tief wie irgendmöglich zu halten. Normierung und Typisierung sollten diese Bestrebungen unterstützen. In einer Hallenausstellung, die gleichfalls nicht nur nach ästhetischen sondern auch nach soziologischen Gesichtspunkten aufgebaut ist, werden neben Baumaterialien Wohnungseinrichtungen und Maschinen gezeigt. Die in großer Zahl vorgeführten Räume nehmen Rücksicht auf die verschiedenen Benutzer. Auch werden vorbildliche Hotelzimmer gezeigt.

Totenliste

Im Alter von 66 Jahren starb in der Berliner Charité am 11. Mai der Berliner Photograph *Nicola Perscheid*, der im Ausland bekannter war als in seiner Heimat. Für seine Männerköpfe, die ihn besonders interessierten, nahm er Velasquez zum Vorbild. Bekannt wurden seine Porträts von Liebermann, Hindenburg, Stresemann sowie vor allem Pius XI. Perscheid konstruierte auch ein besonderes Objektiv und stellte seine Platten nach den verschiedensten Verfahren her. In Japan wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Verbands der Photographen ernannt. In der 2. Hälfte des August starb der englische Architekt und frühere Präsident der Britischen Architektenvereinigung und der Königlich Britischen Akademie für Architektur *Sir Aston Webb*, im Alter von 81 Jahren. Webb wurde durch eine große Anzahl von Bauten bekannt. Er vollendete unter anderem das Victoria-und-Albert-Museum, restaurierte zahlreiche Kirchen, so Saint Bartholomew the Great, die französische protestantische Kirche Soho; er erbaute das Christ's Hospital in Horsham, Schulgebäude und die Universität Birmingham.

Kurze Chronik Die 27. ordentliche Bundestagung des Bundes Deutscher Architekten fand am 5. September im Deutschen Hygienemuseum in Dresden statt. Auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses des Bundes Deutscher Architekten, des Deutschen Baupolizeitags, der Freideutschen Akademie des Städtebaus, des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine und der Vereinigung der Technischen Oberbeamten Deutscher Städte wurden die Jahresversammlungen dieser Verbände in diesem Jahr zusammengelegt und als 1. *Deutscher Bautag* 1930 abgehalten. Die Veranstaltung begann am 1. September in Leipzig und endete am 6. September in Dresden. ◊ In der Leitung des *Bauhauses* Dessau ist ein Wechsel eingetreten. Der bisherige Leiter Hannes Meyer ist zurückgetreten. An seiner Stelle hat Ludwig Mies van der Rohe die Leitung übernommen. ◊ Der Staatlichen Kunstbibliothek in Berlin wurde das *Deutsche Bildarchiv* angegliedert, das 200 000 Photographieen deutscher Kunstwerke aus den Gebieten der Architektur und des Kunstgewerbes sowie der Plastik und der Malerei enthält. ◊ Eine der für das Kunstgeschichtstudium wertvollsten Sammlungen ist die *Photographieensammlung* Sir Robert Witts Library of Picture Reproductions in London. Sie entstand aus 2 getrennten Sammlungen des jetzigen Ehepaars Witt und umfaßt über 350 000 Photographieen nach Gemälden und Zeichnungen. Ihre vorzügliche Anordnung ermöglicht es jede Photographie sofort herauszufinden. Der Katalog umfaßt etwa 13 500 Künstlernamen. Diese Sammlung hat auf der Welt nur einen einzigen Konkurrenten: die Stiftung des Pariser Kunstsammlers Doucet, die jetzt der Universität Paris angehört.

Literatur

Für das bewußte Streben der Arbeiterorganisationen nach Erziehung der Arbeiter zur Qualitätsproduktion zeugt die Herausgabe von Fachblättern, die dauernd gestaltet werden. Es sei hier auf das bereits im 6. Jahr erscheinende *Fachblatt für Maler* /Hamburg, Verlag Fachblatt der Maler/ aufmerksam gemacht, das eine »Monatsschrift für handwerkliche Wertarbeit in Farbe, Form und Raum« sein will, seinem Programm aber leider nur ungenügend gerecht wird. Es ist hier wie fast überall heute: So wie das technisch-fachliche Gebiet verlassen und das ästhetische berührt wird, offenbart sich eine Unklarheit des Wollens.